

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

3. Sitzung

Hannover, den 2. April 2003

Inhalt:

Zur Geschäftsordnung:

Rebecca Harms (GRÜNE)	93, 96, 102
Bernd Althusmann (CDU)	94, 99, 102
Dieter Möhrmann (SPD)	95, 98
Carsten Lehmann (FDP)	95, 101
Sigmar Gabriel (SPD)	97, 99, 103
Enno Hagenah (GRÜNE)	100
Wolfgang Jüttner (SPD)	101

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Regierungserklärung zur Haushaltslage des Landes Niedersachsen	104
Hartmut Möllring , Finanzminister.....	104
Dieter Möhrmann (SPD)	119
Ursula Peters (FDP)	127, 130
Stefan Wenzel (GRÜNE)	131, 134
Heinz Rolfes (CDU)	135

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde	141
------------------------------	-----

a) Position Niedersachsens im Bundesverkehrswegeplan stärken - Bundesregierung setzt falsche Signale - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/77.....	142
Hermann Dinkla (CDU)	142
Thomas Oppermann (SPD)	143
Wolfgang Hermann (FDP)	144
Enno Hagenah (GRÜNE)	145
Walter Hirche , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.....	145
Sigmar Gabriel (SPD)	147

b) Nein zum Krieg im Irak! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/78.....	147
Rebecca Harms (GRÜNE)	147, 152

Dr. Philipp Rösler (FDP)	148
David McAllister (CDU)	149
Sigmar Gabriel (SPD)	151, 155
Christian Wulff , Ministerpräsident:.....	153

c) Jugendarbeitslosigkeit - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/79.....	155
Dr. Philipp Rösler (FDP)	155
Dr. Ursula von der Leyen , Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.....	156
Dr. Gitta Trauernicht-Jordan (SPD)	157
Enno Hagenah (GRÜNE)	158
Norbert Böhlke (CDU)	159

d) Gute Noten für die Grundschüler, schlechte Noten für frühe Selektion - Schulgesetz muss nachgebessert werden - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/82.....	160
Wolfgang Jüttner (SPD)	160, 161
Bernd Busemann , Kultusminister.....	161
Hans-Werner Schwarz (FDP)	163
Ina Korter (GRÜNE)	163
Karl-Heinz Klare (CDU)	165

Tagesordnungspunkt 2:

1. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 15/70 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/85 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/86.....	166
Beschluss	165

Tagesordnungspunkt 3:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/50 167

Präsident Jürgen Gansäuer (CDU) 167

Ausschussüberweisung 167

Tagesordnungspunkt 4:

Einzige (abschließende) Beratung:

Rechnung über den Haushalt des Niedersächsischen Landesrechnungshofs - Einzelplan 14 - für das Haushaltsjahr 2000 - Antrag des Präsidenten des Landesrechnungshofs - Drs. 15/22 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/68 168

Beschluss 167

Tagesordnungspunkt 6:

Einzige (abschließende) Beratung:

Allgemeine Genehmigung in Immunitätsangelegenheiten - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 15/69 168

Beschluss 167

Tagesordnungspunkt 7:

A 39 im Bundesverkehrswegeplan sichern - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/49 168

Ausschussüberweisung 167

Tagesordnungspunkt 8:

Erste Beratung:

Sicherheit geht vor - Den allgemeinen Justizvollzugsdienst vom Einstellungsstopp ausnehmen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/51 169

Heike Bockmann (SPD) 169, 174

Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin 170

Dr. Uwe Biester (CDU) 171, 174

Carsten Lehmann (FDP) 172

Ralf Briese (GRÜNE) 173

Ausschussüberweisung 173

Tagesordnungspunkt 9:

Einzige (abschließende) Beratung:

VW-Gesetz erhalten - VW-Standorte bundesweit schützen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/52

und

Tagesordnungspunkt 10:

Einzige (abschließende) Beratung:

Niedersachsen steht zum VW-Gesetz - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/56 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/88 175

Wolfgang Hermann (FDP) 175

Sigmar Gabriel (SPD) 175, 183

Hermann Dinkla (CDU) 176

Thomas Oppermann (SPD) 178, 179, 181

Hermann Eppers (CDU) 179

Enno Hagenah (GRÜNE) 179

Günter Lenz (SPD) 180

Klaus Rickert (FDP) 181, 181

Christian Wulff, Ministerpräsident: 182

Beschluss 183

Tagesordnungspunkt 11

Erste Beratung:

Landeskrankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft erhalten - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/53 185

Uwe Schwarz (SPD) 185, 192

Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 187

Angelika Jahns (CDU) 188

Gesine Meißner (FDP) 190

Ursula Helmhold (GRÜNE) 191

Ausschussüberweisung 192

Tagesordnungspunkt 12:

Präsenztage abschaffen - Eigenverantwortung von Schule stärken - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/54 194

Ausschussüberweisung 192

Nächste Sitzung 192

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipos (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalman (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU))	Staatssekretärin Dr. Gabriele Wurzel, Staatskanzlei
Innenminister Uwe Schünemann (CDU)	Staatssekretär Dr. Roland Koller, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU))	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Dr. Ursula von der Leyen (CDU)	Staatssekretär Gerd Hoofe, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann	
Kultusminister Bernd Busemann (CDU)	Staatssekretär Hartmut Saager, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)	Staatssekretär Joachim Werren, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	Staatssekretär Gert Lindemann Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher- schutz
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Niedersächsisches Justizministerium
Umweltminister Hans-Heinrich Sander	

Beginn: 10.31 Uhr.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Sitzung im zweiten Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 21. Januar 2003 starb im Alter von 78 Jahren der ehemalige Landtagsabgeordnete Bruno Schmidt. Herr Schmidt gehörte dem Landtag von der 6. bis zur 9. Wahlperiode als Mitglied der CDU-Fraktion an. In dieser Zeit war er in verschiedenen Ausschüssen und in der 8. und 9. Wahlperiode als Mitglied im Ältestenrat tätig.

Für seine Verdienste wurden Herrn Schmidt das Verdienstkreuz am Bande und das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und das Verdienstkreuz Erster Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens verliehen.

Wir werden Herrn Schmidt in guter Erinnerung behalten. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, unzweifelhaft kann ich an dieser Stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen.

Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor. Wie Ihnen aus der Drucksache 83 bekannt ist, hat der Herr Finanzminister mitgeteilt, dass er beabsichtigt, zu Beginn der heutigen Sitzung eine finanzpolitische Regierungserklärung abzugeben. Für die anschließende Besprechung schlage ich folgende Redezeiten vor: CDU-Fraktion und SPD-Fraktion jeweils bis zu 40 Minuten, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jeweils bis zu 20 Minuten.

Für die dann folgende Aktuelle Stunde liegen vier Beratungsgegenstände vor. Das ist Ihnen auch bekannt. Ferner liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh beantwortet werden sollen.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt. Sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel auf-

teilt. Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird. - Das ist so.

Zur Geschäftsordnung hat sich Frau Kollegin Harms gemeldet. Bitte schön!

Rebecca Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beantrage für meine Fraktion nach § 66 Abs. 1 Nr. 1 der Geschäftsordnung, dass wir die Tagesordnung dieser Plenarsitzung erweitern. Angesichts der Entwicklung des Krieges im Irak, angesichts der politischen Debatten in der Bundesrepublik und angesichts der wachsenden Proteste in der Bundesrepublik und weltweit gegen diesen Krieg halten wir es für notwendig, eine Beschlussfassung einzuschleppen. Wir schlagen vor, über den Antrag, den wir heute Morgen den Fraktionen zur Kenntnis gegeben haben, im Anschluss an die Aktuelle Stunde sofort abzustimmen.

Wir halten es aus den Gründen, die ich gleich nennen will, für notwendig, die Tagesordnung zu erweitern: Wir meinen, dass es diesem Parlament gut anstehen würde, mit diesem Antrag zu zeigen, dass wir die Sorgen und Nöte der Menschen in der Bundesrepublik und weltweit ernst nehmen. Wir halten es für nötig, mit diesem Antrag auch noch einmal Respekt gegenüber der Positionierung der Bundesregierung und auch gegenüber der Positionierung vieler Städte weltweit zu bekunden. Nicht nur die Landeshauptstadt Hannover, sondern z. B. auch die Städte New York und Los Angeles haben die Initiative „Cities for Peace“ gestartet. Wir halten es ferner für notwendig, unbedingt zu klären, wie Niedersachsen seinen Anteil an der humanitären Hilfe für Flüchtlinge leisten kann.

Ich würde mir aus den vorgenannten Gründen sehr wünschen, dass wir zu einer gemeinsamen Beschlussfassung kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin Harms. - Das war ein Antrag gemäß § 66 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung. Er betrifft die Abweichung von der Tagesordnung. Ich gehe davon aus, dass die Damen und Herren, die jetzt noch sprechen werden, diese Vor-

schrift kennen. - Herr Kollege Althusmann, bitte schön!

Bernd Althusmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Frieden ist für uns Deutsche ein überragendes Gut. Insbesondere unsere ältere Generation weiß, was Krieg bedeutet - Kriege, die von Deutschland ausgegangen sind, die aber auch Deutschland betroffen haben. Das, was wir tagtäglich an Leid und Elend erleben, Frau Harms, macht uns alle sehr betroffen. Unsere Gedanken sind inzwischen bei jedem Opfer, das im Irak-Krieg zu beklagen ist.

Dennoch werden wir Ihrem Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung nach § 66 der Geschäftsordnung nicht zustimmen. Ich nenne dafür drei Gründe:

Wir fragen Sie, ob eine grundsätzliche Debatte mitten in einem Krieg wirklich zielführend und wirkungsvoll sein kann oder ob es sich nicht in Wirklichkeit um eine Zurschaustellung handelt: „Seht her, ich bin auch gegen Krieg!“ Ich sage sehr deutlich: Alle Demokraten sind gegen Krieg, Frau Harms.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Krieg entzieht sich einer gewissen Logik. Von daher sollten wir über unsere Möglichkeiten, die wir auch als Land Niedersachsen im Rahmen humanitärer Hilfeleistungen haben, zum gegebenen Zeitpunkt sehr konkret debattieren. Ich meine, das sollten wir aber erst dann tun, wenn Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für das irakische Volk wieder hergestellt sind.

(Beifall bei der CDU)

Bei diesem Entschließungsantrag liegt vermutlich auch keine Dringlichkeit vor. Denn Sie haben uns diesen Antrag bewusst bis heute Morgen vorenthalten. Sie hätten eine Woche lang Zeit gehabt, diesen Antrag auf die Tagesordnung für diese Plenarsitzung zu setzen, um dann sehr grundsätzlich über die von Ihnen aufgeworfenen Fragen zu debattieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es könnte theoretisch aber auch sein - ich möchte Ihnen das nicht unterstellen, Frau Harms -, dass Sie ganz bewusst diese Woche haben verstreichen

lassen - der Krieg dauert länger als eine Woche -, um eventuell dieses Parlament einerseits in Kriegsgegner und andererseits in Kriegsbefürworter zu teilen, wenn nicht gar zu spalten. Dazu sage ich Ihnen unmissverständlich, Frau Harms: In der für uns alle existentiellen Frage eines Krieges oder von Krieg oder Frieden kann und darf es keine moralischen Überlegenheitsdebatten geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Landtag ist nicht der Bundestag. Wir verfügen im Niedersächsischen Landtag über keine außenpolitischen Kompetenzen. Der Bundestag wird am Donnerstag darüber im Zusammenhang mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers beraten. Sie wissen, dass parallel zu diesem Antrag, den Sie hier gestellt haben, unzählige Opfer im Irak zu beklagen sind. Wer hier im Landesparlament Niedersachsens - ohne jeglichen Einfluss auf die Außenpolitik Deutschlands in dieser Frage des Irak-Krieges, Europas, geschweige denn der Vereinten Nationen, mit oder ohne Amerika - einen Antrag mit einem kategorischen Nein zu einem Krieg gegen ein Terrorregime einbringt, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob das wirklich ernst gemeint ist oder ob es sich in dieser Frage eventuell um eine Glaubwürdigkeitslücke handelt zwischen dem berechtigten Wunsch der Menschen in unserem Land nach Gewaltverzicht und Gewaltverbot und der Alternative - die schlimm genug ist -, auf der anderen Seite eventuell Gewalt durch Nichtstun zuzulassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Grünen haben sich im Kosovo-Krieg anders entschieden: Ich meine, sie haben damals einem Einsatz deutscher Truppen im Kosovo-Krieg ohne UN-Mandat zugestimmt.

Letzter Punkt: Sie haben diesen Antrag als aktuelle Debatte angekündigt. Wir werden im Anschluss an die Regierungserklärung auch dazu sprechen. Meiner Meinung nach werden Sie dann ausreichend Zeit haben, um der Bevölkerung in Deutschland und den Menschen in Niedersachsen klar zu machen, warum Sie in diesem Falle gegen Krieg und für Frieden sind. Ich meine, es gibt keinen seligeren Wunsch unseres Volkes, aber auch der Menschen im Irak oder der dort eingesetzten Soldaten, als den Wunsch nach Frieden. Dies setzt die Wiederherstellung der Achtung von Menschenrechten

voraus. Ihr Debattenwunsch mag vielleicht Ihr Gewissen beruhigen - unseres nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Deshalb meine ich, dass Ihr Antrag zu diesem schwer wiegenden Thema der Gesamtproblematik nicht gerecht wird, weil er unter Umständen Menschen von dieser Debatte ausschließt, die aus Überzeugung bereit sind, gegen Terror, Hass und Unterdrückung einzuschreiten - selbst unter Inkaufnahme großer Opfer. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Möhrmann, bitte schön! - Sie wissen, dass wir bei diesen Tagesordnungsdebatten eine maximale Redezeit von fünf Minuten vereinbart haben.

(Zuruf)

- Das war so. Ich werde nicht auf eine Sekunde achten, da es ein wichtiges und ernstes Thema ist. Aber ich bitte Sie, sich ungefähr daran zu halten. - Bitte schön!

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der Auffassung, dass es einem Parlament gut ansteht, eine Meinungsäußerung zu einem Problem abzugeben, das viele Menschen bewegt. Ich meine, dass wir alle die Folgen, die wir jeden Tag in den Nachrichten sehen, nicht wollen können.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat eben dargelegt, dass sie es ablehnt, sofort über diesen Entschließungsantrag abzustimmen. Ich möchte Ihnen in einem Punkt Recht geben: Auch ich hätte mir gewünscht, dass dieser Entschließungsantrag ein paar Tage früher eingegangen wäre. Aber es könnte ja auch sein, Herr Althusmann, dass die Fraktion der Grünen die Hoffnung gehabt hat, dass sich gestern im Bundestag in der CDU-Fraktion eine Veränderung ergeben hätte. Von daher verstehe ich Ihre Einlassung um so weniger.

Ich bin schon seit einigen Jahre in diesem Landtag. Herr Althusmann, es ist richtig: Der Landtag ist nicht der Bundestag. Wenn Sie meinen, dass das

früher für Sie bei der Debatte um Aktuelle Stunden oder zu Entschließungsanträgen immer ein Kriterium gewesen wäre, dann haben Sie viel von dem vergessen, was vor Jahren noch wichtig für Sie gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Ihr erstes Argument, wegen des laufenden Krieges könne man sich heute nicht dazu äußern, muss ich in aller Schärfe zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wann, Herr Althusmann, wenn nicht jetzt, soll sich denn ein Parlament zu diesem Vorgehen äußern?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Von daher meine ich, dass die Aktuelle Stunde nachher ausreichend Gelegenheit bietet, auch Ihre Position darzustellen. Dann können Sie ja sagen, wie Sie zu diesem Entschließungsantrag stehen. Sie können ihn ablehnen und Ihre eigene Auffassung so breit wie möglich vortragen. Wir sind damit einverstanden, die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern und heute noch über den Antrag abzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Lehmann, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Carsten Lehmann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns sicherlich alle darüber einig, dass dieser Krieg im Irak in seinem Ausmaß und in seiner Dramatik etwas ganz Schreckliches ist und dass wir alle gegen diesen Krieg sind, insbesondere aufgrund der Folgen für die Bevölkerung im Irak. Das ist gar keine Frage. Aber man muss sich die Frage stellen, in welchem Umfang man sich in einem Landesparlament mit diesem Thema auseinandersetzen soll.

(Zurufe von der SPD)

Es ist gut und richtig, dass wir uns heute in der Aktuellen Stunde damit beschäftigen und eine Aussprache dazu führen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es hat uns schon sehr verwundert, dass drei Tage nach dem Antrag zur Aktuellen Stunde noch ein weiterer Antrag dazu gekommen ist. Dabei muss ich dem Kollegen Althusmann durchaus Recht geben. Die beiden Anträge hätte man zusammenlegen oder den ersten Antrag umfangreicher gestalten können. Warum Sie das jetzt stückchenweise machen, bleibt uns etwas verborgen. Man kann natürlich vermuten, dass man hier die Gelegenheit nutzen möchte, die Bundespolitik in die landespolitische Ebene mit hineinzuziehen, um ein bisschen Stimmung gegen den politischen Gegner zu machen. Das ist nur eine Vermutung. Wir werden nachher die Beiträge in der Debatte hören.

Wir halten es jedenfalls für durchaus ausreichend, wenn heute im Rahmen der Aktuellen Stunde zu diesem Thema Stellung genommen wird. Wir werden diesem Antrag deshalb nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zuruf von der SPD: Das war ganz schwach!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Harms, Sie haben noch einmal das Wort. Bitte schön!

Rebecca Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Althusmann, ich möchte für meine Fraktion erst einmal scharf zurückweisen, dass wir den Antrag auf die Tagesordnung gesetzt haben, um hier Positionen „zur Schau“ zu stellen. Ich finde, das ist eine Abqualifizierung von Parlamentskollegen, die man so nicht stehen lassen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte Ihnen das ins Bewusstsein rufen, was ein CDU-Ratskollege der Stadt Osnabrück nach einer ähnlichen Debatte in Osnabrück öffentlich erklärt hat. Er hat sich dafür entschuldigt, dass er dem Antrag, der im Sinne der „Cities for Peace“ präsentiert wurde, nicht zugestimmt hat. Er hat

sich dafür entschuldigt, dass er ihn schon in der Tagesordnungsdebatte blockiert hat, und zwar mit dem Verweis darauf, dass in jedem Parlament ein Stück der Polis zu finden sei. Höchste Aufgabe und höchstes Gut der Polis - also der Parlamente, so wie wir sie heute organisieren - ist es, sich mit den großen Sorgen und Nöten der Menschen im Land zu beschäftigen und ihnen nachvollziehbar zu erklären, wie man sich dazu positioniert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Sorgen der Menschen im Hinblick auf das, was im Irak passiert, und darüber, dass eine Weltmacht die UNO missachtet, sind so berechtigt, dass sich jeder Politiker und jeder Parlamentarier auf der Welt damit befassen und seine Position erklären sollte.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin, sprechen Sie bitte zur Geschäftsordnung!

Rebecca Harms (GRÜNE):

Herr Althusmann, die Unterstellung, ich wollte mit meinem Antrag dieses Parlament spalten, muss ich zurückweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Möglicherweise haben Sie Angst davor, hier die Spaltung der CDU/CSU zu Tage treten zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch bei der CDU
- Karl-Heinz Klare [CDU]: Endlich lässt sie die Katze aus dem Sack!)

Ich hatte tatsächlich die Hoffnung, dass diese erbärmliche innenpolitische Diskussion, die wir Frau Merkel zu verdanken haben, - - -

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Harms, bitte reden Sie zur Geschäftsordnung!

Rebecca Harms (GRÜNE):

- - - gestern in der Bundestagsfraktion beendet werden würde. Das ist nicht geglückt. Deshalb kann ich Sie nicht aus der Pflicht entlassen, hier Nägel mit Köpfen zu machen und Ihre Position

und Meinung zum Kriegsverlauf zu klären. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Karsten Behr [CDU]: Darum geht es! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Gabriel, bitte schön!

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verstehe die Bemerkung des Kollegen Althusmann, es gehe möglicherweise darum, das Parlament in Kriegsgegner oder Kriegsbefürworter zu spalten, deshalb nicht, weil er kurz davor gesagt hat, es sei doch völlig klar, alle Demokraten seien gegen den Krieg. Entweder das stimmt, dann gibt es die Möglichkeit einer Spaltung nicht, oder es stimmt nicht, dann ist es gut, wenn die Öffentlichkeit weiß, wie die Positionen der einen oder der anderen zu diesem Krieg sind. Ich würde das nicht eine Spaltung nennen. Das ist ein ganz normaler Ablauf.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es stellt sich die formale Frage, ob der Landtag der geeignete Ort ist, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen. Ich möchte Ihnen dazu eine Antwort vorlesen. Das eine ist der Artikel 26 der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ist bekannt!)

- Dann lesen Sie ihn auch vor. Als ich Sie eben gefragt habe, kannten Sie ihn nicht.

Artikel 26 lautet:

“(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.”

Unabhängig von der Frage, ob es sich in diesem Fall um einen Angriffskrieg handelt - das wird ja öffentlich debattiert -, ist, so glaube ich, klar, dass

das friedliche Zusammenleben der Völker mit Sicherheit dadurch gestört worden ist, dass man die UNO in ihrer Mehrheit - zumindest an dieser Stelle - missachtet hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun darf ich Ihnen vorlesen, warum ich glaube, dass das - das ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland - durchaus in den Niedersächsischen Landtag gehört. Die Niedersächsische Verfassung hat den Artikel 31, der die Überschrift trägt: Bekenntnis und Amtseid. Dort lautet der Amtseid der Minister und des Ministerpräsidenten:

“Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen”

- jetzt kommt es -

“das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland”

usw.

“gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.”

Das ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland! Wenn es ein Thema gibt, das jeden Parlamentarier, jedes Regierungsglied, jeden engagierten Menschen in der Politik berührt, und wenn es etwas gibt, was die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland berührt und wo es um das Gewissen der Abgeordneten und nicht um Fraktionsdisziplin geht, dann ist das die Frage von Krieg und Frieden.

Es gibt viele Angelegenheiten, über die man in Fraktionsdisziplin abstimmen kann, weil sie die Gewissensfrage nicht berühren. Aber es gibt meines Erachtens nichts, was das Gewissen eines Abgeordneten oder eines Regierungsgliedes mehr beeinflussen sollte als die Frage nach Krieg und Frieden. Das ist der Grund, weshalb ich finde, dass es unabhängig von der Frage, wann hier Anträge eingebracht werden, angemessen ist, darüber zu reden. Dass ausgerechnet Sie und auch jüngere Kollegen hier erklären, dass das Verfahren formal nicht in Ordnung sei oder Anträge zu spät gestellt worden seien, wirft ein bezeichnendes Licht auf Ihre Liberalität in dieser Frage, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, zwei Fraktionen haben der Veränderung der Tagesordnung widersprochen. Für die Kolleginnen und Kollegen, die es noch nicht so genau wissen, weise ich darauf hin, dass es bereits ausreicht, wenn zehn Abgeordnete widersprechen.

Meine Damen und Herren, damit setzen wir die Tagesordnung wie im Ältestenrat beschlossen fort.

(Heidrun Merk [SPD]: Peinlich, peinlich!)

Ich gehe davon aus, dass die ansonsten vereinbarten Verfahren gelten. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich weise darauf hin, dass die heutige Sitzung dann, wenn sich im Kontakt zwischen den Fraktionen nichts ändert, etwa gegen 20.10 Uhr beendet sein wird.

Ich möchte Sie noch auf zwei Veranstaltungen hinweisen. In der Portikushalle ist die Ausstellung "Mickeymaus und Rosenknope - Von der Kunst Hochbetagter" zu sehen, die in der Verantwortung der Freien Kunst- und Studienstätte Ottersberg entstanden ist. Ebenfalls in der Portikushalle wird Ihnen zu Beginn der Mittagspause der Chor "Singkreis Frohsinn" aus Lüneburg eine kurze musikalische Darbietung bringen. Ich empfehle beide Veranstaltungen Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung, bevor wir zu den Mitteilungen der Schriftführerin kommen. Wenn Sie links an mir vorbeischaun, erkennen Sie neben der von meinem Vorgänger im Amt Horst Milde aufgestellten Fahne Niedersachsens unschwer die der Europäischen Union. Diese Fahne symbolisiert unser gemeinsames Streben nach einem freien, sozialen und friedlichen Zusammenleben der Staaten unseres Kontinents als Konsequenz aus der europäischen, aber vor allem auch aus der deutschen Geschichte. Ich habe dies, wie Sie wissen, bereits in meiner Antrittsrede während der konstituierenden Sitzung des Landtages zum

Ausdruck gebracht. Folgerichtig heißt es auch in Artikel 1 Abs. 2 unserer Verfassung: Das Land Niedersachsen ist ein Teil der europäischen Völkergemeinschaft.

Gerade in den vergangenen Wochen sollte uns wieder leidvoll bewusst geworden sein, das wir zum Schaden aller europäischen Staaten nicht zu viel, sondern in Wahrheit eher zu wenig Europa haben. Ich wünsche mir jedenfalls, dass diese Fahne uns alle ein wenig daran erinnert, dass wir trotz aller Rückschläge gemeinsam weiter an der europäischen Integration arbeiten müssen. Da ich heute nicht darum bitte, dass wir gemeinsam singen, habe ich die Hoffnung, dass ich mit dem Aufstellen dieser Fahne niemanden überfordere.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es folgen jetzt geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin. Bitte schön!

Schriftführerin Brigitte Somfleth:

Es haben sich entschuldigt von der Fraktion der CDU Frau Klopp, Herr Ripke und Herr Dr. Winn und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Langhans. Ferner werden ab 18 Uhr Herr Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ehlen und Herr Minister für Inneres und Sport Schönemann nicht mehr anwesend sein, weil sie in Berlin an einer für das Land wichtigen Veranstaltung in der Vertretung des Landes teilnehmen werden.

(Sigmar Gabriel [SPD] - zu Minister Schönemann -: Seilt ihr euch ab? - Dieter Möhrmann [SPD] meldet sich zur Geschäftsordnung)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Zur Geschäftsordnung spricht Herr Kollege Möhrmann.

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe große Fraktion, so geht das nicht!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Sie haben sich hier auf den Kopf gestellt, wenn wir vorher gefragt haben, ob Minister vielleicht die Chance bekommen können, einmal an einer Plenarsitzung nicht teilnehmen zu müssen. Jetzt erfahren wir das durch eine Mitteilung der Schriftführerin. Das ist ein nicht parlamentarisches Verhalten, und ich finde das, was Sie hier mit uns machen, ungehörig!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit Sie wissen, wie das hier in diesem Landtag abläuft, kann ich Ihnen mitteilen, dass die Frau Justizministerin mich hat anrufen lassen und darum gebeten hat, hier am Donnerstag, und zwar am Nachmittag, nicht anwesend sein zu müssen. Dem habe ich zugestimmt. Das ist das Verfahren, das wir uns wünschen. Alle Ihre Sprüche, Herr McAllister, Sie machten das anders als wir vorher, erweisen sich als unwahr und nicht realistisch. So machen Sie nur weiter.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU] meldet sich zur Geschäftsordnung)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Althusmann, bitte schön!

Bernd Althusmann (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Möhrmann, hätten Sie sich in der Vergangenheit so sehr erregt und sich für die Angelegenheiten des Landes Niedersachsens so engagiert, wie es in diesen wenigen Tagen diese neue Landesregierung gemacht hat,

(Beifall bei der CDU)

dann wären wir hier im Lande vielleicht ein wenig weiter. Ich meine, dass wir einen Weg finden werden, wie solche Informationsflüsse künftig verbessert werden können, damit auch Sie und wir alle rechtzeitig informiert werden. Ich glaube, dass das zukünftig besser werden wird. Aber bitte, wer im Glashaus sitzt, sollte bekanntlich nicht mit Steinen schmeißen.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Gabriel, und die gesamte Ministerriege waren so oft nicht hier im Parlament, sondern haben andere Termine wahrgenommen. Ich erinnere an viele Veranstaltungen des Herrn Bartling, bei der Polizeigewerkschaft oder sonstwo. Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Mäßigung in dieser Frage. Wir werden das zukünftig besser regeln.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Gabriel!

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Ich möchte auch noch etwas sagen!)

- Ich kann doch nicht alle auf einmal sprechen lassen, Herr Hagenah. Das geht doch nicht.

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Ich finde, dass wir einige Dinge auseinander halten müssen. Erstens. Das normale Verfahren ist, dass ein Mitglied der Regierung die Parlamentarier fragt oder der Ältestenrat darüber berät. Das haben wir früher getan, und das haben Sie dort immer abgelehnt. Diesmal beantragen Sie das noch nicht einmal mehr im Ältestenrat, sondern lassen das hier zu Beginn der Plenarsitzung über den Schriftführer mitteilen. Das ist schlicht ein Missbrauch des parlamentarischen Verfahrens. Sie wissen, dass Sie in den Ältestenrat gehen müssen, um das zu besprechen. - Das ist der eine Teil.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun zum zweiten Teil, Herr Kollege Althusmann. Wahrscheinlich sagt Ihnen jetzt der Kollege, dass er da nicht hinfährt, sondern hier bleibt. Es geht gar nicht um die Frage, ob jemand hier ist oder nicht, sondern es geht darum, mit welcher Begründung jemand nicht hier ist. Wenn Ihr Innenminister das nächste Mal zur Gewerkschaft der Polizei will, dann wird die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag - anders als Ihre Fraktion in der Vergangenheit - ihn daran nicht hindern,

(Beifall bei der SPD - Lothar Koch [CDU]: Und wenn er zu ver.di fährt?)

sondern wir werden sagen, dass wir es selbstverständlich gut finden, wenn der Niedersächsische

Innenminister auf einer Veranstaltung der größten Polizeigewerkschaft des Landes mit den Bediensteten diskutiert. Das finden wir wichtig. Wir sind bereit, mit Ihnen die Tagesordnung so zu gestalten, dass die Punkte, bei deren Beratung Ihr Innenminister anwesend sein muss, so terminiert werden, dass die Beratungen nicht mit den Terminen der GdP kollidieren.

Wir machen aber Folgendes nicht mit: Wir wissen gar nicht, wohin Ihre Minister eigentlich wollen. Das sagen Sie uns heute doch mal. Ist das z. B. der Elbe-Weser-Abend heute Abend in Berlin? Das möchten wir gerne wissen. Ist das vielleicht der Grund, warum Sie den Antrag der SPD-Fraktion im Ältestenrat abgelehnt haben, die Sitzung heute Abend bis 20 Uhr oder bis 20.30 Uhr zu verlängern, damit wir Freitag Geld und Zeit sparen, weil die Sitzung am Freitag angesichts der Tagesordnung überflüssig ist? Das möchten wir gerne wissen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist doch ganz einfach. Wie ist das, Herr Regierungschef? Ehrlich in die neue Zeit? Sagen Sie also, wohin Ihre Jungen und Mädels wollen. Wenn das vernünftige Termine sind, sagen wir Ja. Sonst gehört es sich nicht, in dieser Art und Weise mit dem Parlament umzugehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das war klasse eben! - Zuruf von der CDU: So geht das nicht!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, jetzt muss ich etwas zur Sache sagen. Erstens - damit das klar ist -, was das Verhältnis von Regierung und Parlament angeht, werde ich dies zum Anlass nehmen, mit der Regierung über ein geregeltes Verfahren zu sprechen, auf das sich das gesamte Parlament verlassen kann. Es liegt dies auch im Interesse des Präsidenten dieses Hauses. Wer immer er ist, glaube ich, er hätte genauso gehandelt.

Zweitens. Herr Kollege Gabriel, in dem Entwurf der Tagesordnung war vorgesehen, bis 17.30 Uhr zu tagen. Deshalb hätte sich diese Frage erübrigt. Ich möchte nur darauf hinweisen; ich verstehe alles, gebe jetzt auch sofort Herrn Hagenah das Wort. Wenn die Beratung nur bis 17.30 Uhr gedauert hätte - das war die Annahme im Ältestenrat;

ich habe das selber vorgetragen -, hätte sich die Frage, ob die Minister im Parlament sein können oder sollen, erübrigt, weil sie nämlich um 17.30 Uhr noch nach Berlin hätten fahren können.

(Zuruf von der CDU: So war es! - Bernd Althusmann [CDU]: Große Augen macht er da! - Sigmar Gabriel [SPD]: Tut mir Leid!)

Das war der Sachstand im Ältestenrat.

(Zuruf)

- Sie waren doch gar nicht da. Es ist doch nicht zu bezweifeln, was ich hier sage. Das können Sie doch im Protokoll nachlesen.

Jetzt hat Herr Hagenah das Wort. Bitte schön!

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst vielen Dank, dass Sie mir das Wort erteilt haben.

Herr Althusmann, Ihr Beitrag war eben ein beredtes Beispiel dafür, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hätten wir vor drei Monaten diese Frage hier zu diskutieren gehabt, wären Sie der Erste gewesen, der nach vorne geeilt wäre und genau in der Form, wie jetzt von Herrn Möhrmann dargestellt,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Aber deutlich lauter!)

das heftigst kritisiert hätte. Sie hätten Recht gehabt. Wir sitzen nicht im Glashaus. Wir saßen vor drei Monaten in der Opposition und sitzen da heute noch.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich glaube, dass dieser Vorwurf, dass sich eine Fraktion beschwert, die neu in der Opposition sitzt und vielleicht an der einen oder anderen Stelle vorher anders mit der Opposition umgegangen ist, für Sie so nicht gelten kann. Sie haben in Ihrer parlamentarischen Oppositionszeit so häufig dieses Thema in den Landtag geholt, so häufig die Regierung zitiert, dass Sie die Letzten sind, die die Hände in Unschuld waschen können. Sie müssen auf jeden Fall akzeptieren, dass hier eine Opposition das Recht hat, informiert zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sollte es sich wirklich bewahrheiten - das wird ja sicherlich gleich aufgeklärt werden -, dass es um den Elbe-Weser-Abend geht, dann ist wirklich der Punkt erreicht - wir sind nicht diejenigen, die das kleine Karo hier gelten lassen wollen; Häppchen gibt es hier auch -,

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

dass darauf heute verzichtet werden kann. Wir müssen wirklich einen Anspruch darauf haben, dass die Landesregierung heute vollständig bis zum Ende der Sitzung anwesend ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Lehmann, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Carsten Lehmann (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man ist doch schon ein bisschen erstaunt darüber, wenn man neu im Parlament sitzt, zu welchen wichtigen Themen hier unheimlich lang und breit geredet wird.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nun mag man ja unser Unverständnis vielleicht damit entschuldigen, dass wir über die alten Zeiten nicht mitreden können. Das wird auch dauerhaft so bleiben - um auf Herrn Hagenah kurz einzugehen -, dass Sie in der Oppositionsrolle bleiben. Zumindest wünschen wir uns das von unserer Fraktion aus ein bisschen.

Ich komme auf den Punkt. Wir reden davon, dass ein Minister gegen Ende des Tages an einer Veranstaltung teilnehmen sollte,

(Dieter Möhrmann [SPD]: Bei welcher denn?)

die seinen Bereich betrifft, aus dem er kommt. - Offensichtlich ist es der Elbe-Weser-Abend; der ist schon mehrfach genannt worden. Das haben Sie wahrscheinlich eben gehört.

(Uwe Schwarz [SPD]: Das war keine Wundertüte!)

- Sie können ja auch eins und eins zusammenzählen. Man muss ja nicht immer um den heißen Brei herumreden.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, man kann auch mitdenken, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn das jemand ist, der zu einem Abend fahren will, der einmal den Bereich betrifft, aus dem er kommt und zu dem er auch noch fachlich gehört, finde ich, ist das eine vernünftige Sache. Diesen Einsatz sollten wir hier unterstützen. Da kommen wir nämlich zum kleinen Karo, Frau Harms. Wir sollten nicht anfangen, herumzustreiten und aus der Mücke einen Elefanten zu machen. Wir sollten endlich zur Tagesordnung und damit zu den wichtigen Themen kommen, die wir schon den ganzen Tag vorhaben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Jüttner, Sie haben das Wort.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns eben von dem Abgeordneten Lehmann belehren lassen müssen, dass wir über die unwichtigen Sachen reden und die wichtigen ausklammern. Die erste Geschäftsordnungsdebatte heute Morgen betraf die Frage, ob sich der Niedersächsische Landtag mit dem Thema Irak-Krieg befasst. Herr Lehmann, das haben Sie eben zusammen mit der CDU-Fraktion niedergestimmt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So viel zum Thema wichtig und unwichtig! Der Irak-Krieg wäre ein wichtiges Thema gewesen.

Aber unter uns: Auch der Umgang zwischen Parlament und Regierung ist zu Beginn einer Legislaturperiode sinnvoll zu entwickeln, damit wir nicht dauernd darüber streiten müssen.

Herr Präsident, Sie haben eben, wie ich finde, zu Recht geschildert, dass sich der Ältestenrat darauf verständigt hat, dass die Sitzung heute bis 17.30 Uhr geht. Dann wäre das alles kein Thema gewesen. Warum aber dauert die Sitzung heute länger? - Nicht, weil das Parlament das will, sondern weil die Landesregierung kurzfristig eine Regierungserklärung eingeschoben hat, meine Damen und Herren. So geht das nicht! Sie als Landesregierung bringen den Zeitplan durcheinander und lassen dann Ihre Minister sich hier abmelden. Das lassen wir nicht zu. Deshalb verlangen wir die Anwesenheit des gesamten Kabinetts.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Herr Jüttner, das waren schöne Zeiten! – Gegenruf von Wolfgang Jüttner [SPD]: Alles hat seinen Reiz!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Harms, Sie haben das Wort.

Rebecca Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lehmann, ich muss das auch noch einmal aufgreifen. Was ist wichtig oder unwichtig? Ich glaube, dass es um die nicht so ganz unbedeutende Frage des Respekts der Minister vor dem Parlament geht. Das klärt man am besten zu Beginn der Legislaturperiode. Dann wird dieses Thema nicht von Sitzung zu Sitzung wieder auf die Tagesordnung kommen. Ich wäre sehr dafür.

Es gibt Veranstaltungen - darauf hat Kollege Gabriel richtig hingewiesen -, bei denen die Minister präsent sein sollten, auch wenn wir hier eine Plenarsitzung haben.

(Reinhold Coenen [CDU]: Es ist doch alles geklärt!)

Der Präsident wird ein Verfahren vorschlagen. Ich hoffe, das wird dann respektiert werden.

Zum Elbe-Weser-Abend kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Ich kenne hier im Hause mehrere Kollegen, die gerne an diesem Abend teilnehmen würden. Das geht nicht, weil sie diese Tagesordnung und dieses Parlament respektieren. Diesen Respekt verlangen wir auch von den Ministern!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, es gibt jetzt ein Problem. Der Herr Ministerpräsident hat sich zu Wort gemeldet. In der Geschäftsordnungsdebatte haben nur Mitglieder des Landtages das Wort. Deshalb werde ich den Ministerpräsidenten um Verständnis bitten, dass ich jetzt Herrn Althusmann, der sich noch gemeldet hat, zu Wort kommen lasse. Sollte es danach keine Wortmeldung mehr geben, hat der Ministerpräsident nach unserer Verfassung das Recht, das Wort zu nehmen. Ich interpretiere seine Geste so, dass er das dann auch tut. - Bitte schön, Herr Althusmann!

Bernd Althusmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Jüttner, Sie haben hier die Beratungen im Ältestenrat bewusst falsch dargestellt.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Wir haben im Ältestenrat für heute eine Tagesordnung besprochen, die bis 17.30 Uhr reicht. Zu dem Zeitpunkt war schon längst bekannt, dass heute in Berlin ein Elbe-Weser-Abend stattfindet. Sie haben mit uns sogar über die Frage debattiert, ob man nicht kürzer oder länger oder wie auch immer tagen sollte. Nachdem die Tagesordnung beschlossen worden war, hat sich die Landesregierung entschieden, heute eine Regierungserklärung abzugeben.

(Zurufe von der SPD)

Es ist völlig normal, dass sich die Tagesordnung dann nach hinten verschiebt. Wenn diese Landesregierung wichtige Termine wahrnehmen muss, dann soll diese Landesregierung sie auch entsprechend wahrnehmen.

Herr Hagenah, Sie haben gesagt, Sie seien jetzt in der Opposition. Herr Gabriel, ich kann mich daran erinnern, dass Sie und Ihre Vorgänger sich immer hier hingestellt und gesagt haben: Wissen Sie was? Hier sitzt die Mehrheit und da die Minderheit. - So gehen wir mit Ihnen gar nicht um, Herr Gabriel.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Ist das ein Grund abzuhauen oder nicht?)

Herr Gabriel, wir werden sehr deutlich machen,

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Ist das jetzt eine Begründung oder keine?)

dass wir Ihnen Ihren Stil - ich hoffe und wünsche mir für Ihre Fraktion, dass Sie bald in der Realität, nämlich dort, wo Sie heute sind, ankommen - hier nicht durchgehen lassen werden,

(Beifall bei der CDU)

dass Sie hier mit Mitgliedern der Landesregierung nach dem Motto umgehen: Jungs und Mädels, bleibt mal hier. - Herr Gabriel, so geht das nicht. So funktioniert das nicht. So wird das auch mit uns zukünftig nicht funktionieren. Vielleicht sollten Sie sich ein wenig mehr auf Ihre Aufgaben als Fraktionsvorsitzender konzentrieren.

Wir werden heute der Landesregierung die Möglichkeit geben, das im Raum stehende Problem gemeinsam mit dem Präsidenten zu klären, damit sie diesen wichtigen Termin gegebenenfalls wahrnehmen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Gabriel, Sie haben sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Althusmann, das Einzige, was Sie ärgert, ist, dass wir durchaus schon in der Realität angekommen sind und Sie jetzt ein bisschen ermahnen, wie man mit dem Parlament umzugehen hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es noch einmal für meine Fraktion, damit es klar ist: Erstens. Wenn es möglich ist, im Ältestenrat über die Bekanntmachung der Landesregierung zu sprechen, dass einige ihrer Mitglieder aus bestimmten Gründen an Teilen der Plenarsitzung nicht teilnehmen können, werden wir dort darüber beraten.

Zweitens. Wenn dies aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist, weil sich die Plenartagesordnung gegenüber den ursprünglichen Planungen des Ältestenrates nach hinten verschiebt, ist das normale Verfahren das, das Herr Möhrmann in seinem ersten Beitrag angesprochen hat. Das heißt, dass wir vor der Sitzung erfahren, um wen es geht und warum sie nicht bis zum Ende der Plenarsitzung hier bleiben können. Wenn Sie das einhalten, ist alles in Ordnung.

Drittens. Sie werden sich darauf verlassen können, dass wir uns anders, als Sie es früher getan haben - hier gibt es nämlich Kontinuität bei uns, aber nicht bei Ihnen -, angucken, wohin Ihre Ministerinnen und Minister wollen. Wenn das im Landesinteresse liegt, werden wir selbstverständlich Ja dazu sagen. Wenn wir aber den Eindruck haben, dass das Parlament hier über Themen beraten soll, während Mitglieder der Landesregierung an kulturellen Veranstaltungen in Berlin teilnehmen, dann halten wir das für unangemessen. Von daher meinen wir, dass es unser Recht ist, das zu kritisieren. Dann hilft auch Ihr hochroter Kopf überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, bevor ich die Geschäftsordnungsdebatte abschließe - mir liegen weitere Wortmeldungen nämlich nicht mehr vor -, darf ich noch einmal sagen, dass ich im Kontakt mit der Landesregierung klären werde, welches Prozedere einvernehmlich beschlossen werden kann, damit die Schwierigkeiten, über die wir gerade diskutiert haben, ausgeräumt werden können. Vor diesem Hintergrund hat der Ministerpräsident jetzt auf seine Wortmeldung verzichtet.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir jetzt in die Tagesordnung einsteigen.

Ich rufe auf

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Regierungserklärung zur Haushaltslage des Landes Niedersachsen

Dazu erteile ich jetzt dem Herrn Finanzminister das Wort. Bitte schön!

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Herr Gabriel eben Teile des Artikels 31 vorgelesen hat, in dem die Rede von „Gesetze achten, wahren und verteidigen“ ist, habe ich für mich gedacht: Wenn er während seiner dreijährigen Regierungszeit einmal in diesen Artikel hineingeguckt und sich an ihn gehalten

hätte, wäre die Hälfte meiner heutigen Rede überflüssig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch die Landeshaushaltsordnung und das Haushaltsgrundsätzegesetz sind Gesetze, auf die wir unseren Eid geschworen haben. Diese Regierung wird sich an diesen Eid halten.

(Beifall bei der CDU)

Die Zeiten sind nämlich vorbei, in denen sich die Regierung eines Landes - insbesondere in Niedersachsen - zwischen zwei Alternativen entscheiden konnte: entweder die Ausgaben zu erhöhen, um im Lande mit großzügigen Geschenken herumzureisen und diese zu verteilen, oder aber den Haushalt mit durchgreifenden und auch schmerzhaften Einschnitten zu konsolidieren. Die Zeiten sind nun glücklicherweise vorbei - zum einen deshalb, weil Sie nicht mehr Ministerpräsident sind, und zum anderen deshalb, weil auch die Zeiten an sich nicht mehr so sind -, in denen Sie als Ministerpräsident sagen konnten, dass doch beides gehe, und dies dann auch noch als Makoökonomie verkauft haben. Diese Zeiten sind vorbei.

Diese Zeiten sind deshalb vorbei, weil sich die Haushaltslage heute in einem absolut katastrophalen Zustand befindet. Der Zustand ist derart katastrophal, dass an einem echten, ehrlichen, einschneidenden Sparkurs kein Weg mehr vorbeiführt. Wir müssen konsolidieren, weil wir vor der schlichten Alternative stehen, entweder zu sparen oder als Land innerhalb kürzester Zeit handlungsunfähig zu sein. Sie können sich darauf verlassen, dass diese Regierung sparen wird. Das ist nämlich nicht mehr eine Frage des Wollens, sondern eine Frage des Müssens. Dazu braucht man Kraft, und dazu braucht man frische Ideen. Vor allem aber braucht man Mut, diesen Kurs auch dann durchzustehen, wenn der Gegenwind stärker wird. Der wird mit Sicherheit stärker. Der neuen Landesregierung mangelt es weder an der Kraft noch an den Ideen, vor allem aber nicht an Mut. Zudem ist sie von den Wählerinnen und Wählern mit dem eindeutigen Mandat versehen worden, dieses Land und seinen Haushalt zu sanieren. Das Wählervotum ist ein unmissverständlicher Auftrag. Wir werden diesen Auftrag ausführen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Opposition immer wieder eingefordert, dass in diesem hohen Hause Klarheit über die tatsächliche Finanzlage geschaffen wird. Wir werden diesem Anspruch als Landesregierung gerecht werden.

Deshalb möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, den finanzpolitischen Status quo unseres Landes nüchtern und ehrlich zu beschreiben. Das ist erforderlich. Wer nicht weiß, was in der Kasse ist, und wer keine Bilanz hat, der wird auch keine Politik betreiben können. Nur wenn wir hier im Hause - wir alle, Sie und wir - in der Öffentlichkeit unmissverständlich Klarheit über die finanzielle Lage unseres Hauses schaffen, können wir uns Phantomdebatten sparen und die jetzt dringend zu lösenden Probleme offen angehen. Dann wird man einen Redebeitrag im Plenum einfach daran messen können, ob er dem Land in dieser Lage konstruktiv weiterhilft oder nicht. Dann sind Ausreden nicht mehr möglich. Dahin müssen wir kommen.

Ein dramatischer Steuerverfall ist Ausgangslage unserer neuen Politik. Wir haben derzeit einen Steuerverfall zu verkraften, der in dieser Brutalität in der Geschichte dieses Landes einmalig und beispielloos ist. Über Jahrzehnte hinweg war es üblich, dass die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen jedes Jahr im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind. Angesichts von Faktoren wie Wirtschaftswachstum und Tarifsteigerungen war dieses Gesetz - von kleinen Ausreißern in den Jahren 1981 und 1997 einmal abgesehen - immer eine Selbstverständlichkeit. Im Jahr 2001 hingegen gab es den ersten schweren Einbruch. Aufgrund des Steuersenkungsgesetzes lagen die Steuereinnahmen um 4,5 % niedriger als im Vorjahr; Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen bereits mitgerechnet. Diese finanzielle Katastrophe setzte sich im vergangenen Jahr fort. Im Jahr 2002 lagen wir nochmals um 8,3 % unter dem ohnehin schon schlimmen Steuerjahr 2001. Das entspricht einem Minus von mehr als 1 Milliarde Euro innerhalb eines Jahres. Diese Zahlen waren alle bekannt. Man hätte handeln müssen. Das aber ist verpasst worden, sodass wir heute zum Teil vor einer solchen Katastrophe stehen.

(Beifall bei der CDU)

Seinerzeit hätten Sie einmal in den Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung gucken sollen, Herr Gabriel. Dann hätten Sie gesehen, wie ein Ministerpräsident handeln muss.

(Beifall bei der CDU - Sigmar Gabriel
[SPD]: Pecunia non olet!)

- Das heißt „Pecunia non olet“ und nicht „Secunda non olet“. Wenn Sie schon zitieren, müssen Sie es auch richtig machen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Pecunia! Pecunia! Sie kennen sich da besser aus!)

- Ich habe eben das Große Latinum. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU - Sigmar Gabriel
[SPD]: Sie haben die richtigen Freunde!)

Dieser erschreckende Trend setzt sich auch im laufenden Jahr fort. Auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres lagen wir um 7,4 % oder 185 Millionen Euro unter den ersten beiden Monaten des Vorjahres und um genau 449 Millionen Euro unter dem anteiligen Soll. Ich habe allerdings immer gesagt, dass man jetzt nicht den Fehler machen dürfe, diesen Wert auf das gesamte Jahr hochzurechnen. Das wäre eine Katastrophe geworden. Dazu verlaufen die Steuereinnahmen einfach zu asynchron. Tatsächlich sah die Lage schon im März wesentlich positiver aus. Der Monat März ist ja erst einen Tag herum.

(Zuruf von der SPD: Der April!)

- Der April hat begonnen, deshalb ist der März herum. Das habe ich gesagt. Sie sind ein richtiger Schlaumeier.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wenn einem die Mitglieder der Regierung das nicht mehr aufschreiben, sondern man selber denken muss, dann kommt es zu solch einfachen Beispielen.

Wir haben 350 Millionen Euro über Soll eingenommen, sodass wir in den ersten drei Monaten dieses Jahres noch ein Fehl von genau 100,8 Millionen Euro haben. Aber eines - auch wenn es jetzt positiver wird - wird auf jeden Fall deutlich: Wir werden in diesem Jahr mit umfangreichen Steuermindereinnahmen zu kämpfen haben: nach unserem derzeitigen Kenntnisstand in einer Größenord-

nung von rund 250 Millionen Euro, die noch einmal - der Betrag allein wäre nicht so schlimm - zu den bereits in den letzten Herbst-Steuerschätzungen prognostizierten Mindereinnahmen für dieses Jahr in Höhe von 1,1 Milliarden Euro hinzukommen, sodass wir Steuermindereinnahmen gegenüber der Planung von 1,35 Milliarden Euro haben werden.

Diese zusätzlichen 250 Millionen Euro Mindereinnahmen entsprechen einer Rücknahme der Wachstumserwartung um einen Prozentpunkt. Wir gehen bei der Haushaltsplanaufstellung - Nachtrag 2003 - von einem Wirtschaftswachstum von 0,5 aus. Diese Steuerausfälle haben zwei wesentliche Ursachen: zum einen die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung, deren Steuerentlastungen auf die Haushalte von Ländern und Gemeinden durchschlagen, insbesondere bei der Körperschaftssteuer, die aber nicht zu einer Erholung der Konjunktur geführt, sondern eher das Gegenteil bewirkt haben. Das derzeitige Konjunkturtief ist die zweite und wichtigste Ursache für den Steuerverfall des Landes. Solange es der Bundesregierung nicht gelingt, den Konjunkturmotor wieder in Gang zu bringen, ist auf der Einnahmeseite der Länder keine Entlastung zu erwarten.

Diese bedrohliche Einnahmeentwicklung trifft derzeit alle Länder, aber Niedersachsen trifft sie wesentlich härter, weil die Haushaltslage zusätzlich durch eklatante strukturelle Probleme belastet ist, die den Handlungsspielraum empfindlich und wesentlich stärker als in anderen Ländern einengen. Das liegt einfach daran, dass Niedersachsen strukturschwach ist und dass die Haushaltslage in anderen Ländern Gott sei Dank nicht so verfahren ist wie bei uns - oder umgekehrt, dass die Haushaltslage bei uns leider sehr viel schlimmer verfahren ist als in anderen Ländern.

Richtig ist aber auch, dass wir ein Einnahmeproblem haben. Richtig ist auch: Es wurde bislang zu wenig getan, um auf der Ausgabenseite mit ernsthaften Einsparungen gegenzusteuern. Im Gegenteil: Niedersachsen leidet heute unter dem stärksten Ausgabewachstum aller westdeutschen Flächenländer. - In dem Zusammenhang darf ich mich bei Ihnen, Herr Gabriel, ganz herzlich bedanken, dass Sie Wert darauf gelegt haben, dass die Statistik nach 1999 weitergeführt wird. So können wir sie jetzt wenigstens nutzen. - Die bereinigten Ausgaben, also die Gesamtausgaben des Landes ohne besondere Finanzierungsvorgänge, wie Rücklagenzuführungen, Fehlbetragsabdeckungen, haushalts-

technische Verrechnungen oder Tilgungsausgaben am Kreditmarkt, stiegen von 1990 bis 2002 um 39,2 %, also um knapp 40 %, und damit um zwei Prozentpunkte stärker als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Niedersachsen ist in diesem Ländervergleich das unrühmliche Schlusslicht bei der Begrenzung der Staatsausgaben. Wir müssen jetzt kämpfen, um von dem letzten Platz wieder nach oben zu kommen.

Übrigens ist das Ausgabewachstum in ungewöhnlich kurzer Zeit hochgeschwungen: Noch im Jahr 1999 hatte Niedersachsen bei dem gleichen Ländervergleich den drittbesten Wert. Dann begann die Amtszeit von Sigmar Gabriel, der mit seinem rasanten Ausgabensteigerungskurs die ohnehin schon schwierige Haushaltslage noch einmal in unverantwortlicher Weise verschärft hat.

(Sigmar Gabriel [SPD]: BEB und EXPO!)

- Auf BEB komme ich gleich noch. Sie haben ja die Rede. - Einbrüche bei den Einnahmen, keinerlei Disziplin bei den Ausgaben - natürlich wirkt sich das auf den Finanzierungssaldo aus. In den vergangenen zwei Jahren stiegen die Haushaltsdefizite stark an. Im Jahr 2001 entstand ein negativer Finanzierungssaldo von rund 2,7 Milliarden Euro, im Jahr 2002 waren es sogar 3,8 Milliarden Euro oder minus 17,3 %. Dieser Finanzierungssaldo bedeutet, dass jeder siebente Euro, der im letzten Jahr ausgegeben worden ist, vorher durch neue Schulden am Kreditmarkt aufgenommen worden ist. Das heißt, jeder siebente Euro, der ausgegeben worden ist, hat unseren Schuldenstand erhöht oder hätte sonst nicht ausgegeben werden können. Damit hat Niedersachsen den im Verhältnis zum Ausgabevolumen schlechtesten Finanzierungssaldo aller westdeutschen Länder. Auch hier sind wir Schlusslicht, auch hier müssen wir uns anstrengen, uns von diesem Schlusslichtplatz wieder nach oben zu kämpfen.

Ich komme auf die besonderen Härten, die es gegeben hat, also BEB und EXPO. Richtig ist: Diese erschreckende Bilanz enthält zwei Sonderfälle. Niedersachsen musste rund 2,5 Milliarden DM Förderzinseinnahmen an das Unternehmen BEB zurückzahlen. Nach dem Länderfinanzausgleich bleiben nach dem derzeitigen Stand - ich komme darauf gleich noch zu sprechen - rund 615 Millionen Euro beim Land hängen, also etwa die Hälfte. Zugleich muss das Land einen Anteil von insgesamt rund 336 Millionen Euro EXPO-

Schulden tilgen, weil die alte Landesregierung lieber Kredite aufgenommen hat, als die gegenüber dem Soll eingetretenen Steuermehreinnahmen des Jahres 2000 - genau 476,9 Millionen Euro - für die Bewältigung der EXPO-Ausgaben einzusetzen. Deshalb kann man das EXPO-Defizit nicht wirklich als Sonderfall betrachten. Denn wenn ich 336 Millionen Euro Mehrausgaben, aber ein Soll von 476 Millionen Euro Einnahmen, also 140 Millionen Euro Mehreinnahmen, habe, dann muss ich doch die Ausgaben zunächst einmal aus den Mehreinnahmen decken und darf nicht sagen: Diese Mittel gehen in den Konsum, und für den Rest nehme ich Schulden auf. - Das sind Vorwürfe, die wir Ihnen damals gemacht haben, die wir Ihnen heute machen und die uns auch heute noch belasten. Deshalb habe ich gesagt: Man darf ruhig einmal in Artikel 31 schauen, wenn man regiert. Das ist gar nicht verkehrt.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich verschlechtern diese beiden Faktoren die Bilanz erheblich, und natürlich fiele der Ländervergleich ohne diese Faktoren günstiger aus. Aber es reicht nicht, sich immer nur auf „besondere Härten“ zu berufen, wenn man überhaupt nichts dagegen tut. Sigmar Gabriel hat etwas getan, aber tragischerweise tat er genau das Falsche: Er hat nicht etwa vorausschauend Vorsorge getroffen - obwohl man wahrlich kein Nobelpreisträger sein musste, um beispielsweise die BEB-Pleite oder ein längeres Andauern der Konjunkturschwäche zumindest für denkbar zu halten -, und er hat auf fortschreitende Steuereintrübe und die bekannten Sonderfälle auch nicht etwa mit ernsthaften Sparmaßnahmen reagiert. Der Einbruch der Steuereinnahmen war bereits 2001 bekannt. Man hätte für den Haushalt 2002/2003 nicht damit rechnen können, dass das Gegenteil eintritt, sondern hätte die Haushaltsplanberatung und die Beschlussfassung darauf aufbauen müssen. Das ist versäumt worden, und das werfe ich Ihnen vor. Stattdessen hat er im Rekordtempo und gegen alle Vernunft die Ausgaben in die Höhe getrieben, und die Löcher, die daraufhin überall aufgerissen sind, hat er dann mit neuen Schulden notdürftig verdeckt, wenn auch nicht alle. Ein paar Löcher haben wir geerbt.

Der Weg in die Verschuldung, den Sigmar Gabriel angetreten ist, erinnert am ehesten an eine hektische Flucht, Hals über Kopf und über Stock und Stein. In keinem anderen westdeutschen Flächenland stieg die Verschuldung seit 1990 stärker als in Niedersachsen. Die Pro-Kopf-Verschuldung be-

trägt im Land Niedersachsen 5 020 Euro, rund 500 Euro pro Einwohner mehr als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. 500 Euro, das ist für den Einzelnen vielleicht nicht viel. Aber wenn Sie das mit 7,5 Millionen Einwohner malnehmen, sehen Sie, welcher enorme Batzen es ist, den wir mehr an Schulden haben als andere Flächenländer.

Bei der Verschuldung präsentiert sich Niedersachsen als außerordentlich dynamisches Land. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist von 1990 bis 2002 um 79 % gestiegen. Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer belegt Niedersachsen damit den düsteren zweiten Platz. Nur das Land Rheinland-Pfalz liegt noch hinter uns. Der Durchschnitt der Flächenländer West liegt sogar um sage und schreibe 25 Prozentpunkte niedriger als in Niedersachsen, nämlich bei nur 54 %. Das sind Zahlen, die einen hätten alarmieren müssen und bei denen wir erwartet hätten, dass eine Regierung eingreift und zumindest versucht gegenzusteuern. Mut, Ideen und Kraft sind dazu allerdings erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Niedersachsen muss allein für Zinsen 276 Euro pro Einwohner - das sind 80 Euro mehr als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer - zahlen. Das bedeutet einen unrühmlichen dritten Platz im Ländervergleich. Zwischen 1990 und 2001 stiegen die Zinsausgaben Niedersachsens um rund 58 % und damit fast doppelt so stark wie im Durchschnitt der anderen Flächenländer, die bei 32 % liegen. Die Zinsausgabenquote stieg auf rund 10 %, während die westdeutschen Flächenländer insgesamt die Quote auf 7 % senken konnten. Nun kann man sagen, dass drei Prozentpunkte nicht die Welt sind, aber auf den Haushalt Niedersachsens heruntergerechnet bedeutet das über 600 Millionen Euro, die wir mehr an Zinsen zahlen, weil wir so weit über dem Durchschnitt der Flächenländer liegen. Wenn wir dort nicht lägen, könnten wir alle Programme bezahlen und sogar noch Schuldenabbau betreiben. Wir liegen dort aber nicht, und deshalb stehen wir vor den schwierigen Problemen, die wir jetzt zu meistern haben.

Diese strukturellen Probleme stellen für unser Land eine schwere Zukunftshypothek dar. Alle Konsolidierungsbemühungen werden noch auf lange Jahre von dieser Last betroffen sein. Und über diese Langzeitlasten hinaus hat die alte Landesregierung nach ihrer Abwahl noch eine ganze Reihe offener Baustellen hinterlassen, zum Teil offene Baustellen im wahrsten Sinne des Wortes,

unvollendete Projekte und finanzpolitische Hinterlassenschaften, mit denen wir umzugehen haben. Einige davon sind inhaltsleere Luftnummern, andere sind haarsträubende Fehler, und wieder andere sind Projekte, die mit großem Getöse angeschoben wurden, bei denen aber wichtige Hausaufgaben nicht erledigt wurden – teils aus Gedankenlosigkeit, teils aber auch aus erschütternder Verantwortungslosigkeit und unter Irreführung der Öffentlichkeit. Ich möchte hier einige der wichtigsten Beispiele nennen, die im Übrigen symptomatisch sind für den ganzen Regierungsstil von Sigmar Gabriel – einen Politikstil, der in einer Reihe von Punkten unserem Demokratieverständnis eklatant widerspricht.

(Widerspruch bei der SPD)

- Es ist schon eine Frage der Demokratie, ob man das Haushaltsrecht dem Landtag überlässt oder ob man Ausgaben tätigt, die nicht im Haushalt veranschlagt sind und die hinterher eine andere Regierung bezahlen muss.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Thomas Oppermann [SPD])

- Das brauche ich Ihnen doch nicht zu sagen, Herr Oppermann. Sie haben ein noch besseres Examen als ich und wissen doch um die Wechselwirkungen.

(Zuruf von Thomas Oppermann [SPD])

- Wir können ja gegenseitig einmal reingucken. – Wenn die Regierung macht, was sie will, und dem Landtag nicht mehr sagt, was sie tut, dann ist das Demokratieverständnis nach meinem Dafürhalten ausgehöhlt, denn der Landtag ist Herr bzw. Herrin über den Haushalt, nicht aber die Regierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch das gehört zur Ehrlichkeit. Dazu gehört aber auch, dass der Landtag den Mut hat, Ausgaben zu tätigen oder sie nicht zu tätigen. Wir werden entsprechende Vorschläge machen, und wir werden ehrliche Vorschläge machen.

Es liegt nun an der neuen Regierung, in diesem Wirrwarr Ordnung zu schaffen, um weiteren Schaden vom Land abzuwenden.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, damit Sie das auch plastisch sehen. Am 16. Januar wurde der

erste Spatenstich für ein Finanzamt gemacht. Am 2. Februar war Landtagswahl, die Sie verloren haben, weil auch dieser erste Spatenstich nicht mehr geholfen hat. Als ich ins Finanzministerium kam, musste ich feststellen, dass die Bauplanung noch nicht fertig ist, dass keine Auftragsvergabe erfolgt war und dass kein Cent dafür vorhanden war.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Das war ein virtueller Spatenstich. Zwar ist eine Ausnahmegenehmigung erteilt worden, es war aber nicht finanziert. Das ist das, was wir Täuschung der Öffentlichkeit nennen.

(Beifall bei der CDU)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzamtes, die Zeitungen, die darüber berichtet haben, und auch die Öffentlichkeit gehen doch davon aus, dass ein Finanzminister, der den ersten Spatenstich für ein Finanzamt macht, zuvor in seinen Haushalt geschaut hat, ob dafür auch das Geld zur Verfügung steht. Das ist doch wohl das Mindeste. Dort steht noch nicht einmal ein Bauschild, weil noch keine Handwerker benannt worden sind. Das heißt, in diesem Jahr wird das Finanzamt nicht mehr gebaut werden können, weil schlicht kein Geld dafür vorhanden ist.

Zur Finanzierung des Tiefwasserhafens wurde in die MiPla 2002 bis 2006 ein Zuschuss des Bundes von 89 Millionen Euro eingestellt. Ihr Trick bestand darin, das erst einmal in die MiPla einzustellen, das der Öffentlichkeit zu erklären, aber im Haushalt keine Mittel vorzusehen. Dass das noch nicht im Haushalt steht, wäre an sich gar nicht einmal so schlimm. Wir haben jetzt aber festgestellt, dass es weder eine rechtsverbindliche Zusage des Bundes noch einen „letter of intent“ über diesen Finanzierungsbeitrag gibt. Hier sind wichtige Hausaufgaben schlichtweg nicht gemacht worden, die neue Landesregierung wird die Summe beim Bund noch einwerben müssen. Es wird jetzt Aufgabe des Wirtschaftsministers, des Finanzministers und des Ministerpräsidenten sein, diese 89 Millionen beim Bund einzuwerben, damit das, was Sie schwarz auf weiß gedruckt haben, tatsächlich mit Geld unterlegt ist.

Zwischen der alten Landesregierung und Bundesfinanzminister Eichel bestand Übereinkunft, die streitige Verrechnung der BEB-Rückzahlung im Länderfinanzausgleich erst nach der Landtagswahl einer Lösung - so genannte zweite Verordnung -

zuzuführen. In der ersten Verordnung hat Herr Eichel den Vorschlag unterbreitet. Das ist auch bei den Ländern so gebucht worden; bei uns 615 Millionen Euro. Ich habe das vorhin schon gesagt. Silvester letzten Jahres hätte die zweite Verordnung kommen müssen, die das dann rechtskräftig festgestellt hätte. Mit Rücksicht auf die Bundestagswahl, auf Eichels eigenes Problem und mit Rücksicht auf die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen hat Eichel - „schluren“ will ich nicht sagen - ein bisschen Zeit ins Land gehen lassen. Wir müssen jetzt sehen, dass wir diese Verordnung irgendwann bekommen. Für das Land Niedersachsen besteht hier nach wie vor ein Risiko von bis zu 300 Millionen Euro, sollte sich die Rechtsauffassung anderer Bundesländer - gestützt auf das „Kirchhoff-Gutachten“ - letztendlich durchsetzen. Das ist mit 15 : 1 in der Finanzministerkonferenz so beschlossen worden. Aber Rechtsmeinungen müssen nicht mit 15 : 1 getroffen werden. Vielmehr wird man sehen müssen, ob sich die in dem Gutachten geäußerte Rechtsauffassung durchsetzt. Ich hoffe auf eine einvernehmliche Lösung. Die alte Regierung hat hier - warum, weiß ich nicht - eine gefährliche Flanke in unverantwortlicher Weise unnötig lange offen gelassen, statt endlich auf eine Bereinigung der ganzen unrühmlichen Angelegenheit zu drängen. Die neue Landesregierung wird durch Gespräche und Verhandlungen mit Bund und anderen Ländern auf eine tragfähige Lösung hinarbeiten müssen - damit habe ich während der letzten Finanzministerkonferenz bereits begonnen -, die möglichst zu keinen weiteren Haushaltsbelastungen über die im Jahr 2002 vom Bundesministerium der Finanzen vorgeschlagene Kompromissvariante hinaus führt.

Bei den CASTOR-Transporten, die kommen wie das Amen in der Kirche - ich glaube nicht, dass nach dem Regierungswechsel Frau Harms als Blumenmädchen vorneweg laufen und Blumen streuen wird, sondern das wird ähnliche Polizeieinsätze wie bisher erfordern -

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Das machen Sie doch!)

- nein, ich mache das nicht, wir müssen das nur finanzieren - müssen wir trotz der Vergrößerung des Transportumfangs und der Beschränkung der Anzahl der Transporte aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre mit mindestens 20 Millionen Euro jährlichen Kosten rechnen. Die alte Landesregierung hatte für entsprechende Sondereinsätze der Polizei im Haushaltsjahr 2003 aber lediglich

8,2 Millionen Euro veranschlagt. Dieser Ansatz ist von der alten Regierung in irreführender Absicht schöngerechnet. Wir müssen ihn jetzt um 12 Millionen Euro - das sind rund 150 %! - nach oben korrigieren, um die zu erwartenden Kosten endlich realistisch veranschlagt zu haben. Wir wissen, dass es kommt. Deshalb müssen wir das veranschlagen. Das verschlechtert natürlich den Haushalt. Aber Sie hätten das in Ihrer Haushaltsplanung 2001 berücksichtigen müssen.

Im Sommer 2002 erlangte die alte Landesregierung Kenntnis davon, Herr Gabriel, dass im Bereich des Amtsgerichts Hannover durch jahrelange Falschbuchungen eine Summe von 78 Millionen Euro Einnahmen zu viel im Landeshaushalt vereinnahmt wurde.

(Zurufe von der CDU: Was? Wie viel?)

- 78 Millionen Euro.

(Bernd Althusmann [CDU]: Unglaublich!)

Die alte Landesregierung entschied, den notwendigen Ausgleich dieses Abwicklungskontos über den Termin der Landtagswahl hinauszuschieben. Er belastet nunmehr den Soll-Abschluss des Haushaltsjahres 2002 und vergrößert den spätestens 2004 zu veranschlagenden Fehlbetrag. Das heißt, wir müssen das in 2002 buchen. Da 2002 aber nicht genug Geld vorhanden ist, werden wir mit einem Fehlbetrag für 2002 abschließen. Das alles ist nicht unsere Verantwortung. Wir machen nur den Buchhalter. Spätestens 2004 müssen wir das in den Haushaltsplan einstellen, was dann den Haushaltsplan 2004 belastet. Man muss wissen, was man geerbt hat. Wir können und wollen das Erbe nicht ausschlagen. Man muss das aber offen sagen.

Das von der alten Landesregierung beschlossene „Beschleunigungsprogramm“ für Investitionen führte im Jahr 2002 zur überplanmäßigen Bewilligung von 45 Millionen Euro. Der Jahresabschlusses 2002 wird sich deshalb dementsprechend verschlechtern. Die 45 Millionen, die im letzten Jahr im Vorgriff auf 2003 bezahlt wurden, müssen im Abschluss für 2002 gebucht werden und verschlechtern noch einmal zusätzlich den Abschluss für das Jahr 2002. Das müssen wir 2004 wieder hereinholen. Bei planmäßiger Fortsetzung der begonnenen Hochbaumaßnahmen folgt daraus zusätzlich auch noch ein Mehrbedarf beim Hochbauplafond im laufenden Haushaltsjahr. Das heißt, wir

müssen noch 24 Millionen Euro in den Haushaltsplan einstellen, um die begonnenen Maßnahmen - nicht die Spatenstichmaßnahmen, sondern die Maßnahmen, die sich in der Bauphase befinden - zu Ende führen zu können, wenn wir uns nicht dazu entscheiden, Bauruinen liegen zu lassen, was wir natürlich nicht wollen. Wir werden das zu Ende führen. Für diese begonnenen Maßnahmen hatte man aber kein Geld eingeplant.

Das von der alten Landesregierung beschlossene Stellenabbauprogramm von insgesamt 5 527 Stellen, der so genannten Zielvereinbarungen, harrt noch etwa zur Hälfte der Umsetzung. Sie sind ja einmal durchs Land gegangen und haben gesagt: Wir haben 5.500 Stellen gestrichen. - Das war Wunschdenken.

Überhaupt noch nicht konkretisiert ist der Abbau von 365 Stellen. Weitere 2 406 Stellen sollen „künftig wegfallen“. Insgesamt sind also 2 771 Stellen als Überhang aus der alten Legislaturperiode noch im Haushaltsplan enthalten, die nunmehr von der neuen Landesregierung in einem übergroßen Kraftakt abgebaut werden müssen. Erst dann kann das neue Stellenabbauprogramm von weiteren 6 000 Stellen greifen. Auch hier hat die alte Landesregierung ihre Hausaufgaben schlicht nicht gemacht. Wir müssen für sie nachsitzen. Das ist bitter genug.

Die alte Landesregierung hatte im Rahmen der Mipla 2002 bis 2006 den Abbau von Subventionen und Zuwendungen in Höhe von 50 Millionen Euro beschlossen - aber nur in der Mipla. Die Konkretisierung dieser Vorgabe wurde auf die Zeit nach der Landtagswahl verschoben - eine weitere Mogelpackung, die uns die alte Regierung hinterlassen hat. Der Subventionsabbau wird nunmehr von der neuen Landesregierung umgesetzt werden müssen. Er ist von den Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts bereits erbracht, wofür ich mich herzlich bedanke. Deshalb war es sinnvoll, dass Sie es für die Zeit nach der Landtagswahl geplant haben. Sonst wäre es nämlich wieder Makulatur geworden, und Sie hätten es um ein Jahr verschoben. Wir haben den Abbau von 50 Millionen Euro Subventionen beschlossen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die alte Landesregierung hatte zum 1. November 2002 700 Lehrkräfte eingestellt. Warum nicht zum 1. Februar? - Es ist klar: Die Landtagswahl war am

2. Februar, und da sollten die schon mal ein paar Monate am Arbeiten sein. Damit sollte ja Wahlkampf gemacht werden.

Aber die Finanzierung war nicht im Grundhaushalt 2003 abgesichert. Hierdurch wurde der Jahresabschluss 2002 mit 3,8 Millionen Euro belastet, was wiederum zur Verschlechterung führte - wir werden das 2004 nachholen müssen - und für den Nachtragshaushalt 2003, den wir im Mai vorlegen wollen, einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 26 Millionen Euro ausgelöst hat.

(Zuruf von der CDU: Völlig unseriös!)

Es hieß: Diese 700 Lehrer bezahlen wir aus dem Nichts, und wir bezahlen sie ohne Stelle. Dazu steht in Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung und im Beamtengesetz: Jeder Beamte muss eine Stelle haben. - Bei uns aber laufen 700 Lehrer herum und unterrichten, haben jedoch keine Stelle. Dies hat es im Lande Niedersachsen sicherlich noch nie gegeben. Wir werden es reparieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch in der Mittelfristigen Planung waren lediglich Mittel für eine bis zum 31. Juli 2004 befristete Beschäftigung fertiger Lehramtsanwärter berücksichtigt worden - ein weiterer Bedarf von 19,4 Millionen Euro für das Jahr 2004, die wir noch einsetzen müssen.

Die alte Landesregierung hat ein bis zum 31. Dezember 2003 befristetes Programm zur Verstärkung der Hauptschulen durch Sozialarbeiter aufgelegt. Die bislang in Form von Zuwendungen gewährte Kofinanzierung des Landes für die bei den öffentlichen Schulträgern der Hauptschulen beschäftigten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen bzw. Erzieherinnen und Erzieher in Höhe von bis zu 6 Millionen Euro jährlich läuft zum 31. Dezember 2003 aus. Es war ja der Trick, dass man die Stellen nicht selber geschaffen, aber gesagt hat: „In die Hauptschulen kommen Sozialarbeiter“, sondern dass man das Geld den Kommunen gegeben, es aber auf den 31. Dezember 2003 befristet hat. Dieses Programm können wir angesichts der Haushaltslage nicht weiterführen. Wir müssten es neu auflegen, denn es läuft ja am 31. Dezember 2003 aus. Viele Kommunen sind mit der Einstellung der bis jetzt geleisteten Sozialarbeit konfrontiert. Das verstehen Sie dann unter „kommunalfreundlicher Politik“.

(Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)

Auch wenn keine neuen Projekte mehr über die Niedersächsische Finanzierungsgesellschaft realisiert werden, existiert die Gesellschaft derzeit noch.

(Zuruf von der CDU: Auflösen!)

Wir werden die NFG auflösen und ihre Verbindlichkeiten endlich in Landesschulden überführen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Schattenhaushalt!)

- Wir wollen den Schattenhaushalt auflösen, ja. - Wenn ich in der vergangenen Woche im Haushaltsausschuss von 126 Millionen Euro gesprochen habe, dann bezog sich das auf den aktuellen Schuldenstand. Bis zur Überführung in die Landesschulden wird das etwas abgebaut sein. Das sei angemerkt, damit hinterher niemand sagt, ich hätte zwei unterschiedliche Zahlen genannt. Um die 126 Millionen Euro geht es jetzt. Am Ende des Jahres wird ein bisschen davon getilgt sein. Dann werden wir wahrscheinlich bei 124,3 Millionen Euro sein. Gleichzeitig mit der Überführung der Schulden in den Landeshaushalt werden natürlich Bürgschaften in gleicher Höhe frei, denn dieses Geld ist ja zu 100 % landesverbürgt. Im Prinzip sind es Landesschulden.

Die EXPO-Verbindlichkeiten des Landes werden derzeit noch über einen zweckgebundenen Kredit getilgt. Auch diesen Kredit werden wir in die allgemeine Verschuldung des Landes überführen, damit wir eine Zahl haben und wissen, wie viele Schulden wir haben, sodass nicht an allen Ecken und Enden des Haushalts irgendwelche Verschuldungen stehen.

Die alte Landesregierung hat im Rahmen des Landtagswahlkampfes gegenüber Dritten Finanzierungsankündigungen gemacht, die zwar rechtlich keine Bindungswirkung für das Land entfalten, aber bei den Begünstigten den Anschein der Verbindlichkeit erweckt haben, z. B. Spatenstiche für Finanzämter erwecken immer eine gewisse Verbindlichkeit. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang beispielsweise das von der alten Landesregierung verkündete so genannte Schulbausanierungsprogramm.

(Zuruf von der CDU: Das ist ein klasse Ding!)

Dieses Ungetüm, ohnehin nur als Wahlkampfshow des alten Ministerpräsidenten gedacht, würde als punktueller Mischfinanzierungstatbestand ordnungspolitischen Grundsätzen völlig widersprechen und an den Bedürfnissen der kommunalen Seite vorbeigehen. Wir können vor dem Hintergrund der Finanzsituation des Landes derartige von Dritten nicht einklagbare Finanzierungsankündigungen nicht bedienen. Wir müssten sie nämlich neu in den Haushalt einstellen. Es ist zwar von den Häusern einiges abgeliefert worden. Aber zum Teil handelt es sich dabei um etwas, was wir nicht einstellen können. Das Schöne ist, dass man, wenn man in so ein Haus kommt, auch einmal in die Akten gucken kann. Da ist mir ein Vermerk vom 7. Januar 2003 aufgefallen, in dem zu diesem Schulbausanierungsprogramm aufgeführt ist:

(Althusmann [CDU]: Jetzt kommt es!)

„Es ist grundsätzlich dringend davon abzuraten, eine solche Vereinbarung abzuschließen. Die bekannte haushaltswirtschaftliche Lage lässt ein solches Programm nicht zu. Vor diesem Hintergrund sind Mehrausgaben, die nicht auf Rechtsverpflichtung beruhen, nicht finanzierbar und darstellbar. Mit der in Aussicht genommenen Vereinbarung werden Erwartungen geweckt, die faktisch aus heutiger Sicht unerfüllbar sind.“

Ich könnte noch weiter lesen. Dies ist über den Staatssekretär der Staatskanzlei zugeleitet worden. Die Staatskanzlei wusste also, dass dieses Programm nicht finanzierbar ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Täuschungspolitik! Die kommunalen Spitzenverbände sind getäuscht worden!)

Ein weiterer offener Punkt, von dem wir noch nicht abschätzen können, in welchem Umfang er zu einem Finanzierungsproblem wird,

(Zuruf von Sigmar Gabriel [SPD])

ist der Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2002. Die Arbeiten am Abschluss dauern derzeit an. Nach unseren Hochrechnungen auf der Basis des zweiten vorläufigen Kassenabschlusses sowie der von den Ressorts gemeldeten Einnahmen- und Ausgabereise müssen wir aber mittlerweile davon

ausgehen, dass wir das Jahr - trotz massiver Kreditaufnahmen im Finanzierungsnachtrag in Höhe von 2,95 Milliarden Euro - mit einem Fehlbetrag in einer Größenordnung von etwa 200 Millionen Euro abschließen werden, der nun nachträglich zulasten der finanziellen Möglichkeiten der neuen Landesregierung gedeckt werden muss. Dieses Defizit in Höhe von 200 Millionen Euro aus dem Jahr 2002 müssen wir nach der Landeshaushaltsordnung in den Haushalt 2004 einarbeiten - in den Haushaltsplan für das Jahr 2003 wird es nicht mehr gehen -, und es wird da natürlich die Ausgaben zusätzlich belasten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist eine Menge schlechter Nachrichten, die ich mit der Eröffnungsschlussbilanz überbringen muss. Das Land ist derzeit in einer gefährlichen Dynamik aus steigenden Ausgaben, zunehmender Verschuldung und dramatisch wegbrechenden Einnahmen gefangen.

Was bedeuten diese schlechten Nachrichten jetzt aber konkret für unsere aktuelle Haushaltsaufstellung? Die finanzielle Lage des Landes ist nach wie vor in hohem Maße abhängig von der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland. Auch wenn die von der Bundesregierung prognostizierte leichte Erholung eintreten sollte, werden wir unsere Einnahmeerwartung um rund 120 Millionen Euro nach unten korrigieren müssen. Es wäre schön, wenn es bei der optimistischen Prognose von Herrn Eichel - nur 120 Millionen Euro - bliebe. Ich komme gleich, ein paar Sätze weiter, zu der Zahl, die wir einsetzen müssen, weil die Konjunktur nämlich schlechter läuft als erhofft.

Ich halte in diesem Zusammenhang die derzeitige Wachstumserwartung der Bundesregierung in Höhe von 1 % für sehr risikobehaftet - und das übrigens nicht zum ersten Mal.

(Dr. Harald Noack [CDU]: Völlig überzogen!)

Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Erwartungen mittlerweile gesenkt. Die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute liegen zwischen 0,4 % beim IfW und bei unter 1 % beim IWH. Auch der stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende der SPD, Joachim Poß, spricht in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom vorletzten Sonntag, also vom 23. März, angesichts dieser Konjunkturerwartung von „großer Unsicherheit und Ungewissheit“. Für ihn

ist die optimistische Prognose der Bundesregierung lediglich ein „Zeichen der Zuversicht“. Auch Bundesfinanzminister Eichel spekuliert bereits öffentlich über mögliche „Korrekturnotwendigkeiten“, und es ist ja bereits ein weiterer Nachtrag im Gespräch. Aber wir können in die Haushaltspläne nicht überhöhte Konjunkturerwartungen hineinschreiben, um zu zeigen, wie zuversichtlich wir sind.

(Zustimmung von Dr. Harald Noack
[CDU])

Bei Haushaltsplanungen muss man nun wirklich mit den echten Zahlen arbeiten. Man kann trotzdem zuversichtlich sein, aber man kann nicht die Zuversicht zur Realität erklären und sich hinterher wundern, wenn der ganze Laden zusammenbricht.

Wie ich bereits ausgeführt habe, müssen wir derzeit unsere Einnahmeerwartungen wegen der schwachen Konjunktur um weitere 250 Millionen Euro nach unten korrigieren - leider nicht um 120 Millionen Euro, sondern um 250 Millionen Euro.

Darüber hinaus ergibt sich ein zusätzlicher Handlungsbedarf durch notwendige Korrekturen von Haushaltsansätzen. Beispielsweise müssen wir höhere Ansätze für das Wohngeld in den Nachtrag einstellen: Das macht 28 Millionen Euro aus. Außerdem ergibt sich zusätzlicher Handlungsbedarf durch die Korrektur von zu gering veranschlagten Beihilfeaufwendungen: Das macht 20 Millionen Euro aus. Schließlich ergibt sich ein zusätzlicher Handlungsbedarf durch einen Nachfinanzierungsbedarf im Schulbereich für die von der alten Landesregierung eingestellten 700 Lehrer - das macht 26 Millionen Euro aus - und für Betreuungskosten bei den Verlässlichen Grundschulen - das macht 24 Millionen Euro aus -, denn Verlässliche Grundschulen einzurichten, ist das eine, aber das Geld dafür in den Haushalt zu stellen, um die Betreuung auch sicherzustellen, ist das andere. Aber wenn man das nicht macht, ist das Wählertäuschung, dann täuscht man den Eltern etwas vor. Wir müssen das jetzt korrigieren, und deshalb müssen wir allein im Schulbereich jetzt 50 Millionen Euro oben drauflegen.

(Beifall bei der CDU und bei der
FDP)

Wenn Sie diese Hinterlassenschaften der alten Regierung zusammenrechnen, allein für den Nachtrag 2003, sind wir bei einer Größenordnung von 200 Millionen Euro, die wir finanzieren müs-

sen, und das in der jetzigen Zeit, ohne dafür eigene Politik gestalten zu können. Aber wir werden das tun, weil wir die Leute nicht im Regen stehen lassen können.

Außerdem werden wir die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Einstellung 2 500 neuer Lehrerinnen und Lehrer schaffen - also nicht von Lehrern, die für Pensionierte kommen, sondern wir werden richtige neue Lehrerstellen schaffen; die können Sie von 1 bis 2 500 alle im Haushalt nachlesen - und das Einstellungsprogramm für 1 000 neue Polizistinnen und Polizisten mit der Ausweitung der ersten 250 Anwärterstellen beginnen. Auch hierfür werden im laufenden Jahr rund 41 Millionen Euro und im nächsten Jahr rund 120 Millionen Euro fällig. Auf die Finanzierung werde ich aber noch zu sprechen kommen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies sind die wesentlichen Herausforderungen, mit denen wir in diesem Haushaltsjahr zu rechnen haben. Insgesamt müssen wir uns nach derzeitigem Kenntnisstand auf einen Worst case von maximal rund 650 Millionen Euro einstellen, die durch den von der alten Landesregierung aufgestellten Haushalt und durch den bisherigen Nachtrag nicht gedeckt sind. Ein möglicher Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2002 ist hierin wohlgermerkt noch gar nicht enthalten; den können wir erst in 2004 buchen. Das ist eine außerordentlich erschreckende Summe.

Die Aussicht für die kommenden Jahre sieht auch nicht besser aus. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Konsolidierungsbedarf von 2,2 Milliarden Euro. Wohlgermerkt: über die in der Mittelfristigen Planung der alten Landesregierung bereits vorgesehene Nettoneuverschuldung von 1,25 Milliarden Euro hinaus; die ist also schon als Einnahme gebucht. Darüber hinaus haben wir einen Konsolidierungsbedarf von 2,2 Milliarden Euro. Dieser Konsolidierungsbedarf ergibt sich im Wesentlichen aus der bereits in der Mipla ausgewiesenen Deckungslücke von rund 1 Milliarde Euro sowie einer Korrektur der Steuereinnahmeerwartung in einer Größenordnung von mindestens 1,1 Milliarden Euro.

Diese Lage ist historisch beispiellos in Niedersachsen. Sie duldet keinen weiteren Aufschub und fordert schnelles und entschlossenes Handeln. Wir müssen gegensteuern. Das hätten wir schon seit drei Jahren machen müssen; wir haben es seit drei Jahren eingefordert.

(Beifall bei der CDU - David McAlister [CDU]: Gegensteuern statt neuer Steuern!)

Wir haben es in der Opposition gefordert, aber die Regierung hat es nicht getan. Jetzt machen wir es in der Regierung, zwar spät, aber besser als nie.

Wir arbeiten derzeit mit Hochdruck an der Erstellung des Entwurfs für den Konsolidierungsnachtrag 2003, mit dem wir diese sich öffnende Lücke für das laufende Haushaltsjahr schließen wollen. Der Nachtrag wird im Mai in den Landtag eingebracht werden und kann, wenn Sie wollen, noch im Juni verabschiedet werden. Das ist für die 2 500 Lehrer von Bedeutung, sonst könnten die nicht fristgerecht zum 15. August eingestellt werden.

Parallel zu den Arbeiten am Nachtrag wird ebenfalls bereits der Entwurf für den regulären Haushaltsplan 2004 vorbereitet. Dieser wird im September eingebracht und soll im Dezember verabschiedet werden.

Parallel zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs werden wir außerdem die neue Mittelfristige Planung 2003 bis 2007 vorlegen.

Unsere Strategie zur durchgreifenden Konsolidierung der niedersächsischen Landesfinanzen wird in diesen Werken eine umfassende Konkretisierung erfahren; denn eines ist doch klar: Eine Regierung, die gerade einmal vier Wochen im Amt ist, kann nicht alles ungeschehen machen, was in 13 Jahren roter und rot-grüner Regierungen in der Finanz- und Haushaltspolitik versäumt worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir behaupten ja auch nicht, dass alles falsch war, was in diesen Jahren gemacht wurde. Aber vieles von dem, was richtig gemacht worden ist, ist von Ministerpräsident Gabriel in kurzer Zeit wieder zunichte gemacht worden.

(Bernd Althusmann [CDU]: Richtig!)

Wir können nicht in vier Wochen alle Löcher stopfen, die seine Regierung uns hinterlassen hat. Das Land wird lange an seiner Hypothek zu tragen haben. Wir machen aber Schluss damit, die Lage schönzureden und über unsere Verhältnisse zu leben. Wir vollziehen den Turnaround, und wir tun dies sofort.

Angesichts der großen Probleme sind einschneidende Sofortmaßnahmen unverzichtbar. Noch bevor wir mit dem Nachtragshaushalt den notwendigen Kurswechsel für die Haushalte ab 2004 einleiten können, haben wir deshalb umgehend gehandelt: Wir haben auf die bereits seit Beginn des Jahres geltende Haushaltssperre, die angesichts der Dramatik der Lage längst nicht ausreicht, einen sofortigen Einstellungsstopp aufgesetzt. Insgesamt haben wir die Ressortbudgets für Personalausgaben um 67 Millionen Euro gekürzt. Das entspricht dem monetären Gegenwert von sage und schreibe über 1 200 Stellen. Diese 67 Millionen Euro sind für den Nachtragshaushaltsplan von den einzelnen Ressorts bereits erbracht; auch dafür bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Walter Meinhold [SPD]: Lang anhaltender Beifall!)

- Sie wären doch dankbar gewesen, wenn Sie so einer Rede einmal in Ihrer Regierungszeit hätten Beifall zollen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Meinhold, wir kennen uns doch gut. Wir wissen doch, wie Sie unter der Finanzpolitik Ihrer Regierung gelitten haben und dass Sie da nicht klatschen konnten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesverwaltung muss im Kern mit dem bereits vorhandenen Personal zurechtkommen. Da es in dieser Frage andere Behauptungen gegeben hat, möchte ich hier zweierlei klarstellen. - Herr Möhrmann hat das mit seinem Pressesprecher so ein bisschen versucht, aber vielleicht hat der auch nur Ihr Pseudonym verwandt, weil Sie als Person es eigentlich besser gewusst hätten. Aber mit Ihrem Namen ist die Presseerklärung der SPD rausgegangen. So was passiert, dass man nicht da ist, und dann schießt das einer raus, und dann ist es falsch. Das weiß ich doch, das ist mir auch schon passiert.

Es gibt keine Wiederbesetzungssperre, denn die Verwaltung soll ja nicht handlungsunfähig werden. Wir wollen ja gerade, dass man, wenn irgendwo eine Stelle frei wird und die Aufgabe weiter erfüllt werden muss, guckt, ob es irgendwo im öffentlichen Dienst eine Person gibt, die sie erfüllen kann.

Wenn ja, kann man die andere Stelle streichen. - So wollen wir Verwaltungsmodernisierung machen.

Und es gibt natürlich auch keinen Beförderungsstopp, weil dieser ungerecht, entmutigend und leistungshemmend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre. Was soll es denn, wenn jemand neuneinhalb Jahre auf seine Beförderung gewartet hat, die Regierung wechselt und es dann heißt: „April, April, war wieder nichts“? - So kann es nicht sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung dürfen doch nicht unter den Fehlern der alten Landesregierung leiden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesregierung zeigt damit, dass sie beim Sparen mit gutem Beispiel vorangeht. Statt die Verwaltung weiter aufzublähen, werden wir im Gegenteil 6 000 Stellen im Landesdienst abbauen. Darüber hinaus haben wir die von der alten Landesregierung nur pauschal angesetzten Einsparungen bei den Sachkosten in die Ressorthaushalte umgesetzt. Alles, was Sie pauschal gebucht haben, haben wir einzeln, Punkt für Punkt, titelscharf umgesetzt. Das war in den vier Wochen ein erhebliches Stück Arbeit, und auch insofern darf ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen dafür bedanken, dass das so gut geklappt hat.

Das Land wird sich künftig stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Hierfür wird es eine umfassende Verwaltungsreform geben, für die wir mit Sonderstaatssekretär Meyerding, der heute seinen Dienst antritt, den richtigen Mann gefunden haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir von der Rolle des Staates und seinen Kernaufgaben sprechen, müssen wir uns auch die Frage stellen, von welchem Vermögen und welchen Beteiligungen sich der Staat trennen kann. Schon aufgrund der Haushaltslage werden wir die Anstrengungen zur Vermögensaktivierung noch einmal systematisieren und verstärken.

Bereits Mitte der 90er-Jahre wurden rund 800 Millionen Euro durch die Veräußerungen von Beteiligungsvermögen und rund 300 Millionen Euro durch die Veräußerung von Liegenschaften – zusammen also 1,1 Milliarden Euro – Erlöst. Diese

Einnahmen wurden aber leichtfertig verkonsumiert. Sie sind nicht für nachhaltige Zukunftsinvestitionen eingesetzt worden, sondern einfach in den laufenden Haushalt gegangen. So wurde Landesvermögen verschleudert, anstatt es zu bewahren, wie es eigentlich auch für gute Hausväter bzw. Hausmütter Sitte gewesen wäre. Wir werden das zukünftig anders machen.

Wir müssen leider feststellen, dass der Erzielung von Einnahmen durch die Vermögensverkäufe derzeit enge Grenzen gesetzt sind: zum einen, weil das Erlöspotenzial mittlerweile sehr beschränkt ist, und zum anderen, weil der Markt im Moment – insbesondere natürlich bei Grund und Boden – mehr oder weniger zusammengebrochen ist. Wir haben ein paar wunderschöne Leuchttürme im Angebot, aber niemand möchte im Moment Leuchttürme kaufen. So kann die zum Haushaltsausgleich 2002 von der alten Landesregierung vorgesehene Entnahme von 25 Millionen Euro aus dem Liegenschaftsfonds derzeit nicht mehr vorgenommen werden, weil der Fonds diesen Bestand gar nicht mehr ausweist. Man hat geplant, 25 Millionen Euro zu entnehmen, hat aber vorher nicht hineingeschaut; es ist nämlich null drin. Wo nichts drin ist, da kann ich auch nichts entnehmen – zumindest nicht bei einem Landesliegenschaftsfonds. - Ich möchte jetzt nicht auf das Rechenbeispiel mit der Mengenlehre von dem FDP-Fraktionsvorsitzenden eingehen. Er weiß das besser.

(Heiterkeit bei der CDU)

Jedenfalls haben wir festgestellt, dass diese Entnahme im Haushaltsplan bereits gebucht ist, aber nichts drin ist, sodass wir diese 25 Millionen Euro anders decken müssen. Das ist selbstverständlich.

Für Unternehmen, die, wie beispielsweise die Spielbanken, derzeit mit Verlust arbeiten, lassen sich nur schwerlich Käufer finden. Der Optimismus der alten Landesregierung in diesem Bereich war leider ohne reale Grundlage. Wir werden aber ganz sicher keine „Notverkäufe“ tätigen, und deshalb sollte man bei der Aktivierung von Landesvermögen derzeit besser keine Wunderdinge erwarten. Vielfach wird es zunächst einmal darauf ankommen, die Vermögenswerte des Landes zu sichern und zu entwickeln, damit auch derzeit defizitäre Beteiligungen künftig wieder prosperieren und Erträge oder Veräußerungserlöse zumindest mittelfristig möglich werden.

Wenn wir von der Rolle des Staates und seinen Kernaufgaben sprechen, können wir auch über Subventionen und Zuwendungen nicht schweigen. Sie haben das immer in die Mipla hineingeschrieben, aber niemals etwas getan. Rund 1,9 Milliarden Euro sind im aktuellen Haushalt für solche Zahlungen vorgesehen; das sind rund 8,5 % der bereinigten Gesamtausgaben des Haushalts. Ich halte das für inakzeptabel. Der Staat soll Hilfe zur Selbsthilfe geben, aber er kann nicht überall als großzügiger Sponsor einspringen.

(Beifall bei der CDU)

Subventionen müssen deshalb befristet und degressiv gestaltet werden, und ihre Sinnhaftigkeit muss regelmäßig evaluiert, also überprüft, und einem strengen Controlling unterworfen werden. Ihre rechtlichen Grundlagen werden verschärft. Wir werden das Landesinteresse bei jeder Subventionsentscheidung wieder stärker in den Mittelpunkt rücken, und wir werden angesichts der Haushaltslage nicht umhinkommen, deutliche Einschnitte vorzunehmen. Wir haben deshalb den Subventionsabbau, der von der alten Landesregierung immer nur global angekündigt, aber niemals wirklich umgesetzt wurde, in die Tat umgesetzt und dabei 50 Millionen Euro effektiv eingespart. Dies war ein außerordentlich schwieriger Kraftakt - Sie müssen beachten: alles in vier Wochen -, den die neue Landesregierung gemeinsam geschafft hat. Dieser außerordentliche Erfolg ist nicht nur für die Entlastung des Haushalts wichtig, ich halte dies auch ordnungs- und wirtschaftspolitisch für unabweisbar.

Die Subventionsfrage zeigt deutlich, dass wir uns entscheiden müssen, ob wir in die Vergangenheit oder in Zukunft investieren. Subventionen und Zuwendungen verzerren Marktmechanismen, begünstigen die Erhaltung überholter Strukturen und verhindern notwendige Modernisierung. Eine klare Zukunftsinvestition hingegen ist die Entscheidung der Landesregierung, 2 500 neue Lehrer und 1 000 neue Polizisten einzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Um es noch einmal klar zu sagen und um jedes Gerücht aus der Welt zu schaffen: Wir werden die 700 Lehrer, die die alte Landesregierung im vergangenen Jahr eingestellt und deren Finanzierung sie nicht sichergestellt hat, *nicht* mit den 2 500 neuen Lehrerstellen verrechnen.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen zu der Erblast, die wir übernommen haben. Das werden wir durchfinanzieren, so schwer das auch ist, und wir werden unsere eigene Politik daneben stellen. Keine Bürgerin und kein Bürger dieses Landes wird uns sagen können, dass wir hier getrickst haben. Wir werden mit offenen Karten spielen. Es wäre jedoch schöner gewesen, Sie hätten die 700 Lehrerstellen durchfinanziert, dann wäre das für uns ein bisschen einfacher. Aber wir wollten an die Regierung kommen, also werden wir die Fehler der alten Landesregierung korrigieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich halte diese Entscheidung auch für richtig, weil Bildung unsere wichtigste Zukunftsressource ist. Eine bessere Bildung bedeutet bessere Zukunftschancen für unsere Kinder, aber auch bessere Wettbewerbsbedingungen für den Standort Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Philipp Rösler [FDP])

Unsere Investitionen in die Bildung werden sich auszahlen – so wie es sich rächen würde, wenn wir auf sie verzichteten. Gleiches gilt auch für die Einstellung neuer Polizisten; denn ein Land, das die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger nicht ernst nimmt, hat keine Zukunft.

Auch bei der Frage der Finanzierung bin ich für Klarheit: 2 500 neue Lehrer und 1 000 neue Polizisten kosten uns 41 Millionen Euro im laufenden - es geht ja nur um 250 neue Polizisten in diesem Jahr - und 120 Millionen Euro im kommenden Jahr zusätzlich. Wir finanzieren diese Kosten mit einem Turnaround-Fonds, der sich aus gemeinschaftlichen Einsparungen in allen Ressort-Haushalten speisen wird. Durch diese Einsparungen sowie den Abbau von Subventionen und Zuwendungen bringen wir in diesem Jahr rund 91 Millionen Euro - wir haben sie schon aufgebracht - und im kommenden Jahr rund 170 Millionen Euro auf. Tendenz für die kommenden Jahre: weiter steigend.

Wir haben Ihnen immer gesagt: Man kann, wenn man will, diese Lehrer finanzieren; man muss nur alle Ressorts beteiligen und sagen, was man braucht, und jeder muss abliefern. - Herr Stratmann musste 29 Millionen Euro abliefern und der Ministerpräsident 600 000 - so ist es nun einmal, wenn man einen kleinen oder großen Haushalt hat. Alle haben es getan, und alle haben ehrlich und fair

abgeliefert, damit wir 2 500 neue Lehrer und 1 000 neue Polizisten kriegen. Das sollte einmal ein Dank an die Kollegen wert sein.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will Ihnen auch versichern, dass wir im Finanzministerium keine Windfall-Profits akzeptiert haben - Sachen, die ohnehin in die Minderausgabe fließen müssen -, wir haben keine Personalausgaben akzeptiert - denn die sind schon in den 67 Millionen Euro enthalten -, und wir haben keine Bau- und Investitionsmittel akzeptiert, weil die die rechtliche Grundlage für die Nettoneuverschuldung bilden. Es ist alles aus der Hauptgruppe 5 - Personal - und 6 - Subventionen - gekommen. Dazu, dass das alles in dieser kurzen Zeit gekommen ist: alle Achtung!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für eine Regierung, die in wenigen Stunden vier Wochen im Amt sein wird, sind wir bereits außerordentlich weit. Wir haben die kurze Zeit gut genutzt und mit der Kürzung des Personalbudgets, dem beschlossenen Subventionsabbau und der Finanzierung der neuen Lehrer und Polizisten Entschlossenheit und Handlungsstärke bewiesen. Dies wäre nicht möglich gewesen ohne die engagierte und gewissenhafte Arbeit der Mitarbeiter im Finanzministerium, aber ebenso auch in allen anderen Ressorts. - Das waren genau die gleichen Beamten, die bei Ihnen die ganze Haushaltspolitik verwaltungsmäßig umgesetzt haben. Im Finanzministerium hat nicht ein einziger Mitarbeiter in der Haushaltsabteilung gewechselt oder eine andere Aufgabe gekriegt.

(Axel Plaue [SPD]: Das kommt noch!)

Es sind genau die gleichen. Alle Haushaltsreferenten der Ressorts sind mir persönlich bekannt, weil sie aus den bisherigen Häusern im Haushaltsausschuss waren. Es kommt also nur darauf an, dass da Staatssekretäre und Minister sind, die es auch wollen

(Ursula Körtner [CDU]: Die es auch können!)

und den Leuten - sie wollen es machen; die Beamten sind gut und können es - den Rücken stärken, damit sie es umsetzen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist die Frage von Mut und Entschlossenheit.

Die neue Landesregierung begreift die Sanierung des Landeshaushalts als eine gemeinsame Aufgabe, und sie packt diese Aufgabe auch gemeinsam und kollegial an - ganz nach dem Herberger-Spruch: Elf Freund sollt ihr sein, dann packt ihr es auch.

(Zuruf von Axel Plaue [SPD])

- Als Herberger in den 50er-Jahren diesen Spruch gemacht hat, gab es noch kein Mädchenfußball; darum hat er das auch nicht geschlechtsneutral gesagt. Man soll ja immer korrekt zitieren. Ich kann es nicht ändern.

(Weiterer Zuruf von Axel Plaue [SPD])

- Wenn die heute so Fußball spielen würden wie zu Herbergers Zeiten, dann wären wir sehr dankbar.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Wir sind allein in den Ministergesprächen zur Aufstellung des Nachtragsentwurfs in nur zehn Tagen um insgesamt mehr als 250 Millionen Euro gegenüber der Ausgangssituation vorangekommen. Wir mussten dabei viele gut begründete Mehrforderungen der Ressorts auflösen. Das war ein Kraftakt, der nur gelingen konnte, weil diese Landesregierung gemeinsam, ernsthaft und geschlossen die Herausforderungen angenommen hat. Diese Geschlossenheit hat die alte Landesregierung leider vermissen lassen. Alle diese Erfolge zeigen, dass wir bei der Erstellung des Nachtragshaushalts auf einem guten Weg sind. Wir arbeiten weiter mit Nachdruck daran, die vorgefundenen Lücken und Löcher zu schließen und zukunftsweisende Politik für Niedersachsen zu finanzieren. Nach den reibungslosen und außerordentlich konstruktiven Ministergesprächen kann auch kein Zweifel daran bestehen, dass uns dies gelingt. Wir werden dem Landtag im Mai einen ehrlichen und schlüssigen Nachtragsentwurf vorlegen. Bis dahin liegt aber noch ein gewaltiges Stück Arbeit vor uns.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine der Herausforderungen, die wir in den nächsten Wochen noch zu meistern haben werden, ist beispielsweise die Übernahme des Tarifabschlusses 2003 auf den Besoldungs- und Versorgungsbe-

reich. Hierzu ist derzeit allerdings wenig zu sagen, da die Bundesregierung noch keinen Entwurf eines Bundesbesoldungs- und Versorgungs-Anpassungsgesetzes vorgelegt hat. Klar ist aber, dass wir auch in diesem Bereich nicht die notwendige Sanierung des Haushalts unterlaufen können und dürfen. Zu Deutsch heißt das: Auch hier wird es zu Einsparungen kommen müssen. Wir wollen deshalb die neue Öffnungsklausel für Einsparungen im Besoldungsbereich nutzen. Wir wollen dies aber nicht im Konflikt mit den Beschäftigten tun und werden uns daher eng mit den Personalvertretungen und dem Beamtenbund abstimmen. Die ersten Gespräche dazu sind schon gelaufen.

Angesichts der großen Probleme insbesondere auf der Einnahmeseite des Haushalts liegt einer der Schwerpunkte unserer Finanzpolitik natürlich auf der bundesweiten Steuerpolitik. Auch zu diesem Feld möchte ich hier einige Positionsbestimmungen vornehmen. Das derzeit aktuellste Thema in der steuerpolitischen Debatte ist natürlich das so genannte Steuervergünstigungsabbaugesetz der Bundesregierung.

(Zuruf von der CDU: Das gibt es doch gar nicht mehr!)

- Doch, das gibt es noch. Es ist nur im Bundesrat abgelehnt worden.

Ich hatte gedacht, Steuervergünstigungsabbaugesetz wäre schon die Spitze der Wortschöpfung in der Steuerpolitik. Es gibt jetzt einen Entwurf eines Steuergesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit. Man kann also noch mehr Fantasie aufbringen; da kommt noch einiges auf uns zu.

Die alte Landesregierung hatte durch eine ganze Reihe von Nachbesserungsforderungen zum Steuervergünstigungsabbaugesetz schon selbst deutlich gemacht, dass sie diesen Entwurf selbst nicht für der Weisheit letzten Schluss gehalten hat. Die erhofften Mehreinnahmen, die sie sich von dem Gesetz versprochen hat, haben sie aber davon abgehalten, mit diesem verunglückten Entwurf das zu tun, was von Anfang an angemessen gewesen wäre: ihn rundweg abzulehnen. Das haben wir im Bundesrat getan.

(Beifall bei der CDU)

Ob die angekündigten Mehreinnahmen überhaupt erzielbar gewesen wären, ist mehr als fraglich. Es ist nämlich zu befürchten, dass die mit den geplanten Maßnahmen zwangsläufig verbundene

weitere Schwächung des Wirtschaftswachstums im Gegenteil zu weiteren Einbrüchen bei den Steuereinnahmen führt. Auf längere Sicht werden zudem durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit die sozialen Sicherungssysteme und damit auch die öffentlichen Haushalte zusätzlich belastet. Dass die geplanten Steuererhöhungen ungeachtet dieser zwangsläufig zu erwartenden Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft die prognostizierten Erfolge zeitigen könnten, halte ich für eine Legende. Die Bundesregierung ist bislang jeden Gegenbeweis schuldig geblieben.

Aber ich gehe noch weiter: Selbst wenn sich die Steuereinnahmen über die geplanten Steuererhöhungen kurzfristig tatsächlich nennenswert steigern ließen - und eine mehr als nur kurzfristige Steigerung halte ich für gänzlich unwahrscheinlich -, würden langfristig die negativen Folgen verschiedener zusätzlicher wirtschaftlicher Belastungsfaktoren in einer konjunkturell labilen Situation weit überwiegen. Denn Mehreinnahmen für den Staat bedeuten Mehrbelastungen für Bürger und Unternehmen, Mehrbelastungen, die Leistungs- und Investitionsbereitschaft hemmen und überdies dem privaten Konsum abträglich sind. Gerade der private Konsum hat uns im Januar und Februar Sorgen gemacht, und die Mehrwertsteuer ist um 10 % eingebrochen. Daran können Sie erkennen, dass der private Konsum erheblich zurückgegangen ist.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Krisenlage, unter der nicht nur Niedersachsen, sondern ganz Deutschland leidet, halte ich die geplanten umfangreichen und überwiegend fiskalisch orientierten Steuererhöhungen wirtschaftspolitisch für verheerend. Dabei ist eine zielgenauere Steuerung von Steuervergünstigungen - nicht zuletzt aus Haushaltsgründen - dringend erforderlich. Ein Steuervergünstigungsabbaugesetz, das diesen Namen verdient, würde deshalb auch unsere Zustimmung finden. Der Entwurf der Bundesregierung in seiner gegenwärtigen Form enthält jedoch gleich eine Vielzahl undurchdachter Steuerbelastungen, während gleichzeitig die grundlegenden Probleme unseres Steuersystems geflissentlich umgangen werden. Eine solche investitionsfeindliche und damit arbeitsplatzvernichtende Steuergesetzgebung können wir nicht mittragen. Denn gerade ein Land wie Niedersachsen mit einer mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur ist auf eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik angewiesen, die investitionswilligen Unternehmen die erforderlichen finanziellen Spielräume eröffnet. In diesem Sinne wollen wir uns für eine Vereinfachung des

Steuerrechts bei gleichzeitiger Reduzierung der Steuersätze einsetzen. Statt wahllos steuerliche Sondertatbestände ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Berechtigung abzubauen, sollte sich die Bundesregierung zunächst auf die überfälligen Korrekturen der Unternehmenssteuerreform des Jahres 2000 konzentrieren. Ich meine damit vor allem den Zusammenbruch des Körperschaftsteueraufkommens, den der Systemwechsel im Körperschaftsteuerrecht verursacht hat. Nun ist es ja schön, Steuerermäßigungen durchzuführen, aber wenn das dazu führt, dass die Finanzämter mehr Steuern auszahlen als einnehmen, kann an der Finanzierung des Staates etwas nicht richtig sein.

Bei der Umstellung wurden die unmittelbaren Auswirkungen der Realisierung in der Vergangenheit angesammelter Körperschaftsteuerguthaben massiv unterschätzt. Hier sind schnelle, ursachengerechte Nachbesserungen erforderlich, um die weiterhin drohenden Einnahmeausfälle für die Zukunft zu begrenzen. Wir werden im Vermittlungsausschuss darauf hinarbeiten, dass das Wegbrechen der Körperschaftsteuereinnahmen gestoppt und eine gleichmäßige und gerechte Steuerbelastung hergestellt werden können.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Leitlinien unserer Finanzpolitik sind auf einen einfachen Nenner zu bringen: Wir müssen die Steuereinnahmen des Staates stärken, und wir wollen dies durch mehr Wachstum erreichen, nicht durch mehr Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen. Zusätzliche Belastungen würgen den Konjunkturmotor ab und verstärken die Finanzkrise. Nur Wachstum kann eine Erholung auf der Einnahmenseite erreichen. Nicht die Steuerzahler sollen die Zeche der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte zahlen. Der Staat muss seine unangemessen steigenden Ausgaben selbst in den Griff bekommen. Erst wenn die Einnahmen zusammen mit der Wirtschaft wachsen und die Staatsausgaben wirksam begrenzt werden, wird der Turnaround der öffentlichen Haushalte gelingen. Erst dann kann sich die Schere, die sich über Jahrzehnte nur geöffnet hat, langsam wieder schließen. Konsolidierungspolitik in Niedersachsen ist notwendig, um die finanzielle Basis - sozusagen die finanziellen Lebensgrundlagen - des Landes zu sichern. Konsolidierung ist aber auch notwendig, um unseren Verpflichtungen im nationalen wie internationalen Rahmen nachzukommen. Nur auf der Basis einer glaubhaften, dauerhaften Konsolidierungsstrategie wird eine nachhaltige wirtschaft-

liche Erholung mit wieder kräftigerem Wachstum und Beschäftigungszuwachs möglich sein.

Das Staatsdefizit der Bundesrepublik Deutschland machte im letzten Jahr 3,6 % des Bruttoinlandsprodukts aus und lag damit klar über der Maastricht-Grenze von 3 %. Auch in diesem Jahr wird - allein schon wegen der flauen Konjunktur - die Einhaltung der Defizitgrenze immer unwahrscheinlicher; auch das muss man ehrlich sagen. Im letzten Jahr wurde der Zeitpunkt für die Erfüllung der Verpflichtung aus dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Staatshaushalte in eine mindestens nahezu ausgeglichene Situation, also „close to balance“, zu bringen, vom Jahr 2004 auf das Jahr 2006 verschoben. Die Länder haben sich als Gesamtheit im Finanzplanungsrat immer dazu bekannt, ihren Beitrag zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands zu leisten. Das ist logisch. Wir sind Teil der öffentlichen Haushalte, also müssen wir auch unseren Teil dazu beitragen. Dazu gehören eine Begrenzung der Ausgabenzuwächse der Länder auf 1 % in den Jahren 2003 und 2004, die Verabredung einer quotalen Aufteilung der zulässigen Defizite zwischen den Ebenen sowie die Zielsetzung, auch die Defizite der Länder in Richtung null zu steuern. Wir halten ausdrücklich an unserer Zielsetzung fest, die Defizite im Landeshaushalt zu verringern und bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2013 auch in Niedersachsen eine Haushaltssituation „close to balance“ zu erreichen. Das bedeutet, dass wir in vielen Bereichen Ausgabemoratorien brauchen, dass in anderen Bereichen auch Ausgaben gekürzt werden müssen und dass vieles, was wünschenswert ist, nicht realisiert werden kann. Ansonsten wird eine Begrenzung der Ausgabenzuwächse auf 1 % bei steigenden Zinskosten, steigenden Tariflöhnen und -gehältern und wieder steigenden Zahlungen im kommunalen Finanzausgleich nicht möglich sein. Dieser Ausgabenverzicht bedeutet zugleich aber auch die Wiederherstellung von Handlungsfähigkeit, und zwar Handlungsfähigkeit auch des Landtags.

Nun haben die einzelnen staatlichen Ebenen und auch einzelne Länder sehr unterschiedliche Startpositionen zur Erreichung des Ziels ausgeglichener Haushalte. Der Bundeshaushalt wird den Ausgleich objektiv aufgrund seiner Struktur mit ganz geringen Personalausgaben und hohem, grundsätzlich stärker steuerbaren Transferanteil leichter und schneller erreichen können als die Länderhaushalte. Finanzstarke Länder haben geringere Defizite abzubauen als finanzschwache. Niedersachsen hat

mit einem Haushaltsdefizit von mehr als 17 % seiner Ausgaben in 2002 unter den westdeutschen Flächenländern die wohl schwierigste Ausgangsbasis. Insofern ist die Zielsetzung, innerhalb von zwei Legislaturperioden den Haushalt zu sanieren, ausgesprochen ehrgeizig. Wir haben uns trotzdem dazu entschlossen, dieses ehrgeizige Ziel anzugehen und auch offen auszusprechen. Ohne Ehrgeiz erzielt man keine Leistung, und ohne Leistung erzielt man keine Erfolge.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben unser Ziel klar definiert, damit auch der Weg dorthin klar ist. Unser Weg ist der Weg der Modernisierung, der Konsolidierung und des Wachstums. Die ersten Schritte auf diesem langen Weg sind der Nachtragshaushalt 2003 und der Haushalt 2004. Ich freue mich darauf, die beiden Entwürfe bald mit Ihnen in diesem Hause diskutieren zu können. Die Aufgabe ist gewaltig. Packen wir sie an! Ich rufe Ihnen zu: Packen Sie mit an! - Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP, in rhythmisches Klatschen übergehend)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, die Aussprache zur Regierungserklärung ist eröffnet. Bevor ich dem Abgeordneten Möhrmann das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass die Regierung die vereinbarte Redezeit um über 50 % überschritten hat. Ich werde die Redezeiten der Fraktionen genauso großzügig behandeln. - Herr Möhrmann, Sie haben das Wort.

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Kollege sagte gerade: „Das ist ja wie früher. Auch hier haben wir keine Veränderung festzustellen.“

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Der Haushalt ist immer noch nicht saniert!)

Aber jetzt ernsthaft. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Möllring, ich möchte Sie zunächst einmal auch als Abgeordneter ansprechen. Wenn man Ihre neun Jahre Parlamentszugehörigkeit und Ihre Reden zur Finanzpolitik zurückverfolgt, dann sollten Sie vorsichtig sein, anderen

etwas vorzuwerfen, was die Frage von Politikstil angeht. Ich habe da eine andere Erfahrung und vor allen Dingen eine andere Erinnerung.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Möllring, auch bei der Frage, ob sich jemand an die Landesverfassung hält oder nicht, wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig. Ich meine, man kann bei allen Unterschieden in der Auffassung nicht so weit gehen, einem ehemaligen Ministerpräsidenten Verfassungsbruch vorzuwerfen. Sie haben das hier getan. Das weise ich ganz entschieden zurück!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gab einige Punkte, zu denen man gleich etwas sagen muss, weil sie etwas mehr ausformuliert worden sind als in der Rede, die uns zugegangen ist. Herr Kollege Möllring, wer in der Lage ist, zusätzlich 2 500 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zu finanzieren, der kann sich hier nicht hinstellen und beklagen, dass wir über Altersteilzeit ab November 700 Lehrerstellen finanziert und Ihnen gesagt haben, dass wir im Nachtrag die übrigen Finanzen sicherstellen werden. Diesen Vorwurf lassen wir so nicht gelten.

(Beifall bei der SPD - Axel Plaue [SPD]: Das sind Taschenspielertricks mit gezinkten Karten, wie immer!)

Meine Damen und Herren, noch zwei weitere Beispiele, um auch die Seriosität mancher Behauptung hier zu hinterfragen: Die Kosten für die CASTOR-Transporte sind aus guten Gründen immer in den Nachtragshaushalten dargestellt worden, weil immer zu Recht der Versuch unternommen worden ist, die anderen Länder mit in die Finanzierungsverantwortung zu bekommen. Weshalb Sie das jetzt plötzlich negieren, Herr Möllring, habe ich nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer sich hier hinstellt und beklagt, dass das Beschleunigungsprogramm für öffentliche Investitionen umgesetzt wurde, und in der Zeit, als es verkündet wurde, gesagt hat, es sei noch nicht genug, den kann ich an diesem Punkt leider auch nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist aber guter parlamentarischer Brauch, einer neuen Regierung eine

Schonfrist von 100 Tagen zu gewähren. Herr Möllring, ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich, dass Sie Ihre Zusage eingehalten und uns Ihre Rede gestern schon um 16 Uhr zugeleitet haben. Auch Ihr erster Auftritt im Finanzausschuss entsprach nicht dem, was ich persönlich eigentlich von Ihnen erwartet hatte. Wenn das die Grundlage des zukünftigen Umgehens miteinander ist, dann haben wir, meine ich, eine Grundlage, auf der wir sachlich weiterarbeiten können. Deshalb an dieser Stelle auch dafür herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, Sie werden auch sehr schnell feststellen - danach haben Sie ja vorhin gefragt -, dass diese große Oppositionspartei in ihrer neuen Rolle angekommen ist. Sie ist sich darüber im Klaren, dass sie in der Opposition ist. Aber eines, meine Damen und Herren, wird sie anders machen als Sie: Sie werden erleben, dass wir sehr verantwortlich sein werden, was die Frage der Finanzierbarkeit von eigenen Wünschen und Forderungen angeht.

(Bernd Althusmann [CDU]: Darauf sind wir gespannt!)

Darin werden wir uns erheblich von Ihnen unterscheiden. Das kann ich Ihnen heute schon zusagen.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich natürlich die Frage gefallen lassen, wie Sie die im Wahlprogramm der CDU gegebenen Zusagen angesichts der angespannten Haushaltslage umsetzen wollen.

Eine dritte Vorbemerkung, Herr Finanzminister: Wir hatten eigentlich erwartet, dass es die Regierungserklärung gibt, um der Öffentlichkeit und auch diesem Parlament - darauf haben Sie ja auch in der Opposition immer sehr viel Wert gelegt - darzulegen, wie Sie konkret, im Einzelnen belegt, die Einsparungen vornehmen wollen und die Nettoneuverschuldung für das Jahr 2003 auf dem jetzigen Stand belassen wollen. Dazu haben wir von Ihnen heute keine Antwort bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern kann ich bisher zumindest kein eigenes Konzept erkennen. Im Wesentlichen geht es um eine Fortschreibung der Finanzpolitik, wie sie das Kabinett Gabriel betrieben hat und wie sie zuletzt als Reaktion auf die Steuerschätzung im November 2002 dargestellt worden ist.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat in seiner Regierungserklärung ein verheerendes, aber, wie ich finde, realistisches Bild vom niedersächsischen Staatshaushalt gezeichnet. Gleichzeitig tut er aber so, als käme diese Situation für ihn gänzlich überraschend.

Lassen Sie mich als Erstes feststellen: Sie haben immer alles über die Finanzlage gewusst. Meine Damen und Herren, Finanzminister Aller hat den Haushaltsausschuss und den Landtag stets auf dem Laufenden gehalten. Wir haben Ihnen immer die Realität der finanziellen Situation des Landes dargestellt, wie sie wirklich war. Im vergangenen Jahr hat die damalige Landesregierung anlässlich der Vorstellung der Mipla bei der Ankündigung des Finanzierungsnachtrages unmittelbar nach der Steuerschätzung im November 2002 ausführlich und ungeschminkt über die finanziellen Schwierigkeiten des Landes berichtet. Die damalige Landesregierung hat aber nicht allein die Fakten aufgezeigt und mit der Aufnahme zusätzlicher Schulden reagiert, wie Sie immer unzutreffend behaupten, sondern sie hat auch Einsparvorschläge gemacht. Herr Möllring, wo waren eigentlich zu dieser Zeit Ihre Alternativen? Die können wir bis heute nicht erkennen.

Herr Möllring, Sie scheuen sich bis heute - das ist mein zweiter Punkt -, Ihre eigenen Sparkonzepte auf den Tisch zu legen, und trauen sich nicht einmal, sich zu den von uns in der Mipla und in dem Konzept vom 14. November 2002 vorgeschlagenen Kürzungen zu bekennen.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen ein Programm vorgelegt, mit dem wir 50 Millionen Euro jährlich bei den freiwilligen Leistungen einsparen wollen. Auf dieses Programm sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Wir hatten vorgeschlagen, 11 Millionen Euro im Bereich der Landwirtschaft zu kürzen. Wir hatten vorgeschlagen, bei der Arbeitsbeschaffung, bei der Nichtsesshaftenhilfe und bei den Geldleistungen für Aussiedler 13 Millionen Euro zu sparen. Wir hatten vorgeschlagen, die Konzessionsabgabe aus Lotto und Toto für Wohlfahrtspflege und Sport auf das Niveau des Jahres 2003 zu beschränken. Wir hatten Ihnen Kürzungsvorschläge im Bereich der Erwachsenenbildung gemacht. Wir hatten Zuschusskürzungen beim Dorferneuerungsprogramm und bei den Konversionsprogrammen in Höhe von 10 Millionen Euro vorgeschlagen. Wir hatten auch vorgesehen, Maßnahmen im Umwelt- und Gewäs-

serschutz von 5 Millionen Euro umzusetzen. Diese Maßnahmen haben Sie hier heute nicht genannt.

Meine Damen und Herren, der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns ist: Wir haben das vor dem 2. Februar jedem gesagt, auch hier im Parlament. Sie haben das nicht getan. Sie haben etwas anderes getan. Dazu komme ich gleich.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben zusätzlich 2 500 Lehrkräfte und 1 000 Polizisten versprochen. Die CDU hat weder vor der Wahl noch nach der Wahl und auch in der heutigen Regierungserklärung nicht erläutert, wo sie Einsparungen vornehmen will. Es ist schlichtweg falsch, Herr Möllring, wenn Sie sich nun hier hinstellen und so tun, als hätten Sie von den Haushaltslöchern aufgrund der Steuerausfälle nichts gewusst. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben landauf, landab erklärt, Niedersachsen sei pleite, die Zahlen des MF seien geschönt, und die Lage wäre in Wahrheit noch viel ernster. Ich möchte ein Zitat bringen, damit Sie sich daran erinnern, was Sie schon im Oktober letzten Jahres gesagt haben. Sie haben in der *Neuen Presse* gesagt, dass im Jahre 2003 eine Deckungslücke von 451 Millionen Euro bestehe und dass man im Jahr 2004 mit einem Defizit von mehr als 2 Milliarden Euro zu rechnen habe.

Meine Damen und Herren, Sie haben das aber nicht zum Anlass genommen, selbst darauf hinzuweisen, dass wir in Niedersachsen haushaltspolitisch nicht mehr so weitermachen können wie bisher. Man kann die Entwicklung, die weltweit stattgefunden hat - das ist seit dem 11. September 2001 nicht allein ein deutsches Problem -, nicht negieren, sondern wir müssen darauf reagieren.

In Ihrer Regierungserklärung beklagen Sie zu Recht die steigenden Ausgaben des Landes. Sie haben wahrscheinlich Recht: Regierungen neigen immer dazu, ihre politischen Ziele umsetzen zu wollen. Das ist immer mit Ausgaben verbunden. Aber Ihre Rolle in dieser Zeit war doch eine andere. Sie haben immer draufgesetzt. Wie haben Sie sich bezüglich unserer Projekte verhalten? - Sie waren immer der Ansicht, die Maßnahmen gingen nicht weit genug, sie seien nicht hinreichend.

(Bernd Althusmann [CDU]: Gestehen Sie sich doch endlich ein, dass Sie gescheitert sind!)

Wir haben in dieser Zeit die Bildungsausgaben um 160 Millionen Euro gesteigert. Wir haben die Mittel für Unterrichtsversorgung von 2002 auf 2003 um 13 Millionen Euro erhöht. Wir haben 7 Millionen Euro für sozialpädagogische Angebote zur Verfügung gestellt und mehr als 12 Millionen Euro jährlich für den Verein N21 für Internet und Multimedia an niedersächsischen Schulen bereitgestellt. Wir haben die Sprachförderung in Kindergärten angeschoben. Wir haben Englischunterricht ab Klasse 3 für alle Schülerinnen und Schüler eingeführt. Diese Liste, meine Damen und Herren, ließe sich fast endlos fortsetzen. Alle Programme kosten viel Geld.

Wie hat sich die CDU-Fraktion dazu verhalten? Hat sie diese Programme mit Rücksicht auf die Haushaltslage abgelehnt? - Im Gegenteil: Sie, Herr Möllring, haben am 24. September 2002 gesagt: Wir haben Ihnen gesagt, dass wir die 2 500 Lehrer finanzieren können. Dafür sind nur 0,6 % des gesamten Haushaltes umzuschichten. Das ist kein Problem. - Heute stellen Sie sich hin und beklagen, dass 700 nicht möglich sind, 2 500 aber schon. Im Übrigen sei das ein Haushalt, der vorne und hinten nicht dicht zu bekommen sei. Sie müssen sich einmal dafür entscheiden, welchen Weg Sie wirklich gehen möchten!

Meine Damen und Herren, am 23. Oktober 2002 fand eine Aktuelle Stunde statt. Da hat der jetzige Kultusminister über das dritte Kindergartenjahr gesprochen. Wir haben ihn gefragt, wie er das bezahlen will. Das sollte nämlich kostenfrei sein.

(Zuruf von der SPD: Umschichten!)

Wissen Sie, was er gesagt hat? - Das anstehende Kostenvolumen macht etwa 0,3 % des Landesetats aus. Mir kann niemand erzählen, dass - sofern politischer Wille vorhanden ist - trotz angespannter Finanzlage nicht ein solcher Handlungsspielraum dafür bestünde. Das muss hinzukriegen sein. - Wie haben Sie das denn hingekriegt? Wie wollen Sie das denn umsetzen? - Dazu kam heute kein Wort!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die Anträge der CDU-Opposition aus der letzten Legislaturperiode zusammenzustellen, in denen sie die Landesregierung aufgefordert hat, ihre Ausgaben zu senken und dies konkret zu belegen. Ich stelle fest: Diese Liste ist leer geblieben - dazu waren Sie nie in der Lage.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie haben etwas anderes getan. Sie haben in weiteren Politikbereichen noch mehr versprochen und darüber im Landtag oder in der Öffentlichkeit gesprochen. Ich kann Ihnen die Liste der haushaltswirksamen Anträge vorlegen. Sie haben in diesem Parlament mehr als 2 Milliarden Euro eingefordert. Soll ich Sie an die Hanstedter Erklärung erinnern? Die hatte noch ein erheblich höheres Volumen. Was wollten Sie nicht alles? - Sie wollten den Sanierungsstau bei den Krankenhäusern beseitigen. Heute - neuer Finanzminister, neue Regierung -: null Euro für die Sanierung. Wir haben das gemacht, was zu tun und möglich war. Sie haben den Mund zu voll genommen.

Wir müssen Ihnen heute sagen: Die Bürgerinnen und Bürger im Lande werden sich natürlich merken, dass Sie vorher anders geredet haben, als Sie heute wirklich handeln können. Insofern setzen Sie nur die bisherige erfolgreiche Finanzpolitik von Heiner Aller fort, der gesagt hat: Wir finanzieren nur das, was wir wirklich im Haushalt darstellen können.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Sie haben es wirklich noch nicht verstanden! Sie schwelgen immer noch nostalgisch in der Vergangenheit! - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wollten den Sanierungsstau bei den Landesstraßen beseitigen - zusätzliche Kosten: 45 Millionen Euro. Ich habe heute keine Aussage dazu gehört. Ich habe gelesen, dass die FDP den Stau beim Radwegbau aufheben möchte. Das wird wahrscheinlich 10 Millionen Euro kosten. Ich habe auch gelesen, wie Sie das finanzieren möchten. Sie sagen: Wenn wir diese unsinnigen Auflagen nicht mehr erfüllen müssen, dann können wir wieder Radwege bauen. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das im Nachtragshaushalt darstellen wollen. Solide Finanzpolitik ist das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einmal vorhalten, was Sie alles in Sachen Unterrichtsversorgung gefordert haben. Sie wollten die Stundentafel der Grundschule von 88 auf 96 Stunden erhöhen - Kosten: 53,3 Millionen Euro. Ich bin gespannt, ob wir das im Nachtragshaushalt finden werden. Sie wollten die Pflichtstunden der Kurs-

stufe von 28 auf 32 Stunden erhöhen - Kosten: 16,3 Millionen Euro. Auch hier sind wir gespannt, wie das laufen wird. Sie wollten die Stundentafel der Realschule auf 32 Stunden pro Klasse erhöhen - Kosten: 22,8 Millionen Euro. Außerdem wollten Sie die naturwissenschaftlichen Fächer stärken. Der Finanzminister hat eben gesagt, er könne die Sozialpädagogen nicht weiter finanzieren. Übrigens hat das Land nur die Hälfte bezahlt, den Rest haben die Kommunen finanziert. Sie haben einen Antrag eingebracht - den muss man sich auf der Zunge zergehen lassen -, in dem Sie für die Jahrgänge 5 bis 10 Ganztagsbetreuung durch Sozialpädagogen gefordert haben - Kosten: 132,3 Millionen Euro.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Wieso machen Sie heute diese Aussagen, obwohl Sie früher andere gemacht haben? Wer soll Ihnen dazu noch etwas abnehmen?

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich die Summe aus allen diesen Forderungen im Bildungsbereich ziehe, Herr Möllring, dann kommen Sie mit Ihren 2 500 Lehrerinnen und Lehrern und den Kosten von etwas über 100 Millionen Euro nicht hin. Alleine das, was ich Ihnen eben vorgelesen habe, macht 257,3 Millionen Euro aus. Das ist die Ausgangslage auch für Ihre Arbeit. Wir und Sie haben eine Ausgangslage. Mit beiden muss man umgehen, nicht nur mit dem, was möglicherweise durch äußere Einflüsse - aber vielleicht auch durch falsches politisches Handeln - entstanden ist. Auch Sie müssen sich vorhalten, wie Sie in der Vergangenheit mit diesem Land und diesem Haushalt umgegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man kann zu diesem Finanzminister und zu der Landesregierung von der SPD und von der SPD und den Grünen sagen, was man will. Aber wenn das Institut der deutschen Wirtschaft feststellt, dass wir in den Jahren von 1990 bis 2000 im Länderranking mit dem geringsten Ausgabenzuwachs auf Platz 3 und mit dem geringsten Anstieg der Personalausgaben auf Platz 2 gestanden haben, dann ist das meiner Meinung nach eine Anerkennung der Arbeit, die die Landesregierung unter Sigmar Gabriel vollbracht hat.

(Beifall bei der SPD)

Daher finde ich es fragwürdig, wenn man - obwohl man selber in den früheren Jahren noch mehr Forderungen gestellt hat - sich hier hinstellt und sagt, man hätte, wenn man den Rezepten der CDU-Fraktion gefolgt wäre, heute eine bessere Ausgangslage. Das Gegenteil, meine Damen und Herren, ist der Fall. Wir haben Disziplin geübt. Aber auch uns sind die Einnahmen natürlich weggebrochen. Für ein finanzschwaches Land ist es natürlich sehr viel schwieriger, die Ausgaben weiter zu senken.

Die uns vorgeworfenen Ausgabesteigerungen - Herr Möllring, das müssten Sie doch von Ihren Beamten erfahren haben - beruhen im Wesentlichen auf Investitionen im Bereich Bildung. Bei der Betrachtung dieser Ausgaben, Herr Möllring, können Sie nicht mit zweierlei Maß messen. Wenn Sie 2 500 Lehrer einstellen, dann sagen Sie, es sei eine Zukunftsinvestition. Wenn die Regierung Gabriel den Etat im Bereich Bildung um 230 Millionen Euro erhöht hat, dann sind konsumtive Ausgaben. Herr Möllring, so sollten wir nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, außer neuen Überschriften kann ich zumindest heute kein Konzept erkennen. Die Regierung ist zwar erst seit vier Wochen im Amt, aber die Übernahme der Regierungsverantwortung kam nach 13 Jahren Opposition offenbar so überraschend, dass es bis heute kein finanzpolitisches Konzept gibt.

(Widerspruch von Heinz Rolfes
[CDU])

Herr Möllring hat nun einen Turnaround-Fonds aus der Mottenkiste des Wahlkampfes geholt, nachdem er im Koalitionsvertrag schon nicht mehr aufgetaucht war. Mit diesem Fonds - das ist eigentlich die Beschreibung dessen, was damit gemacht wird - bekommen Haushaltsumschichtungen einen neuen Namen; es ändert sich aber nichts an den Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip mit dem einzigen Ziel, zumindest das Wahlversprechen der 2 500 neuen Lehrer finanzieren zu können.

Meine Damen und Herren, alles das, was der Finanzminister jetzt umgesetzt hat, ist das, was im Haushaltsaufstellungserlass von Minister Allers wörtlich festgelegt worden war. Das ist keine Leistung Möllrings, sondern noch eine Leistung Allers.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man muss sich natürlich auch einmal fragen, ob es nicht die Möglichkeit gäbe, in Anbetracht der Finanzlage noch einmal über die 2 500 neuen Lehrer zu reden. Wir haben dieser Forderung in der Öffentlichkeit und auch im Wahlkampf nicht erhoben; diese Forderung haben Sie erhoben. Ich bin sehr gespannt, was Ihr Sanierer, Herr Meyerding, in seiner neuen Rolle zu dieser Einstellung sagen wird. Ich kann mich nur an das erinnern, was der Landesrechnungshof in der Vergangenheit zu der Einstellung von 2 500 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern gesagt hat. Ich kann mir nicht vorstellen - so kenne ich Herrn Meyerding -, dass er seine Auffassung insoweit diametral geändert hat. Deshalb bin ich auf diese Auseinandersetzung innerhalb Ihrer Landesregierung sehr gespannt.

Meine Damen und Herren, eines lässt die CDU-Fraktion nach wie vor außer Acht. Es geht in Niedersachsen gar nicht mehr darum, neue Versprechen zu finanzieren. Dafür hat das Land kein Geld. Ich teile diese realistische Beschreibung von Herrn Möllring. Im Jahre 2004 haben wir eine Deckungslücke von mindestens 2,2 Milliarden Euro. Mit dem Gerede vom Turnaround-Fonds ist davon noch kein Cent abgebaut worden. Denn, meine Damen und Herren, Sie sollten nicht vergessen - Herr Möllring, das wissen Sie genauso gut wie ich -, dass man Personalkosten dauerhaft nicht durch das Veräußern von Vermögen erwirtschaften kann. Das gelingt ein Jahr, und dann müssen Sie diese Ausgaben aus Steuereinnahmen bezahlen, und wenn diese Einnahmen weggebrochen sind, dann haben wir gemeinsam ein riesiges Problem.

Deshalb, meine Damen und Herren, geht es doch zu allererst darum, die Steuerausfälle abzudecken. Erst wenn dies bewerkstelligt ist, darf an Leistungsausweitung gedacht werden.

Meine Damen und Herren, wie Sie aber die kommenden Einnahmeausfälle in den Jahren 2004 ff. ausgleichen wollen, haben Sie nicht erklärt. Die von der alten Landesregierung vorgesehene Abschmelzung des Eigenkapitals der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft wollen Sie wie geplant durchführen. Das kann ich ja verstehen. Sie brauchen frisches Geld. Die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft hält die Anteile des Landes z. B. an VW. Wenn Sie aber nun das Eigenkapital senken, muss dies kreditfinanziert werden. Herr Möllring, ich kann mich noch genau daran erinnern, wie

scharf Sie dieses Vorhaben geißelt haben. Heute machen Sie genauso weiter und erwecken den Eindruck, als könne man mit einem Zukunftsfonds - es gibt einen Turnaround-Fonds, und es gibt einen Zukunftsfonds - neues Geld generieren, um Zukunftsaufgaben des Landes zu finanzieren. Auch das ist eine reine Täuschung der Öffentlichkeit. Es geschieht nichts anderes als das, was die alte Landesregierung unter Ministerpräsident Gabriel unter ganz bestimmten finanzpolitischen Zwängen ebenfalls vorgehabt hat.

Meine Damen und Herren, Sie kündigen die Auflösung von Schattenhaushalten an, indem Sie die Niedersächsische Finanzierungsgesellschaft auflösen wollen, erhöhen aber gleichzeitig die Verschuldung einer anderen Landesgesellschaft. Sie werden wortbrüchig. Ich will Ihnen sagen, an welchem Punkt mich das besonders geärgert hat. Die Ablösung der EXPO-Verbindlichkeiten durch die Überführung des zweckgebundenen Kredites, der nach Maßgabe der Beschlüsse der alten Landesregierung in zehn Jahren abgebaut werden soll, wird jetzt in die allgemeine Schuldenaufnahme des Landes überstellt, was bedeutet, dass es auch in zehn und wahrscheinlich auch in 20 Jahren nicht zurückgeführt werden wird, so lange, bis wir alle an dem Punkt angekommen sind, dass wir überhaupt keine Schulden zurückführen können.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von Heinz Rolfes [CDU])

Herr Möllring, wissen Sie noch, was Sie von uns gefordert haben? - Wir sollten das in einem Haushalt darstellen. Sie verschieben es auf den Sankt-Nimmerleins-Tag!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Um beim Wortbruch zu bleiben: Ich erinnere mich noch an die schneidigen Auftritte von Herrn Althusmann.

(Bernd Althusmann [CDU]: Was?)

Da gab es hier Eingaben, weil das Bundesverfassungsgericht entschieden hatte, dass kinderreiche Beamte besser alimentiert werden müssen.

(Sigrid Leuschner [SPD]: Genau!)

Wie hat er hier gepredigt! Ich will Ihnen einmal vorlesen, was er gesagt hat: Wir meinen, dass die rückwirkende Nachzahlung eines höheren Kindergeldanteils im Ortszuschlag den Beamten in Niedersachsen nicht vorenthalten werden darf. - Und

was finanzieren Sie davon? - Keinen Euro! Weder Sie noch Herr Möllring sind in der Lage, es zu bezahlen, aber als Opposition konnten Sie das fordern. Dies werden Sie von uns nicht erleben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dann gibt es landauf, landab, nicht nur in Niedersachsen, ein Problem. Es geht um die Gemeindefinanzreform. Mein Eindruck ist, dass diese neue Landesregierung noch kein Konzept gefunden hat.

(Heinrich Aller [SPD]: Schiss haben sie!)

Sie haben sich zwar hier hingestellt und mit Anträgen die Senkung der Gewerbesteuerumlage von 30 auf 20 % beklagt, haben aber nie gesagt, wie Sie das bezahlen wollen, und jetzt liest man davon gar nichts mehr. Ich höre nichts von einer Bundesratsinitiative, ich höre auch nichts von einer Finanzierung im eigenen Haushalt, weil das Land das ja auch finanzieren könnte. Ich stelle nur fest, dass die Koalition uneinig ist. Im Haushaltsausschuss sagt die FDP: Gewerbesteuer brauchen wir gar nicht mehr. - Die Landesregierung sagt: Das wissen wir nicht. Mal gucken. - Also, Sie sind sich nicht einig. Das, was Sie uns immer vorgeworfen haben, dass wir uns nicht um die Finanzen kümmern würden, fällt auf Sie zurück. Sie bieten den Kommunen nichts an.

(Beifall bei der SPD)

Sie bieten ihnen weder die 500 Millionen DM an, die Sie einmal gefordert haben, noch die in der Hanstedter Erklärung geforderten 500 Millionen Euro. Sie bieten ihnen keine Perspektive bei der Gewerbesteuer an. Sie haben zu diesem Thema kein Konzept.

(David McAllister [CDU]: Konnexitätsbezogener Ausgleichsmechanismus fehlt noch!)

- Auf das Konnexitätsprinzip komme ich gleich auch noch zu sprechen. Das mache ich aber erst am Schluss.

Herr Möllring, es macht es für uns nicht einfacher, Ihre Politik zu kritisieren, wenn Sie selbst noch gar nicht wissen, wohin Sie wollen. Deshalb erwarten wir von dieser Landesregierung in Kürze ein Konzept, wie Sie sich im Bundesrat zur Frage der Gemeindefinanzreform verhalten will. Das ist ein ganz wichtiges Thema in diesem Land.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Vielleicht klären Sie das erst einmal in Ihren eigenen Reihen!)

Meine Damen und Herren und Herr McAllister, in diesem Zusammenhang, kann ich Ihnen auch ein anderes Thema nicht ersparen. Sie erinnern sich sicherlich noch daran, dass wir diese Altlast aus der Ära Albrecht zu bezahlen hatten.

(David McAllister [CDU]: Ach du liebe Güte!)

Das war eine Zeit, in der die Finanzen in Niedersachsen sprudelten. Gleichzeitig sprudelte die Förderabgabe. Die Landesregierung - damals unter Herrn Albrecht - hat das Geld mit vollen Händen ausgegeben und die Schulden in dieser Zeit vervierfacht. Wir haben sie nur verdoppelt.

(Lachen bei der CDU)

Dann entstand das Problem, dass diese Abgaben zurückgezahlt werden mussten, weil die BEB den Prozess gewonnen hatte. Wir haben gesagt, dass wir mit der Bundesregierung darüber reden würden, wie man das wohl bewerkstelligen könnte. Meine Damen und Herren, nicht nur in diesem Punkt um BEB - das darf man an dieser Stelle nicht verschweigen - ist es der Landesregierung unter Finanzminister Aller und Ministerpräsident Gabriel - ich sage nur: Länderfinanzausgleich und Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst - gelungen, ein für das Land erträgliches Verfahren und eine erträgliche Finanzbelastung zu erreichen. Dafür sollten Sie sich ruhig einmal bedanken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dann gab es ein weiteres Problem. Wir haben gesagt, dass unsere Kommunen das, was wir aufbringen müssen, mittragen müssen. Dann hat hier Herr McAllister geredet. Am 28. August hat er im Plenum gesagt:

„Es wäre eine Plünderung des kommunalen Finanzausgleichs, wenn die Kommunen mitbezahlen müssen.“

Nun bin ich ja gespannt, Herr Möllring, wie Sie das hinkriegen. Da wollen wir mal sehen, wie das wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dann reden wir natürlich auch immer über die Einnahmeseite. Natürlich muss man darüber reden. Nur lasse ich es mir nicht mehr gefallen, dass Sie uns vorwerfen, dass es durch die Steuerreform zu Mindereinnahmen in Niedersachsen gekommen ist. Ich höre, man einigt sich jetzt Gott sei Dank bei der Körperschaftsteuer. Allerdings habe ich heute von der FDP gehört, Herr Hirche, dass Sie solch eine Mindestbesteuerung eigentlich gar nicht wollen. Aber wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Sie haben bei der Frage der Steuerreform doch immer Folgendes gemacht. Sie haben uns doch immer gesagt, das sei viel zu wenig. Ich erinnere mich noch, wie Herr Dinkla hier gestanden und gesagt hat, was wir alles machen sollten, wie der Spitzensteuersatz noch weiter gesenkt werden sollte. Herr Hirche, die FDP wollte sogar 35 %. Ich wäre auf die Rede gespannt, die Herr Möllring hier gehalten hätte, wenn Stoiber gewonnen und das umgesetzt hätte, was man vor der Bundestagswahl gesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist natürlich richtig, das Steuervergünstigungsabbaugesetz hat Probleme. Da sitzt ja jemand, der das auch offen gesagt hat, übrigens auch vor der Wahl und nicht zur Freude der Regierenden in Berlin. Aber trotzdem dürfen Sie nicht völlig ausblenden, Herr Möllring, dass die Umsetzung dieses Gesetzes zu Mehreinnahmen im niedersächsischen Haushalt und auch in den Haushalten der Kommunen geführt hätte.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Was sagen Sie denn jetzt diesem Parlament, woher das Geld kommen soll, wenn es nicht von da kommt? Was sagen Sie den Kommunen, woher dieses Geld kommen soll, das man damit hätte erzielen können?

Meine Damen und Herren, die dritte Frage. Sie sagen, wir wollen an die Subventionen heran, und nehmen beim Bund, wo das fast 60 % sind, die Steuersubvention immer von vornherein aus. Das ist keine solide Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu meinem zehnten Punkt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Der letzte oder vorletzte?)

Herr Althusmann, Sie wollen zusätzlich 6 000 Stellen einsparen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das werden wir auch!)

Das haben wir auch auf Norderney mit dem damaligen Präsidenten des Landesrechnungshofes diskutiert. Wissen Sie, was er uns gesagt hat? - Man könne über das, was die alte Landesregierung in ihrem Verlauf fordert, 170 Millionen einzusparen, plus die noch nicht konkretisierten kw-Stellen, zusätzliche 6 000 Stellen in diesem Landeshaushalt nach seiner Auffassung nicht einsparen. Was soll dann dieses Gerede? - Entweder Sie nehmen die Fachleute allmählich ernst und machen der Öffentlichkeit nichts vor,

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Das werden wir sehen!)

oder Sie gestehen zu, was auch unsere Landesregierung - darauf wird es im Zweifel hinauslaufen - vorgesehen hatte, überall dort, wo Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden müssen, auch die dafür nicht mehr erforderlichen Stellen zu streichen. Genau das hätten wir getan. Wenn Sie es auch machen, ist es ja in Ordnung. Aber nehmen Sie den Mund nicht so voll mit Forderungen, die Sie nachher gar nicht umsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Dann habe ich hier noch einmal Herrn Althusmann, 25. Oktober 2002.

(Bernd Althusmann [CDU]: Jetzt kommt es!)

- Jetzt kommt es. - Da geht es um die Frage, ob Aller richtig handelt, wenn er die Finanzämter von den Stelleneinsparungen nicht ausnimmt. Sie sagen noch am 25. Oktober, Personal abzubauen in Bereichen, z. B. bei der Einnahmeverwaltung des Landes Niedersachsen, sei kontraproduktiv.

(Bernd Althusmann [CDU]: Um 900 Millionen Euro! Das müssen Sie dazusagen!)

Das würden Sie deshalb nicht tun wollen. Nun bin ich ja gespannt, Herr Althusmann. Das Kabinett hat genau das Gegenteil beschlossen. Es hat nämlich gesagt, die Finanzämter werden nicht ausgenommen. Was soll dieses Gerede, was aus ganz bestimmten Haushaltszwängen die alte Landesregierung nicht anders konnte? Sie machen es jetzt

weiter. Wir halten Ihnen das immer wieder vor. Darauf können Sie Gift nehmen.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Wir werden darauf antworten!)

Sie kritisieren, dass es immer noch kw-Stellen gibt, die noch nicht weggefallen sind. Das ist doch ein kontinuierlicher Prozess. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das machen. Wenn das denn alles stimmt, was Sie immer schlankweg behauptet haben, werden wir einen Nachtragshaushaltsplan mit konkreten Hinweisen darauf bekommen, wo jede einzelne der zusätzlichen 6 000 Stellen eingespart werden soll. Wir sind sehr gespannt, die Öffentlichkeit übrigens auch. Wir werden erleben: Sie werden es nicht können, genau wie wir es auch nicht konnten, weil es ganz einfach nicht geht, meine Damen und Herren.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie haben es doch immer angekündigt! 5 000! Wo sind die denn?)

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen.

(Beifall bei der CDU - Bernd Althusmann [CDU]: Gott sei Dank!)

- Vielen Dank, ich verstehe ja, dass Sie das nicht so gerne hören. Aber damit können wir Sie natürlich nicht durchlassen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Nein, das war rückwärts gewandt! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich stelle fest, Herr Althusmann, auf die Zukunft bezogen, dass es keine Aussage des Finanzministers am heutigen Tag gibt, an welcher Stelle er die erforderlichen 450 Millionen Euro bis 650 Millionen Euro - davon redet er selber - im Jahre 2003 einsparen will. Ich frage mich, warum. Er hat doch gesagt, der Nachtragshaushalt sei fertig. Nächste Woche ist Kabinettsitzung. Am 8. April wird beschlossen, Herr Rolfes. Warum nimmt man das Parlament nicht so ernst, dass man heute schon sagt, wo man ran will?

(Beifall bei der SPD)

Was hindert Sie denn daran, zumindest zu sagen: „Die Kürzungen, welche die alte Landesregierung wollte, machen wir auch.“ Nicht einmal das traut er sich doch! Das ist mein Vorwurf. Natürlich ha-

ben Sie 100 Tage Zeit. Aber wenn Sie den Mund so voll nehmen und sagen, es sei vorher alles falsch gewesen, und wenn man nachher feststellt, im Wesentlichen setzen Sie nur das fort, was Ihnen die alte Landesregierung in der Finanzpolitik vorgegeben hat,

(Lachen bei der CDU)

dann ist das für Sie ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe aufmerksam zugehört, weil ich meistens auch im Plenum sitze. Da gibt es eine Äußerung der neuen Mehrheit. McAllister - er ist jetzt nicht da -: Kein Gesetz tritt mehr in Kraft, ohne dass seine Folgekosten transparent gemacht werden. Nun lese ich Ihnen mal vor, was in Ihrem Schulgesetz steht:

„Der durch diesen Gesetzentwurf verursachte Lehrbedarf ist im Rahmen der im Landeshaushalt 2002/2003 und der in der Mipla des Landes vorgesehenen Lehrstellen abgedeckt.“

Das ist Ihre Wahrheit, Ihre Klarheit!

(Bernd Althusmann [CDU]: Quatsch!)

Sie haben 100 Tage Zeit, das zu reparieren. Auch als Fraktion, Herr Althusmann, müssen Sie dann schon mindestens das tun, was Sie uns seinerzeit immer vorgeworfen haben.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie müssen noch weiter lesen! Zusätzliche Kosten entstehen nicht, steht da!)

Sie müssen die Folgen bei den Kommunen aufzeigen. Sie müssen die Folgen für den Landeshaushalt aufzeigen. All das haben Sie nicht getan. Was sollen diese Sprüche, wenn Sie das nachher nicht durchhalten?

(Beifall bei der SPD)

Unter dem Strich, meine Damen und Herren, stelle ich fest: Die Regierungserklärung des Finanzministers enthielt eine ernsthafte Auseinandersetzung. Er hat die Lage real beschrieben. Ich hätte mir gewünscht, dass er in seiner Rolle als finanzpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion in den letzten fünf Jahren ähnlich gewirkt hätte. Dann hätten wir uns über die Probleme auseinander setzen können und

nicht über Wolkenkuckucksheime. Wenn Sie an dem Punkt ansetzen, werden Sie das erleben, was ich am Anfang gesagt habe: Diese Opposition, die SPD-Fraktion, wird Ihre Vorschläge prüfen und wird vor allen Dingen auch eigene einbringen. Wir werden bei unseren Vorschlägen immer prüfen, ob sie finanzierbar sind. - Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun die Abgeordnete Frau Peters.

Ursula Peters (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eben eine sehr emotionsgeladene Rede des Kollegen Möhrmann gehört.

(Heidrun Merk [SPD]: Sie war sachlich! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Verzeihen Sie mir, ich bin neu im Landtag, ich übe noch. Damit werden Sie leben können. - Ich habe eben also eine sehr emotionsgeladene Darstellung von Herrn Möhrmann gehört, die sehr in die Vergangenheit ging. Ich bin neu im Landtag, wie Sie alle wissen. Ich kann nicht in die Vergangenheit gehen, und ich will auch nicht in die Vergangenheit gehen. Ich halte es im Moment für falsch, in die Vergangenheit zu gehen. Wir müssen in die Zukunft schauen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zuruf von der SPD)

- Nein, geschichtslos möchte ich deshalb nicht sein. Geschichte ist das aber nicht, was hier aufgearbeitet wird. Das, was hier aufgearbeitet wird, ist Parteiideologie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Trotzdem möchte ich Ihnen jetzt noch kurz, damit es heute Abend nicht allzu sehr über 20.10 Uhr hinausgeht, das Zahlenmaterial Niedersachsens aus meiner Sicht aufzeigen.

Die alte Landesregierung hatte bereits erhebliche Maßnahmen zur Beschränkung des Ausgabenwachstums ergriffen. Das erkennen wir an. Zahlreiche gestaltbare Ausgaben und Leistungen wur-

den deutlich zurückgeführt oder eingestellt. Diesen Weg einer systematischen, noch vertretbaren Ausgabenpolitik hat die Landesregierung unter Herrn Gabriel im Jahr 2000 jedoch verlassen, sodass die Haushaltsdefizite in der Folgezeit - das ist heute nun leider Fakt - angestiegen sind. Der Haushalt des Landes ist unter betriebswirtschaftlichen - ich bin Betriebswirtin - und juristischen Gesichtspunkten überschuldet.

Um dem Land und den Kommunen die notwendige Luft zum Leben und zum Handeln zu geben, muss die Struktur des Haushalts geändert werden. Hierzu bedarf es meines Erachtens einer Aufgabenkritik in allen Bereichen des staatlichen Handelns. Wir stehen de facto vor der Prüfung der Systematisierung der Bereiche, die das Land noch beeinflussen kann, und vor dem Problem der Sanierung, damit die Zukunft des Landes Niedersachsen auch unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen - zu nennen wären hier z. B. die allgemeine Globalisierung, auch die Auswirkungen des Irak-Krieges oder der Terrorismus - gesichert werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir, Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben die Aufgabe und die Verantwortung dafür zu tragen, dass die Politik wieder handlungsfähig wird, um die Herausforderungen, die uns noch bevorstehen, bewältigen zu können.

Meine Damen und Herren, wie ist denn nun die Situation in unserem Lande? - Lassen sie mich diese einmal verbal beschreiben. Zahlen haben Sie ja inzwischen genug gehört. Es ist Folgendes festzustellen: Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann die Aussage zweifelsfrei gelten, dass das Land Niedersachsen unmittelbar vor der Handlungsunfähigkeit steht. Handlungsunfähigkeit bedeutet, dass sämtliche freien Mittel für Zinszahlungen aufgewendet werden und nicht für gestalterische Aufgaben zur Verfügung stehen. Hinzu kommt noch eine Überschuldung. Die Staatsschulden des Landes können auch in vertretbaren Zeiträumen - ich denke hier in Generationsbereichen - nicht oder nur sehr mäßig abgebaut werden. Ein Abbau wäre nur dann möglich, wenn die Einnahmen die Ausgaben überstiegen. Das hat die Bevölkerung erkannt und deshalb uns, der FDP und der CDU, den Auftrag erteilt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sanierung der Staatsfinanzen durchzuführen.

(Heinrich Aller [SPD]: Jetzt geht's los!)

Gleichzeitig hat die Bevölkerung Sie, Herr Gabriel - er ist jetzt nicht mehr anwesend - und Ihren Koalitionspartner, sozusagen als Geschäftsführer unseres Landes abgelöst. Wir, die Regierungskoalition aus FDP und CDU, haben den Auftrag zu einer nachhaltigen Sanierung des Landes Niedersachsen erhalten. Wir haben diesen Auftrag angenommen und werden ihn auch gemeinsam zu Ende führen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Gestatten Sie mir einen Hinweis. Hier wird immer von „konsolidieren“ gesprochen. Konsolidieren lassen sich dieser Haushalt und die Finanzen dieses Landes aber nicht mehr; denn „konsolidieren“ bedeutet, etwas Bestehendes zu sichern und zu festigen. Wir müssen den Haushalt des Landes hingegen sanieren. Das bedeutet, das Land durch geeignete Maßnahmen aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen. Erst dann kann eine Konsolidierung, eine Festigung der Einnahmen und Ausgaben, erfolgen. Diesem Führungsanspruch wollen und werden wir gerecht werden.

Meine Damen und Herren, wir können dies aber nur dann schnell und zügig erreichen, wenn auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, mithelfen, diese Sanierung voranzutragen; denn die Sanierung erfordert schnelles Handeln - meines Erachtens auch über die Parteigrenzen hinweg. Von daher fand ich diese Ansätze sehr interessant.

(Heinrich Aller [SPD]: Vier Wochen sind schon rum! - Weitere Zurufe von der SPD)

Die Konsolidierungsansätze der alten Regierung wurden leider viel zu früh aufgegeben. Sie müssen wieder aufgegriffen und durch weitere Maßnahmen auf allen Ebenen der Regierung und der öffentlichen Verwaltung zur Sanierung der Finanzen ergänzt werden. Mit einer plötzlichen Erhöhung der Einnahmen aufgrund des anziehenden Wachstums ist wohl kaum ernsthaft zu rechnen. Im Gegenteil: Die Weltlage, insbesondere der Krieg im Irak, macht Worst-case-Szenarien bis hin zu einem Nullwachstum denkbar. Für solch ein Szenario müssen wir gerüstet sein. Auch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute halten eine solche Entwicklung bis hin zu einem Nullwachstum durchaus für denkbar. Ziel muss es daher auch in einem solchen Fall sein, haushaltstechnische Rüs-

tungen vorzuhalten. Steuererhöhungen, wie sie die Bundesregierung fordert, würden den Rest an Wachstum, der heute noch existiert, völlig zum Erliegen bringen. Insbesondere jeder Diskussion über eine Wiedereinführung der Vermögensteuer muss eine klare und deutliche Absage erteilt werden. Die Bürger brauchen Vertrauen in die langfristige Wirtschafts- und Finanzpolitik, damit sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten ausweiten und Investitionen in Deutschland, vor allem aber in Niedersachsen, durchführen können. Wenn aber die Einnahmeseite, zumindest kurzfristig, nicht beeinflussbar ist, müssen sich die Reformen auf die Ausgabenseite beziehen.

Welche Maßnahmen müssen nun unmittelbar eingeleitet werden? - Herr Minister Hartmut Möllring hat schon einige Maßnahmen ausführlich vorgestellt und seine Planungen dargestellt. Die FDP-Fraktion teilt diese Einschätzung und unterstützt diese ausdrücklich. Es müssen Reformen eingeleitet werden. Wir müssen weg von der Besitzstandswahrung, weg von dem Grundsatz: Spare und streiche nicht bei mir, sondern bei anderen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Ansatzpunkte für Reformen sind derzeit erkennbar? - Reformbereiche können nach ihren Ansatzpunkten und Wirkungsweisen identifiziert werden. Auf der Ausgabenseite sind kurzfristige Einsparmaßnahmen nötig, um die notwendige unmittelbare Handlungsfähigkeit des Landes sicherzustellen.

(Monika Wörmer-Zimmermann
[SPD]: Welche?)

Mittelfristig werden Reformen der öffentlichen Verwaltung durchgeführt, um die Kosten des Staatsapparates in den Griff zu bekommen. Langfristig müssen die Steuereinnahmen gesteigert werden, indem ein möglichst hohes und stetiges Wachstum der Wirtschaft erreicht wird. Kurzfristig müssen Einsparungen in allen Ressorts durchgeführt werden. Es müssen wünschenswerte und zwingend notwendige Ausgaben identifiziert werden. Alle nicht elementaren Staatsausgaben werden zur Disposition gestellt und für einige Jahre zurückgestellt oder ganz gestrichen. Dieses gilt gleichermaßen für Sach- und Personalausgaben. Das Programm zur Stelleneinsparung ist bereits sehr ehrgeizig. Im Bereich der Sachausgaben sind noch erhebliche Potenziale offen, ohne wichtige Investitionsausgaben kürzen zu müssen oder grundlegen-

de Aufgaben des Staates zu gefährden. Wir werden deshalb alle Aufgaben des Staates auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen und gegebenenfalls auch streichen.

(Beifall bei der FDP)

Auch sind mittelfristige Einsparungen durch eine Effizienzsteigerung der Verwaltung möglich. Schon seit vielen Jahren bemängeln Finanzexperten die mangelnde Effizienz der öffentlichen Verwaltung. Das vorherrschende System der Kameralistik führt zu einem Denken in Inputs, bei dem der Erfolg und die Bedeutung eines Bereiches vor allem in einer Ausweitung des eigenen Budgets gemessen werden. Eine Ausweitung des eigenen Budgets heißt zusätzliche Kosten für das Land. Hier ist es zwingend notwendig, sofort und ohne Verzug die flächendeckende Einführung betriebswirtschaftlicher und bewährter Steuerungsinstrumente wie Kostenrechnung und effizientes Controlling einzuführen. Dieses hätte allerdings - soweit ein Vorwurf an die vorherige Landesregierung - schon längst flächendeckend geschehen müssen. Von daher müssen wir es jetzt nachholen. Die Verwaltung muss und kann derartige Verfahren auch eigenmächtig einführen. Das bedeutet übrigens nicht, dass dadurch zusätzliche Kosten entstehen müssen. An den Hochschulen des Landes stehen die Lehrenden sicherlich mit Rat und Tat zur Verfügung; denn auch die werden vom Staat bezahlt.

Budgets sollten nicht einfach in jedem Jahr nur fortgeschrieben werden, sondern sie müssen im Rahmen eines zero-based Budgeting jährlich komplett neu erstellt werden. Dadurch werden grundsätzlich alle Aufgaben infrage gestellt und müssen mit jedem Haushalt neu gerechtfertigt werden. Der Zwang zu immer neuen Begründungen führt zur Selbsterkenntnis von Überflüssigkeiten.

Weiterhin spielen feste Zielvorgaben, die gemeinsam mit den Mitarbeitern erstellt werden, eine wichtige Rolle. Mittel werden den zu erreichenden Zielen zugeteilt, und durch die Einführung geeigneter Kennzahlen kann der Erfolg jeder Behörde oder Abteilung festgestellt werden. Dadurch kann ein neues Kostenbewusstsein erreicht werden, und die Mitarbeiter erhalten positive Anreize zur Kostenreduzierung. Denn eines ist klar: Eine solche Reform kann nur mit und nicht gegen die Verwaltung durchgeführt werden.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe ein paar Jahre in der Verwaltung gearbeitet. Ich glaube, dass ich die Menschen in der Verwaltung durchaus verstehen kann.

(Heinrich Aller [SPD]: Nennen Sie auch einmal eine einzige Zahl! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Keine Zahlen. Sie haben so viele Zahlen - - -

Vizepräsident Ulrich Biel:

Fahren Sie ruhig fort.

Ursula Peters (FDP):

Das sehe ich auch so. Danke. - Wir müssen hier ganz besonders für die Unterstützung im Verwaltungsapparat werben, damit jeder Staatsdiener seinen ganz persönlichen Beitrag zur Konsolidierung unseres Landes leisten kann.

Ich komme nun noch zur langfristigen Einnahmegernerierung durch Wirtschaftswachstum. Die beste Möglichkeit zur Erhöhung der Steuereinnahmen ist die Erzeugung von Wirtschaftswachstum. Einige Bundesländer, wie Baden-Württemberg, Hessen oder Bayern, haben demonstriert, wie man auf der Grundlage einer soliden ordnungspolitischen Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik die Wirtschaft langfristig stärkt und entwickelt.

Eine Vielzahl von Reformmöglichkeiten ergibt sich im Bereich der Verwaltung und des Rechts. Die Unternehmen in Deutschland und speziell in Niedersachsen stöhnen unter einer umfassenden Bürokratisierung und der hohen Zahl von Vorschriften und Regulierungen sowie den immensen Kosten, die diese ihnen aufbürden. Unternehmerisches Handeln wird erschwert, wenn wichtige Ressourcen für die Bearbeitung von Formularen, Anträgen und die Einhaltung von tausenden von Vorschriften gebunden werden, anstatt produktiv tätig zu werden. Das Wachstum der Unternehmen wird verlangsamt, potenzielle Neugründer werden abgeschreckt. Auf der Seite des Staates generieren diese Maßnahmen aber keinerlei Mehreinnahmen, sondern führen aufgrund der Notwendigkeit zur Überwachung und Kontrolle ihrer Einhaltung nur zu weiteren Kosten.

Eine durchgreifende Reform in diesem Bereich wirkt wie ein umfangreiches Konjunkturprogramm, ohne den Staat finanziell zu belasten.

(Beifall bei der FDP)

Die Unternehmen erhalten dringend notwendige Handlungsfreiheiten zurück, und gleichzeitig kann sich der Staat stärker auf seine Kernkompetenzen konzentrieren.

Ein weiterer Bereich, der der gründlichen Überarbeitung bedarf, sind die Subventionen des Staates. Diese werden von Unternehmen, die Gewinne erwirtschaften, an solche gezahlt, die Verluste machen. Dadurch wird das Wachstum gesunder Unternehmen gebremst, und überkommene Wirtschaftsstrukturen werden künstlich am Leben erhalten. Die daraus folgende Verzerrung verhindert eine dynamische, sich den Marktbedürfnissen anpassende Wirtschaft.

Dort, wo Subventionen gezahlt werden, dürfen sie nur als Anschubfinanzierung dienen, um innovative Neugründungen zu ermöglichen; denn besonders diese Unternehmen schaffen Wachstum und Arbeitsplätze. Wichtig ist hierbei eine möglichst einfache Gestaltung der Subventionsvergabe, um kleinen neuen und daher unerfahrenen Unternehmen den Zugang zu erleichtern. Gleichzeitig muss eine klare zeitliche Begrenzung ohne Möglichkeit auf Verlängerung gegeben sein. Die jetzt übliche Dauersubventionierung muss beendet werden, und die Unternehmen müssen so schnell wie möglich lernen, auf eigenen Füßen zu stehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sanierung heißt mehr als nur Verzicht. Die Umlenkung von Ressourcen aus der konsumtiven Verwendung in Investitionen eröffnet neue Entwicklungspotenziale, die lang- und mittelfristig zu einem deutlich höheren Lebensstandard für alle führen werden.

(Beifall bei der FDP)

Aufgaben, die der Staat abgibt, sind nicht verloren; sie gehen in die Hand von Privatpersonen und stärken somit die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung. Aus subventionierten Staatsbetrieben werden Steuerzahler, die Arbeit schaffen.

Der Verpflichtung zur sparsamen Haushaltsführung bzw. Haushaltsmittelbewirtschaftung und dem notwendigen Nachweis einer effizienten Mittelbewirtschaftung sollen - nein, sie müssen - alle Bediensteten des Landes und der öffentlichen Verwaltung im eigenen Interesse und zum Wohle des Landes nachkommen. Ich appelliere daher an die Abgeordneten des Landtags, an meine Kollegen der FDP, an die CDU, an die SPD und an die

Grünen, die Aufgaben, die ich kurz skizziert habe, ideologiefrei und über die Parteigrenzen hinweg anzufassen und einer pragmatischen Lösung zuzuführen, mitzuhelfen, die vor uns stehenden Aufgaben zu lösen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, mir ist klar, dass die ideologischen Grundlagen der Regierungskoalition von der der Opposition abweichen. Ich appelliere jedoch an alle Parteien, der Regierungskoalition zum Wohl unseres Landes Lösungsansätze zuzuführen, mitzuhelfen, diese zu entwickeln, und bei der Realisierung nicht als ewiger Bedenkenträger im Wege zu stehen. Unser gemeinsames Interesse muss es sein, dem Land Niedersachsen seine wirtschaftliche Handlungsfähigkeit durch eine saubere finanzielle Grundlage auf der Basis einer ausgeglichenen Einnahme- und Ausgabenpolitik sowie notwendige finanzielle Handlungsspielräume ohne - ich betone - neue Verschuldung zu verschaffen.

Ich appelliere auch an die Bediensteten in den Landesbehörden und in den kommunalen Bereichen, die Bemühungen der Landesregierung zur Konsolidierung des Staatshaushalts im Interesse des Landes dem eigenen Wohlstandsgedanken - zumindest kurzfristig - unterzuordnen; denn jeder Euro, der durch strenge Haushaltsmittelbewirtschaftung von jedem einzelnen Bediensteten gespart werden kann, dient letztlich dem Land und uns allen.

Ich bitte deshalb nochmals um Ihre Unterstützung zum Wohle des Landes und seiner 8 Millionen Bürger.

Ich schließe nun meine Ausführungen und appelliere an Sie: an die Arbeit, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen folgende Information geben, damit Sie Ihren Zeitplan dementsprechend einrichten können: Die Fraktionen sind übereingekommen, dass wir diese Debatte zu Ende führen. Dann wird es, wenn alle Redezeiten ausgeschöpft werden, ca. 14.20 Uhr sein. Anschließend werden wir für etwa

eineinviertel Stunden in die Mittagspause gehen und danach die Beratung fortsetzen.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Wann geht die Beratung dann weiter?)

- Um 15.40 Uhr.

Herr Abgeordneter Wenzel hat jetzt das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Herr Möllring! Die Dimension des Finanzproblems in Niedersachsen war schon vor der Wahl erkennbar, auch wenn sich die alte Landesregierung redlich Mühe gegeben hat, den Handlungsbedarf zu kaschieren.

(Zuruf von der SPD: Was sind das für Töne?)

Es gäbe etliche Zitate, die man hier bringen könnte: vom Kollegen Möllring zum Notgesetz oder von meinem Kollegen Golibruch zum Haushalts-sanierungsausschuss. Sie stammen aus der letzten Wahlperiode. Daraus geht eindeutig hervor, dass zumindest allen damaligen Oppositionsfraktionen hier im Hause der Ernst der Lage klar war.

Insofern ist es wenig glaubwürdig, wenn Sie, Herr Möllring, heute versuchen, den Eindruck zu erwecken, als habe sich das Loch im Landeshaushalt plötzlich zu einem Krater ausgewachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war lange klar, wie die Bilanz aussehen würde. Sie, Herr Möllring, Herr Ministerpräsident, haben in den CDU-Reden vor der Wahl den Eindruck vermittelt, dass mit dem Antritt der Regierung Wulff eine wirklich solide Finanzpolitik und eine nachhaltige Sanierung des Haushalts zu erwarten seien.

Mit Erstaunen müssen wir nun zur Kenntnis nehmen, dass Sie am heutigen Tag einen Anstieg der Nettoneuverschuldung für dieses Jahr nicht ausschließen wollen. Die 91 Millionen Euro an Einsparungen, die die Ministerien für den Nachtrag erbringen müssen und die zum Teil der Finanzierung der Wahlversprechen dienen sollen, reichen nicht einmal aus, um den Haushaltsfehlbetrag des Jahres 2002 auszugleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen wollen Sie konsequenterweise auf 2004 verschieben. Wie Sie den darüber hinaus bestehenden Handlungsbedarf von eventuell 650 Millionen Euro decken wollen, ist noch nicht ersichtlich. Haushaltssperre und Einstellungsstopp werden nicht reichen, und auch der Subventionsabbau von 50 Millionen Euro wird das Loch nicht schließen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, völlig schleierhaft ist mir, wie man angesichts dieser Lage behaupten kann, dass die Wahlversprechen finanziert seien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die von Ihnen, Herr Rolfes, versprochenen 2 500 Lehrer und die 1 000 Polizisten werden auf Pump finanziert. Das steht schon heute fest.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Verwaltungsreform wollten Sie die Treppe von oben fegen. Wir stellen fest: Eine Kabinettsreform hat es nicht gegeben.

(Zuruf von der CDU: Beim Innenminister nicht!)

Ich habe das jedenfalls nicht wahrnehmen können. Stattdessen bekommt der Innenminister einen B 10-Staatssekretär zusätzlich. Das ist wirklich ein merkwürdiges Signal.

(Zuruf von der CDU: Der ist günstiger als vier Regierungspräsidenten!)

Sie haben zwar den richtigen Mann - das sage ich ausdrücklich - für diese Aufgabe gefunden, aber Sie haben der Sache mit dieser Sonderbehandlung keinen Gefallen getan.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Keine neuen Regierungspräsidenten! Ein Landtagsvizepräsident weniger!)

Herr McAllister, Sie führen die Öffentlichkeit hinter das Licht, wenn Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass das Kabinett verkleinert worden sei. Das ist in der Realität nicht der Fall.

(Zuruf von der CDU: Sie können nicht rechnen!)

Das Gehalt des Regierungssprechers von Herrn Wulff wurde aufgestockt,

(Zuruf von der CDU: Sie haben es doch im Haushaltsausschuss gehört!)

und die ersten Kungeleien bei den Beförderungen wurden zwischen den Fraktionen von CDU und SPD noch vor der Wahl des neuen Ministerpräsidenten vorgenommen. „Geschmäcke“ hat auch diese komische Geschichte mit Frau Möllring, die nicht mehr ganz aufzuklären war.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema Verwaltungsreform nehmen Sie schon jetzt das Tempo raus. Stellen bei den Bezirksregierungen werden wiederbesetzt. Drei Jahre soll die Planung der Umstrukturierung in Anspruch nehmen,

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Planung!)

hat Herr Schünemann mitgeteilt. Ich habe mittlerweile Sorge, dass Sie Ihren Verwaltungsmodernisierer am Ende im Regen stehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Die Sorge ist unbegründet!)

Wird es, Herr Möllring, am Ende nur verschlankte Behörden, verschlankte Bezirksregierungen mit neuem Türschild geben? Das wäre sicherlich kein nachhaltiger Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Bernd Althusmann [CDU]: Da haben Sie sogar Recht!)

Herr Möllring, Sie zählen die Hinterlassenschaften der SPD-geführten Landesregierung auf: mangelhafte Finanzierung des Tiefwasserhafens, überplanmäßige Bewilligungen beim Beschleunigungsprogramm für Hoch- und Tiefbau, EXPO-Verbindlichkeiten. Sie vergessen dabei aber zu erwähnen, dass alle diese Projekte mit Ihrer Zustimmung hier im Haus auf den Wege gebracht worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Regierung Gabriel nicht gespart hat, war doch klar.

(Bernd Althusmann [CDU]: Daran sind wir jetzt schuld?)

Herr Gabriel hat jetzt nachgelegt und seinen ver.di-Beitrag gespart. Ob das der SPD nützen oder schaden wird, wird man sehen. Bei den Projekten, die

Sie hier angesprochen haben, hat Gabriel nicht gespart, da haben Sie aber auch nicht gespart.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zum Thema Folgekosten noch eine Frage an Herrn Hirche. Was ist denn eigentlich mit Sican und dem Technologiezentrum Nord? 13 Jahre nach Hirche I. sind die Folgekosten noch nicht getilgt. Auch dazu hätte ich gern noch einen kleinen Hinweis.

Unverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch die singuläre Ankündigung von Kürzungen bei der Beschäftigung von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an Hauptschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist, wenn man sich das Redemanuskript von Herrn Möllring anschaut, eine der wenigen Stellen, an der Sie wirklich konkret werden. Ich habe mich gefragt: Ist das die Bildungsoffensive? Soll jetzt Schule für Schule sparen? - Ausgerechnet hier verstehe ich das wirklich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen weiteren Punkt will ich ansprechen, nämlich die veranschlagten Kosten für den CASTOR-Transport. Herr Sander, wenn Sie Ihre Gorleben-Politik so fortsetzen, wie Sie das angefangen haben, dann müssen Sie den Haushaltsansatz verdoppeln.

(Bernd Althusmann [CDU]: Soll das eine Drohung sein?)

Das ist das, was zu erwarten ist.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie sind der Verursacher für diese Kosten!)

Wenn Sie das Moratorium für Gorleben aufheben wollen, dann werden Sie die Diskussionen und Demonstrationen erleben.

(David McAllister [CDU]: Wer verursacht denn die Kosten? Doch nicht Herr Sander!)

Herr Sander wurde wohl bei dieser Entscheidung gefragt. Wenn das über seinen Kopf hinweg entschieden wurde, kann ich das nicht wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann eine Regierung, die gerade erst seit vier Wochen

im Amt ist, noch nicht den großen Wurf hinlegen, das ist völlig klar.

(David McAllister [CDU]: Wir sind schon ziemlich gut!)

Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass sich die angeblich neue Haushalts- und Finanzpolitik nur im Habitus von der Aller'schen Schuldenpolitik unterscheidet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind angetreten, das Gegenteil zu beweisen. Dafür hätten Sie auch unsere Unterstützung, wenn Ihre Vorschläge denn sozial ausgewogen wären.

Bei den 2 500 Lehrern, die Sie einstellen wollen, gehen Sie aber schon jetzt davon aus, dass Sie gar nicht so viele ausgebildete Lehrkräfte finden werden. Die Rückkehr zur Dreigliedrigkeit wird so viel bildungspolitischen Schaden anrichten, Herr Busemann,

(Bernd Althusmann [CDU]: Jetzt fehlt nur noch das Wort „Selektion“!)

dass darüber auch die Einstellung von 2 500 Lehrern nicht hinwegtäuschen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will einen weiteren Aspekt ansprechen. Nach der Bundestagswahl – die letzten drei bis vier Monate – hat sich die Bundes-CDU die Sonthofen-Strategie des ehemaligen Abgeordneten Franz-Josef Strauß zu Eigen gemacht: Die Bundesregierung ist an allem schuld, sogar am Wetter. Das war die Ansage, die drei bis vier Monate lang landauf, landab über die Medien verbreitet wurde, die wir von der Bundes-CDU gehört haben. Jede Mitverantwortung, jede gemeinsame Kraftanstrengung für die Gesellschaft als Ganzes wurde verweigert – aus Wahlkampfgründen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Konsequenz hat die CDU u. a. das Steuerpaket des Bundes und eine Einberufung des Vermittlungsausschusses abgelehnt.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Wenzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rolfes?

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Ich möchte gern meine Ausführungen zu Ende bringen. Dann gehe ich gern auf die Frage ein.

(Heinz Rolfes [CDU]: Ich habe eine gute Frage!)

- Ich möchte erst einmal zu Ende ausführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sind Sie in der Wirklichkeit angekommen. Spätestens jetzt müssen Sie erklären, wie die erwarteten Einnahmen aus dem Steuerpaket des Bundes anders finanziert werden sollen. Hessen und das Saarland haben das Geld übrigens schon in ihre Haushalte eingestellt. 1,5 Milliarden Euro sollten im Jahre 2003 an die Länder fließen, 4,1 Milliarden im nächsten Jahr. Die Kommunen erwarteten eine Besserstellung von 283 Millionen Euro in diesem Jahr und von 1,3 Milliarden im Jahre 2004.

Sie sagen heute, dass ein Steuervergünstigungsabgabegesetz, das diesen Namen verdient, Ihre Zustimmung finden würde. So hat das jedenfalls Herr Möllring ausgeführt. Wir warten auf Ihre Vorschläge, meine Damen und Herren. Quantifizieren Sie, was Sie im Bereich der Körperschaftsteuer erwirtschaften wollen! Sagen Sie konkret, wie Ihre wachstumsfreundliche Steuerpolitik aussehen soll! Bisher sind das alles doch nur Worthülsen. Gesundheitsbeten wird diesem Haushalt nicht helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die FDP-Fraktion möchte ich bei dieser Gelegenheit bitten, etwas Genaueres zum Thema Subventionen auszuführen. Sie können natürlich alles über einen Kamm scheren und sagen: „Alles, was der Staat tut, ist Subvention; nach unserer Ideologie ist das negativ; das muss weg, um den freien Markt herrschen zu lassen.“ – Das war die Substanz dessen, was ich hier wahrgenommen habe.

Wir haben mit Subventionen auch Märkte erschlossen. Wir haben seitens der Bundesregierung Forschung und Entwicklung vorangebracht. Wir haben soziale und ökologische, wir haben gesellschaftliche Ziele verwirklicht, die sich mit solchen Mitteln auf den Weg bringen lassen. Ich erwarte schon etwas differenziertere Aussagen zu der Frage, welche Subventionen Sie wollen und welche Sie nicht wollen. Generell zu sagen, jede Subvention sei schlecht, halten wir für platte Ideologie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Steuerpaket des Bundes enthält eine Reihe von Vorschlägen, die bestehende Steuervergünstigungen abbauen, Steuerumgehungsmöglichkeiten einschränken oder Fehlsubventionen begrenzen. Ich will nur zwei Beispiele nennen:

Erstens die Beseitigung der Umsatzsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Personenbeförderung im Luftverkehr. Diese Subventionierung des Flugverkehrs ist durch nichts zu rechtfertigen. Sie führt zu Wettbewerbsverzerrungen und gehört eher heute als morgen abgeschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens - auch das ist ein interessanter Punkt im Steuerpaket des Bundes - die Dokumentationspflicht für interne Verrechnungspreise von Konzernen. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass Gewinne möglichst am Entstehungsort versteuert werden. Es kann nicht angehen, dass durch die kreative Gestaltung von internen Verrechnungspreisen dafür gesorgt wird, dass die Verluste eines Konzernteils in Deutschland anfallen und die Gewinne in den Steueroasen ausgewiesen werden. Auch dazu würde mich einmal die Meinung der FDP-Fraktion interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Philipp Rösler [FDP]: Die Leute, die davon betroffen sind, werden Ihnen gern etwas erzählen!)

Vielleicht kommen Sie noch einmal in die Verlegenheit, genauer darstellen zu können, ob wir hier Ihre Unterstützung finden.

Sie bezweifeln die Entlastungswirkung der vorgesehenen Maßnahmen. Sicher, das sind Prognosen. Aber sie können nicht so ganz aus der Luft gegriffen sein, denn sonst hätten die Ministerpräsidenten des Saarlandes und von Hessen die Zahlen nicht in ihre Haushaltsentwürfe übernommen.

Wir fordern Sie auf: Springen Sie über Ihren Schatten, Herr Möllring! Der Wahlkampf ist vorbei. Verhandeln Sie ernsthaft über Maßnahmen, die zu einer realen Entlastung des Landeshaushaltes führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute Abend tagt die so genannte „Nichtarbeitsgruppe“ des Vermittlungsausschusses, die sich trotz erster Verweigerung der Union gebildet hat. Heute wäre also noch Gelegenheit, Ihren Kollegen, die dort mit am Tisch sitzen, die Ziele mit auf den

Weg zu geben, die letztlich auch für unseren Haushalt von Bedeutung sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Möllring, bedenklich ist – das hat auch mein Kollege Möhrmann schon ausgeführt –, dass Sie nichts zu den Gemeindefinanzen gesagt haben. Sie haben die Politik der SPD-Landesregierung gegenüber den Kommunen

(Frau Harms [GRÜNE]: Das erste Mittel!)

als „Raubzug durch die kommunalen Kassen“ geißelt. Die wenigen konkreten Sparmaßnahmen bei den Schulen, die Sie in Ihrer Regierungserklärung aufführen, treffen die Kommunen. Wir erwarten eine klare Aussage, wie viel Geld bei den Kommunen unter dem Strich ankommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren, wenn es auf Bundesebene eine Gemeindefinanzreform geben soll – wir alle wollen sie seit Jahren, wir diskutieren landauf, landab, in den Kommunen, im Land, im Bund, seit mehr als einem Jahrzehnt dieses Thema –, müssen wir auch alle gemeinsam daran arbeiten, und zwar jetzt.

Welche Position vertritt die Landesregierung in dieser Frage? – Offensichtlich sind Sie bislang nicht sprechfähig, weil die SPD – Entschuldigung, die FDP – die Gewerbesteuer völlig abschaffen will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die FDP hat hier vielleicht ein leichtes Spiel, weil sie auf der kommunalen Ebene sowieso nicht verwurzelt ist.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

In der Sache ist ihre Nichtposition aber bedenklich, und sie schwächt die Position der niedersächsischen Städte und Gemeinden.

Herr Möllring, Sie können sicher sein, dass wir, wie in der letzten Wahlperiode, unsere Haushaltspolitik mit konkreten Konsolidierungsvorschlägen fortsetzen werden. Wir hoffen, dass Sie davon mehr umsetzen als die Vorgängerregierung. Der Volksmund sagt: „Ein leerer Geldbeutel ist schwerer zu tragen als ein voller.“ Wenn das Land unter dieser Last nicht zusammenbrechen soll, reicht es nicht aus, hier nur mit dem Großen Latinum zu

wedeln. Nach Ihrer Regierungserklärung befürchten wir, dass Sie mit Ihrem Haushaltslatein zu schnell am Ende sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Rolfes.

Heinz Rolfes (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Geschäftsführer haben offensichtlich abgesprochen, dass die Mittagspause erst nach der Debatte über die Regierungserklärung anfängt. Aber man sieht ja, dass viele Abgeordnete es gewohnt sind, sehr eigenständig zu handeln.

(Heiterkeit bei der CDU)

Vielleicht darf ich zu Beginn der Ausführungen ein paar Worte zu dem Beitrag von Herrn Möhrmann sagen. Frau Peters hat seine Rede eben als sehr emotionsgeladen empfunden. Dazu kann ich sagen: Das ist das Einzige, bei dem ich ihr nicht zustimmen kann. – Herr Möhrmann, ich habe das eher als eine buchhalterische Aufrechnung empfunden, nach dem Grundsatz: Buchhalter, Buchhalterlisten, alles drauf, ob es einer hören will oder nicht. – Dazu sage ich Ihnen: Probleme der Zukunft löst man allenfalls, wenn man zunächst zu einer sauberen Bilanz kommt, ganz sicher aber nicht durch das Verlesen alter Reden und alter Anträge. Das ist das alte Ritual. Die Leute im Lande haben die Nase voll davon, dass hier solche Schaukämpfe ausgetragen werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die dramatische Situation, in der sich das Land Niedersachsen befindet, längst erkannt. Sie wollen durchaus strittige Diskussionen, aber sie wollen auch, dass diese Diskussionen dann zu einem Ergebnis geführt werden. Sie wollen die Ergebnisse dieser Diskussionen sehen können, und sie werden auch Einschränkungen aufgrund von Einsparungen hinnehmen.

(Zuruf von Heinrich Aller [SPD])

– Herr Aller, zu Ihnen komme ich gleich noch. – Ich glaube schon, dass das eine wichtige Voraussetzung ist.

Ein Wort zu den Kommunal финанzen. Ich meine nicht, dass es die CDU-Fraktion nötig hat, sich von denen Vorschriften und Vorhaltungen über die Situation der Kommunal финанzen machen zu lassen, die sie in einer Weise zerrüttet haben, wie sie sich jetzt darstellt. Das ist zunächst einmal festzuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es um die Frage der Gewerbesteuerumlage geht, hat diese Landesregierung - wenn ich das richtig sehe: dieser Finanzminister - immer gesagt, dass sie den Antrag Bayerns im Bundesrat unterstützen wird. Das ist eine konkrete Entscheidung dazu. Dann werden wir sehen, wie weit sie umzusetzen ist.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Kann er das auch im Haushalt darstellen?)

Überhaupt muss ich sagen: Dies ist eine Bilanz, mit der wir starten. Das ist die Situation, vor der wir stehen und auf der wir aufbauen können.

Herr Möhrmann, es ist vier Wochen her, dass diese Regierung ins Amt gekommen ist. Diese Regierung hat nach vier Wochen diese Bilanz vorgelegt. Diese Regierung hat einen Nachtragshaushalt, der so weit fertig ist, dass er ins Kabinett gehen kann. Diese Regierung wird diesen Nachtragshaushalt dem Parlament im Mai zuführen, und dann werden all diese Fragen, die Sie gestellt haben, beantwortet werden müssen. Dann kann auch nicht davon gesprochen werden, es werde nicht gesagt, wo gespart wird. Wo gespart wird, steht dann drin. Dann wollen wir sehen, dass innerhalb von hundert Tagen ein Nachtragshaushalt vorgelegt wird.

Ich darf Sie vielleicht einmal daran erinnern, dass wir im Mai letzten Jahres einen Nachtragshaushalt beantragt haben, als nämlich die Steuerschätzungen deutlich darauf hinwiesen, dass die Steuereinnahmen weit unter den Erwartungen zurückblieben. „Das brauchen wir nicht“, hat der damalige Finanzminister gesagt, „alles im Lot.“ Im November kommt er mit einem Verschuldungsnachtrag, in dem er die Schulden - die Kreditaufnahme - wegen der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mal eben verdoppelt.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen, die Regierung Gabriel hat eine katastrophale Bilanz hinterlassen. Für den, der eine solche Bilanz hinterlässt, genügt eine Klausurtagung mit demosko-

pischer Beratung, wie kürzlich stattgefunden, nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Da mutet es eher merkwürdig an, wenn Sigmar Gabriel glaubt, seine Wahl sei wegen der Berliner verloren worden und er sei gänzlich unschuldig daran.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Glauben Sie, Sie hätten die Wahl gewonnen, weil Sie so gut sind?)

Kein anderer Ministerpräsident hat in seiner kurzen Amtszeit das Land so sehr verschuldet wie Sigmar Gabriel. Wir haben die Zahlen, die ich jetzt nicht alle wiederholen will, eben vom Finanzminister gehört. Beim Ausgabenwachstum hat es Sigmar Gabriel innerhalb von drei Jahren auf den letzten Tabellenplatz geschafft.

Bei dieser Gelegenheit will ich zu dem, was Herr Möhrmann zum Länderranking gesagt hat, erklären: Es mag sein, dass Niedersachsen bei einer Position gut dasteht. Aber wie sieht es denn aus, wenn es um Wirtschaftsförderung und Insolvenzen geht? Wie ist es denn, wenn es bei der Wirtschaft um die Frage der Arbeitslosigkeit geht? Wie ist es denn, wenn es bei den Finanzen um die Frage der Verschuldung geht? Wie ist es denn, wenn es bei den Finanzen um das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben geht? Wie ist es denn, wenn es um die Pro-Kopf-Verschuldung geht? Wie kommt es denn, dass bei diesen nackten Zahlen Niedersachsen überall auf dem letzten oder vorletzten Tabellenplatz steht? Da können Sie so viele mildernde Umstände anführen, wie Sie wollen: Fakten lassen sich nicht aus der Welt diskutieren, und deswegen muss das hier in einer Abschlussbilanz festgestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Unter der Verantwortung der SPD-Finanzminister stieg die Verschuldung in Niedersachsen pro Kopf von 1990 bis 2002 um 79 %. Wer sich das einmal angucken möchte: Dies ist die Treppe der Verschuldung.

(Der Redner zeigt eine Grafik)

Da kann man sich vorstellen, wie oft man diese Treppe mühsam hochgehen muss. Sie sehen: von ca. 19 Milliarden auf über 42,6 Milliarden im Jahre 2002. Das ist die Bilanz sozialdemokratischer Finanzminister!

(Beifall bei der CDU)

Bevor man darauf aufbaut, darf man diese Bilanz wenigstens einmal deutlich machen. Jeder Niedersachsen - das ist gesagt worden - ist mit 5 020 Euro dabei. 5 020 Euro - das sind satte 10 000 DM -, für die jeder im Lande mithaftet. Das sind 500 Euro mehr, als sie im Durchschnitt auf die Einwohner der westdeutschen Flächenländer entfallen. Für die Zinsen zahlen wir 276 Euro und damit 80 Euro mehr als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.

Diese Bilanz muss man vortragen, weil daraus deutlich wird, wie schwer es sein wird, aus diesem Tabellenkeller herauszukommen. Diese neue Landesregierung hat keinen Meisterschaftsaspirenden, sondern einen Abstiegs Kandidaten übernommen. Wir wollen aber keinen Abstieg, sondern wir orientieren uns - das ist ja unsere Mentalität; das ist doch selbstverständlich - natürlich am Aufstieg.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Wir sind kein Kandidat für die zweite Liga!)

Dass das allerdings eine schwere Aufgabe ist, dürfte wohl selbstverständlich sein. Dafür gibt es natürlich

(Zuruf von der CDU)

- wer ruft dazwischen? - klare Verantwortlichkeiten. Sigmar Gabriel, seine Vorgänger und die jeweiligen Finanzminister tragen hierfür die Verantwortung.

Nun stellt sich Sigmar Gabriel bei seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung während der letzten Plenarsitzung hin und kritisiert mal dies, mal das und erklärt im Übrigen - zugegebenermaßen mit rhetorischem Geschick - den Ernst der Lage. Dabei erweckt er den Eindruck - ebenso nebenbei; das soll auch jeder glauben -, dass er mit dieser Situation, zumindest was die Verantwortlichkeit dafür angeht, nichts zu tun hat. So stellt er sich dar, und von daher muss man ihm in dieser Frage schon den Spiegel vorhalten: Er, Sigmar Gabriel, und Heiner Aller tragen dafür die volle Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist eben schon gesagt worden: Die Wähler haben nicht nur nach Berlin geguckt, sondern sie haben natürlich auch gewusst, wie die Lage in

Niedersachsen ist. Das ist die Situation, mit der Sie sich jetzt abfinden müssen. Das ist allerdings auch die Situation, in der wir der Verantwortung gerecht werden müssen.

Vielleicht darf ich doch noch eine Bemerkung zu Heiner Aller machen. Der ist ja jetzt Vorsitzender des Haushaltsausschusses, und es war auch das gute Recht der SPD-Fraktion, ihn dafür zu benennen. Aber dass das nun die Erneuerung sein soll, das kann ich beim besten Willen nicht sehen. Wir werden sicherlich gut zusammenarbeiten, aber die Erneuerung ist in diesem Falle ausgeblieben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie sehen, meine Damen und Herren, nach so einer Bilanz kann man nicht zur Tagesordnung übergehen. Der erste Weg zu Erneuerung ist, sich zu seiner Verantwortung für die schwierigste finanzielle Lage, die das Land Niedersachsen jemals erlebt hat, zu bekennen. Herr Möhrmann, das haben Sie nicht getan.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Was? - Bernd Althusmann [CDU]: Hat er auch nicht! - Heinrich Aller [SPD]: Das haben Sie doch aufgeschrieben, bevor er die Rede gehalten hat!)

- Sie sollten sich darüber nicht lustig machen. Sich zu seiner Verantwortung zu bekennen, ist der erste Schritt, um in Zukunft wieder verantwortlich mitarbeiten zu können. Wer das nicht tut, bleibt auch für die Zukunft unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die CDU/FDP-Regierung ist jetzt gerade vier Wochen im Amt. Es ist eine besondere Leistung, dass sie schon jetzt diese Abschluss- bzw. Eröffnungsbilanz vorgelegt hat. Die Zeit des Schönredens ist vorbei.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Genau!)

Daher begrüße ich die ungeschminkte und offene Darstellung der Haushaltssituation des Landes durch den Finanzminister.

(Uwe-Peter Lestin [SPD]: Das war aber dick mit Schminke besetzt!)

Erstmals nach 13 Jahren hat eine Landesregierung eine umfassende und ungeschönte Bilanz dem Parlament und der Öffentlichkeit vorgelegt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Bernd Althusmann [CDU]: Genau!)

Es ist sehr beachtlich, dass der neue Finanzminister so schnell und umfassend hier im Landtag berichtet und die neuen Leitlinien der Finanzpolitik des Landes vorstellt.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Welche?)

- Welche? - Zu was hat er wohl 40 Minuten Punkt für Punkt vorgetragen?

(Walter Meinhold [SPD]: Das ist es ja gerade!)

- Wenn Sie nichts verstanden haben, ist das Ihr Problem. Das war eine saubere Bilanz - ich komme nachher noch zu dem, was ausführlich gesagt worden ist -, Nachtragshaushalt im Mai, Beratung des Haushalts 2004 ab September.

(Heinrich Aller [SPD]: Das stand doch alles schon vorher fest! - Walter Meinhold [SPD]: Das sind doch keine Leitlinien, das sind Daten!)

Und da fragen Sie: Welche? - Das ist doch der Gipfel der Ignoranz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann mir vorstellen, dass das wehtut, weil das Ergebnis seiner Darstellungen natürlich düster war. Die Haushaltslage des Landes Niedersachsen ist katastrophal, und die Dramatik dieser Situation ist kaum fassbar. Sie bedeutet nichts anderes, als dass die finanzielle und politische Handlungsfähigkeit unseres Landes für die wichtigsten Zukunftsaufgaben stark eingeschränkt ist. Die wichtigsten Zukunftsaufgaben sind Bildung, Sicherheit, Sozialpolitik für die Schwachen in unserem Land und Wirtschaftsentwicklung, insbesondere für mehr Arbeitsplätze.

Dabei bewahrheitet sich der Grundsatz, dass eine gute Finanzpolitik die Grundlage für Sozialpolitik, Bildungspolitik, ja für alle Politikbereiche ist. Wer das finanzielle Fundament zerstört, gefährdet die soziale Leistungsfähigkeit des Landes. Bisher haben wir wegen der geschönten Bilanzen der alten Landesregierung das wahre Desaster nur erahnen

können. Heute wird es mit dieser Regierungserklärung zur Gewissheit.

Die Schwere der Fehler und Versäumnisse der alten Landesregierung in 13 Jahren werden mit dieser Regierungserklärung sichtbar und deutlich. Für diese Entwicklung gibt es zwei wesentliche Ursachen. Die eine ist die verfehlte Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung, die von der alten Landesregierung in allen Teilen unterstützt wurde. Die zweite ist die hausgemachte, selbstverschuldete, inflationäre Ausgabenpolitik der alten Landesregierung; die Zahlen haben wir eben vom Finanzminister gehört. - Das ist ein wesentlicher Teil der heutigen Finanzmisere. Er ist hausgemacht und damit von der Gabriel-Regierung zu verantworten. Er zeigt eindrucksvoll, wie wir im Vergleich mit den anderen westdeutschen Flächenländern dastehen.

Die SPD-Landesregierungen haben das stärkste Ausgabenwachstum seit 1990 zu verantworten. Die größten Ausgabensprünge fallen in die Zeit Ihrer Regierung, Herr Gabriel und Herr Aller, in den letzten drei Jahren in treuer Gemeinsamkeit. Wenn Sie vor dem Hintergrund Ihrer Regierungspolitik vom Sparen geredet haben, dann war das so, als wenn ein Bankrotteur von solider Finanzierung sprach.

(Zustimmung von Reinhold Coenen
[CDU])

Sie haben im Ländervergleich den negativsten Finanzierungssaldo im Verhältnis zum Ausgabenvolumen produziert.

(Heinrich Aller [SPD]: Solche Reden hat früher Herr Möllring gehalten!)

- Herr Aller, Sie werden sich solche Reden noch öfter anhören müssen, und wir werden auch immer wieder deutlich machen, wie mühsam wir auf der Position aufbauen müssen, die Sie hinterlassen haben. Sie sind für die Situation, auf der wir aufbauen müssen, verantwortlich, kein anderer.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen, finde ich, sollten Sie nur dann Zwischenrufe machen, wenn diese einen konstruktiven Charakter haben. Das aber setzt, wie ich schon gesagt habe, voraus, dass man sich zunächst zu der Verantwortung bekennt.

Zu all den schlechten hausgemachten Vergleichsdaten haben Sie 13 Jahre lang und auch zur Landtagswahl nichts gesagt. Sie haben die Zahlen und die Dramatik der Haushaltssituation nicht nur verschwiegen, sondern immer wieder auch regierungsamtlich festgestellt. Ihre Aussage war: Es ist alles in Ordnung, wir haben die Finanzen im Griff, und wer etwas anderes sagt, der will nur das Land schlechtreden. In Wahrheit, meine Damen und Herren, haben wir, wie die heutige Bilanz zeigt, nicht das Land schlechtgeredet

(Walter Meinhold [SPD]: Sondern?)

- das ist doch ganz einfach, Herr Meinhold -, sondern Sie haben das Land schlecht regiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Ihrer Mipla 2001 bis 2005 - ich glaube, in Niedersachsen ist noch nie ein größeres Märchenbuch erschienen - haben Sie noch wider besseres Wissen verkündet: Wir reduzieren Jahr für Jahr die Nettoverschuldung. - Jedes Jahr haben Sie, Herr Aller, der staunenden Öffentlichkeit verkündet, der Haushalt ist ausgeglichen. In Wahrheit haben Sie Jahr für Jahr neue Schulden in Milliardenhöhe, bis zum Kragen, aufgenommen. Noch kurz vor der Wahl haben Sie für 2002 und 2003 die Neuverschuldung verdoppelt. Die Folge: Jahr für Jahr 135 Millionen Euro an zusätzlichen Zinsen. Das ist so viel, wie 2 500 zusätzliche Lehrer oder 4 500 Betreuungskräfte an Ganztagschulen kosten.

(Heinrich Aller [SPD]: Und Sie kürzen die jetzt wieder raus aus dem Haushalt, oder wie?)

Sie haben sich über unsere Anträge vom Frühjahr 2002 auf Aufstellung eines Nachtragshaushalts hinweggesetzt. Herr Aller, hätten Sie das damals nicht getan, hätten wir im Haushaltsjahr 2002 noch erhebliche Einsparpotenziale finden und hier beschließen können, und Sie hätten der neuen Landesregierung nicht einen bis zur Höhe von 200 Millionen Euro unausgeglichenen Haushalt hinterlassen müssen.

(Heinrich Aller [SPD]: Ihr wolltet doch mehr ausgeben! Ihr wolltet doch gar nicht einsparen! Ihr habt Anträge von 2 Milliarden Euro vorgelegt!)

Es ist ein unglaublicher Vorgang: Der Finanzminister hat die Kreditaufnahme verdoppelt, um den

Haushalt 2002 zur Deckung zu bringen, und als er aus dem Amt scheidet und die Bilanz für 2002 gemacht wird, stellt sich heraus, dass eine Deckungslücke von bis zu 200 Millionen Euro besteht.

(Reinhold Coenen [CDU]: Ungeheuerlich!)

Das ist Ihre Haushaltspolitik, die zu vermeiden gewesen wäre, wenn wir rechtzeitig einen Nachtragshaushalt aufgestellt hätten. Sie haben also überhaupt kein Recht, uns Hinweise zu geben, wann Nachtragshaushalte aufgestellt werden. Wir machen das sehr viel besser als Sie.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Nachhaltigkeit war es auch nicht weit her. Schon Tage nach dem Erscheinen dieser Mipla waren die wesentlichen Zahlen Wunschdenken fernab jeglicher Realität.

Jetzt kommen wir zu der Frage, wie man mit Veräußerungsgewinnen umgeht. Mit Veräußerungsgewinnen sollten Haushaltslöcher gestopft werden. Heute stellt sich die Situation so dar, dass unsere Spielbanken, die Spielbanken des Landes - das klingt ja nun einigermaßen paradox -, ein Minus erwirtschaften. Sie sind fast pleite, und ein Veräußerungserlös ist in weiter Ferne. Die Staatsbäder machen Verluste in zweistelliger Millionenhöhe.

Das ist die Situation, mit der wir uns abfinden müssen. Sie haben Veräußerungserlöse eingestellt, die aber nicht zu erzielen sind. Sie haben Unternehmen - von den Spielbanken über den Flughafen bis zur Messe -, die Minusbeträge erwirtschaften. Die Millioneneinsparungen aus der leistungsorientierten Haushaltswirtschaft erweisen sich bei näherem Hinsehen als überzogen und verfrüht.

Von der von Ihnen erklärten Zukunftstauglichkeit dieses Konsolidierungskonzeptes kann angesichts dieser Analyse keine Rede sein. Darauf kann die Konsolidierung der Landesfinanzen nicht aufgebaut werden. Dies zu tun, hieße, auf Sand zu bauen. Die fehlende Zukunftstauglichkeit - - -

(Zuruf von Uwe-Peter Lestin [SPD])

- Herr Lestin, Sie sagen, das alles ist nicht schlüssig. Das mag Ihnen zwar in der Opposition schwerer fallen. Aber wenn Sie zuhörten, dann wäre Ihnen anschließend möglicherweise einiges schlüssig.

(Uwe-Peter Lestin [SPD]: Mir fehlt die Schlüssigkeit)

- Ja, die Schlüssigkeit fehlt Ihnen; das glaube ich Ihnen. Seitdem Sie in der Opposition sind, ist für Sie nichts mehr schlüssig.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushalt, von Ihnen zu verantworten, wird trotz Verdoppelung der Neuverschuldung mit einem Defizit von voraussichtlich 200 Millionen Euro abschließen, und für 2003 fehlen uns rund 600 Millionen Euro.

Das alles zeigt: Es geht kein Weg am Sparen vorbei. Es gibt keinen Ausweg. Deshalb begrüße ich, dass die neue Landesregierung mit ihren ersten Aktivitäten das Sparen zum Grundsatz erhoben hat. Der Haushaltsführungserlass, das Einsammeln von noch nicht verbindlichen Subventionen, der Einstellungsstopp und die bereits angelaufene Verwaltungsreform zeigen den ernstesten Willen der neuen Landesregierung von Niedersachsen, finanzielle Luft zum Handeln zu gewinnen. Ich begrüße deshalb, dass sich alle Fraktionen des Landtages für einen Sparkurs ausgesprochen haben. Mit der Zustimmung zur Einrichtung und Besetzung eines Sonderstaatssekretärs - Herr Möhrmann, Ihre Äußerungen im Haushaltsausschuss zur Verwaltungsreform kann ich nicht anders werten - unterstützen auch die Fraktionen der SPD und Grünen die dringende Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung und zum Abbau von Bürokratie, um zu schlanken Strukturen zu kommen.

Wer der Einsetzung eines Sonderstaatssekretärs zustimmt, erklärt damit auch, dass die Finanzlage des Landes so schwierig ist, dass es keine Alternative zur Einsparung und zur Aufgabe Bürokratieabbau gibt. Wenn es diese große Gemeinsamkeit in diesem Hause gibt, dann sollten wir uns darauf konzentrieren, wer die besseren Vorschläge zur Konsolidierung macht. Der Wettkampf um die besseren Konzepte ist die Maxime dieser Legislaturperiode. Das ist die neue und andere Messlatte für erfolgreiche Arbeit im Parlament und für unser Land.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Messlatte, der wir alle gerecht werden müssen. Wer aber weiter die alten, überholten Rituale der Mehrausgaben, der kostenträchtigen Programme für alles und jedes pflegt, verharrt im alten Denken und belastet den Zwang zum sparsamen

Haushalten. Die Konsolidierung der Landesfinanzen ist kein einmaliger Kraftakt, sondern ständige jahrelange Arbeit. Mit blindem Sparen ist es nicht getan. Strukturen müssen verändert, Bürokratie muss effizienter und schlanker werden, und Mischfinanzierungen müssen stetig abgebaut werden. Das Subsidiaritätsprinzip muss Maßstab für unser Handeln sein. Nicht die Höhe des eingesetzten Geldes darf als Maßstab für Qualität gelten, sondern die Wirksamkeit der Hilfe zur Selbsthilfe. Kleinstförderungen müssen zurückgeschraubt oder auch ganz abgeschafft werden.

Wenn wir das Geld für verschiedene Landesförderprogramme an den Stellen lassen, wo es hingehört - bei den Landkreisen und Kommunen -, haben wir schon allein dadurch viel Verwaltungskraft gespart. An der Schaffung der neuen Strukturen müssen wir die Menschen im Lande beteiligen, insbesondere auch die Mitarbeiter. Dennoch muss ehrlich gesagt werden, dass es zu diesen gravierenden Veränderungen keine Alternative gibt. Natürlich wird dies nicht ohne schmerzliche Eingriffe gehen. Wir wollen es trotzdem und unverzüglich in Angriff nehmen.

Allen Abgeordneten, auch denen der Regierungsfractionen und denen der Oppositionsfractionen, sei gesagt: Die Summe der Lobbyisten, die es zuzuhauften wird, darf uns nicht daran hindern, zu tun, was getan werden muss. Es geht um die Zukunft Niedersachsens. Wenn wir so weiter machen wie bisher, werden wir politisch vollends handlungsunfähig. Wer bei notwendigen Sparmaßnahmen allzu schnell von Einsparungen bei den Ärmsten der Armen spricht, sollte wissen, dass wir dann, wenn wir jetzt nicht handeln, die Zukunft zukünftiger Generationen zerstören.

Sie hinterlassen uns eine schlimme Bilanz. Die Verantwortlichkeit dafür muss klar sein. Wichtig für eine konstruktive Mitarbeit wäre es, wenn Sie sich zu dieser Verantwortung bekennen und nicht auf alle möglichen Einflüsse verweisen würden. Wenn Sie nur ein bisschen wieder gutmachen wollen, dann beteiligen Sie sich konstruktiv, natürlich auch strittig, an der Lösung dieser vor uns liegenden großen Aufgaben. Die Menschen wollen ein ernsthaftes Ringen um die richtige Lösung. Hierbei lassen sie sich nicht täuschen. Und sie wollen konkrete Ergebnisse sehen. Wer nicht handelt, wird das Vertrauen der Menschen verlieren.

Wir werden halten, was wir versprochen haben. Die Einstellung der Lehrer und der Polizeibeamten

wird von der CDU-Fraktion und auch von der FDP-Fraktion beim Nachtragshaushalt und beim Haushalt 2004 umgesetzt.

(Heinrich Aller [SPD]: Mit Schulden!)

Wir werden aber, verantwortbar für die Menschen im Lande, auch harte Sparmaßnahmen umsetzen. Dies sind wir dem Land und zukünftigen Generationen schuldig.

Die Landesregierung hat in den letzten vier Wochen hervorragend gearbeitet. Sie kann sich auf unsere Unterstützung verlassen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sind herzlich eingeladen, uns bei dieser Politik kritisch und konstruktiv zu begleiten. Vergessen Sie dabei nicht, dass Sie die Verantwortung für die katastrophale Finanzlage des Landes tragen. Sie haben daher noch einiges wieder gutzumachen. Machen Sie heute den Anfang. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein und beginnen um 15.30 Uhr.

Unterbrechung: 14.57 Uhr.

Wiederbeginn: 15.31 Uhr.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Ihnen einiges zur Tagesordnung bekannt geben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Vielleicht sind Sie so nett, zuzuhören, damit Sie wissen, welche Tagesordnungspunkte noch aufgerufen werden.

Zu den Tagesordnungspunkten 7 und 12 haben die Antrag stellenden Fraktionen ihre Anträge auf Durchführung der ersten Beratung im Plenum zurückgezogen. Ich wiederhole: zu den Tagesord-

nungspunkten 7 und 12. Da geht es zum einen um die A 39 und zum anderen um die Präsenztage. Diese Anträge werden nur noch zum Zweck der Ausschussüberweisung aufgerufen. Demzufolge wird die Sitzung aller Voraussicht nach um ca. 19.50 Uhr beendet sein.

Ich rufe nun auf

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen insgesamt vier Beratungsgegenstände vor: a) Position Niedersachsens im Bundesverkehrswegeplan stärken - Bundesregierung setzt falsche Signale - Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 77 -, b) Nein zum Krieg im Irak! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 78 -, c) Jugendarbeitslosigkeit - Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 79 -, d) Gute Noten für die Grundschüler, schlechte Noten für frühe Selektion - Schulgesetz muss nachgebessert werden - Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 82 -.

Ich weise darauf hin, dass insgesamt 60 Minuten zur Verfügung stehen, die gleichermaßen auf die Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann über höchstens 15 Minuten verfügen. Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, wie es ja heute der Fall ist, dann bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 15 Minuten im Einzelnen auf diese Themenfelder aufteilt. Jeder Redebeitrag - im Übrigen, meine Damen und Herren von der Landesregierung, auch Ihre Redebeiträge - darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich durch ein Klingelzeichen darauf hinweisen, dass die letzte Minute der Redezeit läuft.

Erklärungen und Reden dürfen, wie Sie fast alle wissen, in der Aktuellen Stunde nicht verlesen werden.

Ich eröffne nunmehr die Beratung zu

a) Position Niedersachsens im Bundesverkehrswegeplan stärken - Bundesregierung setzt falsche Signale - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/77

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Hermann Dinkla.

Hermann Dinkla (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Referentenentwurf zum Bundesverkehrswegeplan 2003 ist mit Sicherheit nicht der große Wurf. Niedersachsen kommt bei dieser Bundesregierung schlecht weg. Beim alten Bundesverkehrswegeplan 1992 betrug der Anteil 8,2 %. Der jetzige Anteil beträgt 7,9 %. Der eine oder andere mag sagen, das seien Bruchteile. Auf das Zeitfenster bezogen ist das eine Größenordnung von ca. 450 Millionen Euro. Das macht deutlich, dass wir in Niedersachsen durch die Neuregelung stark benachteiligt werden.

Die europäische Dimension und die Rolle Niedersachsens als Transitland werden ebenfalls durch die Bundesregierung vernachlässigt. Ich bin davon überzeugt, dass der Norden zu wenig TEN-Projekte hat, d. h. transeuropäische Netzprojekte.

Die SPD-Fraktion ist wahrlich gut beraten, dass sie heute Nachmittag ihren Antrag zur A 39 direkt an die Ausschüsse verweist. Denn was soll man eigentlich von der Bundesregierung erwarten, meine Damen und Herren, wenn die alte Landesregierung bestimmte Projekte bereits aufgegeben hat? - In der Presseerklärung der seinerzeitigen Ministerin Frau Dr. Knorre vom August letzten Jahres heißt es: Über den Zeitraum 2010 hinweg sollen die Küstenautobahn A 22 und die A 39 im östlichen Niedersachsen weiter verfolgt werden. - Eine schwächere Formulierung hätte sich die alte Landesregierung nicht einfallen lassen können. Dann muss man sich auch nicht wundern, wenn diese Projekte heute nicht im vordringlichen Bedarf sind.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans leidet ohnehin noch unter einer Schröder/Trittin-Altlast. Wer sich 1992 damit gebrüstet hat, keine Verkehrsprojekte für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes angemeldet zu haben, der muss sich heute nicht

wundern, wenn er zu kurz kommt und Niedersachsen darunter leidet.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Welche Forderungen ergeben sich, meine Damen und Herren? - Wir fordern, dass der Gesamtrahmen des Bundesverkehrswegeplanes erhöht werden muss. Daran führt kein Weg vorbei. Ich meine, auch die Länderquote muss erhöht werden. Auch hinsichtlich der Aufteilung auf Schiene und Straße müssen wir feststellen, dass eine Verlagerung und Verbesserung zugunsten der Straße erreicht werden muss.

Meine Damen und Herren, wenn Sie in die Details des Bundesverkehrswegeplans einsteigen, dann stellen Sie fest, dass auf der einen Seite eine Menge Projekte in den vordringlichen Bedarf eingestellt worden ist, ohne die Kosten abzusichern. Mir ist unverständlich, weshalb auf der anderen Seite bestimmte Projekte, die bislang im vordringlichen Bedarf waren, auf einmal herausgeflogen sind. Das muss man sicherlich noch begründen. Ich halte das für den falschen Weg.

Meine Damen und Herren, zurzeit läuft ein politisches Spiel: Der schwarze Peter soll hier bei Niedersachsen liegen. Ich halte das für ein gefährliches Spiel. Wir sind aufgerufen, Obacht zu geben, dass niedersächsische Interessen nicht vernachlässigt werden. Wir werden natürlich auch darauf achten und werden prüfen, ob sich die besonderen neuen Kategorien, die in der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans jetzt deutlich werden - da gibt es ja eine neue Kategorie mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag -, im Ergebnis nicht als zusätzliche Bremse für bestimmte niedersächsische Projekte auswirken.

Meine bzw. unsere ausdrückliche Bitte an die neue Landesregierung ist, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Verwerfungen, die sich jetzt in dem Referentenentwurf zeigen, abzumildern oder, wo es möglich ist, zu beseitigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich erteile nunmehr Herrn Oppermann das Wort.

Thomas Oppermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Entwurf für einen Bundesverkehrswegeplan ist nach unserer Auffassung eine brauchbare Grundlage für die weitere Beratung. Zwei Dinge sprechen dafür: Erstens. Erstmals werden in einem Bundesverkehrswegeplan Schiene und Straße von den Investitionsmitteln her gleichwertig behandelt. Zweitens. Wir haben mehr Mittel für den Bundesverkehrswegeplan. Die Bundesregierung hat von 1998 bis 2003 die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel für Verkehrsinvestitionen von 9,5 Milliarden Euro auf 11,5 Milliarden Euro gesteigert. Das entspricht einem Zuwachs von 20 %. Das bedeutet die Chance, dass dieser Bundesverkehrswegeplan auch seinen Namen verdient. Er ist ja der Sache nach eine Absichtserklärung der Bundesregierung, diese Straßen zu planen und zu bauen. Sie müssen dann aber auch noch finanziert werden. Früher, vor 1998, war der Bundesverkehrswegeplan oft ein Bundesverkehrswunschzettel. Sie haben nämlich alle Straßen aufgenommen. Alles, was gut, schön, teuer und für die Bürger wichtig war, haben Sie hineingeschrieben, aber Sie haben das nicht auskömmlich finanziert. Jetzt haben wir eine seriöse Grundlage.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie meinen, dass das zu wenig sei, dann können Sie ja der Bundesregierung zeigen, wie man in Zeiten knapper Kassen mehr Mittel für solche Investitionen in den Haushalt einstellt. Wir werden sehr genau beobachten, wie Sie im Landeshaushalt demnächst die Mittel für den Landesstraßenbau aufstocken werden; denn da haben wir auch einen Investitionsstau. Das ist ja zwischen den Parteien unstrittig. Wir werden also beobachten, was Sie da machen. Ich bin ganz sicher, dass Sie beim Bund den Mund sehr weit aufmachen werden. Wenn es dann um den Landesstraßenbau geht, werden Sie ganz kleine Brötchen backen. Aber das werden wir sehen, wenn es so weit ist.

(Beifall bei der SPD)

Zum Problem mit der A 39: Wir haben einen Antrag gestellt, der direkt in den Ausschuss überwiesen wird. Wir sind für diese Straße, müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass der Ministerpräsident in seinen ersten Amtstagen einen - ich möchte sagen - mittelschweren Anfängerfehler gemacht hat. Wir hatten die Hosenträgerlösung mit Sachsen-Anhalt besprochen und mit Mecklenburg-Vorpommern abgestimmt. Das war ein Konsens.

Dann sind einige CDU-Abgeordnete - die Betroffenen sind im Moment noch nicht anwesend - vorgeschrien

(Bernd Althusmann [CDU]: Natürlich!)

- Sie sind da, Herr Althusmann - und haben den Ministerpräsidenten in der Frage verwirrt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das kann ich gar nicht!)

Er hat sich dann für die X-Variante ausgesprochen. Wenn man in einem schon begonnenen Linienfeststellungsverfahren die Pferde wechselt, ist das natürlich ein großer Fehler. Wenn jetzt der südwestliche Teil der Hosenträgerlösung nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist, dann muss das natürlich korrigiert werden. Herr Ministerpräsident, wir werden Ihnen helfen, den Fehler zu korrigieren. Aber Sie müssen natürlich auch selber etwas tun.

(Anneliese Zachow [CDU]: Das ist ja schon eine Unverschämtheit!)

Es ist nicht so, dass eine Landesregierung, die parteipolitisch nicht mit der Bundesregierung identisch ist, keinen Einfluss hätte. Ich möchte daran erinnern, dass uns Mitte der 90er-Jahre unter Bundeskanzler Kohl - Krause hieß damals der Verkehrsminister - ein Bundesverkehrswegeplan präsentiert worden ist, in dem der Wesertunnel nicht enthalten war.

(Bernd Althusmann [CDU]: Was haben Sie denn angemeldet?)

Damals hat Dr. Peter Fischer den Wesertunnel zusammen mit der Landesregierung und gegen die Kohl-Regierung hineingebracht. Heute ist er fast fertig. Er ist die Grundlage dafür, dass die A 22 - wenn man so will, die Erschließungsstraße für den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven - gebaut werden kann. Sie ist jedenfalls in der weiteren Planung mit einem Sternchen vermerkt, d. h. die Planungen können beginnen.

Es ist also einiges im Bundesverkehrswegeplan gut. Das, was noch nicht gut ist, Herr Ministerpräsident, müssen Sie jetzt gut machen. Wo Sie auf der richtigen Seite stehen, werden wir Sie unterstützen - ansonsten werden wir Sie antreiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Als Nächster hat sich der Abgeordnete Hermann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Wolfgang Hermann (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen! Meine Herren! Bundesstraßen und Autobahnen sind die Schlagadern der Verkehrsinfrastruktur. Sie sind aber auch - das müssen Sie wissen, meine Damen und Herren - Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und durch die Anbindung der Landesstraßen dringend notwendig zur Erschließung des ländlichen Raumes.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Axel Plauke [SPD]: Da kann man
echt etwas lernen!)

- Hören Sie gut zu!

(Lachen bei der SPD)

Erst dann, wenn intakte, dem steigenden Verkehrsaufkommen angemessene Autobahnen, Bundesstraßen und auch Ortsumgehungen vorhanden sind, die einerseits eine Verkehrsentlastung - das ist klar - und andererseits eine Steigerung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden mit sich bringen, können wir die Ansiedlung von Industrie, Handwerk und Handel erwarten. Erst dann können wir von Wirtschaftswachstum reden. Nichts brauchen wir in unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage dringender als Wachstum. Wachstum heißt Arbeitsplätze. Arbeitsplätze bedeuten Konsumsteigerung und auch Investitionsbereitschaft.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Deswegen
haben wir die ja durchgesetzt!)

- Schön. Herr Gabriel, hören Sie einmal zu!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zuruf von Sigmar Gabriel [SPD])

- Lassen Sie mich doch bitte einmal ausreden. - Gerade jetzt, quasi mit einem Federstrich - vielleicht mag der 2. Februar eine Rolle gespielt haben -, wird z. B. die B 1-Südumgehung Hameln oder die B 3-Ortsumgehung Westerfeld/Arnum aus dem vordringlichen Bedarf gestrichen, obwohl die Beschlüsse im Planfeststellungsverfahren noch für dieses Jahr avisiert sind. Diese beiden Beispiele, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nur

wenige unter vielen. Ich meine, so geht es nicht, Herr Oppermann.

Niedersachsen - das müssen Sie noch viel besser wissen als ich - ist das Drehkreuz in Richtung Osteuropa. Wohlwissend, dass Niedersachsen ein steigendes Verkehrsaufkommen zu erwarten hat, senkt man die Landesquote der Ausgaben für den Straßenbau für Niedersachsen um 0,3 %. Das sind fast 4 % minus im Vergleich zu 1992. Elf Jahre Verkehrsentwicklung in Niedersachsen, und dann minus 4 % Investitionsvolumen im Vergleich zu 1992! Allein bei einer Preissteigerungsrate von 1 % bis 2 % pro Jahr kommen wir auf 10 % bis 20 % Steigerung des Volumens für 1992 - ohne dabei auch nur eine Straße gebaut oder/und verbessert zu haben. Das ist das Fazit dieser Streichungen. Die FDP-Fraktion fordert daher eine deutliche Anhebung der Finanzausstattung und die Aufnahme weiterer Vorhaben in den vordringlichen Bedarf.

(Beifall bei der FDP und bei der
CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Hagenah von Bündnis 90/Die Grünen.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Rede eben hat mir eigentlich nur noch die Forderung nach Steuersenkung gefehlt, dann wäre das Wunschkonzert komplett gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Sie haben etwas vernachlässigt, unter welchen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen die Bundesregierung diesen neuen Bundesverkehrswegeplan aufzustellen hatte und dass dieser Bundesverkehrswegeplan entgegen dem Entwurf und dem Plan von 1992 nicht mehr leere Versprechungen - also nicht mehr 40 Milliarden nicht gebuchte Straßenprojekte - enthält, die Augenwischerei sind und ohnehin wegfallen müssen, weil sie nicht ausfinanziert sind. Dieser Bundesverkehrswegeplan bildet das ab, was finanzierbar ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Es ist immer noch eine so genannte Planungssicherheit von 25 % enthalten. Ich erinnere daran: 25 % sind nicht reales Geld. Das sind die Straßen, die dann wegfallen, wenn man sich ein X für ein U vormachen lässt.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Oder ein X für ein H!)

Das kann z. B. daran liegen - deshalb waren vielleicht auch 100 % überzeichnet -, dass geklagt wird, dass naturräumliche Fragen eine wichtige Rolle spielen und nicht gebaut werden kann. Deswegen ist dieser neue Bundesverkehrswegeplan anders ausgerichtet. Sehr viele Projekte sind aus der ersten Priorität herausgefallen, weil diese naturräumliche Untersuchung - eine Umweltrisikobeschätzung - vorher gemacht worden ist. Dennoch sind bei einigen niedersächsischen Projekten nach wie vor Bedenken vorhanden. Diese müssen abgearbeitet werden. Eine Folge kann z. B. sein, dass sich ein als Autobahn angemeldetes Projekt schneller und besser als Bundesstraße in ertüchtigter Form für den Standort umsetzen lässt. Ein Beispiel dafür ist aus unserer Sicht die A 39, der so genannte Hosenträger, der von der alten Landesregierung gegen die Verkehrsuntersuchung Nord-Ost durchgesetzt worden ist, in der die Variante mit einer Autobahn auf niedersächsischer Seite überhaupt nicht weiter untersucht wurde, weil sie so schlecht abgeschnitten hatte.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: In der Wirtschaftlichkeitsprüfung!)

Die X-Variante hatte in der Wirtschaftlichkeitsprüfung sogar noch besser abgeschnitten. Am besten hat die so genannte G-Variante abgeschnitten, vor der hier offensichtlich jede Landesregierung die Augen verschließt, nach der nämlich die Bundesstraßen zwischen Lüneburg und Wolfsburg ertüchtigt werden.

Wer also am Autobahnwahn festhält, bekommt am Ende möglicherweise nur Teilstücke, die niemandem helfen, und verschleudert viel Geld. Es fehlen 237 Millionen Euro, um diese Autobahn zu Ende zu bauen. Sie helfen der Region möglicherweise mehr, wenn Sie das grundsätzlich überdenken. Denn mehr Geld im Topf - so, wie in der letzten Rede gefordert - wird hier keiner herbeizaubern können. Wir müssen mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Wir meinen, dass dieser Bundesverkehrswegeplan, der endlich Klarheit und Wahrheit in die Planung und die Versprechen des Bundes

bringt, eine gute Grundlage dafür ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister Hirche, Sie haben das Wort.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was uns die Bundesregierung zum Fernstraßen ausbau als Referentenentwurf vorgelegt hat, ist eine Enttäuschung. Das sage ich nach den Reden, die soeben gehalten worden sind, weil die Vorarbeiten der alten Landesregierung ganz offenbar - ich will das auch beweisen - ungenügend waren. Während Hessen und Thüringen es geschafft haben, unter dem Stichwort "Verzahnung von Ost und West" ihre Quote um jeweils 1,5 % erhöht zu bekommen, haben, weil ganz offenkundig aneinander vorbei gearbeitet worden ist, sowohl Niedersachsen als auch Sachsen-Anhalt Einbußen hinnehmen müssen. Herr Hagenah, es ist nicht so, wie Sie gesagt haben, dass wir still auf das warten, was aus Berlin auf uns zukommt. Hier hätte im Vorfeld vernünftig gearbeitet werden können. Dann wäre auch mehr Geld vorhanden gewesen, um Maßnahmen in Niedersachsen durchzuführen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Warum ist das nicht möglich gewesen? - Weil Sie hier im Vorfeld, insbesondere was das Thema Verzahnung zwischen Ost und West betrifft, eine Lösung aufgegeben haben, die dafür gesorgt hätte, dass man heute das Verkehrsprojekt der Verzahnung von A 14 und A 39, das damals unter dem Stichwort X diskutiert wurde, im Bundesverkehrswegeplan sehen könnte. Heute haben wir den Kladderadatsch. Nun haben wir das Ergebnis, dass der Bundesverkehrswegeplan noch nicht einmal die H-Lösung, die hoffentlich die Mindestforderung aller hier ist, ausweist. Ich freue mich, dass zumindest durch Ihre Rede, Herr Oppermann, deutlich geworden ist, was unter der Herstellung des vollen H diskutiert worden ist. Aber wir sind uns doch wohl einig darin, dass in einer Situation, in der über die Osterweiterung zusätzliche Verkehre über die A 2 fließen, zusätzliche Maß-

nahmen erforderlich sind und dass es ein Unding ist, dass die Quote ungeachtet der Tatsache, dass die Skandinavien-Verkehre zunehmen und Niedersachsen *das* Transitland unter den Bundesländern ist, von 8,2 % auf 7,9 % gekürzt wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich entnehme den Bemerkungen, insbesondere Ihrer Bemerkung, Herr Oppermann, ein Weiteres, weil das wahrscheinlich in die Vordiskussion eingeflossen ist: Ein Land wie Niedersachsen mit einer dezentralen Wirtschaftsstruktur wird auch in Zukunft darauf angewiesen sein, dass nicht vorrangig die Schiene ausgebaut wird, sondern dass wegen der Dezentralität und nicht wegen irgendeiner Ideologie Straßenverkehr nötig ist. Deswegen ist der Ansatz des Bundesverkehrswegeplans für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt möglicherweise richtig, für ein Flächenland wie Niedersachsen aber höchst gefährlich, weil er die wirtschaftliche Entwicklung in der Region unmöglich macht.

Deshalb bitte ich Sie darum, jetzt nicht über ein einzelnes Projekt, sondern einmal darüber zu diskutieren, ob Folgendes, was die Bundesregierung und, wie ich sehe, mehrheitlich auch der Bundestag gegenwärtig diskutieren, richtig sein kann. Lassen Sie uns darüber diskutieren, ob es richtig ist, dass man bei Verkehrsplanungen ein Kosten-Nutzen-Verhältnis zugrunde legen muss, in das ganz wesentlich die jeweiligen Bevölkerungszahlen eingehen. Meine Damen und Herren, wenn das so weitergeht, können wir bald nur noch im Ruhrgebiet Straßen bauen,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und dann werden die zentralen Regionen in Niedersachsen abgehängt werden. Das kann das Interesse von niemandem in diesem Landtag sein. Deshalb bitte ich Sie um Mithilfe in Ihren Fraktionen und darum, dass dieses Thema überall dort, wo Sie tätig sind, über das konkrete Projekt des nächsten Verkehrswegeplanes hinaus angesprochen wird; denn da geht es um das, was sonst immer thematisiert wird: Gerechtigkeit auch für diejenigen, die in peripheren, entfernten Räumen leben. Wir - weder die Regierung noch der Landtag insgesamt - werden unsere Aufgabe nicht lösen können, wenn es uns nicht gelingt, die Bundesregierung davon abzubringen, dass es nicht nur um

die große Zahl der Menschen geht, die in Ballungsräumen leben, sondern dass es um die Entwicklung der Fläche insgesamt gehen muss. - Das, Herr Gabriel, kann man übrigens auch im Grundgesetz nachlesen.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Durch die Rede des Ministers Hirche fühlt sich Herr Gabriel aufgerufen. Ich erteile ihm das Wort.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Hirche, ich wäre vorsichtig mit solchen Bemerkungen. Denn Sie täuschen gerade die Öffentlichkeit.

(Oh! bei der CDU)

Sie hätten hier sagen müssen, dass die X-Variante, die Sie jetzt wieder einfordern, in Sachsen-Anhalt und in Ostdeutschland über Jahre hinweg blockiert worden ist. Das, was Sie da machen, führt dazu, dass wir nicht einig werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie erheben eine Forderung, die genau entgegengesetzt den Forderungen von Sachsen-Anhalt und Brandenburg ist. Wie Sie das hinkriegen wollen: Gute Besserung, Herr Hirche!

(Zurufe von der CDU)

- Nun nehmen Sie den Mund nicht so voll!

(Bernd Althusmann [CDU]: Das geben wir gern zurück!)

Nun zu der Debatte um die Auslastung der Flächenländer. Ich frage Sie: Wissen Sie, was dieses Land über 13 Jahre hinweg erlebt hat? - Es hat erlebt, dass 40 % der Mittel nach Nordrhein-Westfalen gingen. Sie haben wirklich Recht, dass das so nicht weitergehen darf. Nur, als Sie - auch Sie persönlich - noch Verantwortung getragen haben, sind gleichzeitig 44 % der Mittel allein nach Bayern und Baden-Württemberg gegangen.

(Hermann Eppers [CDU]: Weil ihr keine beantragt habt!)

Dahin wollten wir nicht zurück.

Sie sorgen jetzt dafür, dass das Geld weniger wird, weil Sie eine nicht durchsetzbare Forderung nach der X-Variante erheben. Sie schaden mit Ihrer Politik dem Land, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 1 a liegen mir nicht vor. Damit erkläre ich diesen Punkt für erledigt und eröffne die Beratung zu

b) Nein zum Krieg im Irak! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/78

Ich erteile der Fraktionsvorsitzenden Frau Harms das Wort.

Rebecca Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorab noch einmal mein Bedauern darüber, dass die Erschütterung über den Verlauf des Krieges im Irak leider nicht dafür ausgereicht hat, hier heute Morgen die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Entschließung zu schaffen. Ich wäre sehr froh darüber gewesen, wenn in diesem Land zumindest zum Thema humanitäre Hilfe eine gemeinsame Resolution möglich gewesen wäre. Aber Schwamm drüber. Hier fehlten eben Leute wie Rita Süßmuth und Peter Müller oder auch der Ratsherr Lanver aus Osnabrück - CDU-Mitglied -, die bereit gewesen wären, sich von dem Pro-Kriegskurs ihrer Parteispitze abzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Was? Pro-Kriegskurs? Das finde ich eine Unverschämtheit!)

- Meine Damen und Herren, ich kann das nicht anders interpretieren. Sie werden noch Gelegenheit zur Stellungnahme haben, Herr Althusmann.

Pentagonssprache - wir lernen dazu -: „shock and awe“, also Schock und Erfurcht. So hat das Pentagon die Strategie überschrieben, mit der dieser Krieg geführt wird. Schock und Erschütterung sind tatsächlich eingetreten, und zwar weltweit. Das kann man beobachten. Schauen Sie sich die anwachsenden Demonstrationen in fast allen

großen Städten der Welt an. Es ist überall eine tiefe Erschütterung, ein tiefes Erschrecken zu beobachten, und zwar wegen dieses Alleinganges der US-Regierung und wegen der Missachtung, die die USA sowohl gegenüber der Arbeit von Hans Blix als auch gegenüber der gesamten UNO an den Tag gelegt haben.

Diese Pentagonsprache, das Motto „shock and awe“, zeigt auch ein bisschen von der Mentalität, mit der dieser Krieg geführt wird, dass es sich dabei fast um eine Art Kreuzzug handelt; denn so kann man den Charakter, in dem im Pentagon, insbesondere von Donald Rumsfeld und vom amerikanischen Präsidenten, über diesen Krieg gesprochen wird, schon beschreiben.

Es ist schon schlimm, dass noch nicht einmal die Diplomaten des Papstes, die Kurie, also eines der ältesten diplomatischen Corps, das es auf der Welt gibt, Gehör finden, dass also nicht einmal die Kurie es schafft, die Einschätzung des Papstes zu übermitteln, dass dieser Krieg illegal und ungerecht sei. Die weltweite Erschütterung kann man immer besser verstehen.

Ich glaube, dass viele Menschen auch über die Richtigkeit der Prognosen erschüttert sind. Alles das, was über den Verlauf des Krieges beklagt wird, ist ja vorhergesagt worden. Es ist auch vorhergesagt worden, dass dieser Krieg neue Gewalt auslösen wird und dass durch diesen Terror, diesen Schock, der entstehen soll, neuer Terror entsteht. Wer die Berichterstattung über den Nahen Osten und die gesamte Golfregion verfolgt, der weiß, dass wir nie näher an diesem Clash of Civilization gewesen sind als in den letzten Tagen.

Meine Damen und Herren, Günter Grass hat mir aus dem Herzen gesprochen, als er am 21. März erklärt hat, er sei jetzt doch auch ein bisschen stolz auf Deutschland und auf die Bundesregierung,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

weil diese Bundesregierung von Anfang an ein klares Nein zu diesem Krieg und zu diesem Vorgehen ausgesprochen hat. Uns Grünen, wohl auch den Kollegen von den Sozialdemokraten, den meisten Menschen, die ich auf den vielen Demonstrationen in Niedersachsen getroffen habe, geht es auch so.

Es gibt allerdings auch eine sehr große Enttäuschung darüber, dass dieser Krieg nicht verhindert

werden konnte. Peinlich für viele Bürgerinnen und Bürger ist dagegen die Positionierung Ihrer Parteispitze. Ich muss es in dieser Härte hier immer wieder sagen. Die Vasallentreue, die gegenüber dem Verbündeten USA, dem Freund USA an den Tag gelegt wird, ist der Freundschaft, der langen politischen Freundschaft nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass sich Frau Merkel dazu verstiegen hat, Gerhard Schröder und Joschka Fischer geradezu verantwortlich zu machen, ihnen die Schuld für diesen Krieg zuzuweisen, ist richtig gewissenlos, ist eine Instrumentalisierung in der innenpolitischen Debatte, wie es sie sehr, sehr selten bei einem solchen Thema gegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Irreleitung der CDU, die man beobachten kann, mündete meiner Meinung nach auch in einer Aussage des Regionsabgeordneten Dr. Scheel. Sie werden sich alle an ihn erinnern. Er war jahrelang der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung. Er hat erklärt, die Iraker sollten die Bomben als Geschenke des Himmels betrachten. Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, machen Sie Schluss mit diesem menschenverachtenden, die Menschenrechte verachtenden, die UN verachtenden Kurs! Bringen Sie Ihre Partei auf eine Linie, die dann wieder als christlich bezeichnet werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Dr. Rösler.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein bisschen ist das hier auch wie auf Landesparteitagen, Frau Harms. Man muss aufpassen, dass man vor lauter Friedensdemonstrationen nicht die eigentlichen Ziele und Aufgaben auch dieses Parlamentes aus den Augen verliert.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich hätte mir gewünscht, dass von Ihrer Rolle als Oppositionsfraktion ein knackiger landespoliti-

scher Antrag gekommen wäre, anstatt einfalllos der Bundes- oder gar Weltpolitik hinterherzulaufen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zurufe von den GRÜNEN)

Aber nichtsdestotrotz will ich Ihnen hier keine Antwort schuldig bleiben. Ich möchte deutlich machen, dass es uns wichtig ist, uns hier nicht in Betroffenheitsritualen zu ergehen. Wir müssen an dieser Stelle einmal deutlich machen, wenn wir den Krieg auch nicht verhindern oder beenden können, wer es denn kann oder zumindest können sollte. Das eigentlich Schlimme an dieser Auseinandersetzung ist nicht alleine das Militärische, sondern letztlich die Erkenntnis, dass es in der Welt anscheinend keine Autorität mehr gibt, die in der Lage wäre, Konflikte friedlich zu lösen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD: So eine Geschichtsklitterung! - Weitere Zurufe von der SPD)

Diese Autorität gab es bis vor kurzem. Sie wurde von zwei Seiten angegriffen. Es wäre sicherlich notwendig gewesen, die Resolution 1441 nochmals in den Sicherheitsrat einzubringen, dort auch noch einmal zu diskutieren und klar und eindeutig entscheiden zu lassen, auch auf die Gefahr hin, dass man dann womöglich keine Legitimation für ein militärisches Eingreifen bekommt. Aber umgekehrt ist es auch ein Untergraben von Autorität, wenn man von vornherein in breiter Öffentlichkeit deutlich macht, dass, egal wie ein Sicherheitsrat entscheidet, man in jedem Fall nur die Meinung akzeptiert, welche die eigene ist. Letztlich, wenn man das boshaft so sagen will, sind sich - ob nun gewollt oder nicht gewollt -

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Unruhe bei der SPD)

George Bush und Gerhard Schröder - jeder ganz auf seine eigene Weise, was Achtung oder Missachtung der Autorität der UN anbelangt - in dieser Frage durchaus ähnlich.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur eine starke Weltgemeinschaft wäre in der Lage gewesen, einen Diktator zu beeindrucken, Kontrollen bis zum Ende zu führen und damit Konflikte friedlich zu beenden. Dass wir diese Weltgemeinschaft nicht haben, ist natürlich traurig. Aber es gelingt ja

noch nicht einmal auf europäischer Ebene, eine Gemeinschaft herbeizuführen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was mich ängstlich stimmt, will ich Ihnen auch einmal deutlich sagen. Ich bin sehr wohl für eine Achse Paris - Berlin. Aber die Ergänzung Paris - Berlin - Moskau - Peking kann für mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, kein Ersatz für eine europäisch-atlantische Partnerschaft sein; und das macht mir tatsächlich Angst.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Man muss es an der Stelle deutlich sagen: Es gibt nun einmal eine Weltgemeinschaft, und dann muss man das Gremium, das vorhanden ist, tatsächlich stützen und stärken. Sonst haben all die Diskussionen an dieser Stelle überhaupt keinen Wert.

(Zurufe von der SPD)

Krieg ist schlimm. Darüber sind wir uns alle hier im Hause einig. Aber Krieg wird nicht durch Friedensdemonstrationen verhindert, sondern nur dadurch, dass man mit allen anderen Staaten gemeinsam daran arbeitet, Institutionen zu schaffen oder bestehende Institutionen zu stärken, die tatsächlich in der Lage wären, Konflikte friedlich zu lösen. Aus Sicht meiner Fraktion können das nur eine Europäische Union sein, eine UN und ein Weltsicherheitsrat, der geschlossen ist und auch entschlossen seine Entscheidungen vorträgt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Sie alle haben hier Gelegenheit, sich zu Wort zu melden, und dann erteile ich Ihnen das Wort. Das tue ich nun, weil sich Herr McAllister von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet hat. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Sie können sich jederzeit zu Wort melden.

Herr McAllister, ich erteile Ihnen das Wort.

David McAllister (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Harms, die wahren Motive Ihres Ent-

schließungsantrages von heute Morgen haben Sie gerade hinreichend deutlich gemacht. Schade.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jeden Tag machen uns die Nachrichten und Bilder des Krieges deutlich: Krieg ist furchtbar, Krieg bringt Zerstörung, fordert Opfer, kostet Menschenleben. Viele Menschen, auch in unserem Land, sind erschüttert. Die ganz überwiegende Mehrheit derjenigen Menschen, die sich in Demonstrationen und Friedensgebeten engagieren, drückt echtes Mitgefühl und wirkliche Friedenssehnsucht aus.

Gerade deshalb fordert die politische Bewertung der Frage „Krieg oder Frieden?“ eine ganz besonders sorgfältige Abwägung. Das heißt, es geht hier nicht so schlicht einfach um Gut oder Böse, um Schwarz oder Weiß, um Ja oder Nein, sondern es verlangt eine differenzierte Bewertung. Wir sind uns doch hier im Hause darin einig, dass das Regime von Saddam Hussein eine Bedrohung für den Weltfrieden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist eine furchtbare Diktatur, die seit Jahren die Menschenrechte verletzt. Gerade Sie von den Grünen setzen sich doch immer so gern für die Menschenrechte ein.

(Zurufe von der CDU: Aber nur einseitig!)

Das Regime hat Kriege gegen friedliche Nachbarstaaten geführt und besitzt Massenvernichtungswaffen, die es auch nachweislich gegen die kurdische Minderheit im nördlichen Irak eingesetzt hat. Aus welchen Gründen auch immer ist es der Weltgemeinschaft leider nicht gelungen, das verbrecherische Saddam-Hussein-Regime mit einer militärischen Drohkulisse zur Aufgabe zu zwingen. Und jetzt ist der Krieg traurige Realität.

Niemand in diesem Hause - weder Sie noch wir - hat den Krieg gewollt. Frau Harms, wir als Demokraten sollten aber jetzt nicht in eine Position gegenseitiger Vorwürfe zurückfallen.

(Zuruf von Rebecca Harms [GRÜ-NE])

Es tut mir Leid, aber Bernd Althusmann hat heute Morgen zu Recht davor gewarnt, dass Sie versu-

chen würden, im Rahmen der Diskussion über den Entschließungsantrag eine vermeintliche Spaltung in diesem Hause zwischen Demokraten herbeizuführen. Sie haben es versucht. Es wird Ihnen trotzdem nicht gelingen. Es darf keine Einteilung in so genannte Friedenswillige auf der einen Seite und so genannte Kriegswillige auf der anderen Seite geben. Ich habe großen Respekt vor all denjenigen, die behaupten, dieser Krieg entbehre einer hinreichend völkerrechtlichen Grundlage, weshalb er prinzipiell abzulehnen ist. Ich bitte jedoch darum zuzugestehen, dass es in dieser Frage nach sorgfältiger Abwägung auch eine unterschiedliche Position geben darf.

Jetzt, wo der Krieg traurige Realität ist, können wir als Deutsche doch nicht wirklich neutral bleiben. Auf der einen Seite steht das verbrecherische Regime Saddam Husseins, und auf der anderen Seite stehen unsere alliierten Freunde, die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Wollen Sie allen Ernstes in dieser Frage jetzt neutral bleiben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Zurufe von der SPD)

Wir stehen zugegebenermaßen, wenn auch in kritischer Solidarität, an der Seite der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen: Das tut im Übrigen Ihre Bundesregierung auch; denn sie gewährt Überflugrechte, deutsche Bundeswehrsoldaten bewachen amerikanische Kasernen, und ABC-Einheiten sind in Kuwait stationiert. Ich warne angesichts dieser schwierigen Debatte vor einem Nebeneinander von pazifistischer Prosa auf der einen Seite und realer Regierungsmilitärpolitik auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zum Schluss eine ganz persönliche Anmerkung. Ich bin Deutscher, und ich bin Brite. Mein Vater war beim britischen Militär. Er ist 1944 in der Normandie gelandet - nicht freiwillig, sondern weil er in den Krieg ziehen musste. Wie viele Millionen anderer britischer und amerikanischer Soldaten hat auch er sich sehr dafür eingesetzt, dass Deutschland von einem Tyrannenregime befreit wird. Hätte es diese Soldaten damals nicht gegeben, würden wir heute im Jahr 2003 nicht hier sitzen und über solche Fragen diskutieren dürfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage das ganz offen und ehrlich: Zum Teil kann ich nicht verhehlen, dass ich das Gefühl habe, dass in Deutschland bestimmte Menschen oder bestimmte Teile der Medien so etwas wie eine klammheimliche Freude, ja Häme verspüren, wenn amerikanische und britische Soldaten Verluste zu beklagen haben.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN - Rebecca Harms [GRÜNE]: Verlassen Sie diesen Saal! Das ist ja unglaublich! - Weitere Zurufe)

- Ich sagte ganz bewusst: zum Teil. Frau Harms, das war doch nicht auf Sie bezogen. Ich habe doch nur gesagt, dass man diesen Eindruck zum Teil haben kann.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Dann nennen Sie doch die, auf die Sie sich beziehen! Sie sudeln, Herr McAllister!)

Meine Damen und Herren, wenn es so einfach wäre, jetzt ein Nein zum Krieg zu postulieren. Wir fordern eine zügige, eine rasche Beendigung dieses Krieges. Eine Demütigung oder gar eine Niederlage der Alliierten darf es jetzt nicht geben. Das wäre ein Sieg für den Tyrannen, und das wäre verbunden mit schrecklichen Folgen für die freie westliche Zivilisation, ihre Aufklärung und ihr Bekenntnis zu universellen Menschenrechten und zur Demokratie. Unsere gemeinsame Hoffnung ist der Friede. Ich bin mir sicher, dass diese Hoffnung von allen hier geteilt wird. Meine Bitte lautet deshalb: Ich warne vor einer moralischen Überhöhung der eigenen Position. Diskreditieren wir diese Hoffnung nicht durch eine Art der Auseinandersetzung, die ihr zuwiderliefe. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich erteile nunmehr das Wort dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Gabriel.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr McAllister, wir wollen gar nicht neutral sein. Ganz im Gegenteil: Wer sich gegen Krieg und gegen die

Verletzung des Völkerrechts wehrt, ist nicht neutral, sondern steht auf der Seite der Friedfertigen und der Mehrheit der Vereinten Nationen. Das ist keine neutrale Position.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen auch nicht spalten in Kriegsbefürworter, Kriegstreiber und Kriegsgegner, sondern wir wollen wissen - darauf hat die Bevölkerung ein Anrecht -, wie die politischen Auffassungen dazu sind. Sie können doch nicht ernsthaft sagen, dass es nicht erlaubt ist, darüber zu diskutieren. Einen knackigen Antrag, Herr Rösler, wollten die Grünen heute einbringen.

(Zuruf von Dr. Philipp Rösler [FDP])

- Natürlich, das war ein landespolitischer Antrag. Es ging in ihm z. B. um die Aufnahme von Flüchtlingen. Sie haben ihn gar nicht gelesen. Wo ist denn der junge Wilde der ersten Sitzung geblieben? - Es war ein junger Verwirrter, den wir gerade erlebt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Draußen demonstrieren hunderttausende von Menschen, viele junge Leute. Wir aber sind nicht in der Lage, hier anlässlich eines Antrags über dieses Thema zu reden. Sie haben das verhindert. Nun wollen wir in der Aktuellen Stunde ein bisschen darüber reden.

(Eppers [CDU]: Wir reden doch darüber!)

- Ja, wir wollten aber auch entscheiden. Sie wollen doch immer entscheiden, Herr Eppers. Es war doch irgendwie die Rede von Entscheidung. Lassen Sie uns aber doch für eine Sekunde einmal festhalten, worüber wir uns einig sind. Vielleicht macht das ja einen Sinn. Lassen Sie uns doch trotz dieses Streit es einmal einig sein. Erstens. Ich jedenfalls glaube, dass diesen Krieg alle bedauern, mit Sicherheit auch die Fraktionen der CDU und der FDP, ganz sicher. Zweitens. Alle sehen in Saddam Hussein einen grausamen Diktator, der gemeinsam mit seinem Regime entmachtet werden muss. Ich bin ganz sicher: Das glauben Sie auch uns. Alle - auch diejenigen, die den Krieg kritisieren - sehen in den Vereinigten Staaten von Amerika natürlich noch immer eine befreundete Nation, mit der uns viel

mehr verbindet, als uns trennt. Von Antiamerikanismus kann nicht die Rede sein.

Wortüber aber streiten wir? - Die Mehrheit der Weltgemeinschaft war und ist der Auffassung, dass eine Entmachtung von Saddam Hussein auch ohne einen Krieg gegen den Irak zu erreichen gewesen wäre. Eine Minderheit der Weltgemeinschaft - an der Spitze die USA - glaubt das nicht. Die überwältigende Mehrheit der Weltgemeinschaft will daran festhalten, dass militärische Mittel ausdrücklich einer klaren rechtlichen Grundlage durch Beschluss der Vereinten Nationen bedürfen. Dieser Konsens wurde über Jahrzehnte von westlichen Demokratien gegen diktatorische Regime errungen. Das ist das Ziel. Herr McAllister, weil Ihr Vater diese Erfahrung gemacht hat, haben sich die westlichen Demokratien darauf verständigt „Wir wollen den Konsens der UN nutzen“, auch wenn er beim Kosovo nicht funktioniert hat. In vielen anderen Fällen funktioniert er Gott sei Dank. Wir wollen ihn nutzen gegen die territorialen Machtansprüche von Diktatoren, gegen Krieg und gegen Aggression. Wir wollten helfen, mit diesem Instrument den Krieg, ein militärisches Mittel, ein barbarisches Instrument der Mächtigen gegen die Ohnmächtigen, zu einer Ultima Ratio zu machen, um die Ohnmächtigen zu schützen. Eine Minderheit an der Spitze der USA aber zerstört diesen Erfolg westlicher Demokratien und schafft damit gleichzeitig die zukünftige Legitimationsgrundlage, kriegerische Auseinandersetzungen auch ohne UN-Beschluss zu führen. Das ist neben der menschlichen Katastrophe im Irak die politische Katastrophe. Sie nutzt die NATO als Baustelle oder als Steinbruch immer dann, wenn sie sie braucht. Sie ist nicht mehr das, wofür sie einmal geschaffen worden ist. Das sind die politischen Probleme, mit denen wir es zu tun haben.

Eine Mehrheit der Weltgemeinschaft weiß um die Stimmung in der arabischen Welt, kennt die kulturelle Identität der Völker des Nahen Ostens und sieht die wachsende Solidarisierung der Menschen nicht mit dem irakischen Diktator, sondern gegen die Machtansprüche der USA, gegen die Gewalt, den Tod und die Zerstörung unter den arabischen Kindern, Frauen und Männern.

Eine Minderheit an der Spitze der USA ignoriert die weltweite Gefahr, dass aus dem Argument der Bekämpfung des Terrors das Gegenteil wird, nämlich eine Welle des Zustroms zum Fundamentalismus und Terrorismus weltweit, wieder gegen die westlichen Demokratien. Das ist die Auseinander-

setzung, um die es geht. Da müssen Sie sich positionieren. Was Sie von der Union bisher getan haben, ist, dass Sie denjenigen permanent Vorwürfe gemacht haben, die von Anfang an eine klare Antikriegspolitik betrieben haben. Sie haben vor der Bundestagswahl dem Bundeskanzler vorgeworfen, es gebe gar keinen Grund, darüber zu reden, obwohl wir heute wissen und auch schon damals gewusst haben, dass das Sicherheitskabinett der Vereinigten Staaten schon im Sommer des letzten Jahres den festen Beschluss gefasst hat, im Irak einzumarschieren. Herr Rösler, das ist der Grund dafür, dass wir von Anfang an Nein sagen konnten. Andere haben nämlich von Anfang an ohne jede Prüfung Ja zum Krieg gesagt. Das ist der Grund, um den es geht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben dann im letzten Jahr permanent versucht, der Bundesregierung Isolation vorzuwerfen. Die Wahrheit aber ist, dass Sie isoliert gewesen sind. Herr Rösler, dass Sie es fertig gebracht haben, trotz der Position der Franzosen eine Linie Paris-Berlin-Moskau-Peking zu ziehen und nicht in der Sache zu argumentieren, sondern zu versuchen, das mit dem antikommunistischen Vorwurf zu diskreditieren, dies spricht nicht für Ihre intellektuelle Schärfe, sondern dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Hätten wir heute die Resolution verabschieden können, wäre klar gewesen, wie die Positionen hier im Parlament sind. Jetzt aber scheint es so zu sein, dass man mit Fug und Recht sagen kann, dass wir unter Führung von CDU und FDP spätestens jetzt Beteiligte am Krieg im Nahen Osten wären.

Das wollen wir nicht, und wir wollen nicht spalten. Aber wir wollen festhalten, für welche Form von Politik Sie hier eintreten. Sehr jung war das nicht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich erteile der Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Harms, das Wort.

Rebecca Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Spätestens dann, wenn Sie heute Mittag an der Diskussion über die Probleme der Meyer-Werft teilgenommen hätten, Herr Kollege Rösler, wäre Ihnen klar geworden, dass das, was auf der Welt passiert, durchaus direkte negative Einflüsse auf das Land Niedersachsen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber lassen wir das, es wird sich wahrscheinlich bei Ihnen noch einiges setzen müssen.

Ich will noch einmal sagen, warum ich glaube, dass jedes Parlament die Pflicht hat, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

(David McAllister [CDU]: Das tun wir doch!)

Es geht hierbei um das große Problem, dass das Vertrauen der Menschen in die UNO, das unglaublich schwer erarbeitete Vertrauen zu kippen droht. Wir müssen dagegen doch gemeinsam anarbeiten. Ein sehr guter Weg, der weltweit dagegen beschritten wird, der beschritten wird, um dieses Vertrauen zu kitten und um etwas zu retten, ist der Weg der Proteste. Ich würde mir wünschen, auf dem Opernplatz in Hannover auch mal Kollegen aus den anderen Fraktionen und nicht nur immer die Grünen und die SPD zu treffen. Dann könnten wir nämlich über die Gründe dieses Protestes vielleicht auf Augenhöhe reden, Herr Kollege McAllister.

(David McAllister [CDU]: Immer diese moralische Überhöhung!)

Ich glaube im Übrigen - um das noch einmal darzustellen -, dass diese Proteste in der Breite nichts, aber auch gar nichts mit Antiamerikanismus zu tun haben.

(Widerspruch bei der CDU)

- Kommen Sie, hören Sie zu, dann werden Sie das überprüfen können. - Diese Proteste zeugen von einer wahnsinnigen Angst um Zukunft. Dazu, diese Angst der Menschen ernst zu nehmen, ist jeder Politiker, erst recht jeder gewählte Politiker verpflichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Selbst wenn es jetzt nur die Macht des Wortes ist, die uns gegeben ist, um etwas gegen diesen Krieg zu unternehmen und für eine schnellstmögliche Beendigung dieses Krieges zu kämpfen, sollten wir diese Macht des Wortes gemeinsam nutzen. Ich bin wirklich bestürzt darüber, dass es so wenig gemeinsamen Boden gegeben hat, um dieser Debatte einen anderen Verlauf zu geben.

An dieser Stelle eines ganz ernsthaft: Herr Kollege McAllister, in meiner Fraktion, auch unter den Kollegen hier - ich nehme an, auch auf dieser Seite des Hauses -, kenne ich niemanden, der nicht jedes Opfer dieses Krieges bedauern würde. Ich fordere Sie ausdrücklich auf, sich entweder vor uns und der Presse zu entschuldigen oder darzustellen, wen Sie mit dieser unglaublich zynischen Beschuldigung eigentlich gemeint haben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, das Wort hat nun der Ministerpräsident, Herr Wulff.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wohl jedem von uns ist klar, dass es eine ernste Lage ist und dass viele alte Gewissheiten nicht mehr gelten, die es zur Zeit der Teilung gegeben hat, zur Zeit der Blöcke auf dieser Welt, der vermeintlichen gegenseitigen Frontstellung, die vielleicht auch das Sich-einig-sein - entgegen der heutigen Situation - erleichtert hat. Ein solch schlechtes Verhältnis wie jetzt zwischen Deutschland und England, zwischen Frankreich und Spanien, zwischen Europa und Amerika hat es über Jahrzehnte nicht gegeben. Das bedeutet, dass wir aufgerufen sind, etwas dafür zu tun, dass wieder anders miteinander gesprochen wird. Denn nur dann wird Europa überhaupt Einfluss auf Amerika haben, wenn es ihn denn ausüben will. So, wie sich das im Moment darstellt, werden wir diesen Einfluss nicht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn bestimmte Organisationen der Völkergemeinschaft und der Staaten nicht mehr funktionieren - die NATO, die Vereinten Nationen, die Europäische Union -, dann macht das nicht nur junge Leute, Schüler bei Schülerdemonstrationen, son-

dern dann macht das alle, gerade Ältere, die Kriege erlebt haben, zu Recht außerordentlich besorgt. Ob manches, was hier gesagt worden ist, wirklich dem Ziel dient, Gesprächskultur wiederherzustellen, wieder vernünftig und vertrauensvoll miteinander umzugehen, daran habe ich jetzt nach der Diskussion eher mehr Zweifel als vor der Diskussion. Das bedauere ich außerordentlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Dinge sind ein bisschen komplizierter. Die rot-grüne Bundesregierung hat den Völkermord auf dem Balkan im Kosovo beendet - ohne UN-Mandat. Es war aber erforderlich, dort mit den Amerikanern gemeinsam Frieden wiederherzustellen. - Es ist ein brüchiger Frieden, den wir dort haben. - Wir waren als Europäer allein nicht dazu in der Lage.

Es hätte Ihnen gut angestanden, Frau Harms, wenn Sie einfach zur Beruhigung der Diskussion eben auch festgestellt hätten, dass es sich bei Saddam Hussein um jemanden handelt, der den Weltfrieden gefährdet,

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Das steht in der Resolution, Herr Wulff!)

der gegen seine Bevölkerung mit Giftgas vorgegangen ist und der dort soeben die Prämie für Selbstmordattentäter erhöht hat,

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Sie wollten den Text ja nicht beschließen!)

der für jeden Selbstmordattentäter in Israel 25 000 US-Dollar an dessen Familie auszahlt, wenn er ein Selbstmordattentat begangen hat.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Das stand auch in der Resolution!)

Ich sage Ihnen offen: Das ist außerordentlich beunruhigend, dass wir im Moment möglicherweise eine Weltmacht haben, Nationen, die ihre Zukunft vielleicht hinter sich haben, Nationen, die sie vor sich sehen, und weltweit operierenden Terrorismus, der uns auch hier in Niedersachsen Probleme macht. Denn seit dem 11. September 2001 ist kein großes Kreuzfahrtschiff mehr bestellt worden, weil der Terroranschlag weltweit Auswirkungen hatte. Aber im Zusammenhang mit der Frage, wer dafür verantwortlich ist, bitte ich doch zu verstehen, dass ich der Überzeugung bin, dass die Terroristen des 11. September und dass die Leute, die Giftgas ein-

setzen, dafür verantwortlich sind und nicht diejenigen, die versuchen, sich dagegen zu wehren. Darauf lege ich schon Wert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lieber Herr Kollege Gabriel, guten Willen sprechen wir alle uns untereinander nicht ab. Aber gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht. Wenn Sie gerade dankenswerterweise festgestellt haben „Wir wollen Saddam Hussein entmachten“, dann muss ich Ihnen argumentativ entgegenhalten: Wenn alle auf der Welt in der letzten Zeit über Monate Ihre Position gehabt hätten, dann wäre kein einziger Inspektor dorthin gekommen und hätte nicht eine einzige Waffe offen legen können,

(Zuruf von der SPD: Es gab doch Beschlüsse der UNO dazu!)

weil Sie sich bereits gegen den Druck zur Einsetzung der Inspektoren ausgesprochen hatten. Es gehört auch zur Wahrheit, dass man so oft nicht weiterkommt.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte eines sagen, weil ich das heute Vormittag in der Aktuellen Stunde bzw. in der Debatte um die Geschäftsordnung beobachtet habe: Sie sollten noch einmal ernsthaft darüber nachdenken, ob man eine Verbindung zieht zwischen einem Angriffskrieg, der Vorbereitung eines Angriffskrieges und dem Amtseid von Politikerinnen und Politikern in Deutschland, weil der Einsatz deutscher Soldaten in den Awacs-Flugzeugen an der Nordgrenze des Irak, in den Fuchs-Spürpanzern an der Südgrenze des Irak, das Gewähren von Überflugrechten Ihrer, unserer Bundesregierung in Deutschland und auch der Schutz amerikanischer Einrichtungen unter diesem Gesichtspunkt weiß Gott falsch bezeichnet wäre und wir jedenfalls weder die deutschen Soldaten hängen lassen sollten noch mit überzogenen Formulierungen die vielen britischen Soldaten aus Niedersachsen, die in diesen Tagen in diesem Einsatz sind, den niemand gewollt hat, bei dem aber alle wissen, dass wir nur gemeinsam hoffen und dafür arbeiten können, dass er möglichst schnell zu Ende geht und die Menschen im Irak möglichst schnell wieder friedfertige, friedliche Verhältnisse haben und keine Friedhofsruhe.

Wenn es eine der großartigen Demonstrationen, die wir in Niedersachsen, in Deutschland erlebt

haben, im Irak hätte geben können, gäbe es den Krieg nicht. Demokratien führen keine Kriege gegeneinander. Aber wenn einer im Irak versuchen würde, gegen Saddam Hussein zu demonstrieren, dann würde er umgebracht, dann würde er getötet, ohne dass jemand groß eine Debatte darüber führen würde. Das ist die Wirklichkeit dieses Landes, und das sollte uns in allererster Linie bedrücken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Es liegt mir eine weitere Wortmeldung des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Gabriel, vor. Herr Gabriel, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die SPD insgesamt eine Restredezeit von zwei Minuten 55 Sekunden hat.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin, es geht schnell. - Herr Kollege Wulff, ich wollte Ihnen nur eine Sache nicht ersparen: Wenn es Sozialdemokraten und Grüne nicht gegeben hätte und wenn der Bundeskanzler nicht von Anfang an eingeschritten wäre, hätte es nie mehr Inspektionen gegeben, sondern der Krieg wäre bereits längst vorher ausgebrochen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Punkt nicht mehr vor. Damit eröffne ich die Beratung zu

c) Jugendarbeitslosigkeit - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/79

Der Fairness halber möchte ich allen Fraktionen die Restredezeiten mitteilen. Die CDU-Fraktion hat eine Restredezeit von 5 Minuten und 7 Sekunden, die SPD-Fraktion von 2 Minuten und 40 Sekunden, die FDP-Fraktion von 8 Minuten und eine Sekunde, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen von 3 Minuten und 46 Sekunden, die Landesregierung von 5 Minuten und 20 Sekunden.

Zu Wort gemeldet hat sich der Fraktionsvorsitzende der FDP, Dr. Rösler.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Gabriel, vielleicht nur einmal folgender Hinweis: Wer Einblick in die intellektuellen Fähigkeiten hier im Hause gewinnen möchte, dem empfehle ich eindringlich, einmal den Blick auf die linke Seite des Hauses zu werfen, wenn wir hier Redebeiträge liefern. Ich finde, das Verhalten Ihrer Fraktion unterstreicht in eindrucksvoller Weise auch ihre individuellen intellektuellen Fähigkeiten

(Beifall bei der FDP und bei der CDU – Sigmar Gabriel [SPD] verlässt den Saal – Zurufe von der CDU: Jetzt geht er! Er ist beleidigt! - Bernd Althusmann [CDU]: Wer so austeilt, muss auch einstecken können!)

Meine Damen und Herren! Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist im Vergleich zum Vorjahresmonat Februar um fast 3 % gestiegen. Es ist zu vermuten, dass das erst der Anfang ist. Wahrscheinlich wird es noch wesentlich schlimmer werden. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand.

Die alte Landesregierung hat sich eigentlich darin erschöpft, Bundesprogramme in Anspruch zu nehmen, einfallsslose Förderprogramme auf Landesebene aufzulegen oder ideologische, aber sinnlose Dinge wie Ausbildungsplatzabgabe zu diskutieren, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es wäre, weil Arbeitsplätze, zumindest dauerhafte, nicht in Förderprogrammen entstehen, sinnvoller gewesen, sich darum zu bemühen, echte Arbeitsplätze zu schaffen, z. B. im Bereich des Mittelstandes und insbesondere der kleinen mittelständischen Betriebe, die Sie nicht nur nicht entlastet, sondern sogar belastet haben. Das spüren nicht nur die betroffenen Betriebe, sondern das spürt gerade auch die junge Generation; denn Förderprogramme können Jugendarbeitslosigkeit eine gewisse Zeit lang maskieren, aber beheben können sie sie nicht. Jetzt trifft das die junge Generation in Niedersachsen mit aller Gewalt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deshalb fordern wir, dass die neue Landesregierung – wir sind zuversichtlich, dass das auch gelingt – Maßnahmen entwickelt, um das, was Sie

bisher nicht geschafft haben, endlich vernünftig in die Wege zu leiten und zu regeln.

Wir fordern, alle bisherigen Förderprogramme, die sich durch eine Vielzahl von Ansprechpartnern und Fördermöglichkeiten auszeichnen, auf den Prüfstand zu stellen und die wenigen Mittel, die das Land zur Verfügung hat, auf die wenigen wirklich bedürftigen, schwer zu vermittelnden arbeitslosen Jugendlichen zu konzentrieren, um diesen tatsächlich die Möglichkeit zu geben, auf den ersten Arbeitsmarkt zurückzukommen oder überhaupt erst den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Wir erwarten dabei eine enge Verknüpfung mit der Kommunalpolitik hier in Niedersachsen und insbesondere mit den Projekten von „Hilfe zur Arbeit“ und mit den Jugendbüros, die durchaus in der Lage sind, junge Menschen ein Stück weit in der Frage zu begleiten: Wo finde ich meinen ersten Beruf?

(Zurufe von der SPD)

Natürlich werden auch wir unseren Teil dazu beitragen – das sage ich, bevor Sie da vorne ganz ausflippen –, dass die Bildungspolitik wieder besser wird, sodass es jungen Menschen viel leichter fallen wird, einen Arbeits- und Ausbildungsplatz zu bekommen – leichter, als das bisher der Fall gewesen ist.

Wir fordern deshalb diese Landesregierung, die Sozialministerin, den Kultusminister und natürlich den Minister für Wirtschaft und – neuerdings – auch für Arbeit auf, sich in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam mit den niedersächsischen Kommunen daran zu setzen, nicht nur tolle Förderprogramme aufzulegen, sondern die Jugendarbeitslosigkeit ehrlich und nachhaltig und vor allem auch dauerhaft zu bekämpfen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Ministerin Dr. von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe die große Freude, meine allererste Rede hier während der Aktuellen Stunde halten zu dürfen. Nun sagten mir vorhin die parlamentserfahrenen

Kollegen, die mich einrahmen, dabei dürfe man unter keinen Umständen ablesen, die Rede müsse man vielmehr frei halten. Jetzt liegt also mein wohlformuliertes Redemanuskript auf der Regierungsbank.

(Oh! bei der SPD)

Ich habe hier einen Spickzettel, wie ich ihn üblicherweise aus dem Ranzen meiner Kinder ziehe. Aber, meine Damen und Herren, ich habe in meiner außerparlamentarischen Berufserfahrung Strukturen kennen gelernt, die helfen, schwierige Fälle direkt anzugehen. Das heißt erstens differenzierte Diagnose und zweitens Therapieversuch. Das folgt jetzt.

Wir hatten Ende Februar 50 000 junge Menschen in Niedersachsen ohne Arbeit. 58 %, also mehr als die Hälfte, dieser jungen Menschen hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung. Sie konnten aber keine Arbeit finden. Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen ist in den letzten drei Monaten auf 10,5 % gestiegen. Dies ist die Situation, die wir vorgefunden haben. Ich möchte jetzt keine Schuldzuweisungen machen. Wir müssen aber kurz den Kontext umreißen. Dabei geht es nicht nur um Arbeit im engsten Sinne, sondern es geht auch um Weichenstellungen bei jungen Menschen. Arbeit beeinflusst die Persönlichkeitsentwicklung. Arbeit sichert die materielle Grundlage. Arbeit bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das heißt also – ich bitte Sie, gemeinsam darüber nachzudenken –, dass wir gezielt unterstützen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Punkt kommt erschwerend hinzu. Ich kann nicht umhin, ihn zu erwähnen. Die Bundesanstalt für Arbeit ändert ihre Geschäftspolitik. Nur noch Arbeitslosengeldempfänger mit hohem Leistungsanspruch werden gefördert. Das heißt übersetzt: Die Mittel für die aktive Arbeitsförderung der Jugendlichen werden gekürzt.

Wir konnten gestern vom Bundeskanzler hören, dass – seine Form der Interpretation – nun der Bund in erforderlichem Umfang einspringen müsse. Ein Zitat war das. Die erfahrenen politischen Kommentatoren haben das heute gleich übersetzt: Es wird weniger geben als zuvor, aber mehr als nichts.

Für Niedersachsen bedeutet das, dass die Arbeitsämter rund 20 % weniger Fördermittel für junge Menschen haben werden. Das trifft die, die ohne-

hin Schwierigkeiten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben, nämlich die, die Schwierigkeiten bei der beruflichen Qualifikation haben. Mit anderen Worten: In Niedersachsen sind rund 10 000 junge Menschen davon bedroht, keine Mittel mehr zur Berufsvorbereitung und –qualifikation zu erhalten. Dies, meine Damen und Herren, ist keine Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, sondern Bekämpfung der arbeitslosen jungen Menschen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was können wir tun? – Die Vorgaben des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit können wir nicht verändern. Dazu fehlen uns schlichtweg die Mittel. Wir müssen reagieren, und zwar jetzt und verantwortlich. Wir haben Programme: RAN, das junge Menschen im wahrsten Sinne des Wortes ran an Arbeit bringt, RABaZ, das insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit junger Menschen behandelt, wir haben Jugendbüros, die Alternative Arbeit vor Sozialhilfe, unterstützt durch Arbeit und Qualifizierung sofort, und Jugendwerkstätten, die einen hohen sozialpädagogischen Anspruch haben. Ich sage dies bewusst auch zu Ihnen. Wir wollen bestehende Strukturen nicht zerstören, sondern wir wollen weiterarbeiten und weiterentwickeln. Dies ist der Ansatz.

Diese Programme wollen wir auf lokaler Ebene bündeln, und zwar in Pro-Aktiv-Zentren. Das heißt, sie sollen ihre spezifischen Aufgaben behalten. Aber wir müssen auch neu denken. Wir haben ein ausgeprägtes Spartendenken vorgefunden. Wir müssen vor Ort Raum schaffen, um möglichst individuell reagieren zu können. Wir müssen die Netzwerkfunktionen, die man dort bilden kann, ausnutzen. Eine Stelle vor Ort soll wissen: Ist dort ein Schuldenproblem, ein Drogenproblem, ein Qualifikationsproblem, ein psychosoziales Problem, oder fehlt einfach nur das richtige Angebot? Unabhängig vom Alter, eine Stelle vor Ort, möglichst aus einer Hand steuern – dafür stehen 30 Millionen Euro zur Verfügung. Auch die Mitarbeiter der Pro-Aktiv-Zentren werden neu denken müssen, z. B. dass jetzt eine ausgeprägte Akquisearbeit in der Wirtschaft, in den Betrieben, bei der Arbeitsverwaltung notwendig ist. Die Schlüsselstelle wird die Schnittstellenfunktion zwischen Schule und Beruf sein. Wir müssen gewissermaßen die jungen Leute vor der Tür an der Schule abholen, wir dürfen sie nicht erst in das Loch fallen lassen.

Meine Damen und Herren, das Land wird nicht alles ausbügeln können, was auf Bundesebene und durch die wirtschaftliche Entwicklung bewirkt wird, aber wir werden alles das tun, was möglich ist, um gegenzusteuern. Im Interesse und aus Verantwortung für die Jugendlichen werden wir unsere Kräfte offensiv gemeinsam einsetzen. Ich betone das Gemeinsame. Ich bin sicher, dass wir tatsächlich große Gemeinsamkeiten finden werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich erteile nun das Wort Frau Dr. Trauernicht.

Dr. Gitta Trauernicht-Jordan (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Rösler, Recht haben Sie. Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen die Unternehmen, die Betriebe. Dies haben sie zugesagt. Fordern Sie sie auf, dass sie diese Ausbildungsplätze auch tatsächlich für alle jungen Menschen zur Verfügung stellen. Wir wären froh, wenn wir zusätzliche Arbeitsmarktprogramme nicht mehr benötigten.

(Beifall bei der SPD)

Aber leider haben auch Sie, Frau von der Leyen, Recht. Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, und deshalb freue ich mich, dass sowohl die FDP-Fraktion als auch die CDU-Fraktion ganz offensichtlich in der Wirklichkeit angekommen sind. Beide fordern Programme ein. Aber Sie betreiben Geschichtsklitterung,

(Angelika Jahns [CDU]: Das muss die Bundesanstalt machen!)

denn es waren sozialdemokratische Landes- und Bundesregierungen, die diese speziellen Arbeitsmarktprogramme für junge Menschen auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Lösung liegt auf der Hand. Sie führen das fort, was wir auf den Weg gebracht haben. Das haben Sie gerade dargestellt, und das ist auch gut so. Sie konzentrieren die arbeitsmarktpolitischen Mittel auf junge Menschen. Aber, Frau von der Leyen, schon jetzt gibt die Landesregierung mehr als 30 Millionen Euro für die jugendpolitischen Pro-

gramme aus. Ich fordere Sie auf: Machen Sie Nägel mit Köpfen. Steigern Sie diese Summe noch. Geben Sie noch mehr Geld für die jungen Menschen aus, und sichern Sie vor allen Dingen die Jugendwerkstätten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das hätten Sie machen sollen!)

Nun zum Thema Bundesanstalt für Arbeit. Es ist nicht richtig, dass die Bundesanstalt für Arbeit vorgegeben hat, die Mittel für junge Menschen zu kürzen. Es ist nicht richtig, dass der Bundeskanzler und der Bundesarbeitsminister diese Politik verfolgen. Lesen Sie in der Hartz-Fibel nach. Hören Sie sich den Bundesminister und den Bundeskanzler an. Die Ansage ist ganz klar: Jeder junge Mensch kriegt ein Angebot, und es ist eine Aufgabe der Arbeitsverwaltung, dies zu tun.

(Zurufe von der CDU: Ansage!)

Freuen Sie sich, dass die Programme auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet werden. Dort, wo es sich um Angebote der Jugendsozialarbeit handelt, ist dies eine Aufgabe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Diese Aufgabe kommt dem Land und den Kommunen zu. Hier hat der Bund mit Mitteln der Arbeitsverwaltung und mit Mitteln der Versicherten bislang auch seinen Teil dazu beigetragen.

Setzen Sie sich an einen Tisch und sichern Sie die Arbeit der 100 wertvollen Jugendwerkstätten hier in Niedersachsen. Geben Sie dem Ganzen nicht nur einen neuen Namen, auch wenn der Name „pro aktiv“ schön klingt. Machen Sie weiter, indem Sie mehr Mittel bereitstellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, zu Wort gemeldet hat sich nun der Kollege Hagenah von Bündnis 90/Die Grünen. Ich erteile ihm das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rösler, wir begrüßen, dass Sie eine Aktuelle Stunde zum Thema Jugendarbeitslosigkeit angemeldet haben. Wir werten das so, dass Sie damit die erste Korrektur an Ihrer radikal-liberalen Haltung aus dem letzten Plenum vornehmen.

Denn klar ist: Der freie Markt kann das Problem Jugendarbeitslosigkeit leider nicht lösen. Das müssen auch Sie akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider ist das Problem sogar so groß, dass es einige Betriebe gibt, die partout nicht ausbilden wollen, obwohl sie sich der Ausgebildeten, die ihnen von der öffentlichen Hand oder von anderen Betrieben angeboten werden, locker bedienen.

(Reinhold Coenen [CDU]: Warum bilden Sie denn nicht aus?)

Auch da müssen wir korrigieren. Wenn das nicht passiert, werden wir dort rechtlich eingreifen müssen. Auch das ist leider eine Realität, der wir uns stellen müssen.

Das ist aber nicht alles. Natürlich haben wir auch Probleme bei der augenblicklichen Umgestaltung der Arbeitsförderung. Natürlich gibt es ein Problem, wenn das eine Haus abgerissen wird und das andere noch nicht steht. Da gilt das Wort des Bundeskanzlers. Rot-Grün wird nicht zulassen, dass die Jugendlichen hier in Niedersachsen und auch in der Bundesrepublik insgesamt durch den Rost fallen. Wir werden hier eingreifen müssen. Der Deckel auf dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit muss gegen die Logik, dass dort eingespart werden muss, dieses Jahr gelüftet werden, um die Jugendlichen erst einmal unterzubringen, bevor nächstes Jahr die neuen Strukturen wirklich stehen. Die Träger, die hier wertvolle Arbeit über die letzten Jahre geleistet haben, müssen erhalten bleiben.

(Zuruf von der CDU)

Wir müssen dafür sorgen, dass die Städte wirklich in der Förderung der Arbeit für Jugendliche bleiben. Wir dürfen sie daraus nicht entlassen. Es darf nicht aufgrund des bevorstehenden steuerfinanzierten Arbeitslosengeldes II so sein, dass die Kommunen das Interesse verlieren, hier ihr Know-how einzubinden. Das werden wir auf Bundesebene mit einem Sonderprogramm zügig absichern, um auch hier in Niedersachsen zu helfen. Die Jugendlichen haben unsere volle Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Zu Wort gemeldet hat sich nun der Kollege Herr Böhlke von der CDU-Fraktion.

Norbert Böhlke (CDU):

Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Frau Präsidentin!)

- Frau Präsidentin! - Wenn ich die bisherigen Ausführungen interpretiere, stelle ich fest, dass wir uns in den Grundzügen ziemlich einig sind. Die Frau Ministerin hat, meine ich, sehr deutlich gemacht, welchen Weg diese Regierung und auch die Fraktionen von CDU und FDP dieses Landtags beschreiten werden. Es wird deutlich werden, dass wir uns sehr viel Mühe geben und auch sehr viel Engagement an den Tag legen werden, um dieser besonderen Gruppe von jugendlichen Arbeitslosen ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten.

Aber ein entscheidender Punkt ist noch zu berücksichtigen, der hier von Ihnen, sehr verehrte Frau Dr. Trauernicht, etwas anders dargestellt wurde, als es der Wirklichkeit entspricht, nämlich die Tatsache, dass die Bundesanstalt für Arbeit sehr wohl klare Vorgaben macht, die darauf hinauslaufen, dass die leistungsstarken Arbeitslosen, entsprechend gefördert, in Lohn und Brot gebracht werden und die leistungsschwachen Gruppierungen dagegen durch den Rost fallen. Das ist Fakt.

Fragen Sie einmal diejenigen, die in der Praxis damit zu tun haben. Fragen Sie einmal diejenigen, die sich in den Arbeitsämtern mit diesen Dingen in der Praxis auseinander setzen. Fragen Sie einmal diejenigen, die damit zu tun haben, wenn es darum geht, dass es keine Leistung vom Arbeitsamt mehr gibt, sondern dass diese Personen, weil sie schlichtweg noch nicht eingezahlt haben, von der Sozialhilfe leben müssen.

Die Sozialhilfe wird von den Kommunen getragen. Der Druck wird immer stärker. Die Situation bei den finanziellen Voraussetzungen insgesamt ist auch sehr schwierig. Ich meine, es muss deshalb unser gemeinsames Interesse sein - lassen Sie mich das zum Abschluss sagen -, dafür zu sorgen, dass ganz im Sinne dessen, was Herr Hagenah vorgebracht hat, eine Korrektur hinsichtlich der Bundesanstalt für Arbeit vorgenommen wird. Sie kann nur durch die Bundesregierung vorgenommen werden: durch den Bundeskanzler und den zuständigen Fachminister.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde mich sehr freuen, wenn der ehemalige Minister-

präsident diese Position der Kritik an der Bundesregierung und das Einfordern von Positionen, auf die wir uns offensichtlich über alle Fraktionsgrenzen hinweg verständigen können, auch öffentlich aussprechen und beim Bundeskanzler entsprechend deutliche Worte finden würde. Ich hoffe, er hat noch den Einfluss, den er vor der Wahl zu haben glaubte. Lassen Sie uns in diesem Sinne - im Interesse der jugendlichen Arbeitslosen - daran arbeiten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Zum Tagesordnungspunkt 1 c) liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor ich zu Tagesordnungspunkt 1 d) komme, möchte ich sagen: Vor dem Hintergrund, dass es hinsichtlich der Redezeit heute zum ersten Mal so ist, dass wir vier Beratungsgegenstände und 15 Minuten Redezeit pro Fraktion haben, muss man mit Sicherheit im Präsidium und im Ältestenrat darüber nachdenken, inwieweit eine Erweiterung der Redezeiten möglich ist. Da das eine Premiere ist, handhaben wir das heute ein wenig moderat und souverän. Vor diesem Hintergrund hat jeder noch die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden.

Ich rufe auf:

d) Gute Noten für die Grundschüler, schlechte Noten für frühe Selektion - Schulgesetz muss nachgebessert werden - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/82

Dazu hat sich der Abgeordnete Schwarz zu Wort gemeldet. - Herr Oppermann, war das nicht abgestimmt? - Herr Jüttner?

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich dachte, wir bringen ein!)

- Sie haben keine Wortmeldung abgegeben.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das stimmt!)

- Sehr gut.

(Zuruf von Wolfgang Jüttner [SPD])

Vielleicht gewöhnen Sie es sich für das nächste Mal an. Aber ich bin bereit, heute wegen der Premiere ein Auge zuzudrücken. Ich erteile Ihnen, Herr Jüttner, das Wort.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Scharfe Selbstkritik. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wissenschaftliche Untersuchungen kann man ignorieren, instrumentalisieren, aber man kann sie auch lesen und möglicherweise sogar als eine politische Beratung begreifen. Ich habe heute der *HAZ* entnommen, dass Herr Busemann zu Letzterem neigen könnte. Er hat sich die Unterlagen zur PISA-Untersuchung angesehen. Herzlichen Glückwunsch, wir erwarten Konsequenzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf: Endlich!)

Die neueste Studie unter dem Namen „IGLU“ betrifft das Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern der vierten Jahrgangsklassen - eine neue Chance, hier wieder einmal zu prüfen, ob man ignoriert, instrumentalisiert oder sich beraten lässt. Herr Busemann hat sich festgelegt. Dem *rundblick* habe ich heute entnommen: „Kaum anwendbar auf Niedersachsen.“ - Herr Busemann, warum ist das nicht anwendbar? Diese Untersuchungen, die in den nächsten Tagen im Detail öffentlich gemacht werden, widerlegen die tief in Ihrem Kopf sitzenden Vorurteile. Das ist Ihr Problem an dieser Stelle. Es würde Sie zwingen, nachzudenken, es müsste Sie veranlassen, den Gesetzentwurf, den wir hier gerade beraten müssen, zurückzuziehen und in gewichtigen Teilen neu zu schreiben.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie sind ein Scharlatan!)

Es sind mindestens drei Vorurteile, die richtig in Bedrängnis geraten: erstens das Vorurteil, dass die 15-Jährigen, die in der PISA-Studie untersucht worden sind, dort deshalb so schlecht abgeschnitten haben, weil sie in der Primarstufe die Grundfertigkeiten so schlecht gelernt haben, zweitens das Vorurteil, dass die Philosophie der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer - von Herrn Rösler im letzten Monat als „Kuschelpädagogik“ diffamiert - die Leistungsorientiertheit bewusst ignoriert, und drittens das Vorurteil, dass die Homogenität von Lerngruppen das Nonplusultra jedes

Lernerfolges darstellt. - Das ist Busemanns Denken, meine Damen und Herren.

Die IGLU-Untersuchung kommt hingegen zu völlig anderen Ergebnissen.

(Ursula Körtner [CDU]: An wie viel Schulen in Niedersachsen ist sie denn durchgeführt worden?)

- Das sage ich Ihnen: an 14; dazu müssen Sie nur in die Unterlagen gucken. Es sind 150 Schulen bundesweit, das ist ein zwischen den Kultusministern der Länder verabredeter Standard und gilt als absolut solides Arbeitsergebnis, meine Damen und Herren!

Wir nehmen zur Kenntnis, Herr Busemann will sich nicht beirren lassen. Wir nehmen zur Kenntnis - das interessiert uns inhaltlich -, dass die Gesamtschule für die Kleinen augenscheinlich nicht so schlecht ist, wie Herr Busemann und andere uns in den letzten Jahren hier erzählt haben. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass das, was an den Grundschulen an innovativer Pädagogik stattfindet - offene Lernformen, Motivation, Ausprobieren, Sammeln von Erfahrungen, Experimentieren -, durchaus zu Ergebnissen führt. Es ist auch interessant zu sehen, dass dort die soziale Integration offenbar besser gelingt.

Welches sind die beiden Konsequenzen daraus für die Bildungspolitik? Die wird durch die IGLU-Untersuchung ja nicht rückläufiger. - Die erste, die wichtigste bleibt die Qualität des Unterrichts. Das ist wichtiger als die Schulstruktur - das ist überhaupt keine Frage -, und daran ist über Jahrzehnte in Deutschland nicht hinreichend gearbeitet worden.

(Beifall bei der SPD)

Die Zweite aber, meine Damen und Herren, ist: Herr Busemann hat verkündet, der OS-Erlass gehöre überarbeitet, wir müssten schon nach der Hälfte des 5. Schuljahrs bei Mathematik und anderen Fächern zur Trennung kommen.

(David McAllister [CDU]: Richtig!)

Ich habe mir heute aus dem Internet die Berichterstattung über einen spannenden Modellversuch in Bayern gezogen. Die Bayern sind nicht immer gut, aber wenn sie auf einen guten Gedanken gekommen sind, muss man sie auch zitieren:

„In der Volksschule Lochham lernen erstmals Fünftklässler der Volksschule und des Kurt-Huber-Gymnasiums gemeinsam. ‚Leistungs gemischter Unterricht Mathematik plus‘ nennt sich das Experiment. Dass Gymnasiasten und Hauptschüler gemeinsam lernen, ist eine Antwort auf PISA, und zwar im Rahmen des bayerischen Modellprojekts ‚ModUS 21 - Modell Unternehmen Schule im 21. Jahrhundert.‘“

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Jüttner, kommen Sie bitte zum Schluss!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Ich bin gleich fertig. - Die einen haben seit Jahrzehnten die Dreigliedrigkeit und merken an einigen Stellen, dass es vielleicht nicht hinreicht, und die anderen sind gerade auf dem Weg zurück ins letzte Jahrhundert. Dieser Zug, meine Damen und Herren, muss gestoppt werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, zu Wort gemeldet hat sich Minister Busemann. Ich erteile es ihm.

Bernd Busemann, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Jüttner, aller Anfang ist schwer. Ich musste das vor einigen Jahren auch durchmachen, aber irgendwann kriegen wir das miteinander schon hin.

Gerade in der Schulpolitik geht es ja auch um intellektuelle Schärfe. Vielleicht können wir uns hier auf eines verständigen: Wenn es Studien gibt, dann warten wir doch bitte erst einmal ab, bis sie da sind, gucken dann, ob wir davon betroffen sind, gucken dann, ob wir etwas daraus lernen können, und setzen das dann miteinander um. Alles schön der Reihe nach und bitte keine Schnellschüsse, die sich im Nachhinein möglicherweise als nicht gerechtfertigt erweisen!

Gerechtfertigt ist allerdings die Auseinandersetzung mit den Ländertabellen von PISA 2000. Die sind Anfang dieser Woche auf den Markt gekommen und offiziell autorisiert worden. Danach sieht

es in Niedersachsen nicht gut aus, Herr Kollege Jüttner, und das hat noch die alte Landesregierung zu vertreten. Ich will - Sie haben das hier zum Teil auch schon angesprochen - an Folgendem deutlich machen:

Insgesamt sind 14 Bundesländer untersucht worden. Bei den 15-Jährigen lag Niedersachsen in der Königsdisziplin, nämlich der Lesekompetenz, nur auf Platz 10, bei der mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung nur auf Platz 11. Und nun kommt eine schlimme Zahl, die geradezu ein Schock ist: 27 % unserer Hauptschülerinnen und Hauptschüler erreichten bei der Lesekompetenz nicht einmal den Mindeststandard. Man könnte auch hart formulieren, Niedersachsen bewegt sich hier ganz nah am Rande des Analphabentums. Wer hatte das in den letzten Jahren zu vertreten? - Doch nicht die neue Regierung, sondern die alte!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben also gerade in diesem Bereich einen dramatischen Handlungsbedarf. Diesem muss man sich auch stellen. Da kann man sich nicht mit Strukturgeschichten und Vergleichen herausstellen. Dazu ist das Thema zu kompliziert.

Dabei können wir die Grundschule nicht aus der Betrachtung entlassen. Ich höre es zwar ganz gerne, Herr Kollege Jüttner, meine Damen und Herren, wenn es heißt, Deutschland war im Bereich der Grundschulen vielleicht einmal nicht so schlecht, wie es in anderen Bereichen schon der Fall gewesen ist; in diesem Bereich kann man sich vielleicht noch sehen lassen. Aber man muss auch genau gucken, ob wir denn davon überhaupt betroffen sind, ob wir davon profitieren können, ob wir vielleicht sogar ein bisschen stolz auf das sein können, was wir erreicht haben, oder ob das möglicherweise an uns vorbei geht.

Als ich den Titel der Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mich gefragt: Wollen Sie uns in den falschen Film setzen, oder wo sind wir eigentlich, wenn das so apostrophiert wird? - Sie wissen doch genau, dass diese Grundschuluntersuchung länderspezifisch ausgewertet wurde. Fünf Bundesländer waren in großer Breite beteiligt; vor allem haben sich Bayern und Baden-Württemberg eingebracht. Die wissen auch, warum sie das konnten: dreigliedrig, erfolgreiches System.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: In der Grundschule?)

- Gemach, Herr Kollege! - Niedersachsen hat sich bei insgesamt 145 000 Schülern in 35 Staaten mit sage und schreibe 15 Schulen beteiligt. Das sind bei insgesamt 1 852 Grundschulstandorten in Niedersachsen gerade einmal 0,8 %. Und angesichts dieser Relation wollen Sie mir jetzt mit irgendwelchen Erkenntnissen kommen? - Gedrückt haben Sie sich bei dieser Studie!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Amtsvorgängerin hat ja ein ums andere Mal gesagt, man wolle hier und da Vergleiche anstellen. Aber immer, wenn es um die Grundschule ging, hat man sich gedrückt. Auch bei der Studie, die Sie, Herr Jüttner, angesprochen haben, hat man sich gedrückt und die 15 Standorte nur anstandshalber mit einbezogen. Sie haben sich vor Vergleichsuntersuchungen gedrückt, weil Sie bestimmte Erkenntnisse betreffend die niedersächsischen Grundschulen offenbar nicht hören wollten.

Auch die Tatsache, dass wir in Niedersachsen seit über 25 Jahren die Orientierungsstufe haben - hoffentlich bald nicht mehr -, hat dazu geführt, dass wir im Bereich der Grundschule besondere Probleme zu verzeichnen haben, dass dort Handlungsbedarf besteht. - Das nur einmal an dieser Stelle.

In der Kürze der Zeit will ich hier ausdrücklich klarmachen, dass wir im Bereich der Grundschule nach wie vor Handlungsbedarf sehen.

(Beifall bei der CDU)

Uns wird allerorten gesagt: Die Grundfertigkeiten sitzen nicht. Also werden wir dafür sorgen, dass in der Grundschule, aber aufbauend auch in der vorschulischen Erziehung, im Kindertagesstättenbereich, die Grundfertigkeiten in Zukunft besser vermittelt werden. Es wird in Kürze einen Grundschülerlass geben, der sich schon auf den Schuljahresbeginn 2004 auswirkt. Wir werden Sie rechtzeitig in Kenntnis setzen, wie das Ganze dann aussieht.

Jetzt noch eine kurze Bemerkung an die Adresse der Grünen. Wir kennen ja Ihre Vorstellungen mit der sechsjährigen Grundschule und Ihren Hinweis auf Berlin. Am 25. März war in der *Welt* eine Aussage des Max-Planck-Instituts zu lesen:

„Berliner Gymnasiasten, die erst nach sechs Jahren in der Grundschule auf das Gymnasium kommen, hatten am Anfang des siebten Jahrgangs in den Fächern Mathematik und Englisch einen Rückstand von etwa eineinhalb Jahren gegenüber den Gymnasiasten anderer Bundesländer, die schon nach vier Jahren Grundschule auf das Gymnasium gekommen waren.“

Sie sollten einmal darüber nachdenken, ob das Modell, das Sie immer so gerne anbieten, tatsächlich so Erfolg versprechend ist.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen ein gesamtpolitisches Konzept, das bei der Kindertagesstätte beginnt und sich über die Grundschule in der schulformbezogenen Struktur fortsetzt.

Sie haben an anderer Stelle schon gesagt, unser Schulsystem in Niedersachsen sei bereits höchst durchlässig. Das nehmen wir einmal so an. Aber das Bessere ist der Feind des Guten, und wir werden es noch durchlässiger machen. Ab Klasse 5 wird es in der Hauptschule, in der Realschule und im Gymnasium weitergehen. Wir werden letztlich ein durchlässiges, begabungsgerechtes und differenziertes Schulsystem haben, das leistungsfähiger als das bisherige sein wird. Das, meine ich, müsste auch unser gemeinsames Ziel sein.

Abschließend, Herr Jüttner - das sage ich in Richtung der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen -: Wir können über die Schulstruktur und diese Dinge gerne miteinander streiten, und zwar durchaus auch in scharfer Form. Aber ich bitte Sie seit Monaten, in diesen Auseinandersetzungen den Begriff der Selektion zu vermeiden. Nun haben Sie sich sogar dazu hinreißen lassen, diesen Begriff in die Überschrift des Antrags zur Aktuellen Stunde zu schreiben.

Ich verkneife es mir - ich will Sie auch nicht beschämen -, Ihnen hier vorzutragen, was ich im Internet dazu gefunden habe, wie der Begriff der Selektion gerade in Deutschland verstanden wird. Ich lege Ihnen dieses Zitat aber gleich auf den Tisch. Lassen Sie uns uns bitte dahin gehend verständigen, dass wir diesen Begriff bei allem Streit um die Schulpolitik in den nächsten Monaten und dann überhaupt nicht mehr gebrauchen! - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Jetzt hat sich auch die Wortmeldung des Abgeordneten Schwarz geklärt. - Herr Schwarz von der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jüttner, Sie haben das gerade selbst gesagt: Der Grundschullestest IGLU ist noch nicht veröffentlicht. Er wird erst am kommenden Donnerstag veröffentlicht. Nach meinem Kenntnisstand - der Minister hat es gerade vorgetragen - sind insgesamt 15 niedersächsische Grundschulen beteiligt gewesen. Die FDP-Fraktion freut sich natürlich über jede positive Nachricht, die irgendwie mit dem Bildungsbereich zusammenhängt, auch wenn es sich bei diesem Test offensichtlich „nur“ um Lesefähigkeit handeln soll. Gleichwohl ist es auch für uns kein Anlass, daraus gleich Schlussfolgerungen zu ziehen und den gesamten Schulgesetzentwurf infrage zu stellen oder das Schulgesetz insgesamt zu verbessern.

(Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte darauf verweisen, dass wir in dem vorliegenden Schulgesetzentwurf formuliert haben, dass in den Grundschulen nicht nur eine aktive Lesefähigkeit, sondern auch eine sprachliche Grundsicherheit in Wort und Schrift sowie mathematische Grundfertigkeiten entwickelt werden sollen. Fremdsprachen und Kommunikationstechniken sind weitere wichtige Felder in diesem neuen Entwurf. Auch der Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten und den weiterführenden Schulen haben wir in diesem Schulgesetzentwurf eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das alles wird begleitet durch einen engen Dialog mit den Eltern.

Von großer Bedeutung ist für uns neben der festgeschriebenen Durchlässigkeit des Bildungssystems auch die Möglichkeit, frühzeitig die sich bietenden - übrigens bisher ungenutzten - Chancen für die Schülerinnen und Schüler in diesem Land zu eröffnen. Hier - wir haben es gerade gehört - ist wieder die Rede von der Selektion.

Ich habe bis zum 28. Februar dieses Jahres die Arbeit in der Orientierungsstufe hautnah begleiten können. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir hätten zahlreiche Kinder vor seelischem Druck, vor Frustration und Orientierungslosigkeit bewahren können, wenn wir über den Dialog mit den Eltern be-

reits nach der 4. Klasse ein jeweils begabungsgerechtes Angebot hätten machen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das wollen wir in Zukunft tun. Wir werden das dreigliedrige Schulsystem in der Form, wie wir es vorgelegt haben, auch durchsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ich erteile das Wort der Abgeordneten Korter von der Fraktion der Grünen.

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die IGLU-Studie liegt noch gar nicht auf dem Tisch, schon weiß der Kultusminister, dass er daraus für Niedersachsen keine Schlüsse ziehen kann. Das empfinde ich wahrlich als etwas sehr voreilig, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von Karl-Heinz Klare [CDU])

Herr Schwarz hat es gerade betont: Für das neue Schulgesetz wird es keine Konsequenzen geben; das weiß er auch schon. Zugegeben, wir haben noch keine endgültigen Ergebnisse auf dem Tisch liegen, aber über die Vorabveröffentlichung können wir uns hier durchaus schon einmal Gedanken machen. Wenn es nämlich zutrifft, dass deutsche Grundschülerinnen und Grundschüler bei der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung IGLU relativ gut abgeschnitten haben, dann muss das unsägliche Gerede von der „Kuschelpädagogik“ endlich ein Ende haben. Das ist nämlich diffamierend.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In keiner Schulform, meine Damen und Herren, haben wir in den letzten Jahren im pädagogischen Bereich so viele Reformen erlebt wie in der Grundschule. Dafür sollten wir unseren Grundschulkolleginnen und Grundschulkollegen endlich danken und nicht schauen, was wir daran schlecht machen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Trotzdem wird es in unseren Grundschulen sicherlich Reformbedarf geben. Die Ergebnisse der IGLU-Studie werden uns darüber sicherlich Aufschluss geben. Ich gehe davon aus, dass wir neue Anregungen erhalten werden, wie z. B. das Unterrichten in heterogenen Klassen effektiver gestaltet werden kann, wie es besser geschafft werden kann, hohe Ausländeranteile zu integrieren oder wie z. B. die Lesefähigkeiten von Jungen verbessert werden können.

Nach den ersten Veröffentlichungen der IGLU sind die Leseleistungen an den Grundschulen erstaunlich ausgeglichen. Also scheint es den Grundschulen relativ gut zu gelingen, die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder auszugleichen. Das heißt für mich aber: Das wirkliche Elend in den deutschen Schulen beginnt erst nach Klasse 4 mit der Aufteilung der Kinder in unterschiedliche Schulformen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Schlussfolgerung, meine Damen und Herren, ziehen nicht nur wir, sondern nach anfänglichem Zögern auch die PISA-Forscherinnen und -Forscher. Sie finden zahlreiche Unterstützung z. B. beim Baden-Württembergischen Handwerkstag oder bei McKinsey.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Die Armen! Die werden aber immer zitiert!)

- Die werden heute und in den nächsten Tagen noch öfter herangezogen, Herr Klare.

Ich muss feststellen: Bei den Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern in Deutschland - da machen Sie keine Ausnahme - scheint es unheimlich schwer zu sein, sich einzugestehen, dass das Lernen in homogenen Lerngruppen nicht effektiv ist und dass dieses System gescheitert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz dieser Erkenntnisse bringen Sie Ihren Schulgesetzentwurf genau so ein wie vorher, und zwar ohne irgendetwas von diesen Studien zur Kenntnis zu nehmen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich appelliere an Sie: Legen Sie endlich Ihre ideologischen Scheuklappen ab. Nehmen Sie die internationalen Untersuchungen ernst.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Das können wir gerne zurückgeben!)

Wir brauchen ein Schulsystem mit Zukunft, eine Struktur, die alle Chancen offen hält und fördert und nicht früh nach unten sortiert. Stellen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück, und lassen Sie uns gemeinsam Schule neu denken - im besten Interesse für alle Kinder, nicht zu schnell und rasant, aber dafür nachhaltig. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke Frau Korter. - Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Klare.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus nicht repräsentativen Studien kann man keine so weitreichende Schlussfolgerung ziehen, wie Sie es hier gerade vorgeschlagen haben.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Bundesweit ist das repräsentativ!)

Dass das nicht repräsentativ ist, ist meiner Meinung nach durch die Zahlen, die der Minister genannt hat, in aller Eindeutigkeit bewiesen.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Warum ist sie denn in Auftrag gegeben worden, Herr Klare?)

Meine Damen und Herren, wenn Sie einmal nach Bayern schauen und sehen, wie gut die Ergebnisse dort sind, dann wissen Sie auch, woran es liegt. Wenn ein Grundschulkind in Bayern die Grundschule verlassen hat, dann hat es faktisch ein halbes Schuljahr mehr Unterricht gehabt als ein Kind in Niedersachsen. Genau darin liegt das Geheimnis des Erfolges.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Klare, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jüttner?

Karl-Heinz Klare (CDU):

Nein, in der Aktuellen Stunde kann ich in der knappen Zeit von drei oder vier Minuten keine Zwischenfrage zulassen.

Wir werden dieses Gesetz in dieser weitreichenden Form natürlich nicht ändern, Herr Jüttner. Ich glaube, damit haben Sie auch nicht gerechnet, auch wenn Sie die Forderung jetzt aufgestellt haben. Ich sage Ihnen - ich bin davon überzeugt, weil ich sehr eng daran mitgewirkt habe -: Dieses Schulgesetz, das wir jetzt eingebracht haben, das in einigen Teilen auch noch verfeinert und verändert wird - wir haben darüber gesprochen -, ist das pädagogischste Schulgesetz, das je in diesem Lande eingebracht worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum: weil diejenigen, die daran gearbeitet haben, immer vom Kind aus gedacht und nicht Strukturfragen im Kopf gehabt haben. Sie wissen, dass das so ist. Sie merken in den Diskussionen draußen, dass die Leute das in dieser Form auch annehmen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben individuellen Förderansprüchen Rechnung getragen; wir haben ein hohes Maß an Durchlässigkeit hineingeschrieben; wir haben langfristige Bildungsgänge organisiert. Das ist doch das, was Sie aus der DIPF-Studie „Orientierungsstufe“ auch hätten herauslesen können. Wo ist eigentlich Ihr Konzept? Ist das eigentlich noch die alte Förderstufe, die nun abgewählt worden ist, die niemand will? Ist das derjenige bei Ihnen, der Ratschläge in dieser Phase geben kann, der ein Modell hat, das Begabungen ignoriert und Losverfahren für Schullaufbahneempfehlungen in Gang bringt? Ist das immer noch Ihr Modell, oder haben Sie jetzt ein neues? Welches haben Sie eigentlich?

(Beifall bei der CDU - Bernd Althusmann [CDU]: Die haben gar keines!)

Meine Damen und Herren, worauf ich ganz besonders stolz bin, ist, dass wir endlich das Verhältnis zwischen Eltern und Pädagogen in diesem Schulgesetz geregelt haben. Ich bin darauf stolz. Jeder in seinem Bereich an der richtigen Stelle, in der letzten Verantwortung; das bringt dieses Schulgesetz mit sich.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Verlässliche Grundschule als Musterbeispiel von guter schulischer Grundschularbeit darstellen, dann haben Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die Verlässliche Grundschule in dieser starren Form muss verändert werden. Sie hat Grundschularbeit beschränkt und nicht in Gang gebracht. Sie hat Fortentwicklung von Grundschularbeit beschränkt und die Lehrer in ihrer Arbeit daran gehindert, das zu machen, was sie vernünftigerweise hätten machen sollen. Nein, meine Damen und Herren, diese Grundschule muss fortentwickelt werden. Die Grundschule - jetzt können Sie einmal über die Definition nachdenken - ist die Schule, die Kinder behutsam an das Lernen heranführen muss. Die Grundschule ist eine Schule, in der Lernfreude vermittelt werden muss. Aber - jetzt kommt der entscheidende Satz, die entscheidende Veränderung - die Grundschule wird auch wieder die Schule werden, in der intensiv gelernt werden muss und in der auch kindgemäße Leistung abgefordert werden muss. Das haben Sie zehn Jahre lang vernachlässigt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, am Ende steht eine vernünftige Empfehlung, die die Grundschullehrer nach vier Jahren verantwortungsbewusst und in einem Dialog mit den Eltern abgeben. Der Dialog mit den Eltern ist im Gesetz festgeschrieben und ist einmalig in dieser Frage.

(Lachen bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich denke, kontinuierlich?
- Gegenruf von Bernd Althusmann [CDU]: Kontinuierlich und einmalig!)

Diese Frage ist so pädagogisch entschieden wie sonst nichts.

Jetzt sage ich Ihnen zum Schluss - ich mache es wirklich kurz -, was mich erheblich geärgert hat, genauso wie es Herr Schwarz und der Minister gesagt haben. Ich habe keine Lust mehr, mir das Gerede über Selektion anzuhören. Meine Damen und Herren, wir können gern darüber streiten, ob der Zeitpunkt nach der 4. Klasse der richtige Zeitpunkt ist, zu dem ein Kind auf die weiterführende Schule geschickt werden kann. Wir haben uns dazu entschieden. Vier andere Bundesländer machen es auch so. Aber das hat doch überhaupt nichts mit Selektion zu tun. Die Zuweisung zu einer weiterführenden Schule ist doch nicht das Ende von Lernen und das Ende von Fördern, ganz im Gegenteil.

In einem differenzierten Schulwesen können Förderangebote wesentlich leichter und präziser an die Kinder herangetragen werden. Das sagt Ihnen doch jeder Fachmann, der jeden Tag in der Schule ist.

Der letzte Satz, meine Damen und Herren: Wir werden unsere Schulen mit einem ganz klaren Profil ausstatten, ausgerichtet an den differenzierten, verschiedenen Begabungen der Kinder, die an diesen Schulen unterrichtet werden, mit langfristigen Bildungsgängen. Das ist die moderne Antwort auf PISA. Gleichmacherei ist die falsche Antwort auf PISA; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke, Herr Klare. - Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde angelangt.

Ich möchte zunächst noch einige Bemerkungen zur Tagesordnung machen. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass der Tagesordnungspunkt 5 heute nicht mehr beraten wird, sondern am Freitag anstelle von Tagesordnungspunkt 24. Der Antrag der SPD-Fraktion, der unter Tagesordnungspunkt 24 behandelt werden sollte, wird direkt an die Ausschüsse überwiesen.

Damit kommen wir zu

Tagesordnungspunkt 2:

1. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 15/70 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/85 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/86

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Freitag, den 4. April, zu beraten. Ich halte das Haus für damit einverstanden, dass wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe zunächst die Eingaben aus der 1. Eingabenübersicht in der Drucksache 70 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer den Beschlussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen?

- Stimmenthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 3:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/50

Da es sich bei dem Gesetzentwurf um eine gemeinsame Initiative aller vier im Landtag vertretenen Fraktionen handelt, sind die Fraktionen übereingekommen, dass die aus ihrer Sicht zu machenden Anmerkungen vom Landtagspräsidenten vorgetragen werden. Herr Landtagspräsident, ich erteile Ihnen das Wort.

Präsident Jürgen Gansäuer: :

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde dem Zeitdruck gern entsprechen und das Folgende zu Protokoll geben, aber es besteht eine Schwierigkeit. Es entsteht dann immer der Eindruck, als hätten wir als Fraktionen etwas zu verbergen. Es ist auch relativ kurz gefasst; deshalb trage ich es jetzt vor.

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes wird von allen Fraktionen dieses Hauses getragen. Die Frau Vizepräsidentin hat dies mitgeteilt. Der Gesetzentwurf sieht eine Änderung der in § 31 Abs. 1 in den Sätzen 2 und 3 des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes genannten Berechnungsgrößen für die Zuschüsse an die Fraktionen vor und führt im Ergebnis zu einer Kürzung dieser Zuschüsse. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Finanzsituation ist insgesamt wohl unstrittig. Wie Sie wissen, ist die Haushaltslage dramatisch. Sie verlangt Einschränkungen und Kürzungen. Der Fraktionsbereich kann dabei auch aus Gründen der Glaubwürdigkeit nicht außen vor bleiben.

Dem Landtag gehören seit Beginn der neuen Wahlperiode bekanntermaßen 26 zusätzliche Abgeordnete sowie eine vierte Fraktion an. Das hat nicht nur zu einem deutlichen Anstieg der Entschädigungen für Abgeordnete insgesamt, sondern

auch zu höheren Zuschüssen an die Fraktionen geführt.

Bei Anwendung - das ist entscheidend - des bisherigen, im Abgeordnetengesetz vorgeschriebenen Schlüssels hätten sich allein bei den Fraktionskostenzuschüssen zusätzliche Haushaltsbelastungen in Höhe von etwa 1,1 Millionen Euro ergeben. Es lag daher nahe, u. a. auch die Fraktionskostenzuschüsse auf den Prüfstand zu stellen.

Das vorliegende Ergebnis ist das Resultat mehrstündiger, schwieriger und - man kann auch sagen - mehrtägiger Beratungen mit den Fraktionsvertretern. Die geänderten Berechnungsgrößen, also der Grundbetrag bzw. der Mehrbetrag für jedes Fraktionsmitglied und der Oppositionszuschlag, stehen nach wie vor in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander. Die Beträge sind auch angemessen, wie ich meine. Gleichwohl konnten Einsparungen von rund 3,5 % erzielt werden. Das entspricht einem jährlichen Einsparungsbetrag in Höhe von 210 000 Euro.

Hinzu kommt, dass sich die Fraktionen ferner - wie schon für das Jahr 2003, so auch für das Jahr 2004 - auf meine Bitte hin bei den Fraktionskostenzuschüssen auf eine Nullrunde verständigt haben, wofür ich mich bedanke.

Insgesamt ergibt sich somit ein Haushaltskonsolidierungsbeitrag von rund 400 000 Euro jährlich, wobei sich die Absenkung des Finanzierungsniveaus bei späteren Erhöhungen zusätzlich kostendämpfend auswirkt.

Das Gesetz soll - so ist es besprochen - zum 1. März in Kraft treten. Ich schlage Ihnen vor, dem Gesetzentwurf zuzustimmen und ihn nach Behandlung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen als federführendem Ausschuss sowie im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen als mitberatendem Ausschuss in zweiter und dritter Beratung zu verabschieden.

Der Vollständigkeit halber möchte ich in diesem Zusammenhang auf einen weiteren Sparbeitrag des Parlaments hinweisen. Die Fraktionen haben sich auch darauf verständigt, den Zuschuss an Abgeordnete zur Bewirtung von Besuchergruppen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, der bisher gewährt wurde, zu streichen. Ein Teil des eingesparten Betrags wird an Schülergruppen zurückfließen, indem der Eigenanteil an den Fahrtkosten für diese Besucher um 1 Euro gesenkt wird. Letztlich ver-

bleibt ein jährlicher Einsparungsbeitrag von ca. 28 000 Euro aus diesem Bereich.

Ich bitte Sie, diesen Gesetzentwurf positiv zu begleiten, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke, Herr Gansäuer.

Wir kommen damit zur Ausschussüberweisung. Federführend soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein, mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 4:

Einzige (abschließende) Beratung:

Rechnung über den Haushalt des Niedersächsischen Landesrechnungshofs - Einzelplan 14 - für das Haushaltsjahr 2000 - Antrag des Präsidenten des Landesrechnungshofs - Drs. 15/22 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/68

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt Ihnen, Entlastung zu erteilen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu

Tagesordnungspunkt 6:

Einzige (abschließende) Beratung:

Allgemeine Genehmigung in Immunitätsangelegenheiten - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 15/69

Der Ältestenrat empfiehlt Annahme. Eine Berichterstattung ist auch hier nicht vorgesehen. Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen wiederum einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse deswegen auch über diesen Punkt gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ältestenrats zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch dies so beschlossen.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 7:

A 39 im Bundesverkehrswegeplan sichern - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/49

Wie heute Morgen schon angekündigt, soll der Antrag ohne erste Beratung sofort an den Ausschuss an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Nun kommen wir zum

Tagesordnungspunkt 8:

Erste Beratung:

Sicherheit geht vor - Den allgemeinen Justizvollzugsdienst vom Einstellungsstopp ausnehmen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/51

Die Abgeordnete Frau Bockmann hat sich zu Wort gemeldet.

Heike Bockmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache mir große Sorgen, dass die Politik der neuen Landesregierung beim Thema Sicherheit in spurenloser Inkonsequenz verschwin-

det. Wir haben der Presse jüngst die beiden Schlagworte „Haushaltssperre“ und vermeintlicher „absoluter Einstellungsstopp“ entnehmen können, mit denen in der Bevölkerung für Unsicherheit gesorgt wird. Dieser Einstellungsstopp ist allerdings mit diversen Weichspülern versehen, damit die von der Landesregierung vorgesehenen Neu- und Umbesetzungen durchgeführt werden können: zwei Abteilungsleiterpositionen für das Innenministerium - davon ein neuer für den Katastrophenschutz -, qualifiziertes Personal für die Schaffung von 25 geschlossenen Heimplätzen, Lehrer, Polizisten etc. So haben wir es heute Morgen vernommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man diesen Einstellungsstopp ohnehin durch ein großes Personaltableau aufweichen will, warum hat man dann eigentlich den allgemeinen Justizvollzugsdienst nicht aufgeführt? Ist die Bewachung von Mördern und Sexualstraftätern plötzlich nicht mehr so wichtig? Oder handelt es sich hier um den harmlosen Zustand, der schlichtweg als Vergessen bekannt ist?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es uns und Ihnen nicht ersparen, hier eine kleine Passage aus dem Landeswahlprogramm der CDU vorzulesen. Dort heißt es:

„Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, unsere Gesellschaft vor gefährlichen Straftätern zu schützen.“

Das ist richtig. Ich weise gerne darauf hin, dass es ein großer Erfolg der SPD-Justizpolitik gewesen ist, den Justizvollzug so sicher zu machen, wie er nie zuvor gewesen ist. Die Ausbruchquote konnte in den letzten zehn Jahren immerhin um mehr als 90 % gesenkt werden. Das ist der niedrigste Stand in der Geschichte des Landes Niedersachsen. Weiter heißt es im Landeswahlprogramm der CDU:

„Werden sie“

- die Straftäter -

„zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, müssen sie in unseren Haftanstalten durch einen konsequenten Strafvollzug sicher untergebracht werden. Dabei gibt es derzeit Probleme: überalterte Haftanstalten, schlechte Ausstattung, personell wie materiell, Überbelegung. All das verursacht Si-

cherheitsrisiken. Hier ist Entschärfung gefragt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, da haben Sie völlig Recht. Insbesondere die personelle Ausstattung ist für die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten von ganz erheblicher Bedeutung. Ganz konkret: In Sehnde und Rosdorf werden zwei neue Justizvollzugsanstalten ans Netz gehen. Sie sind ohne entsprechendes qualifiziertes Personal nicht zu betreiben.

Was ist eigentlich mit denjenigen, die am 1. Juli 2003 ihre Ausbildung beginnen sollten? Die Auswahlverfahren sind zum größten Teil längst gelaufen, aber die Bewerberinnen und Bewerber wissen nicht, wie es weitergehen soll.

Meine Damen und Herren, im Bereich des Justizvollzuges gibt es ein sehr interessantes Begriffspaar: äußere und innere Sicherheit. Äußere Sicherheit sind Mauern, Gitter, Videokameras und auch der Stacheldraht. Aber 100 m Stacheldraht für Salinenmoor zu versprechen, ist meines Erachtens ein bisschen wenig. Innere Sicherheit schafft in erster Linie das Vollzugspersonal. Es produziert durch seinen professionellen Umgang mit den Gefangenen Sicherheit - natürlich durch Bewachung, aber auch durch Gespräche, Beratung, Behandlung und den menschlichen Umgang. Wenn diese Art der Sicherheit nicht mehr hinreichend gewährleistet ist, dann kann die starke und notwendige äußere Sicherheit nach innen zur Explosion führen. Ich nenne nur das Stichwort „Geiselnahme“.

Deshalb ist es im Interesse derjenigen, die sich dankenswerterweise für einen Beruf im allgemeinen Justizvollzug interessieren, wichtig, ein deutliches Signal zu geben, dass alle, die jetzt die Anwärterlaufbahn beginnen und diese auch erfolgreich abschließen, in den allgemeinen Justizvollzugsdienst übernommen werden. Abgesehen davon wäre es geradezu ein Schildbürgerstreich, wenn die Landesregierung in Kürze Europas sicherste Knäste in Sehnde und Rosdorf einweicht, das erforderliche Personal durch eine beispiellose Verunsicherungspolitik jedoch vergrault hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, Sie haben in Ihrer Koalitionsvereinbarung richtigerweise geschrieben, dass Sie die Situation der Bediensteten im allgemeinen Justizvollzugsdienst verbessern wollen. Dann müssen Sie sich aber fragen lassen, meine Damen und Herren, was nun gelten soll: Entweder Sie verbes-

sern die Situation der Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst, oder Sie verhängen einen Einstellungsstopp und wahren so höchstens den Status quo, ohne auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können. Ich meine, dass diejenigen, die Verbesserungen angekündigt haben, sich auch an diesen Versprechungen festhalten lassen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen jetzt keine semantische Debatte über die Begriffe „Einstellungsstopp“ und „Wiederbesetzungssperre“ führen. Es reicht für die Belange des Justizvollzuges schlichtweg nicht aus, wenn der Finanzminister von einem sofortigen und absoluten Einstellungsstopp spricht und wir erst nachher im Erlass mit viel gutem Willen nachlesen können, dass die Übernahme der Anwärter des mittleren Dienstes vom Einstellungsstopp möglicherweise ausgenommen ist. Das ist übrigens eine sehr fragwürdige Ausnahme, die - ich zitiere wörtlich - unter kritischer Berücksichtigung des Bedarfs erfolgen soll. Soll das etwa heißen, dass Sie den Anwärtern erzählen wollen „Pustekuchen, ich fürchte, wir haben über den Bedarf ausgebildet, danke, tschüs“? Ist das wirklich Ihr Ernst?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir qualifizierten und motivierten Nachwuchs für den Justizvollzug gewinnen wollen, dann brauchen wir ein deutliches Signal, dass es sich lohnt, sich für einen Beruf im Vollzug zu entscheiden und dort zu arbeiten.

Ich meine daher, dass es aus diesem Grunde dringend erforderlich ist, den Bereich des Justizvollzuges vom sofortigen absoluten Einstellungsstopp ausdrücklich und deutlich auszunehmen. Um Ihnen dabei aus der Opposition heraus ein bisschen behilflich zu sein, beantragen wir, weil, wie ich dargestellt habe, die Zeit drängt, sofortige Abstimmung über unseren Entschließungsantrag. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke, Frau Bockmann. - Das Wort hat jetzt die Ministerin Frau Heister-Neumann.

Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Justizvollzug ist zentraler Bereich der

inneren Sicherheit. Er ist ein solcher Bereich, weil er die gefährlichen Mitglieder unserer Gesellschaft sicher unterbringt und damit den Schutz der Allgemeinheit gewährleistet, weil er den gesetzlichen Auftrag erfüllt, die Wiederholung von Straftaten zu verhindern, und damit durch Rückfallvermeidung zur Prävention beiträgt und weil er durch erfolgreiche Behandlungsprogramme aktiven Opferschutz leistet.

(Monika Wörmer-Zimmermann
[SPD]: Wer hat ihr das denn aufgeschrieben?)

- Ich habe heute mit großem Respekt den Mitgliedern dieses Hauses zugehört. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir auch zuhören würden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese Landesregierung ist sich dessen sehr wohl bewusst. Deshalb wird es unter dieser Landesregierung keine Maßnahmen geben, die zu einer Gefährdung der Sicherheit im Strafvollzug führen könnten. Im Gegenteil: Diese Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Lage der Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst weiter zu verbessern, und das wird sie auch erreichen.

(Heidrun Merk [SPD]: Wie denn?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der von der Landesregierung beschlossene Einstellungsstopp steht zu dieser Aussage nicht im Widerspruch. Die in dem vorliegenden Antrag formulierte Sorge, die hohen Sicherheitsstandards des niedersächsischen Justizvollzuges könnten durch den Einstellungsstopp beeinträchtigt werden, wenn der allgemeine Justizvollzugsdienst hiervon nicht ausgenommen würde, ist unbegründet, Frau Bockmann. Eine solche Ausnahme ist nach der gegenwärtigen Beschlusslage gar nicht erforderlich. Von dem Einstellungsstopp sind nämlich - und zwar nicht nur bedingt - neben den Lehrkräften im Schulbereich und den Polizeivollzugsbeamten im Ergebnis auch alle Einstellungen von Nachwuchskräften des allgemeinen mittleren Justizvollzugsdienstes zum Zwecke der Ausbildung sowie die Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter dieser Laufbahn in das Beamtenverhältnis auf Probe ausdrücklich ausgenommen.

(Zustimmung von Heidrun Merk
[SPD])

Deshalb wird es im mittleren Justizvollzugsdienst, also in dem Bereich, in dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ihre ständige Präsenz und Aufmerksamkeit, aber auch als unmittelbare Ansprechpartner der Gefangenen die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten garantieren, in Folge des Einstellungsstopps keinerlei Einschränkungen geben. Nur vorsorglich möchte ich darauf hinweisen, dass die Landesregierung in keinem Bereich des Justizvollzuges personelle Einschränkungen hinnehmen würde, die zu einer Verringerung des Sicherheitsstandards in den Justizvollzugsanstalten führen könnten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die zum Einstellungsstopp erlassenen Regelungen sehen vor, dass der Finanzminister weitere Ausnahmen zulassen kann. Ich versichere Ihnen, dass ich mich mit Nachdruck für solche Ausnahmen einsetzen werde, wenn die Sicherheit des Vollzuges oder unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger auf dem Spiel steht.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im niedersächsischen Justizvollzug gelten hohe Sicherheitsstandards. Ich meine, dass der Dank dafür allen Fraktionen im Niedersächsischen Landtag gebührt, die die erreichten Verbesserungen mitgetragen und durch konstruktive Beiträge angeregt haben. Wir sollten auch in Zukunft daran festhalten, gerade in diesem Politikfeld, soweit es irgend geht, gemeinsame Positionen zu formulieren. Ich gehe davon aus, dass die Ausschussberatungen zeigen werden, ob das mit dem vorliegenden Antrag möglich ist. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Biester.

Dr. Uwe Biester (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion! Wer eine These aufstellt, die lautet, der verfügte sofortige Einstellungsstopp gefährde die Sicherheit in den niedersächsischen Vollzugsanstalten, und wer diese Arbeitsthese dann nicht auf ihre Richtig-

keit hin überprüft, indem er zum Telefonhörer greift, im Justizministerium anruft, sich mit der Frau Ministerin oder dem Herrn Staatssekretär verbinden lässt, sondern wer stattdessen auf eine solche ungeprüfte These einen veritablen Entschließungsantrag formuliert, der geht ein gewisses Risiko ein.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dieses gewisse Risiko, meine Damen und Herren, hat sich jetzt, wie Sie aus der Antwort der Frau Ministerin erfahren haben, für Sie realisiert. Sie haben erfahren dürfen, dass der Einstellungsstopp keine Auswirkungen auf den niedersächsischen Strafvollzug hat, dass die Anwärter, wenn sie ihre Anwärterzeit beendet haben, übernommen werden, denn der Einstellungsstopp ist keine Wiederbesetzungssperre, und dass auch neue Anwärter eingestellt werden. Wenn das so ist, dann fragen wir uns natürlich, Frau Bockmann: Warum tun Sie so etwas? Kommt hier vielleicht ein finanzpolitischer Ansatz zum Tragen? - Nach dem Motto: Hoppla, da sind ein Einsparvorschlag oder eine Maßnahme, die zu Einsparungen führen könnten. Jetzt reagieren wir nach einem gewissen Ritual, das da lautet: Wir sind ja dafür, dass gespart wird, aber doch bitte nicht an dieser oder jener Stelle. - Oder, Frau Bockmann, ist es tatsächlich die Sorge um den niedersächsischen Strafvollzug? - Wenn es letzteres ist, was ich Ihnen durchaus abnehmen möchte, dann lassen Sie sich sagen: Der niedersächsische Strafvollzug ist bei dieser Landesregierung und der CDU-Fraktion in den allerbesten Händen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist - darauf haben Sie indirekt hingewiesen - die CDU-Landtagsfraktion, die für die Themen Sicherheit und Ordnung steht, die dafür steht, dass mehr Polizisten eingestellt werden, und das wird umgesetzt, wie Sie gehört haben. Damit stehen wir logischerweise auch dafür, dass eine effiziente Justiz vorhanden ist und dass es einen sicheren Strafvollzug gibt.

Bei der Gelegenheit möchte ich hinzufügen: Nach der Landtagswahl, aber vor der Konstituierung des Landtages sind zwei Häftlinge aus Salinenmoor ausgebrochen. Unmittelbar nach ihrer Vernehmung ist die Ministerin in der ersten Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen persönlich erschienen und hat über diesen Ausbruch,

seine Ursachen und Maßnahmen, die man ergreifen will, berichtet.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das hat der Minister auch gemacht!)

Ich meine sagen zu können, dass das ein deutliches Zeichen und Signal dafür ist - das sollten Sie zur Kenntnis nehmen -, welchen Stellenwert der Strafvollzug für diese Ministerin und diese Landesregierung hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insofern, Frau Bockmann, sollten wir eines feststellen: Ihr Antrag ist zu keinem Zeitpunkt begründet gewesen. Er war von Anfang an überflüssig.

(Norbert Böhlke [CDU]: Richtig!)

Deshalb ist auch eine sofortige Abstimmung keine Lösung. Es gibt nur eine Lösung: Erkennen Sie an, dass Sie sich geirrt haben. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass alles in Ordnung ist. Nehmen Sie diesen Antrag deshalb zurück.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Das Wort erteile ich jetzt dem Abgeordneten Lehmann.

Carsten Lehmann (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Spätestens durch die Antwort der Ministerin ist dieser Antrag erledigt. Von Jurist zu Juristin: Wenn es ein Auslegungsproblem gegeben hätte, wie diese Formulierung in der Koalitionsvereinbarung zu verstehen ist, hätte eine Rücksprache mit dem Ministerium für Klarheit gesorgt. Warum das nicht geschehen ist, weiß ich nicht. Vielleicht kann man dadurch hier ein bisschen Stimmung machen. Das trägt zwar nicht zur Sache, aber vielleicht zur Erheiterung des einen oder anderen bei und zieht den Tag noch ein bisschen mehr in die Länge.

Wir alle sind uns offensichtlich darüber einig - quer durch die Parteien -, dass die JVAen ein besonders sensibler Bereich sind, um den wir uns kümmern müssen, und dass wir für ein höchstmögliches Maß an Sicherheit in den JVAen sind. Wenn wir schon bei diesem Thema sind, dann sollten wir uns auch einmal darüber Gedanken

machen, ob die Bediensteten, die zurzeit in den JVAen beschäftigt sind, immer so glücklich mit ihrer Besoldung sind. Denn - das werden Sie sicherlich wissen - es taucht ja oft die Frage auf, ob die Stellenplanobergrenzen gerade im Bereich des mittleren Dienstes ausgeschöpft werden. Das sollte im Ausschuss erörtert werden. Diese Anregung gebe ich gern von hier aus.

Wenn wir uns darüber unterhalten, welche Standards wir in unseren JVAen brauchen - ich nehme die beiden neuen JVAen, die wir demnächst haben werden, heraus -, dann sollten wir uns auch überlegen, ob wir alles, was wir in den Justizvollzugsanstalten machen, durch die Landesverwaltung bzw. durch den Staat tun sollten. Wir sollten uns überlegen, ob wir über den Ausschuss einmal prüfen und dann eine Anregung an das Ministerium geben, welche Aufgaben privatisiert werden könnten und welche Aufgaben überhaupt in einer JVA wahrgenommen werden müssen. Ich meine nicht den sicherheitsrelevanten Bereich - damit hier kein Missverständnis entsteht -, der ist außen vor. Dazu brauchen wir ohne Frage die Staatsgewalt. Aber es gibt sicherlich viele andere Bereiche, die wir nicht alle im Rahmen des Staatsmonopols betrachten müssen. Dabei ergeben sich sicherlich auch zusätzliche Einsparungsmaßnahmen, die wir dann möglichst 1 : 1 in den sicherheitsrelevanten Bereich investieren sollten.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich schlicht und ergreifend, dass Ihr Antrag unnötig war. Die Antwort ist gegeben. Die Anregungen, die ich eben gegeben habe, sollten wir allerdings weiter verfolgen. Eine direkte Abstimmung brauchen wir allerdings erst recht nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu Wort hat sich jetzt der Abgeordnete Briese gemeldet.

Ralf Briese (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kann dem Antrag der Fraktion der SPD durchaus viel abgewinnen, denn es kann nicht sein, dass die vielfach überbelegten Gefängnisse mit dem schlecht bezahlten Vollzugsbedienstetenpersonal personell noch weiter ausgedünnt werden. Wir haben jetzt

zwar von der Justizministerin das Gegenteil gehört, und wir werden sie natürlich auch beim Wort nehmen und hoffen, dass das, was gesagt wurde, stimmt. Aber ansonsten leisten Sie, meine Damen und Herren von der CDU, keinen Beitrag zur inneren Sicherheit, die Ihnen doch sonst immer so wichtig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch von Norbert Böhlke [CDU])

Vielmehr verschärfen Sie die Probleme. Überfordertes und demotiviertes Personal in den Gefängnissen, das wir schon heute vielfach haben, ist der falsche Weg, wenn man es ernst meint mit mehr Opferschutz. Denn der beste Opferschutz ist neben einer guten Prävention die umfängliche und nachhaltige Resozialisierung der Täter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu brauchen wir qualifiziertes Personal in den Haftanstalten. Denn die schlichte und oftmals un-kreative Verwahrung von Strafgefangenen führt diese eben nicht zurück auf den Pfad der Tugend. Und dahin wollen wir sie schließlich bringen.

Wir müssen die Rückfallquoten mit intelligenten Konzepten reduzieren. Damit werden wir potenziellen Opfern und den Tätern besser gerecht. Daher ist eine weitere Ausdünnung des Justizvollzugspersonals in seiner Wirkung kontraproduktiv. Es wäre schön gewesen, wenn sich die SPD bereits in der letzten Legislaturperiode um eine nachhaltige Verbesserung und Qualifizierung des Personals in den Gefängnissen bemüht hätte. Wir haben das mehrfach eingefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulrich Biel [SPD]: Das haben wir!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch kurz etwas zur Situation in den niedersächsischen Haftanstalten sagen. Die tendenzielle Überbelegung hat etwas mit wenig intelligentem Strafvollzug zu tun. Natürlich muss die Gesellschaft vor Mördern, Sexualstraftätern und Gewaltverbrechern geschützt werden. Unsere Gefängnisse sind aber voll von Kleinkriminellen, die wir auf anderem Wege besser bestrafen könnten. Insbesondere die Ersatzfreiheitsstrafen müssen deutlich reduziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Grünen machen sich für einen ganzheitlichen Ansatz in der Kriminalitätsbekämpfung stark: Prä-

vention, Verfolgung, Opferschutz, Resozialisierung und natürlich auch Sicherung. Wir müssen weiter auf Täter-Opfer-Ausgleich, auf Haftvermeidungsstrategien und auf Entkriminalisierung setzen, um die Vollzugsanstalten zu entlasten und dadurch bessere Haftbedingungen zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Koalitionsvertrag haben Sie noch verkündet - die Kollegin Bockmann hat es angesprochen -, die Situation der Bediensteten im allgemeinen Justizvollzug solle verbessert werden. Jetzt machen Sie das genaue Gegenteil. Die Halbwertszeit von Koalitionsverträgen wird immer kürzer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Bockmann hat es ebenfalls angesprochen. Zwei neue JVAen - Sehnde und Göttingen - sind 2004 fertig gestellt, zwei in unseren Augen fragwürdige Investitionsprojekte. Nun aber wurden sie gebaut. Wie wollen Sie die eigentlich personell besetzen? Mit den freien Kapazitäten aus den Bezirksregierungen?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ein absoluter und sofortiger Einstellungsstopp im Justizvollzugsdienst würde die schon heute vorhandene desolante Situation dort verschärfen. Wir nehmen also die Justizministerin beim Wort, dass dies nicht stattfinden wird, und werden ihr genau auf die Finger schauen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu Wort hat sich noch einmal die Abgeordnete Frau Bockmann gemeldet.

Heike Bockmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Beitrag des Kollegen Herrn Dr. Biester steht fest: Sie scheinen mit Ihrer eigenen Argumentation doch zumindest in eine Zone des Zweifels zu geraten.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir haben hier von einer Garantieerklärung für die Zukunft gehört. Uns geht es in erster Linie um die Neueinstellungen für die Kräfte ab 1. Juli. Wenn der Kollege Herr Dr. Biester hier ausführt, dass wir doch bitte bei der Frau Justizministerin oder bei

dem Herrn Staatssekretär anrufen mögen, dann frage ich Sie: Was sollen denn die künftigen Bediensteten machen? Sollen die jeweils bei der Justizministerin anrufen, um Bescheid zu bekommen, was los ist? Genau darum geht es der SPD-Fraktion. Wir wollen ein Signal setzen, ein Signal, das in der Öffentlichkeit bisher so verstanden wurde: Einstellungsstopp mit Ausnahme der Lehrerinnen und Lehrer und Polizistinnen und Polizisten. - Wir aber wollen den Justizvollzug mit berücksichtigt wissen. Das muss in der Öffentlichkeit deutlich werden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Dr. Biester!

Dr. Uwe Biester (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Parlament sollte doch ein Ort sein, um sich auszutauschen. Wenn man sich austauschen soll, dann sollte man zuhören und einmal das zur Kenntnis nehmen, was die Landesregierung hier gesagt hat.

Herr Briese, bei allem Respekt, Sie haben Ihre erste Rede gehalten. Aber auch wenn Sie sich vorbereitet haben, sollten Sie das zur Kenntnis nehmen, was die Ministerin gesagt hat, und sollten nicht immer wieder in den Raum stellen, dass ein Einstellungsstopp gelte und nicht neu eingestellt werde.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das habt ihr 13 Jahre lang gemacht!)

Die Situation ist doch nun völlig eindeutig geklärt. Es gibt eine eindeutige Aussage. Der Antrag war zu keinem Zeitpunkt begründet, Frau Bockmann.

(Widerspruch von Heike Bockmann [SPD])

Deshalb noch einmal meine Bitte: Tun Sie uns das nicht an, über solche Dinge weiterhin diskutieren zu müssen, obwohl das geklärt ist. Ich fordere Sie noch einmal auf: Nehmen Sie Ihren Antrag zurück!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Fraktion der SPD hat für ihren Antrag in der

Drucksache 51 sofortige Abstimmung beantragt. Die CDU-Fraktion hat dem schon widersprochen.

Ich frage jetzt, wer einer Ausschussüberweisung zustimmt. - Da jetzt Ausschussüberweisung beantragt ist, fahre ich fort. Wer dafür ist, dass der Antrag federführend an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und mitberatend an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie an den Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ überwiesen wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

(David McAllister [CDU]: Na also!)

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10, die ich vereinbarungsgemäß zusammen aufrufe:

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

VW-Gesetz erhalten - VW-Standorte bundesweit schützen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/52

und

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

Niedersachsen steht zum VW-Gesetz - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/56 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/88

Die Fraktionen haben signalisiert, dass sie die zweite Beratung unmittelbar anschließen möchten, und haben dazu in der Drucksache 88 einen gemeinsamen Änderungsantrag vorgelegt. Zur Einbringung hat der Abgeordnete Hermann von der FDP um das Wort gebeten.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Zu unserer Initiative?)

- Es sind zwei Anträge. Der Änderungsantrag ist ein gemeinsamer Antrag.

Als Erster hat Herr Hermann das Wort.

(Unruhe)

Wolfgang Hermann (FDP):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren!
Die FDP-Fraktion respektiert das VW-Gesetz.
Volkswagen ist das bedeutendste Unternehmen
und der bedeutendste Arbeitgeber dieses Landes.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zurufe bei der SPD)

- Genau; Sie werden das gleich hören. - Daher
muss diesem Unternehmen höchste Aufmerksamkeit
zukommen. Wer aber Ja zu VW sagt, der muss
auch Ja zum Automobil sagen.

(Zuruf von Rebecca Harms [GRÜ-
NE])

Frau Harms, eine Politik, die einseitig darauf aus-
gelegt ist, das Auto zu behindern, konterkariert
unseren Versuch, VW zu unterstützen.

(Sigmar Gabriel [SPD] meldet sich zu
einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Hermann, der Abgeordnete Gabriel hat sich
zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Wolfgang Hermann (FDP):

Bitte schön. Über Automobile können wir gut re-
den, Herr Gabriel.

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Kollege Hermann, ich habe nur eine Frage.
Sie sagen, Sie respektierten das VW-Gesetz. Tre-
ten Sie dann wegen der Wichtigkeit des Unter-
nehmens, die Sie hier soeben deutlich gemacht
haben, dafür ein, dass die Aufforderung der FDP,
die Volkswagen-Anteile zu verkaufen, aus Ihrem
Programm gestrichen wird?

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Hermann (FDP):

Herr Gabriel, Sie haben das nicht richtig gelesen;
die Koalitionsvereinbarung haben Sie auch nicht
gelesen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ich kenne Ihr
Programm!)

- Okay. Wir reden jetzt über die Koalitionsverein-
barung.

(Widerspruch bei der SPD)

- Moment. Es steht auch so nicht im Programm.
Wir können uns ja später unterhalten. Wir haben
also gesagt, dass es auch langfristig - - -

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Es steht so nicht im Programm, Herr Gabriel. -
Besonders in einem Flächenland - Sie kommen aus
Goslar; das ist ja Fläche; ich kenne das, Herr Gab-
riel - brauchen wir die Mobilität auf der Straße.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Gerade
Goslar!)

Wenn wir verhindern wollen, dass die Menschen in
dieser Fläche wirtschaftlich und kulturell nicht
benachteiligt werden, dann müssen wir zur Mobi-
lität Ja sagen. Da spricht sich die FDP-Fraktion
ganz klar für eine Gleichwertigkeit der Verkehrs-
mittel aus. Wir wollen keine Bevormundung der
Bürger. Frau Harms, Sie sagen „Wir bestimmen,
wie die von A nach B kommen“. Das soll der Bür-
ger selber bestimmen.

(Beifall bei der FDP - Rebecca Harms
[GRÜNE]: Herr Hermann, ich fahre
VW! - Weitere Zurufe von der SPD
und von den GRÜNEN)

- Darüber werden wir gleich noch diskutieren.

(Anhaltende Zurufe - Bernd Althus-
mann [CDU]: Es ist unerträglich! -
Glocke der Präsidentin)

- Nun lassen Sie uns doch mal einfach hier - - -

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Meine Damen und Herren, kommen Sie zur Ruhe
und lassen Sie Herrn Hermann seine Ausführungen
fortsetzen.

Wolfgang Hermann (FDP):

Sie werden das doch wohl verstehen, wenn ein
Unternehmer spricht, der sich mit Arbeitskräften
auskennt, der sich in der Ausbildung auskennt und
der weiß, was Fläche ist, was es bedeutet, von Dorf
zu Dorf oder in die Stadt zu kommen.

So sehr wir die interfraktionelle Entschließung
zum VW-Gesetz begrüßen, so sehr wünschen wir
uns, dass interfraktionell dafür gesorgt wird, dass
der Verkehr auch immer läuft

(Lachen bei der SPD)

und läuft und läuft, Herr Gabriel.

An die Adresse der EU muss eine klare Kritik aufgrund des langen und schleppenden Entscheidungsprozesses gerichtet werden. Die VW-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter - das muss man schon sagen; das kenne ich übrigens auch - benötigen Sicherheit über ihre eigene Zukunft. Das ist schon richtig. Die Unternehmen - das müssen Sie einfach wissen - müssen Klarheit haben. Gemeinsam mit der Bundesregierung müssen wir nun unsere ganze Energie einsetzen - da haben Sie uns auf Ihrer Seite -, um die Auswirkungen der Entscheidung der EU-Kommission zu minimieren und die Zukunft von VW in diesem Land zu sichern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Dinkla!

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt eine gute Rede!)

Hermann Dinkla (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema VW-Gesetz ist im Hinblick auf die immer wieder von der EU entfachte Diskussion um die Zukunft dieses Rechtsrahmens über die Jahre hinweg Thema auch in diesem Hause gewesen. Aber das jetzige Begründungsbegehren der Europäischen Union vom 19. März 2003 hat gegenüber den bisherigen Diskussionsprozessen doch eine neue Dimension.

Deshalb begrüße ich es, dass es im Ergebnis gelungen ist, eine Gemeinsamkeit aller Fraktionen des Landtages zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich verhehle aber nicht, meine Damen und Herren, dass ich wenige Wochen nach der Landtagswahl die SPD-Fraktion daran erinnern möchte, dass die irreführenden Behauptungen, die CDU-Fraktion wolle nicht zum VW-Gesetz stehen, wolle Anteile des Landes verkaufen, für uns eine Zumutung waren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, sehe ich die heutige Gemeinsamkeit auch als ein Stück Wiedergutmachung an, dass die Anwürfe gegen die CDU-Fraktion ungerechtfertigt waren.

(Beifall bei der CDU)

Das VW-Gesetz wurde 1961 von einer CDU-geführten Bundesregierung eingeführt und hat seit 43 Jahren segensreiche Wirkungen entfaltet. Das Gesetz darf nicht rechtsdogmatischen Überlegungen der EU zum Opfer fallen. Wenn man die Abhängigkeit der ca. 3 000 Zulieferer mit einberechnet, geht es um das Schicksal hunderttausender Arbeitnehmer. Wir alle hier im Plenum wissen auch um die strukturpolitische Bedeutung der VW-Standorte im Land.

Im Zusammenhang mit der ohnehin dramatischen wirtschaftlichen Lage, in der viele Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz bangen, muss das VW-Gesetz umso energischer verteidigt werden. Ich freue mich, dass in diesem wichtigen Punkt eine breite Zustimmung des Parlaments abseits des üblichen Parteizänks erreichbar scheint. Wir wissen um die Bedeutung des VW-Gesetzes. Aber wir wissen auch, dass die Politik allein die Arbeitsplätze in Unternehmen nicht sichern kann, sondern dass in einem harten Branchenwettbewerb das Unternehmen selbst den entscheidenden Beitrag liefern muss, um die Wettbewerbsfähigkeit, um die Arbeitsplätze zu sichern.

Über die Beteiligung des Landes wollen wir die Standorte sichern, erweitern und ausbauen. Dazu hat das VW-Gesetz eine gute Wirkung entfaltet. Ich glaube, das wird auch von allen Fraktionen im Hause so gesehen. Daher wollen wir die Beibehaltung des Vollmachtsstimmrechts, des limitierten Höchststimmrechts und die Anwendung der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat.

Die Behauptungen der Europäischen Kommission, dass einige Bestimmungen des VW-Gesetzes ausländische Investoren abschrecken könnten und somit gegen den freien Kapitalverkehr und die Niederlassungsfreiheit verstoßen würden, sind einfach nicht zu halten und werden von uns auch nicht geteilt.

Bezüglich des Höchststimmrechtes will ich hier auch noch den Gedanken der Volksaktie ansprechen, was auch für ein Mitspracherecht vieler Aktionäre spricht. Es begründet keinen spezifischen Einfluss des Staates und auch kein staatliches Pri-

vileg. Nach meiner Auffassung werden ausländische Investoren nicht diskriminiert.

Bezüglich des Rechtes des Landes Niedersachsen, zwei Aufsichtsratsmitglieder zu entsenden, kennen wir die Ausgangssituation, meine Damen und Herren. Das Land Niedersachsen besitzt noch knapp unter 20 % der Aktien. Die Entsendung von zwei Aufsichtsratsmitgliedern insgesamt erscheint also relativ zu der Gesamtzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates nicht überzogen.

Bezüglich der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat zur Errichtung und Verlegung von Produktionsstätten glaube ich, dass das ein wichtiges Moment ist, auf das wir in Niedersachsen immer großen Wert gelegt haben. VW ist kein Staatsbetrieb und kein Staatsunternehmen, was quasi als Makel empfunden werden müsste. Die Verantwortung des Landes für VW ist nach meiner Auffassung eine besondere Chance für das Unternehmen und keinesfalls eine Belastung. Schon gar nicht werden Barrieren errichtet, die den freien Kapitalverkehr beeinträchtigen.

Deshalb sollten sich die im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen einmütig gegen die EU-Bestrebungen aussprechen, die massiv gegen den Erhalt des VW-Gesetzes gerichtet sind. Die Bestimmungen im VW-Gesetz, das im Übrigen mehrfach geändert worden ist, sind nach unserer Überzeugung mit der gemeinschaftsrechtlich vereinbarten Kapitalverkehrs- und Niederlassungsfreiheit im Sinne der Artikel 56 und 43 des EG-Vertrages vereinbar.

Wir unterstützen mit allem Nachdruck die intensiven Verhandlungen der Landesregierung und den persönlichen Einsatz des Ministerpräsidenten, der in enger Abstimmung mit der Bundesregierung alle Möglichkeiten nutzt, um eine Fehlentscheidung der Europäischen Kommission zu verhindern.

Eine breite Zustimmung zu dem vorliegenden Entschließungsantrag, meine Damen und Herren, sollte das Signal nach Brüssel sein, dass die Position der Landesregierung einmütig unterstützt wird. Deshalb beantrage ich, dass wir über den Antrag, der allen vorliegt, sofort abstimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Als Nächster spricht der Abgeordnete Oppermann.

(Zuruf von der SPD: Dreimaliger Anlauf!)

Thomas Oppermann (SPD):

Ich habe dreimal einen Anlauf gemacht, um zu reden, weil die Initiative für diesen fraktionsübergreifenden Antrag von der SPD-Fraktion ausgegangen ist und weil ich deshalb dachte, ich könnte den Antrag auch einbringen. Aber es ist in Ordnung, wenn die beiden Kollegen von der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion vor mir gesprochen haben. Es gibt mir Gelegenheit, darauf einzugehen.

Zweierlei ist an dieser Debatte erfreulich. Erstens. Es ist uns gelungen, einen gemeinsamen Antrag zustande zu bringen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Zweitens ist erfreulich, dass Herr Hermann hier für die FDP-Fraktion erklärt hat, sie wolle künftig die Gesetze respektieren.

(Hermann Eppers [CDU]: Das ist doch unnötige Schärfe, Herr Kollege Oppermann! - Ursula Körtner [CDU]: Sie haben doch auch nicht immer alle Gesetze respektiert! Sie schon gar nicht! - Weitere Zurufe)

- Ich wollte nur sagen: Ein bisschen missverständlich ist das schon. Denn auch die Gesetze, die Ihnen nicht gefallen mögen, haben Sie zu respektieren. Sie können die dann zwar ändern. Bezüglich des VW-Gesetzes haben Sie ja - ich hätte gar nicht darüber gesprochen; aber weil dieser Satz von Herrn Hermann so gefallen ist, muss man natürlich darauf eingehen - in Ihrem Wahlprogramm versprochen, dass Sie, wenn Sie in eine Regierungsmehrheit kommen, die Anteile des Landes Niedersachsen an Volkswagen veräußern wollen.

(Zuruf von der FDP: Das stimmt nicht!)

- Das steht wörtlich darin. Das kann ich Ihnen gleich vorlesen.

(Hermann Eppers [CDU]: Eben freuen Sie sich noch über einen gemein-

samen Antrag! Jetzt wird wieder gezündelt!

Diese Aussage ist auf dem Weg vom Wahlprogramm zur Koalitionsvereinbarung verloren gegangen. Ich finde das nicht ehrenrührig. Sie haben einen Kompromiss gemacht. Man muss in der Politik auch Kompromisse machen, wenn man eine Regierung bilden will. Herr Wirtschaftsminister Hirche, es ist nicht ehrenrührig, dass Sie sich bezüglich VW mit Herrn Wulff in der Koalitionsvereinbarung verständigt haben. Ich frage mich aber gleichwohl, was Sie als jemand, der im Wahlkampf immer wieder erklärt hat, Sie würden die VW-Aktien verkaufen und die Erlöse in einen Innovationsfonds des Landes Niedersachsen einstellen - das zeigt übrigens, dass Sie nicht richtig informiert sind; denn die Erlöse aus einem möglichen Verkauf müssen ganz überwiegend an die VW-Stiftung abgeführt werden, wie es auch der Bund getan hat, als er im Jahre 1988 seinen 20-prozentigen Anteil veräußert hat -, persönlich bewogen hat, in den Aufsichtsrat von Volkswagen zu gehen. Ich bin wirklich gespannt darauf, was Sie dazu zu sagen haben; denn als Aufsichtsratsmitglied vertreten Sie ja die Interessen eines Eigentümers, den es Ihrer Auffassung nach eigentlich gar nicht geben dürfte.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich, wie Sie das machen wollen. Ich weiß nicht, was Sie gelockt hat. Vielleicht wollen Sie das Unternehmen auch auskundschaften, um es hinterher besser verkaufen zu können. Oder es waren die Aufwandsentschädigungen.

Ich bin froh darüber, dass Sie, Herr Ministerpräsident, diese Sache zur Chefsache gemacht haben. Ich habe auch für die zukünftige Behandlung dieser Angelegenheit die Bitte, dass Sie in diesem Fall nicht Herrn Hirche agieren lassen, obwohl er Wirtschaftsminister ist, sondern alles selbst machen, dass also ausschließlich die Staatskanzlei diesen Fall behandelt, nicht aber das Wirtschaftsministerium.

(Beifall bei der SPD - Hermann Eppers [CDU]: Jetzt reicht's aber langsam hin!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Oppermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eppers?

Thomas Oppermann (SPD):

Ja, bitte, eine Zwischenfrage.

Hermann Eppers (CDU):

Herr Kollege Oppermann, halten Sie Ihre überzogene Schärfe und Ihre rückwärts gewandte Darstellung für geeignet, unsere Gemeinsamkeit bezüglich VW und unserer VW-Standorte zum Ausdruck zu bringen?

(Beifall bei der CDU)

Thomas Oppermann (SPD):

Herr Eppers, ich komme ja zur Gemeinsamkeit zurück. Dass hier ein bisschen Misstrauen gegenüber einem Minister entsteht, der Aktien verkaufen will und hinterher im Aufsichtsrat vertreten sein soll, müssen Sie doch verstehen.

(Hermann Eppers [CDU]: Geht es der SPD nun um die Standorte und das Unternehmen oder nicht? Das muss ich wissen!)

- Uns geht es um die Standorte. Volkswagen ist die ökonomische Lebensader Niedersachsens. Ich glaube, dass ich das nicht weiter auszuführen brauche. 90 000 Arbeitsplätze stehen in Niedersachsen auf dem Spiel, 150 000 in Deutschland insgesamt. Volkswagen ist nicht nur so etwas wie ein erfolgreiches Exempel, sondern auch Symbol für eine erfolgreiche soziale Marktwirtschaft. Es scheint in Brüssel neoliberale Kräfte zu geben, die nicht nachvollziehen können, dass in einem Unternehmen wie Volkswagen auf der einen Seite Profitabilität, also auch das Vorhandensein rentabler Arbeitsplätze, und auf der anderen Seite auch soziale Verantwortung in Einklang miteinander gebracht werden können. Das passiert, weil bei Volkswagen die Unternehmensleitung und auch der Aufsichtsrat die Gewerkschaften und den Betriebsrat nicht als Gegner, nicht als Feind betrachten, sondern als Partner. Das funktioniert in einem Unternehmen, das tarifpolitisch und arbeitsmarktpolitisch innovativ ist - „5 000 mal 5 000“ -, das auch für die regionale Entwicklung der Standorte Verantwortung übernimmt und das trotz allem aber auch Gewinne erwirtschaftet. Die Volkswagen AG hat im vergangenen Jahr 40 Millionen Euro an die VW-Stiftung für das niedersächsische Vorab abgeführt.

Das ist ein Stück erfolgreiche soziale Marktwirtschaft. Diese wird gesichert durch das VW-Gesetz.

Beim VW-Gesetz geht es nämlich nicht um den freien Kapitalverkehr. Der sollte - als das Gesetz 1960 zu Stande gekommen ist - in keiner Weise geregelt werden. Es ging um die Privatisierung von Volkswagen. Es ging um die Volksaktie, die eingeführt werden sollte, und es ging um die Gründung der Stiftung. Diese Maßnahmen sollte das VW-Gesetz sichern. Deshalb sind die Angriffe aus Brüssel unbegründet. Deshalb ist es gut, dass wir uns hier angesichts der Uneinigkeit in der Kommission in Brüssel mit großer Geschlossenheit zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke, Herr Oppermann. - Herr Hagenah, Sie haben das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag stellen alle Fraktionen hier im Landtag fest, dass sie hinter dem VW-Gesetz stehen und der Meinung sind, dass dieses VW-Gesetz nicht gegen europäisches Recht verstößt. Das ist unserer Meinung nach eine Menge mehr, als das VW-Gesetz nur zu respektieren. Damit sind wir offensive Verteidiger dieses Gesetzes und sagen, dass wir mit diesem Gesetz gegenüber der Europäischen Union und gegenüber dem Bund auch offensiv auftreten wollen. Ich bin froh darüber, dass wir alle in diesen gemeinsamen Antrag eingebunden sind. Das ist noch einmal eine doppelte Sicherung, da ein Koalitionsvertrag immer ein fortzuschreibendes Produkt ist. Ich glaube, mit der Beschlussfassung hier im Plenum wird der Schlusspunkt hinter die Debatte über dieses Thema gesetzt, nachdem es vom jetzigen Wirtschaftsminister in vielen Wahlkampfveranstaltungen ganz anders nach vorn gebracht worden ist. Wenn es sich denn besser rechnet, kann man aus seiner Sicht VW tatsächlich wieder diskutieren. Man muss darüber nachdenken, was das heißt. Koalitionsverträge werden ja, wie gesagt, fortgeschrieben. Über die Finanzen des Landes haben wir heute bereits gesprochen.

Was bedeutet das denn? - Der zweite gute Schutz, den wir VW angedeihen lassen können, ist ein guter Börsenwert. Dass wir im Augenblick so über das VW-Gesetz diskutieren müssen, liegt daran, dass VW derzeit eigentlich unternotiert ist. Wir gehen davon aus, dass sich das wieder ändern wird.

Wird sich dann auch die Position dieses Hauses ändern?

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Die der FDP bestimmt!)

Wir sind der Meinung, dass wir mit einer Beschlussfassung auch hinter diese Spekulation einen Schlusspunkt setzen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute mit einer gemeinsamen Entschliebung und einer sofortigen Abstimmung eine klare Positionierung vornehmen.

Übrigens sind wir, Herr Ministerpräsident, durchaus offen für eine Diskussion über einige Stellen des VW-Gesetzes; denn es darf nicht einmal der Anschein entstehen, dass hier ein staatliches Sonderstimmrecht existiert. An der Frage, ob wir auf eine gesetzliche Aufsichtsratsgarantie für das Land in ihrer jetzigen Form Wert legen müssen oder ob wir diesbezüglich das normale Aktienrecht gelten lassen können, soll es meiner Meinung nach nicht scheitern, wenn das in den Verhandlungen mit der EU-Kommission dazu beiträgt, zu einer schnellen Anpassung zu kommen. Schon der böse Anschein allein sollte in der Auseinandersetzung mit Brüssel vermieden werden, um hier keine Flanke zu bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns im Interesse der Arbeitsplätze in Niedersachsen also gemeinsam an einem Strang ziehen und mit der Bundesregierung gemeinsam die notwendigen Schritte zur Erhaltung und zum Schutz der Arbeitsplätze in unserem Land unternehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lenz!

Günter Lenz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie bitte auch mich noch einige Anmerkungen zum Thema VW-Gesetz machen. Als ich gestern bei der Betriebsversammlung von VW hier in Hannover vor ca. 7 000 Beschäftigten angekündigt habe, dass der Niedersächsische Landtag heute voraussichtlich einen gemeinsamen Antrag betreffend Erhalt des VW-Gesetzes verabschieden wird, hat die Belegschaft dies mit einem lang anhaltenden Beifall quittiert. Das macht deutlich, dass 90 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei

VW in Niedersachsen die Bedeutung dieses Gesetzes anerkannt haben und auch wissen, wie wichtig dieses Gesetz für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze ist.

Besonders freue ich mich darüber - das ist hier auch schon zum Ausdruck gekommen -, dass auch die FDP-Fraktion diesen Antrag mit unterstützt. Das VW-Gesetz bietet aber ein bisschen mehr als nur einen Schutz vor einer möglichen feindlichen Übernahme bzw. der Sicherung eines Einflusses des Landes Niedersachsen auf das Unternehmen. Das VW-Gesetz ist auch die Basis für die jahrzehntelange Entwicklung einer kooperativen Konfliktbewältigung bei VW und auch der entsprechenden Mitbestimmungspraxis. Herr Dinkla, das, was Sie als segensreiche Entfaltung des VW-Gesetzes bezeichnen, ist das, was wir bei Volkswagen seit vielen Jahren praktizieren.

Herr Rösler, im Gegensatz zu Ihrem Parteivorsitzenden, der ja sagt, dass die Gewerkschaften eine Plage für das Land seien und abgeschafft oder zumindest in ihrem Einfluss reduziert werden müssten, haben wir bei Volkswagen auf der Basis des VW-Gesetzes eine entsprechend innovative Tarifpolitik gestaltet, wie z. B. den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung vor rund zehn Jahren, durch den 30 000 Entlassungen vermieden werden konnten.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch der viel zitierte Tarifvertrag „5 000 mal 5 000“, der gerade dazu geführt hat, dass in Wolfsburg 3 500 Arbeitslose von der Straße gekommen sind und wieder einen Arbeitsplatz gefunden haben. Darüber hinaus arbeiten wir täglich daran, dass es bei Volkswagen zahlreiche betriebliche Bündnisse für Arbeit gibt, und zwar, Herr Ministerpräsident, betriebliche Bündnisse für Arbeit gerade, weil wir bei Volkswagen eine starke IG Metall haben. Das geht nämlich nur mit einer starken Gewerkschaft und nicht, wie einige von Ihnen es wollen, ohne eine Gewerkschaft.

(Beifall bei der SPD)

Das VW-Gesetz ist mittlerweile auch für 325 000 Beschäftigte innerhalb des Konzerns in 14 Ländern dieser Welt zu einem Exportschlager geworden. Ich glaube, es steht unserem Land gut zu Gesicht, dass wir das Volkswagenmodell mittlerweile auch in diese Länder getragen haben und dort auch entsprechend praktizieren. In Brasilien sind bei-

spielsweise Entlassungen durch Einführung der Viertageweche verhindert worden.

Ich würde auch gern einmal - aber dafür reicht die Zeit nicht mehr - in diesem Hause darüber diskutieren, ob ein freier Kapitalverkehr wichtiger ist - denn diesen sicherzustellen ist das Anliegen der EU-Kommission - als tausende von sicheren Arbeitsplätzen. Ich glaube, das wäre einmal eine wichtige Diskussion von Werten in unserer Gesellschaft. Vielleicht können wir das einmal an anderer Stelle tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde mich auf jeden Fall freuen, wenn es uns heute gelingen könnte, diesen Antrag fraktionsübergreifend einstimmig zu beschließen. Ich bin sicher, dass dieses Signal bei den 90 000 Beschäftigten von Volkswagen sehr positiv aufgenommen würde. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ich danke Herrn Lenz und erteile jetzt dem Abgeordneten Rickert das Wort.

Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da wir jetzt eine gemeinsame Basis gefunden zu haben scheinen, ist es wirklich überflüssig, darüber nachzudenken, was in dem einen oder anderen Programm gestanden hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Da Sie aber, werter Herr Gabriel, mit dem Zitat unseres Wahlprogramms eine Anzeige mit Verweis auf unser Programm geschaltet haben, habe ich mir, um sicherzugehen, dass ich auch richtig zitiere - das soll auch recht hilfreich sein -, unser Programm beschafft. In der Tat, es ist so, wie ich es auch im Kopf hatte. Es steht in unserem Programm - - -

(Thomas Oppermann [SPD] hält ein Schriftstück hoch)

- Das ist eine schlechte Kopie, die Sie da mit sich tragen. Sie müssen das Original lesen.

(Heiterkeit)

Das können wir Ihnen dann auch zeigen. - Ich sagte eingangs, es sei müßig, darüber nachzudenken, was vor dieser EntschlieÙung gewesen sei. Es ist doch schön - darüber sollten auch Sie sich freuen -, dass es uns gelungen ist, gerade was VW anbetrifft, eine gemeinsame Basis zu finden, zumal wir uns auch den Kopf darüber zerbrochen haben, ob diese VW-Aktie nun etwas wert ist oder nicht. Ich bin der Meinung, dass der Kurs diese Aktie sicherlich steigen wird, wenn das Autofahren wieder mehr Spaß macht. Mehr Spaß machen kann das Autofahren, wenn diese unselige Ökosteuern endlich weg ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Thomas Oppermann (SPD):

Herr Kollege, ich habe in der Tat nur die Kopie. In der Kopie steht Folgendes:

„Der Grundstock des Innovationsfonds soll zunächst aus dem Verkauf von Immobilien und zusätzlich aus den Beteiligungen an der Volkswagen AG, der Salzgitter AG und der NORD/LB gebildet werden.“

Jetzt wäre ich interessiert zu wissen, was im Original steht.

(Zurufe von der SPD: Vorlesen!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Bitte, Herr Rickert!

Klaus Rickert (FDP):

Ich bedanke mich übrigens bei Ihnen, dass ich hier Werbung für die FDP-Programmatik machen darf. Hier das Programm, und zwar Seite 27, „Innovationsforum Niedersachsen“:

„Das Land Niedersachsen besitzt ein umfangreiches Vermögen in Form von Grund und Boden und Beteiligungen an zahlreichen Unternehmen, die teils börsennotiert sind.“

(Zurufe von der SPD: Weiter, weiter!)

Vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Zeit wollte ich Ihnen, weil wir jetzt auf Seite 27 sind, weiteres ersparen.

(Heiterkeit)

Sie müssen, sehr verehrte Damen und Herren von der Opposition, etwas lernen, und das ist Zuhören.

(Zurufe von der SPD: Vorlesen!)

Ich lese weiter vor. - Frau Präsidentin, würden Sie bitte so gut sein und mir die Gelegenheit geben, vorzulesen. Es scheint für jemanden aus der SPD-Fraktion ungewöhnlich zu sein, dass man auch lesen kann.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Rickert, Sie haben noch eine Restredezeit von 50 Sekunden. Bitte, fangen Sie an.

(Zuruf von der SPD: Lesen Sie mal vollständig vor!)

Klaus Rickert (FDP):

Also:

„... teils börsennotiert sind. Die FDP will dieses Vermögen für die Zukunft Niedersachsens aktivieren. Wir wollen dieses Landesvermögen veräußern und die Erlöse in den Innovationsfonds Niedersachsen einbringen. Der Grundstock des Innovationsfonds soll zunächst aus dem Verkauf von Immobilien und zusätzlich aus den Landesbeteiligungen gebildet werden. Die Erträge dieses Fonds sind zweckgebunden für Bildungs- und Forschungsmaßnahmen in Niedersachsen zu verwenden, um unser Land dauerhaft fit für die Zukunft zu machen. Bei einem, vorsichtig geschätzt, möglichen Volumen von rund 3 Milliarden Euro stehen jedes Jahr 150 bis 200 Millionen Euro für die Zukunft Niedersachsens zur Verfügung.“

Das ist doch nicht schlecht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke, Herr Rickert. - Das Wort hat jetzt Herr Ministerpräsident Wulff.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wird sicherlich in Brüssel in besonderer Weise Beachtung finden, wie wir diskutieren und dass wir

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

über die Frage der Vertretung von Landesinteressen in den Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist, gemeinsam diskutieren und beschließen. Herr Kollege Oppermann, das Aktiengesetz ist jüngst novelliert worden. Danach ist umso eindeutiger, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats, auch Minister Hirche, im Unternehmen VW die Interessen des Unternehmens zu vertreten haben. Es gibt dazu einen Kabinettsbeschluss vom letzten Dienstag, der die Loyalitätspflichten gegenüber dem Land und die Berichtspflichten neu regelt. Worum sich das alte Kabinett länger als ein Jahr lang aufgehalten hat, haben wir in den ersten vier Wochen klare Beschlüsse gefasst, um genau dem Rechnung zu tragen, dass das ausgewogene Verhältnis zwischen Landesinteressen und Unternehmensinteressen gewahrt wird, wie Kollege Lenz - er hat im Übrigen auch einige von uns überrascht, es können nicht alle wissen, dass Sie im Aufsichtsrat von VW und Betriebsratsvorsitzender von VW sind - hier natürlich die Interessen des Landes zu vertreten hat und nicht allein die Interessen von VW. Denn diese Möglichkeiten haben andere Betriebsratsvorsitzende hier im Parlament nicht.

Ich möchte mich dem Parlament gegenüber dankbar zeigen, dass die Anträge von den Fraktionen der CDU, FDP und SPD eingereicht worden sind. Das stellt ein besonderes Bekenntnis zu VW und den Beschäftigten des Unternehmens dar. Es geht allerdings in dem laufenden Vorverfahren tatsächlich um das Regeln des freien Kapitalverkehrs in Europa und um den Nachweis - der ist mir wichtig -, dass das VW-Gesetz genau diesen freien Kapitalverkehr in Europa in keiner Weise beeinträchtigt. Wir werden das innerhalb der Zweimonatsfrist deutlich machen.

Es gibt eine enge Abstimmung mit der Bundesregierung, mit Wolfsburg, aber vor allem auch zwischen Land und Bund gegenüber der EU-Kommission auf allen Ebenen, auch auf der Arbeitsebene. Ich kann dies sagen für die Kontakte zu Kanzleramtsminister Steinmeier, der ganz in unserem Sinne und mit uns gemeinsam agiert. Ich kann das auch sagen für die beiden deutschen Kommissare in der EU-Kommission, Kommissar Verheu-

gen und Kommissarin Schreyer, die beide in dem Thema exzellent zu Hause sind und dort bisher dementsprechend erfolgreich die Argumente vorgetragen haben. Das gilt auch für die Gespräche mit Kommissionspräsident Prodi, mit Kommissar Bolkestein, mit Kommissarin de Palacio, mit Kommissar Monti. Die Kommissare wissen, worum es uns geht. Im Moment allerdings war das Vorprüfungsverfahren nicht zu verhindern, weil man den Dingen nachgehen will.

Ich meine, wir sollten die Fakten - jedenfalls als Landtag - präsent haben: Derzeit werden börsentäglich 2,4 Millionen Aktien von VW gehandelt. Es sind bei BMW 2,7 Millionen täglich, bei Fiat 2,8 Millionen täglich und bei Renault 1,1 Millionen Aktien täglich. Das heißt, es findet alltäglich ein reger Verkauf und Kauf von VW-Aktien statt. Ich halte es auch für ein wichtiges Argument, dass 50 % der Aktien von VW in ausländischen Händen sind. Ich halte es für wichtig, dass wir dieses Argument kennen, dass wir wissen, dass insofern ein globaler Konzern besteht und dass es bei VW weder eine Inländerprivilegierung noch eine Ausländerdiskriminierung gibt. Jeder kann verkaufen, und jeder, der sich am Unternehmen VW beteiligen möchte, kann kaufen. Im Moment sind es ungefähr 320 Millionen Stammaktien. Es zeichnet - darauf haben Sie zu Recht hingewiesen - VW aus, dass es ein klassischer Fall einer Volksaktie ist, dass es 700 000 Kleinaktionäre gibt. Dieser besondere Charakter von VW soll erhalten werden. Es gibt aber auch 123 ausländische institutionelle Investoren, die zusammen über 22 % der Stimmrechte verfügen.

Die Diskussionen mit der EU-Kommission haben ergeben, dass jede einzelne beanstandete Regelung für sich nicht mehr als problematisch gilt, dass es lediglich noch darum geht, dass die Gesamtschau der einzelnen Punkte eine Beeinträchtigung des Kapitalverkehrs darstelle, also eine abschreckende Wirkung habe. Wir werden den Nachweis führen, dass dem nicht so ist.

Es gibt die 20-prozentige Höchststimmrechtbeschränkung auch in anderen Ländern Europas. Es gibt die Festsetzung einer qualifizierten Hauptversammlungsmehrheit von über 80 % auch in anderen EU-Ländern. Sie wäre unproblematisch, wenn sie alleine in der Satzung geregelt wäre.

Drittens und letztens stellt sich die Frage, die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angesprochen wurde, nämlich nach den Entsenderechten für den

Aufsichtsrat. Tatsächlich verfügt der Bund über ein Entsenderecht, das er aber nicht wahrnimmt. Das Land hat ein Entsenderecht für zwei Aufsichtsratsmandate. Bereits nach unserem stimmberechtigten Kapital von derzeit 18,2 % stünde uns mindestens ein solches Quorum von zwei Sitzen zu. Damit ist auch dies EU-rechtskonform.

Ich meine, dass wir gemeinsam als Parlament und als Regierung mit der Bundesregierung, die einzig Verfahrensbeteiligte ist - wir sind noch nicht einmal hinzugeladen -, diese Dinge gegenüber der EU-Kommission deutlich machen sollten. Zumindest ich bin der festen Überzeugung, dass der Prüfstand für freien Kapitalverkehr ein vernünftiger Aktienkurs, ein gutes Kurs-Gewinn-Verhältnis und ein breitgestreutes Interesse an den Aktien ist. Dies liegt vor. Wir haben also gute Karten. Vielleicht schaffen wir es in den nächsten Monaten durch diese Geschlossenheit im Parlament, dass es nicht zu einem weiteren Fortgang des Verfahrens kommt, sondern das Verfahren beendet wird. Es wäre gut, wenn jeder diesbezüglich seinen entsprechenden Einfluss geltend machen würde.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke, Herr Ministerpräsident. – Zu Wort hat sich jetzt der Abgeordnete Gabriel gemeldet.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich bedanke mich für die SPD-Fraktion bei Ihnen ausdrücklich dafür, dass Sie bereits vor Ihrer Amtsübernahme und unmittelbar danach bis zum heutigen Tag die Kontinuität in der Behandlung dieses Themas zwischen allen Regierungen der letzten Jahre in Niedersachsen gewahrt haben. Ich sage ausdrücklich: Ich bin froh darüber, dass Sie gemeinsam mit der Bundesregierung, die Handelnder ist – nicht wir –, gegen den massiven Widerstand aus der Kommission heraus agieren. Mir liegt daran, dass klar ist, dass zwischen Ihrem Handeln und unserer Intention kein Widerspruch besteht. Der Kollege Oppermann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses Thema von so großer Bedeutung ist, dass wir froh darüber wären, wenn es Chefsache bliebe.

Gestatten Sie mir einen Hinweis darauf, warum wir glauben, dass diese Debatte, die ein bisschen humorvolle Züge hatte – zumindest, wenn man

schwarzen Humor akzeptiert -, wichtig ist. Herr Rösler, das hat etwas mit Ihnen, mit Ihnen ganz persönlich, zu tun. Ich glaube, dass es richtig ist, wenn Menschen wie Sie, aber auch die CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Regierungserklärung sagen, was man tut, und wenn sie tun, was sie sagen. Ihr Wirtschaftsminister war in der Vergangenheit stolz darauf, die VW-Anteile verkaufen zu wollen. Das ist jetzt aber nicht so wichtig. Die Entschließung, die wir heute verabschieden, beinhaltet aber exakt das Gegenteil dessen, was Sie in der Aussprache über die Regierungserklärung zum Thema Staat, Gleichheit und Freiheit gesagt haben. Sie haben in aus Ihrer Sicht hervorragender Weise die ideologischen Grundlagen deutlich gemacht, zu denen Sie stehen. Diese haben nichts, aber auch gar nichts mit einem Gesetz zu tun, das die Standorte von Volkswagen in Niedersachsen sichern soll; sie haben nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, dass wir Betriebsräte und Mitbestimmung brauchen und in der Vergangenheit gebraucht haben, um Arbeitsplätze zu sichern und das Unternehmen fortschrittlich in die Zukunft zu führen. Sie haben die Regierung unterstützt, und zwar als Chef einer Fraktion, die genau das Gegenteil dessen will, was wir heute beschließen. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder haben Sie das in Ihrer Antwort auf die Regierungserklärung nicht ernst gemeint – dann wären wir froh –, oder aber Sie sind in Wahrheit dieser Meinung und ducken sich jetzt weg, weil Sie glauben, dass es heute opportun ist, sich anders zu verhalten. Nur diese beiden Möglichkeiten gibt es.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir Ihre Rede damals angehört und habe auch nachgelesen, was darüber geschrieben worden ist. Es ist gut, dass wir wissen, auf welcher ideologischen Grundlage Sie arbeiten. Wir werden Sie bei jeder Entscheidung, bei der Sie im Widerspruch zu dem stehen, was Sie öffentlich erklären, daran erinnern. Sie müssten heute gegen eine Staatsbeteiligung, gegen das Volkswagen-Gesetz sein.

(Zuruf von Bernd Althusmann
[CDU])

Sie haben massiv gegen Betriebsräte und Mitbestimmung polemisiert. Ihnen und denen, die in der CDU-Fraktion das gleiche wollen, sage ich: Sie haben sich bis zum heutigen Tag immer gegen die Betriebsverfassung und deren Ausbau gewandt. Das ist etwas, was dem Unternehmen Volkswagen

riesigen Schaden zufügen würde. Nur mit Mitbestimmung und Betriebsrat, nur mit dem VW-Gesetz und nur mit der Landesbeteiligung sind wir in der Lage, dieses Unternehmen zum Wohle des Landes zu erhalten. Deswegen wehren wir uns gegen Ihre ideologischen Grundlagen und gegen Ihr Verständnis von Staat und Freiheit.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Jetzt wissen wir, warum Sie gewechselt haben!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die erste Beratung. Wie angekündigt, folgt jetzt unmittelbar die zweite Beratung.

Ich lasse über die Anträge in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrages abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 11

Erste Beratung:

Landeskrankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft erhalten - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/53

Zu diesem Antrag hat sich der Abgeordnete Schwarz zu Wort gemeldet.

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-geführte Landesregierung hatte im Herbst des vergangenen Jahres auf der Grundlage des Berger-Gutachtens einen Prüfauftrag beschlossen, ob und welches Landesvermögen im Rahmen der weiteren Haushaltskonsolidierung verkauft werden kann. Bei der Aufzählung des möglicherweise zu veräußernden Landesvermögens wurden auch die Landeskrankenhäuser genannt. Ich zitiere:

„Die Landesregierung wird die Möglichkeit einer Privatisierung der bestehenden Landeskrankenhäuser bei

gleichzeitigem Abschluss entsprechender Beleihungsverträge über den Maßregelvollzug prüfen lassen und sich bis zum Frühjahr 2003 über die Ergebnisse berichten lassen.“

Als Termin war seinerzeit der 25. März 2003 genannt.

Wie wir wissen, hat dieser Prüfauftrag in den Landeskrankenhäusern zu erheblicher Unruhe geführt. Es war auch nicht erstaunlich, dass sowohl die damalige Opposition im Niedersächsischen Landtag als auch die Gewerkschaften und die Belegschaften der Landeskrankenhäuser sofort gegen einen möglichen Verkauf der Landeskrankenhäuser an private Betreiber mobil gemacht haben. Dass die Damen und Herren der damaligen Opposition dabei den Eindruck erweckten, es gehe nicht um einen Prüfauftrag, sondern die Privatisierung sei bereits beschlossene Sache, ist zwar nicht seriös, aber im Rahmen des Wahlkampfes wohl auch nicht anders zu erwarten gewesen.

Nach der Landtagswahl plötzlich in Regierungsverantwortung taucht die CDU bisher jedenfalls zu diesem Thema gänzlich ab. Seit dem 2. Februar ist mir seitens der CDU keine Aussage bekannt, wie denn die jetzigen Mehrheitsfraktionen mit den Landeskrankenhäusern umgehen wollen.

(Angelika Jahns [CDU]: Wir sind erst seit vier Wochen an der Regierung!)

Stattdessen war zu hören - ich zitiere -: „Wir müssen neu definieren, was noch zum Kernbereich staatlicher Aufgaben gehören soll.“ Oder: „Wir werden zur Haushaltskonsolidierung auch Landesvermögen aktivieren müssen.“ Letzteres hat der Finanzminister heute morgen in seiner Rede noch einmal ausdrücklich bestätigt. Eine Aussage, was das nun für die Zukunft der Landeskrankenhäuser und ihrer Beschäftigten bedeutet, fehlt bis heute - und das, obwohl sich viele CDU-Politikerinnen und -politiker gar nicht oft genug die Klinke in die Hand geben konnten, als es darum ging, dem Personal in den Landeskrankenhäusern ihre Solidarität zu versichern und ihm mitzuteilen, dass eine Privatisierung mit der CDU nicht infrage komme.

(Angelika Jahns [CDU]: Im Gegensatz zur SPD! - Zuruf von der CDU: Ihre Leute hat man da nicht gesehen!)

- Sie können hier gleich erklären, dass wir völlig einer Meinung sind. Dann ist das Thema sofort vom Tisch, Frau Kollegin.

Die SPD-Landtagsfraktion hat jedenfalls keine Probleme, ihren eingeschlagenen Kurs auch unter veränderten politischen Rahmenbedingungen konsequent fortzusetzen. Wir haben immer klar geäußert und den Beschäftigten mitgeteilt, dass wir zwar das Prüfgutachten gutheißen,

(Zuruf von der CDU: Aha!)

- Entschuldigung, Sie machen doch nichts anderes mit dem, was der Finanzminister heute gesagt hat; insofern war gegen den Prüfauftrag auch nie etwas einzuwenden - dass es aber inhaltlich und auch finanziell nicht möglich sein wird, die Landeskrankenhäuser zu privatisieren, und wir haben stattdessen hier im Landtag einen Antrag zur Weiterentwicklung der Landeskrankenhäuser eingebracht.

(Zuruf von der CDU: Bei Berger werden zig Gutachten für Millionen von Euro erstellt!)

Im vergangenen Monat hat bekanntermaßen der Lenkungsausschuss seinen Bericht mit einer einstimmigen Empfehlung vorgelegt.

(Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Wie nicht anders zu erwarten, geht der Lenkungsausschuss davon aus, dass eine Privatisierung nicht sinnvoll ist. Vielmehr schlägt er vor, die Landeskrankenhäuser in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umzuwandeln.

Ich hätte daraufhin erwartet, meine Damen und Herren, dass die Spitze des Sozialministeriums sowie insbesondere diejenigen ehemaligen Oppositionspolitiker, die sich für genau das, was der Lenkungsausschuss nun vorlegt, vehement ausgesprochen haben, unmittelbar klargestellt hätten, dass sie dem Lenkungsausschuss folgen werden. Sie haben das bis heute nicht getan. Aber unser Antrag wird Ihnen Gelegenheit geben, dies nun nachzuholen und Ihr Wahlversprechen einzulösen, meine Damen und Herren.

Wie erwartet, hat sich der Lenkungsausschuss aber nicht nur zur zukünftigen Rechtsform der Landeskrankenhäuser geäußert, sondern auch kurz-, mittel- und langfristig zu lösende Problemstellungen in den Krankenhäusern vor dem Hintergrund sich

wandelnder Rahmenbedingungen genannt. Genau diese Analyse war der Kernbereich, der vom Lenkungsausschuss abverlangt worden ist.

Die Probleme betreffen zum einen die psychiatrischen Abteilungen der Landeskrankenhäuser vor dem Hintergrund der Änderung in den Vergütungsstrukturen des Krankenhauswesens insgesamt sowie den zunehmenden Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern, wozu ich nur stichpunktartig die Einführung der DRG erwähne.

Zum anderen betreffen die Probleme den Maßregelvollzug, der keine Krankenhausleistung, sondern eine hoheitliche Aufgabe ist. Ich erinnere in dem Zusammenhang an den Beschluss des Niedersächsischen Landtages - er ist noch gar nicht so alt -, die Landeskrankenhäuser zukünftig als Schwerpunktkrankenhäuser im Krankenhausplan des Landes auszuweisen.

Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Landeskrankenhäuser ihrer Versorgungsverpflichtung gerecht werden und eine aktive Rolle in den sozialpsychiatrischen Verbänden spielen können. Wichtig ist, dass die Landeskrankenhäuser stärker als bisher an der gemeindenahen Versorgung psychisch Kranker beteiligt werden und somit die strikte Trennung zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung, die gerade in der Psychiatrie immer wieder zu Drehtüreffekten führt, abgebaut wird.

Das weit größere Zukunftsproblem sieht der Lenkungsausschuss jedoch im Maßregelvollzug. Dieser Einschätzung kann sich die SPD-Fraktion nur vollinhaltlich anschließen. Wie Sie wissen, befinden sich zurzeit 1 000 Personen im niedersächsischen Maßregelvollzug. Experten gehen davon aus, dass durch die erfolgte Strafrechtsreform auf Bundesebene die Zahl der Maßregelvollzugspatientinnen und -patienten innerhalb der nächsten fünf Jahre um mindestens 50 % zunehmen wird. Die Ursachen für diese extreme Steigerung sind bekannt. Das bedeutet, dass die Platzkapazitäten im niedersächsischen Maßregelvollzug bis zum Jahre 2010 um 50 % gesteigert werden müssen.

Wir sind uns sicherlich darin einig, dass der Weg der Dezentralisierung, nämlich weg von Moringen als einziger zentraler Einrichtung und hin zu einer Aufteilung auf alle anderen neun Landeskrankenhäuser, zwischenzeitlich ausgereizt ist. Platzkapazität bedeutet aber nicht nur bauliche Investitionen,

sondern auch steigende Anforderungen an Personalausstattung und -qualifikation.

Bislang kann sich die Bilanz des niedersächsischen Maßregelvollzugs sehen lassen. Neben einer geringen Zahl von Entweichungen, hoher Prognosesicherheit und hohen therapeutischen Standards zeichnet sich der Maßregelvollzug in den niedersächsischen Landeskrankenhäusern dadurch aus, dass die Rückfallquote psychisch kranker Straftäter relativ niedrig ist. Wenn dies so bleiben soll, muss angesichts steigender Verweildauern im Maßregelvollzug ein Konzept zur Anpassung des Maßregelvollzugs an die kommenden Herausforderungen erstellt werden.

Wir empfehlen der Landesregierung, den von der alten Landesregierung eingesetzten Lenkungsausschuss weiter arbeiten zu lassen und auf der Grundlage der von ihm vorgelegten Empfehlungen ein Regierungskonzept zu entwickeln und dieses dem Parlament zur Beratung zuzuleiten. Unser Antrag fordert inhaltlich genau dies, ebenso wie er fordert - nunmehr nach Vorlage des Lenkungsausschussgutachtens -, die Privatisierung vom Tisch zu nehmen. Da wir uns im Wahlkampf alle einig gewesen sind, dürfte Letzteres kein Problem sein.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Vielen Dank. - Das Wort hat die Ministerin Frau Dr. von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schwarz, Sie haben eben den Antrag verlesen, der die öffentliche Trägerschaft der Landeskrankenhäuser betrifft. Darauf werde ich zum Schluss meiner Ausführungen eingehen.

Es werden in der Tat aber noch weitere Forderungen in diesem Antrag gestellt. Man muss schon staunen, dass Sie diese Forderungen bereits heute, nämlich 30 Tage nach Amtsantritt der neuen Landesregierung, stellen. Es ist völlig richtig, dass Sie den Finanzbedarf im Maßregelvollzug angesprochen haben und ein langfristiges Personalkonzept fordern. Aber ebenso richtig ist, dass dadurch eines der schwerwiegenden Versäumnisse der SPD-Landesregierung aufgedeckt wird, nämlich genau das nicht getan zu haben, was jetzt gefordert wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Situation im Maßregelvollzug ist angespannt, und sie wird sich - so die Prognosen; insofern haben Sie mit Ihren Ausführungen Recht - weiter verschärfen. Dies gehört zu den großen Erblasten, die Sie uns gerade in der Sozialpolitik hinterlassen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich gleich nach der Amtsübernahme - das ist, wohl gemerkt, 30 Tage her - über die Situation informiert. Es besteht ein Finanzbedarf von 90 Millionen Euro, von denen 43 Millionen Euro noch nicht abgedeckt sind - und das nicht erst seit 30 Tagen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Wir haben in der Tat eine Überbelegung in der Größenordnung von etwa 200 Patienten - und das nicht erst seit 30 Tagen. Diese Situation war bekannt.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt, vier Wochen nach Amtsantritt der neuen Landesregierung, hier zu sagen „Es müssen mehr Mittel bereitgestellt werden, und es muss ein Konzept vorgelegt werden“, ist - um es vorsichtig auszudrücken - Politik der wohlfeilen Art.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das ist unseriös!)

Ich habe die Überschriften in den Zeitungen, wonach die Fachleute einen Kollaps im Maßregelvollzug befürchten, sehr wohl gelesen. Mit diesem Entschließungsantrag soll jetzt ein Zeitdruck ausgeübt werden, der in den letzten Jahren eben nicht ausgeübt worden ist. Es ist meines Erachtens auch ungewöhnlich, wenn Sie zu diesem Zeitpunkt unter therapeutischen und sicherheitspolitischen Aspekten ein langfristiges Personalkonzept fordern, obwohl Sie ganz genau wissen, dass die SPD-Landesregierung 1998 aus finanzpolitischen Erwägungen heraus beschlossen hat, die therapeutische Betreuungsdichte im Maßregelvollzug wieder zu verschlechtern.

(Angelika Jahns [CDU]: Genau so ist es!)

Ich bin zur Zusammenarbeit bereit. Die Probleme, die in diesem Land vorhanden sind, möchte ich

lösen, soweit sie in meine Zuständigkeit fallen. Aber dann muss man die Dinge auch beim Namen nennen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben mit dem Maßregelvollzug eine große Verantwortung, insbesondere auch zum Schutz der Bevölkerung. Die Ausweitung der Kapazitäten muss sich aber auch an empirisch gesicherten Daten orientieren. Wir alle wissen, bei den Gerichten gibt es tatsächlich einen beobachtbaren Trend, Straftäter vermehrt in den Maßregelvollzug einzuweisen. In den letzten zehn Jahren ist im Maßregelvollzug die Verweildauer von durchschnittlich vier Jahren auf durchschnittlich sechseinhalb Jahre gestiegen. Diese Spruchpraxis auf der einen Seite und die längere Verweildauer auf der anderen Seite machen zwangsläufig eine Erhöhung der Kapazitäten erforderlich.

Es gibt aber auch Fragen, die bisher völlig unbeantwortet geblieben sind. Ich wundere mich, dass hier eben der Eindruck erweckt wurde, es lägen Daten zu der Frage vor, ob die Ergebnisse dadurch besser geworden sind, dass die Verweildauer im Durchschnitt um zweieinhalb Jahre gestiegen ist. Welche Daten gibt es überhaupt zur Bewährungszeit? Was ist mit der Treffsicherheit der Prognose? - Zu diesen Fragen gibt es bis jetzt überhaupt kein empirisches Material, und solches ist auch niemals angefordert worden. Alle diese Fragen sind unbeantwortet. Es zeigt sich also, dass wir uns dieses Themas grundsätzlich annehmen müssen, um Versäumtes aufzuholen.

In Ihrem Antrag gehen Sie auch auf die Frage der Trägerschaft für die Landeskrankenhäuser ein. Sie haben zu Recht daran erinnert, dass es die SPD-geführte Landesregierung war, die aufgrund eines Berger-Gutachtens das damalige MFAS beauftragt hatte, die Möglichkeit einer Privatisierung der Landeskrankenhäuser zu prüfen. Dieser Auftrag der alten Landesregierung hat natürlich zu erheblicher Unruhe und zu erheblichen Sorgen bei den Beschäftigten der Landeskrankenhäuser geführt.

Wir haben bei der Übernahme der Amtsgeschäfte den Bericht des Lenkungsausschusses vorgefunden, und wir werden ihn sorgfältig prüfen und auswerten, bevor wir eine entsprechende Bewertung vornehmen. Aber eines möchte ich jetzt schon ganz deutlich zum Ausdruck bringen: Zum jetzigen Zeitpunkt besteht für mich kein Anlass, die öffentliche Trägerschaft in Frage zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso klar sage ich: Für mich ist es in erster Linie wichtig, dass die psychisch kranken Menschen in diesen Krankenhäusern optimal versorgt sind. Die Frage, welches Betriebsführungsmodell dafür am besten geeignet zu sein scheint, stellt sich erst in zweiter Linie. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Als Nächstes liegt mir eine Wortmeldung von Frau Jahns vor.

Angelika Jahns (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schwarz, wir sind schon erstaunt gewesen, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag eingereicht hat; denn schließlich gab es einen klaren Auftrag, und den haben Sie ja auch skizziert. Der Lenkungsausschuss hat bereits eine Empfehlung vorgelegt.

Dieser Lenkungsausschuss ist schon im Februar 2002 von dem damaligen Staatssekretär Witte ins Leben gerufen worden. Er hatte den klaren Auftrag, u. a. das derzeitige Betriebsführungsmodell unter Berücksichtigung der sich verändernden psychiatrischen Gesamtversorgung in Niedersachsen und alternativer Modelle in anderen Bundesländern zu überprüfen. Aufgrund dieser Auftragserteilung hat es dann mehrere Sitzungen gegeben.

Die Verunsicherung des Personals und der Krankenhausleitungen - Frau Ministerin von der Leyen hat es eben deutlich gesagt - wurde durch die alte SPD-Landesregierung ausgelöst, weil diese mit Kabinettsbeschluss vom 27. August 2002 den Auftrag des Lenkungsausschusses erweitert hat, und zwar dahin gehend, dass auch noch geprüft werden sollte, ob auch eine Privatisierung ins Kalkül gezogen werden könnte.

Die Unternehmensberatung Roland Berger hat diese Frage in ihrem Gutachten „Konsolidierungspotenziale für den niedersächsischen Landeshaushalt im Horizont der Reformagenda bis 2007“ aufgegriffen. Sie hat aufgrund dieses Auftrags einen Zwischenbericht vorgelegt, der dann im Juli eingereicht worden ist. Ich darf daran erinnern, dass wir das schon damals bemängelt hatten. Ich hatte im November eine Anfrage dazu gestellt. Auf diese wurde mir geantwortet, dass, da es sich nur um

einen Zwischenbericht handele, die Aussagen zu den Landeskrankenhäusern den Oppositionsfraktionen nicht zur Verfügung gestellt zu werden bräuchten.

Dieser Berger-Bericht zur Konsolidierung des Haushalts hat laut damaliger Antwort des Finanzministeriums zwar insgesamt 516 000 Euro gekostet, letztlich aber überhaupt nichts zur Konsolidierung des Landeshaushalts beigetragen. Das lässt sich auch über viele Berichte von Berger sagen, die von der früheren Landesregierung in Auftrag gegeben wurden.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings - darauf weise ich hier noch einmal hin - hat dieser Bericht letztendlich zu der Beschlussfassung des Kabinetts vom August geführt, den Auftrag des Lenkungsausschusses um die Prüfung der Möglichkeit einer Privatisierung bzw. des gleichzeitigen Abschlusses entsprechender Beleihungsverträge zu erweitern. Der Prüfauftrag in Richtung einer alternativen Rechtsform hat, meine Damen und Herren, für eine weitere Verunsicherung gesorgt, denn im Land Thüringen haben sich - so ist eindeutig festgestellt worden - derartige Beleihungsverträge nicht positiv auf die Betriebsführung in den Bezirkskrankenhäusern ausgewirkt.

Meine Damen und Herren, diese Verunsicherung des Personals - in den zehn Landeskrankenhäusern gibt es immerhin 6 600 Arbeitsplätze - ist ein außerordentlich schlechter Stil. Herr Kollege Schwarz, Sie haben gesagt, wir hätten in den Wahlkampfveranstaltungen klar Position bezogen. Wir haben das immer getan, wir haben bei jeder Wahlkampfveranstaltung gesagt, wo wir stehen, im Gegensatz zu den Kollegen Ihrer Couleur.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe viele Veranstaltungen besucht, auf denen von Ihren Kollegen immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass es sich lediglich um einen Auftrag handelt. Aber da dieses Damoklesschwert „Privatisierung“ immer über den Bediensteten und über dem Leitungspersonal geschwebt hat, hat es eine große Verunsicherung gegeben. Ich möchte damit endlich Schluss machen, und Frau Ministerin hat ja auch klar den Weg aufgezeigt, den wir in dieser Frage gehen wollen. Ich meine, dieser Weg ist auch der richtige.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei all denjenigen bedanken, die die Empfehlungen für

den Lenkungsausschuss erarbeitet haben. Es handelt sich um ein sehr umfangreiches Werk. Darin werden alternative Betriebsführungsmodelle aufgezeigt, Vergleiche zwischen den Bundesländern angestellt, alle negativen Auswirkungen und alle positiven Effekte eventueller Veränderungen dargestellt.

Auf dieser Arbeitsgrundlage können wir gemeinsam die Aufgabe angehen, erstens die Zukunft der Landeskrankenhäuser zu sichern und zweitens den 6 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sicherheit zu geben. Die Landeskrankenhäuser sind für ihre Standortkommunen von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Für die Menschen ist es darüber hinaus wichtig, dass es in Niedersachsen eine flächendeckende Versorgung für psychisch kranke Menschen, für psychiatrische Patientinnen und Patienten gibt. Wir müssen darauf achten, dass der Bestand der Landeskrankenhäuser für die Zukunft gesichert wird.

(Beifall bei der CDU)

Zur Situation der niedersächsischen Landeskrankenhäuser möchte ich noch Folgendes ausführen: In Niedersachsen sind alle nach gängigen Psychriestandards vorzuhaltenden Leistungen flächendeckend zugänglich. Wichtig ist, dass alle Angebote, also auch teure wie z. B. die niedrigschwellige Drogenentgiftung, in ausreichendem Maß vorgehalten werden.

Bei ihrem Leistungsangebot richten sich die niedersächsischen Landeskrankenhäuser im Rahmen ihrer Betriebsführung nicht nur nach dem Rentabilitätsprinzip, sondern bekennen sich auch uneingeschränkt zu dem Prinzip der Voll- und Pflichtversorgung bei der Patientenaufnahme. Deshalb ist es besonders aner kennenswert, dass trotz dieser versorgungsorientierten Ausrichtung ausgeglichene Betriebsergebnisse vorliegen. Dies ist sicherlich auch auf die seit 1996 praktizierte Änderung der Betriebsführung im Rahmen eines Zwei-Ebenen-Modells zurückzuführen, wonach die Landeskrankenhäuser unmittelbar dem Sozialministerium unterstehen und nicht noch zusätzlich Mittelbehörden eingeschaltet werden müssen.

Gerade in dem sehr sensiblen Bereich der Psychrieverversorgung von Menschen muss berücksichtigt werden, dass eine reine Ökonomisierung des Gesundheitssystems gewachsene Netzwerke zerstören und psychisch Kranke zu primären Objekten ökonomischer Überlegungen machen wür-

de. Es ist klar geworden, dass auch Sie das nicht wollen. Wir wollen es erst recht nicht. Frau Ministerin von der Leyen hat klar und deutlich gesagt, dass die Patientenversorgung bei uns an erster Stelle steht.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich möchte auch noch einmal auf den Antrag der SPD-Fraktion zurückkommen. Interessant ist, dass die Landesregierung aufgefordert wird, den mittelfristigen Investitionsbedarf im Maßregelvollzug durch eine mittelfristige Finanzplanung abzudecken. Es ist schön, dass die SPD-Fraktion auch an den Maßregelvollzug denkt. Aber ich glaube, wir haben über dieses Thema in den vergangenen Monaten und Jahren ausreichend diskutiert. Auch Frau Ministerin von der Leyen hat es deutlich gesagt: Sie haben 13 Jahre Zeit gehabt, hier eine positive Entwicklung zu steuern.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie haben diese Aufgabe versäumt und haben uns das hinterlassen, was wir jetzt vorfinden.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Philipp Rösler [FDP])

Sie haben durch den Beschluss von 1998 dafür gesorgt, dass es eine erhebliche Verschlechterung in der Personalausstattung gegeben hat, weil eine andere Berechnung vorgenommen wurde.

Sicherlich stimmen wir aber darin überein, dass über eine Weiterentwicklung in der psychiatrischen Krankenversorgung nachgedacht werden muss, dass die steigende Zahl der Patienten im Maßregelvollzug zu Konsequenzen führen muss und dass das Betriebsführungsmodell optimiert werden kann unter Mitarbeit aller Betroffenen, d. h. der Krankenhausleitungen, der Personalräte, aber auch der Patientenvertretung und natürlich des MS. Sie haben sicherlich aber auch Verständnis dafür, dass eine CDU-FDP-Regierung nach 30 Tagen noch nicht die Entscheidungen hat treffen können, die Sie in 13 Jahren nicht getroffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig bei all diesen Überlegungen ist, dass die Zukunftsfähigkeit der LKHs gesichert wird, dass die Qualität der psychiatrischen Versorgung weiterentwickelt wird, dass finanzwirtschaftliche und haushaltsrechtliche Aspekte optimiert werden und dass die personellen Bedingungen und Investitio-

nen beim Maßregelvollzug verbessert werden. Es ist deutlich geworden, dass der Auftrag, den der Lenkungsausschuss gehabt hat, seine Empfehlungen im Februar vorzulegen - es hätte dann eine Kabinettsvorlage im März geben sollen -, aufgrund der Landtagswahlen korrigiert worden ist. Sie haben sicherlich auch Verständnis dafür, wenn wir innerhalb von vier Wochen diese Kabinettsvorlage noch nicht vorliegen haben. Aber Sie haben von der Ministerin auch gehört, dass wir an dieser Kabinettsvorlage insgesamt und gemeinsam arbeiten werden. Wir wünschen uns, dass wir auch in den Ausschussberatungen konstruktiv mit dieser Empfehlungsausrichtung des Lenkungsausschusses umgehen können. Es ist eine gute Arbeitsgrundlage. Wir werden daran arbeiten und werden für die Menschen in Niedersachsen zu einem positiven Ergebnis kommen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Frau Meißner von der FDP-Fraktion.

Gesine Meißner (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon vieles gesagt worden. Ich werde trotzdem noch einiges sagen.

Was ich mit Sicherheit für die FDP sagen kann, ist, dass auch bei uns genauso das Wohl der Patienten an erster Stelle steht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Versorgung der psychisch Kranken ist ganz wichtig und muss sichergestellt werden - auch qualitativ. Die Ministerin sagte schon, dass sie zum derzeitigen Zeitpunkt keinen Anlass sieht, die öffentliche Trägerschaft infrage zu stellen. Wir müssen es noch weiter prüfen.

(Aha! bei der SPD)

Aus meiner Sicht heißt aber „prüfen“, dass man durchaus auch andere Dinge mit in Betracht ziehen kann, aber wohlgemerkt: immer unter dem Gesichtspunkt, dass die Qualität und die psychiatrische Versorgung auf jeden Fall sichergestellt sein müssen. Das ist ganz klar.

Sie alle wissen, wir Liberale haben den Grundsatz - auch das stand in unserem Wahlprogramm -, dass der Staat nur das machen soll, was er machen muss, und dass Private das machen können sollen, was sie besser machen können. Das heißt jetzt nicht, dass wir die Landeskrankenhäuser privatisieren wollen. Ich möchte das nur in die Überlegung mit einbeziehen. Privatisierung von Krankenhäusern kann in manchen Fällen sehr wohl die bessere Lösung sein. Das hat man schon gesehen. Ich kann dazu ein Beispiel anführen: In Lehrte ist im Stadt-krankenhause eine Abteilung für die psychiatrische Versorgung für die Lehrter vor Ort entstanden, und zwar durch private Initiative. Das wäre normalerweise nicht da. Also kann private Initiative bei Krankenhäusern sehr wohl auch etwas Gutes bedeuten.

Natürlich gibt es verschiedene Möglichkeiten der Privatisierung. Eine gemeinnützige GmbH ist z. B. etwas, was die Beteiligung privater Investoren durchaus mehr ermöglicht als eine Anstalt öffentlichen Rechts. Das soll nicht heißen, es soll keine Anstalt des öffentlichen Rechts bleiben. Man sollte aber durchaus prüfen, wenn wir in das Prüfungsstadium gehen, was für die qualitative Versorgung sämtlicher Patienten möglich und am besten ist. Darüber hinaus muss gesagt werden: In Baden-Württemberg gibt es verschiedene Anstalten des öffentlichen Rechts - im Moment neun -, wobei man der Meinung ist, dass es auch für die qualitative Versorgung der psychisch Kranken besser ist, eine gGmbH zu planen.

Das ist jetzt überlegt worden, und das ist durchaus etwas, was uns einen Anstoß geben soll, darüber nachzudenken. Man ist darauf gekommen, dass es dadurch wirtschaftlich noch erfolgreicher sein könnte. Wohl gemerkt, ich sage jetzt nicht, dass wir das brauchen. Aber wir sollten es in die Überlegungen einbeziehen.

Das Modell von Thüringen halte ich überhaupt nicht für gut. Es ist auch meine persönliche Meinung, dass der Maßregelvollzug eine hoheitliche Aufgabe ist und bleiben muss. Dort darf auf keinen Fall privatisiert werden. Andere Dinge können wir sehr wohl zumindest noch überlegen.

Im Bericht des Lenkungsausschusses steht auf Seite 29, eine unbedingte BAT-Bindung könne als Hindernis der Personalrekrutierung gesehen werden. Dazu ist angemerkt worden, dass vielleicht sogar die qualitativ höchstwertigen Pflegekräfte nicht zur Verfügung stehen, wenn man sich zu

stark in starren Formen bewegt, weil sie zu dem Preis nicht kommen. Auf Seite 50 heißt es sinngemäß weiter: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind wichtig für die Qualität des Krankenhauses und eine tragende Säule.

Damit komme ich wieder zum Anfang zurück. Die Qualität muss stimmen, und wir wollen das Beste für die psychisch Kranken. Maßregelvollzug muss auf jeden Fall eine hoheitliche Aufgabe sein. Wie gesagt, eine Anstalt des öffentlichen Rechts kann durchaus die richtige Form sein, aber wir sollten noch einmal genauer darüber diskutieren, damit wir wirklich das Beste für die Versorgung der psychisch Kranken erreichen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat jetzt Frau Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Prüfung der Privatisierung der Landeskrankenhäuser durch die vorherige Landesregierung war vorrangig haushaltspolitisch motiviert. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen stand diesem Vorhaben immer ablehnend gegenüber, und zwar zum einen, weil die Unterbringung forensischer Patienten eine hoheitliche Aufgabe bleibt, und zum anderen, weil für uns nie ersichtlich gewesen ist, warum sich durch eine Privatisierung die Qualität der psychiatrischen Versorgung verbessern würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man wundert sich natürlich ein bisschen, wenn die SPD-Fraktion jetzt, kaum dass sie die Regierungsbank verlassen hat, mit einem Antrag das einfordert, was sie bis vor knapp zwei Monaten in aller Ruhe hätte erledigen können.

(Zuruf von der CDU: Genau! So ist es!)

Die massive Überforderung der Landeskrankenhäuser durch die steigenden Patientenzahlen und die längere Verweildauer im Maßregelvollzug sind leider bislang nicht bewältigt worden. Frau Ministerin, die Verweildauer, über die Sie sprachen, ist vielleicht deshalb länger geworden, weil die Rahmenbedingungen schlechter wurden und weil die

therapeutischen Angebote nicht in dem Maße aufrechterhalten werden konnten, wie das nötig gewesen wäre. Das haben mir jedenfalls Fachleute bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nun kann ja alles gut werden. Die CDU-Fraktion hat sich in der Vergangenheit intensiv mit diesem Thema beschäftigt - ich habe gesehen, dass eine Große Anfrage gestellt worden ist - und kann ja jetzt in aller Ruhe das tun, was sie schon immer tun wollte.

Natürlich muss ausgebaut werden. Zu den Kapazitätsproblemen haben meine Vorredner schon genügend gesagt. Dieser Aufbau muss aber dezentral erfolgen, und die Einheiten dürfen nicht mehr als 100 Patienten umfassen. Alles andere ist nämlich therapeutisch unsinnig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur erfolgreichen Behandlung müssen Sicherungsmaßnahmen flexibel und individuell gehandhabt werden. Deswegen müssen forensische Kliniken ein breit gefächertes Angebot von Betreuungs-, Wohn- und Lebensformen bieten, von der gesicherten Verwahrung im Intensivbereich über offen geführte Stationen bis zu ausgelagerten Wohngruppen, die von den stationären Mitarbeitern betreut werden. Dies ist aus unserer Sicht bei allen weiteren Ausbauplanungen unbedingt zu berücksichtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können die Kapazitäten aber nicht immer weiter ausbauen. Ich meine, man wird an seine Grenzen stoßen. Die prognostizierten 1 500 Patienten in fünf Jahren sind vielleicht immer noch nicht das Ende der Fahnenstange. Meine Damen und Herren, es ist notwendig, dass wir uns auch Gedanken darüber machen, unter welchen Bedingungen es verantwortbar erscheinen kann, forensische Patienten wieder aus dem Maßregelvollzug zu entlassen; denn das ist ein Teil des Problems. Sie werden im Moment einfach nicht entlassen. Wir haben einen großen Zulauf, aber wir haben viel zu wenig Ablauf. Wenn wir uns damit nicht beschäftigen, wird dieses Problem nicht lösbar sein. Dort, wo es nach kritischer und verantwortungsvoll erstellter Prognose möglich erscheint, müssen Patienten des Maßregelvollzugs die Chance auf ein Leben in Freiheit bekommen, natürlich bei maximalem Schutz der Bevölkerung. Aber es ist auch

klar, dass es hundertprozentigen Schutz nicht geben kann.

Die Landesregierung wird ein Konzept vorstellen müssen, das einerseits den Bedürfnissen der Bevölkerung nach maximaler Sicherheit Rechnung trägt, andererseits aber auch der rehabilitativen Grundorientierung, die ebenfalls im Maßregelvollzug gilt. Was brauchen wir dafür in Niedersachsen? Vor allen Dingen bedarfsgerechte Angebote der Nachsorge. Diese Angebote müssen hochflexibel über das gesamte Spektrum von geschlossener Unterbringung bis zum betreuten Wohnen gehen. Aber diese Patienten müssen auch in die sozialpsychiatrischen Verbände einbezogen werden, und in diesem Bereich muss zumindest etwas aufgebaut werden, was die personelle und die Qualitätsstruktur angeht.

Frau Jahns, ich möchte Ihnen widersprechen. Sie haben eben gesagt, alle Angebote seien flächendeckend vorhanden. Meine Informationen sind anders. Die Nachbetreuung psychiatrischer Patienten im Verbund ist außerordentlich schwierig. Menschen müssen zum Teil wieder in die stationären Einrichtungen zurück, weil nicht sichergestellt wird, dass sie eine ärztliche Versorgung bekommen. Sie werden wirklich wieder in die Kliniken zurückgeschickt. Ich finde, das ist skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir könnten eine Menge für die Lebensqualität dieser Menschen tun und gleichzeitig Kosten einsparen, wenn wir diese Versorgungssysteme ausbauen würden.

Es müsste die finanzielle Zuständigkeit in der Nachsorge geklärt werden. Aus unserer Sicht könnte in einem ersten Schritt eine Modellförderung zur speziellen forensischen Nachsorge in einem Bezirk gemacht werden. Das haben jedenfalls Fachleute der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie auf der Tagung, die im März stattgefunden hat und auf der ich einige Kollegen gesehen habe, vorgeschlagen.

Lassen Sie uns diesen Antrag im Ausschuss beraten. Wir behalten uns vor, dazu einen Änderungsantrag zu stellen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Ich erteile dem Abgeordneten Schwarz von der SPD-Fraktion das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe immer ein Problem, wenn man hier versucht, Legenden zu bilden. Deshalb will ich von vornherein Folgendes klarstellen:

Erstens. Die Frage, ob man Grundvermögen zur Sanierung des Haushalts veräußert, ist im Rahmen des Berger-Gutachtens genauso gestellt worden, wie es Ihr Finanzminister jetzt auch tut. Ungeachtet dessen gibt es eine Position der SPD-Landtagsfraktion zu der Frage - - -

(Bernd Althusmann [CDU]: Kennen Sie das Gutachten überhaupt?)

- Ich weiß nicht, ob Sie es kennen. Ich kenne es.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ich kenne es!)

- Na bitte, dann müssen wir darüber reden.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ja, da steht nichts drin!)

Zweitens gibt es eine ganz klare Aussage der SPD-Landtagsfraktion hinsichtlich der Frage der Privatisierung. Ich will es Ihnen auszugsweise vorlesen. Am 15. Januar habe ich den Landeskrankenhäusern Folgendes mitgeteilt:

„Die SPD-Landtagsfraktion sieht in einer Privatisierung durch den Verkauf der Landeskrankenhäuser weder inhaltlich noch finanziell eine Alternative, abgesehen davon, dass eine Privatisierung mit hoher Wahrscheinlichkeit mittelfristig keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten kann. Ohne den Ergebnissen der Prüfung des Lenkungsausschusses vorzugreifen zu wollen, halte ich eine Entscheidung für eine Privatisierung der Landeskrankenhäuser aus den genannten Gründen für äußerst unwahrscheinlich.“

(Reinhold Coenen [CDU]: Es ist doch alles gesagt worden!)

- Das ist eben nicht gesagt worden, weil Sie bestritten haben, dass die SPD-Fraktion eine solche Position gehabt hat, Herr Kollege.

Dritte Anmerkung - deshalb war es überhaupt kein Problem, diesen Antrag einzubringen -: Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer hat seinerzeit ebenfalls hinsichtlich der Landeskrankenhäuser geschrieben:

„Die Ankündigung der Landesregierung über eine beabsichtigte Privatisierung der Landeskrankenhäuser hat uns überrascht und betroffen gemacht. Einem solchen Vorhaben werden wir nicht zustimmen, da zu erwarten ist, dass erst beim Personal und dann bei den Patienten gespart wird.“

Wenn dieses die gemeinsame Aussage der beiden großen Fraktionen ist - das habe ich hier schwarz auf weiß -, dann ist es doch völlig egal, ob Sie 30 oder 100 Tage im Amt sind. Dann kann das beschlossen werden, weil damit Rechtssicherheit für die Beschäftigten geschaffen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Angelika Jahns [CDU])

Vierte Anmerkung - auch da habe ich etwas gegen Geschichtsklitterung -: Wenn es um die Frage geht, wer sich wann wie für das Personal eingebracht hat, dann sage ich Ihnen einmal Folgendes. Als wir die Landesregierung 1990 übernommen haben, haben wir in den Landeskrankenhäusern in der Psychiatrie die Situation vorgefunden, dass der Maßregelvollzug und die Landeskrankenhäuser unter der letzten Albrecht-Regierung personell deutlich schlechter ausgestattet waren als die allgemeine Psychiatrie. Dieses musste durch Angleichung der so genannten PsychPV ausgeglichen werden. In zwei Stufen ist erst einmal ansatzweise dafür gesorgt worden, dass die Landeskrankenhäuser nicht weiter absaufen, sondern dass die Schere entsprechend geschlossen wird.

Das waren die Voraussetzungen, die wir vorgefunden haben. Dies ist auch über all die Jahre hinweg so gehalten worden. Frau Ministerin, eines können Sie nicht wissen, wenn es Ihre Kolleginnen und Kollegen Ihnen nicht sagen: Wir haben dafür gesorgt, dass beim Maßregelvollzug nicht gespart wird. Ich möchte Ihnen auch die inhaltlichen Haushaltsvorschläge der CDU-Fraktion zum Maßregelvollzug in Erinnerung rufen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das kennen wir schon! Das haben wir schon einmal vorgelesen bekommen!)

Erstens. Die Vorschläge im Jahre 1999 und im Jahr 2000: 0 DM. Im Jahr 2001 - das ist der einzige Vorschlag, den es von der CDU-Fraktion zum Thema Landeskrankenhäuser während ihrer Oppositionszeit gegeben hat -: Reduzierung der Ausgaben für Landeskrankenhäuser um 10 Millionen DM. - Danach kam nichts. Erzählen Sie dann hier bitte nichts von Versäumnissen! Wenn Ihre Truppe drangewesen wäre, dann hätte sie 10 Millionen DM abgebaut, und dann wäre die Versorgung deutlich schlechter als heute.

(Angelika Jahns [CDU]: Wir waren aber nicht dran! Sie waren 13 Jahre dran!)

Das ist die Wahrheit. Sie sollten erst gar nicht mit einer solchen Geschichtsklitterung anfangen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Gegenruf von Uwe Schwarz [SPD]: Das sind Ihre Haushaltsanträge, nicht meine! Sie haben ein Problem: Ich bin relativ lange hier! Ich weiß, was Sie eingebracht haben!)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme jetzt zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, den Antrag „Landeskrankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft erhalten“ an den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Mitberatung zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt noch zum

Tagesordnungspunkt 12:

Präsenztage abschaffen - Eigenverantwortung von Schule stärken - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/54

Hierzu liegt der Antrag vor, den Antrag ohne erste Beratung an den Kultusausschuss zu überweisen. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Ich schließe hiermit die Sitzung. Morgen früh um 9 Uhr geht es weiter.

Schluss der Sitzung: 19.08 Uhr.